

Erhard Crome (Hrsg.)

# Internationale Politik im 21. Jahrhundert

Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 80

Rosa-Luxemburg-Stiftung

ERHARD CROME (HRSG.)

# **Internationale Politik im 21. Jahrhundert**

**Konfliktlinien und geostrategische  
Veränderungen**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung., Reihe: Manuskripte, 80

ISBN 978-3-320-02166-5

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Marion Schütrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

# Inhalt

Vorbemerkung	7
<b>I. Konfliktlinien der internationalen Politik im 21. Jahrhundert</b>	
<i>Die Fragen</i>	9
<i>Die Antworten</i>	
H.J. KRYSMANSKI Elgersburger Thesen	10
JOCHEN SCHOLZ Die wichtigsten Konflikte in den nächsten Jahren: In Eurasien	19
WOLFGANG GRABOWSKI Auseinandersetzung mit dem Mainstream	27
CLAUS MONTAG Herausforderungen für die Politik	30
JÜRGEN NIETH Eine gerechte Weltordnung sollte selbstverständlich sein	35
ERHARD CROME Zu den internationalen Konfliktlinien im 21. Jahrhundert	39
WERNER RUF Konfliktdimensionen im Internationalen System	50
<b>II. Geostrategische Veränderungen der Gegenwart</b>	
MARLIES LINKE Chinas Aufstieg	53

JOHN P. NEELSEN Indien als Swing State im multipolaren internationalen System	58
WOLFGANG GRABOWSKI Russland in der globalen Politik.. Moskaus neues Selbstbewusstsein und die Beziehungen zu den USA	70
JULIJ KWIZINSKI Über regionale Konflikte in Europa, einschliesslich der Lage um Kosovo, und mögliche Wege zu ihrer Regelung	78
PETER LINKE Die unbemerkte Revolution. Japan als „normaler Staat“	83
RAINER RILLING Change?	89
PETER LINKE Hightech-Dundee. Australien auf dem Weg zur vernetzten Kriegsführung	99
ERHARD CROME Die EU. Von der Friedensmacht zur imperialen Politik?	102
THOMAS ROITHNER Die Europäische Union als „Global Player“. Die Militarisierung der Sicherheitspolitik und ihre Alternativen	122
WERNER RUF Naher und Mittlerer Osten	135
PETER STRUTYNSKI Die einzige Alternative zum Afghanistankrieg heißt: Kein Krieg	140
JOACHIM WAHL Lateinamerika in der internationalen Politik zu Beginn des XXI. Jahrhunderts	151
Autorin und Autoren	170

## Vorbemerkung

Die Friedensfrage ist am Anfang des 21. Jahrhunderts erneut zu einer Frage des Überlebens der Menschheit geworden. Sie hat sich mit dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes und des Kalten Krieges nicht erledigt. Das Ansteigen der weltweiten Rüstungsausgaben auf über 1200 Milliarden US-Dollar – und damit auf eine Größenordnung, die den Höchststand der Zeit des Kalten Krieges wieder übersteigt, – sowie die Bemühungen um neue US-Raketenabwehrsysteme, um doch noch eine atomare Erstschlagsfähigkeit gegen Russland und China zu erreichen, die Kriege in Irak und Afghanistan und jüngst der Krieg im Kaukasus – all das zeigt: Die Frage des Friedens wurde zu einem zentralen Feld der politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart.

Aus der Sicht linker Politik kommt der Konfliktprävention und der friedlichen Konfliktbearbeitung in der internationalen Politik zentrale Bedeutung zu. Die Ablehnung von Militäreinsätzen und die Entwicklung alternativer friedenspolitischer Ansätze bilden eine Einheit. Dazu gehören die Entmilitarisierung internationaler Konflikte, das Ringen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die Schaffung von internationalen Regimen gemeinsamer Sicherheit sowie die Stärkung der Organisation der Vereinten Nationen und der Durchsetzung der UNO-Charta. Im Kern geht es um die „Herrschaft des Rechts“ in Gestalt des Völkerrechts gegen ein „Recht des Stärkeren“ in der internationalen Politik.

Ein grundlegendes politisches Ziel der Linken (dieses Wort meint hier die Linken in Deutschland im Plural, nicht nur bezogen auf die Linkspartei) besteht darin, dass deutsche und europäische Außenpolitik Friedenspolitik wird. Das schließt das politische Agieren gegen das Führen völkerrechtswidriger Kriege und gegen die Militarisierung der Außenpolitik ebenso ein wie gegen den Einsatz der Bundeswehr zu Militärinterventionen im Ausland sowie die Nutzung der Militärbasen auf dem Boden Deutschlands und der EU für Aggressionskriege und für Folter bzw. rechtswidrige Verschleppungen. Militärbündnisse sollten der Vergangenheit angehören; deshalb gehört auch die NATO aufgelöst. Die militärischen Potenziale Deutschlands und der EU sollten deutlich reduziert und auf Anforderungen der Landesverteidigung (des Territoriums in Europa, nicht „am Hindukusch“) ausgerichtet sowie eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit hergestellt werden. Deutschland und die EU sollten veranlasst werden, auf die Entwicklung und Produktion von Angriffswaffen zu verzichten und Rüstungsexporte einzustellen. Es sollen künftig keinerlei Atomwaffen in Deutschland stationiert werden. Abrüstung und ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen sollen in den Rang von Staatszielen erhoben werden. Das sind in Umrissen die Anforderungen an ein außenpolitisches Alternativprogramm, das analytisch und argumentativ wissenschaftlich zu untersetzen, auszuarbeiten und zu begründen wäre.

Dieses Buch ist ein Resultat der Arbeit des Gesprächskreises „Frieden und Sicherheitspolitik“ bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er wurde 2002 gegründet. Die Initiative ging von Vertrauensdozentinnen und -dozenten sowie Mitarbeitern und Freunden der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus, die auf dem Gebiet der internationalen Politik und Entwicklung arbeiten oder daran ein besonderes Interesse haben.

Als Ausgangsverständnis wurde festgestellt, dass es sinnvoll und wünschenswert ist, einen Gesprächskreis zu haben, der an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Medien arbeitet, nicht akademische Debatten zu doppeln versucht, aber auch nicht pragmatisch auf Tagespolitik gerichtet ist. Er soll dazu beitragen, die Fähigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Expertise zu stärken, und arbeitet ausdrücklich in der Nähe der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Partei DIE LINKE. Seine Funktion besteht auch in der Netzwerkbildung. Er fördert den Austausch zwischen linken Friedensforschern sowie zwischen Friedensforschern und Friedensaktivisten.

Schwerpunkte der bisherigen Diskussionen waren: die Außen- und Militärpolitik der USA und deren Folgen, der Irak-Krieg, die Außenpolitik Deutschlands und seine außenpolitischen Interessen, die EU-Verfassung und die Militarisierung der Europäischen Union, die Außenpolitik Russlands sowie die Entwicklungen Chinas, Indiens, Lateinamerikas und im Nahen Osten.

Im Februar 2008 hat der Gesprächskreis Frieden eine Klausurtagung in Elgersburg (Thür.) durchgeführt, die dem Thema „Geostrategische Veränderungen der Gegenwart“ gewidmet war. Dazu wurde im Vorfeld ein Reader „Konfliktlinien der internationalen Politik im 21. Jahrhundert“ erarbeitet. Im vorliegenden Band werden der überarbeitete Reader sowie die Beiträge, die auf der Klausurtagung gehalten wurden, veröffentlicht, ergänzt durch weitere Beiträge, die wir in diesem Zusammenhang für wichtig erachtet haben. Wir hoffen, mit dieser Publikation zur weiteren friedenspolitischen Debatte in Deutschland und Europa beizutragen.

Berlin, im September 2008

*Erhard Crome*

# **I. Konfliktlinien der internationalen Politik im 21. Jahrhundert**

Der Gesprächskreis „Frieden und Sicherheitspolitik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat vom 8. bis 10. Februar 2008 in Elgersburg eine Klausurtagung durchgeführt. Zu ihrer Vorbereitung und als Anregung für die Diskussion wurden die Mitglieder des Gesprächskreises eingeladen, drei Fragen beantworten:

- 1. Was sind die wichtigsten internationalen Konflikte in den nächsten Jahren?*
- 2. Welche Möglichkeiten gibt es, diese Konflikte einzugrenzen, zu regeln bzw. zu lösen?*
- 3. Was sollten die Schwerpunkte einer linken Politik sein, diesen Konflikten zu begegnen?*

Dazu wurden die folgenden *Antworten* gegeben.

## Elgersburger Thesen

### *Vorbemerkung*

Im Folgenden habe ich versuchsweise einige Passagen aus neueren Texten von mir zusammengestellt. Sie alle hinterfragen die scheinbar so selbstverständlich gestellten Fragen, ohne sie grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. Unter Punkt 4 folgt ein Diskussionsschema.<sup>1</sup>

### **1) Was sind die wichtigsten internationalen Konflikte in den nächsten Jahren?**

#### *Von der Fragwürdigkeit des Hegemonialkonzepts*

Die Strukturen, in denen die gegenwärtigen Kriege und die Militarisierung des Globalisierungsprozesses sich vollziehen, sind komplexer als die Fähigkeiten der Hauptakteure (Regierungen, Kapitalfraktionen, Politiker etc.), mit dieser Komplexität adäquat umzugehen. Auch die Linken in unserem Lande sind überfordert. Besonders problematisch sind beispielsweise Versuche, das gegenwärtige Geschehen auf einen Gegensatz zwischen Europa und den USA zu reduzieren – man denke an Robert Kagans Gegenüberstellung einer ‚weichlichen Venus-Kultur‘ Europas und einer ‚harten Mars-Kultur‘ Amerikas oder an das moralische Überlegenheitsgerede mancher Europäer gegenüber den Amerikanern.

Für Globalisierungskritiker und die Friedensbewegung ist ein derartiger Einverständnis heischender Sprachgebrauch verheerend. Wir haben nichts zu tun mit einem ‚Hegemonialkrieg zwischen den USA, Europa, Asien‘. Unser Feld ist nicht die nationale oder regionale Konsenspolitik von Machteliten in der Konkurrenz mit anderen Machteliten, unser Feld sind die vielfältigen, gleichberechtigten Kulturen der Globalisierung.

Europa? „Von unserem Standpunkt aus ist die Tatsache, dass sich gegen die alten Mächte Europas ein neues Empire herausgebildet hat, nur zu begrüßen. Denn wer will noch irgendetwas von der angekränkelten und parasitären herrschenden Klasse Europas wissen, die vom Ancien Régime direkt zum Nationalismus überging, vom Populismus zum Faschismus und die heute auf einen generalisierten Neo-Liberalismus drängt? Wer will noch etwas wissen von diesen Ideologien und bürokratischen Apparaten, von denen die verrottende europäische Elite so gut lebte? Und wer erträgt noch diese Systeme der Arbeitsorganisation und diese Unternehmen, die längst jede Lebendigkeit verloren haben?“<sup>2</sup>

1 Vgl. u.a. RLS Policy Paper 3/2007, H.J. Krysmanski: Who will own the EU – the Superrich or the People of Europe?, [http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Policy\\_Paper/pp-Krysmanski3\\_2007\\_.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Policy_Paper/pp-Krysmanski3_2007_.pdf)

2 Michael Hardt u. Antonio Negri, Empire, Frankfurt 2002, S. 383

### *Kriege zwischen Staaten schwinden, Klassenkriege kommen*

Unter dem Titel „Future Strategic Context“<sup>3</sup> stellte das britische Verteidigungsministerium seinem strategischen Militärinstitut vor kurzem die Frage, welche Kriege und Konflikte die Welt in dreißig Jahren bedrohen werden. Ein überraschendes Ergebnis war, „dass die Militärs sich vor Neomarxisten in der globalen Mittelklasse fürchten.“

In einer düsteren Vision warnen die Autoren der Studie davor, dass sich im Jahre 2037 mehr als 60 Prozent der Menschen weltweit in verslumten Städten zusammendrängen werden und dass diese Zusammenballung von Not, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit einen gewaltigen sozialen Sprengsatz darstellt. Während die fortschreitende internationale Integration Kriege zwischen Staaten völlig zum Erliegen bringt, werden an deren Stelle Konflikte innerhalb der Gesellschaften treten – Bürger-, Sippen- und Klassenkriege.

Kurz: „der Krieg der Staaten geht, der Konflikt der Klassen kommt“. In dieser Situation, fahren die britischen Militärstrategen fort, „könnten die Mittelklassen eine revolutionäre Klasse werden, und jene Rolle übernehmen, die Marx für das Proletariat vorgesehen hatte“. Aufgerieben zwischen „wachsender sozialer Verelendung einerseits und dem schamlosen Leben der Superreichen andererseits“ könnten sich die „Leistungs- und Wissenseiten, die früher einmal Bildungsbürger und Facharbeiter genannt wurden“, zu einem schlagkräftigen Interessenverbund zusammenschließen. Diese „neue Klasse“ würde dann politisch für ihre eigenen grenzüberschreitenden Interessen gegen den Kapitalismus der Superreichen kämpfen.

### *Eine kannibalische Weltordnung*

Jean Ziegler schreibt: „In den letzten Jahrzehnten sind auf der Erde unglaubliche Reichtümer entstanden, der Welthandel hat sich in den letzten 12 Jahren mehr als verdreifacht, das Welt-Bruttosozialprodukt fast verdoppelt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist der objektive Mangel besiegt und die Utopie des gemeinsamen Glückes wäre materiell möglich. Und gerade jetzt findet eine brutale, massive Refeudalisierung statt. Die neuen Kolonialherren, die multinationalen Konzerne – ich nenne sie Kosmokraten – eignen sich die Reichtümer der Welt an. Diese neue Feudalherrschaft ist 1000 Mal brutaler als die aristokratische zu Zeiten der Französischen Revolution ... Die Legitimationstheorie der Konzerne ist der Konsensus von Washington. Danach muss weltweit eine vollständige Liberalisierung stattfinden: Alle Güter, alles Kapital und die Dienstleistungsströme in jedem Lebensbereich müssen vollständig privatisiert werden. Nach diesem Konsensus gibt es keine öffentlichen Güter wie Wasser. Auch die Gene der Menschen, der Tiere und Pflanzen werden in Besitz genommen und patentiert. Alles wird dem Prinzip der Profitmaximierung unterworfen. Dabei setzen die Konzerne zwei Massenvernichtungswaffen ein, den Hunger und die Verschuldung. Das Resultat

3 Militärprognose für 2037. Briten fürchten Strahlen, Chips und Neomarxismus, Spiegel Online, 10. April 2007, <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,476398,00.html>.

ist absolut fürchterlich ... Diese kannibalische Weltordnung von heute ist das Ende sämtlicher Werte und Institutionen der Aufklärung, unter denen wir bisher gelebt haben, das Ende der Grundwerte, der Menschenrechte. Entweder wird die strukturelle Gewalt der Konzerne gebrochen. Oder die Demokratie, diese Zivilisation, wie sie heute in den 111 Artikeln der UNO-Charta oder im Deutschen Grundgesetz fixiert ist, ist vorbei und der Dschungel kommt.“<sup>4</sup>

### *Die Privatisierung politischer und staatlicher Macht und Gewalt*

Die herkömmlichen politischen und nationalstaatlichen Systeme wandeln sich bzw. werden immer bedeutungsloser. Folglich wird für die mit ihnen verbandelten Leistungs- und Wissensebenen und sogar für bestimmte Managergruppen die Situation immer prekärer. Demgegenüber verselbständigen sich die Geldeliten, sie beginnen im wahrsten Sinne des Wortes auf eigene Faust zu operieren, geschützt durch Privatpolizeien und bewehrt mit Söldnerheeren. Klimawandel und Ressourcenprobleme deuten auf ein kommendes globales Szenario nackter Überlebenskämpfe. Für eine solche Rette-sich-wer-kann-Welt glauben sich die souveränen, wohl geschützten Eigner des Besten, was diese Welt zu bieten hat – wie einst die Feudalherren – gut gerüstet.

Die handfesten Beispiele für eine historisch regressive Privatisierung der Macht mehren sich. Die Passivität der US-Regierung nach der Zerstörung von New Orleans durch Hurrikan Katrina ist, das ist inzwischen nachgewiesen, durch die Absicht motiviert worden, aus Anlass einer Naturkatastrophe den sozialstrukturellen Umbau einer ganzen Stadtregion im Interesse der vermögenden weißen Minderheit zu bewerkstelligen, und zwar auch mithilfe privater Sicherheitsdienste und illegaler Aneignungspraktiken aller Art. Diese Formen der Umverteilung von Grund und Boden bilden auch den Hintergrund der gegenwärtigen „housing crisis“ in den USA, die durch die gezielte, überbeuerte Hypothekengabe an gar nicht kreditfähige Schichten ganze Landstriche in wenige Hände verschoben hat. Alle diese Praktiken finden auch im internationalen, transnationalen und globalen Kontext ihre Nachahmer (vgl. Naomi Klein, Katastrophen-Kapitalismus). Auch der Irak-Krieg ist eine gewaltige Reichtumsgenerierungsmaschine für amerikanische private Kontraktoren geworden, abgesichert durch private Sicherheitskräfte, die inzwischen mehr als zwanzig Prozent allen im Irak stationierten bewaffneten Personals umfassen.<sup>5</sup> Auch das weite Feld der Umverteilungsoperationen durch nackte Korruption fällt unter das Thema des Zusammenbruchs der Regelsysteme der bürgerlichen Gesellschaft (Nationalstaat) und des Rekurses der Geldmächtigen auf informationstechnisch abgestützte absolutistische und feudalistische Herrschaftsstrukturen.

4 Aus einem Interview mit Jean Ziegler in: Germanwatch-Zeitung 4/2005; vgl. Jean Ziegler: Das Imperium der Schande, München 2005

5 verallgemeinert bei Chalmers Johnson, Going Bankrupt, <http://www.alternet.org/story/74620/>

## 2) Welche Möglichkeiten gibt es für die Politikberatung, diese Konflikte einzugrenzen, zu regeln bzw. zu lösen?

### *Erst denken, dann handeln*

Der Kalte Krieg verhinderte, dass in Europa wie in den USA ein Szenario miteinander verzahnter Denkfabriken, Eliteuniversitäten und politischer Stiftungen entstehen konnte. Die westdeutschen Führungsgruppen wurden zumindest bis zum DDR-Beitritt von entsprechenden Einrichtungen in Washington mit Rat und Tat versorgt. Man denke an die Rolle der Ford- und Rockefeller-Foundations, an die Ausbildung unserer akademischen Elite in Yale, Harvard, Stanford usw. In der Phase der sogenannten Umgestaltung Osteuropas nach 1989 steigerte sich der Einfluss dieser Organisationen. Da war kein Platz für eine eigenständige Beratungskultur. Zudem war die deutsche und wie die europäische Form der Politikberatung noch immer durch aristokratische Modelle, durch eine höfische Kultur der grauen Eminenzen und Geheimräte geprägt.

In den USA dagegen, nicht zuletzt begünstigt durch den Zustrom eines bedeutenden Teils der europäischen exilierten intellektuellen Elite vor dem Zweiten Weltkrieg, hatte sich eine moderne, immer mit den neuesten Kommunikations- und Informationstechnologien arbeitende Beraterkultur herausgebildet. Entscheidend war, dass man in Washington den globalen Blick pflegte, also das Weltgeschehen insgesamt geopolitisch zu erfassen versuchte. Da konnten die Deutschen und Europäer nur als Abnehmer, nicht als Erzeuger von Beratung fungieren.

Nun also ist ein ‚European Council on Foreign Relations‘ gegründet worden. Die Frage ist, ob sich in Europa eine eigenständige Beratungskultur entwickeln lässt. Die neuen europäischen „Räuberbarone“ (Naomi Klein) haben ein solches Coaching vermutlich nicht nötig. Eine europäische Beratungskultur kann nur eine ‚linke‘ sein. Entscheidend ist es, ob man Teams von talentierten, hingebungsvollen und jungen Denkprofis zusammenbekommt.

### *Das Beispiel New American Foundation*

Die Nachwuchsausbildung amerikanischer Generalisten ist bemerkenswert. Sie bilden sich, bevor sie sich an den Höfen ihrer superreichen Laien-Leser versammeln, unauffällig auf globalen Pfaden weiter, sie lesen Nietzsche und Max Weber, Luhmann und Habermas, Hardt und Negri – sie treffen sich mit Studenten in Wladiwostok und Riga, Caracas und Havanna, sie sind die wandernden Scholaren der Gegenwart, nett und bescheiden, fleißig und belesen. Es wäre ganz schön, gäbe es solche kosmopolitischen Denkräume auch bei uns.

Die *New America Foundation* bringt solche jungen Generalisten auf den Weg in die *elite media*, in jenen neuartigen Verständigungsraum der verschiedenen Gruppen der Machteliten und ihrer Hilfsklassen, wo mittels eigener medialer Netze Agenden bestimmt und Denk- und Wahrnehmungsmuster der Bevölkerung vorgeprägt werden. *The New America Foundation*, die 1999 aus der Taufe geho-

ben wurde, ist inzwischen der heißeste liberale *Think Tank* für diesen Nachwuchs. Mit einem Budget von jährlich nur vier Millionen Dollar ist er in kürzester Zeit zu einem *major player* geworden. Von den dort geförderten jungen Denkern – nur 20 *Fellowships*, um jede freiwerdende gibt es 400 Bewerbungen – brachten es gleich drei auf eine Liste des *Esquire*-Magazins von ‚Leuten und Ideen, die unser Leben künftig verändern werden‘. Das Neue an dieser Stiftung ist, dass ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter (*Fellows*) gehalten sind, ihre Berichte und Abhandlungen nicht in den Schubladen irgendeines Senators oder Kongressabgeordneten verschwinden zu lassen, sondern auf den Meinungsseiten der nationalen Presse zu veröffentlichen. Zu diesem Zweck gibt es beispielsweise Vereinbarungen mit dem Magazin *Atlantic Monthly*, die *Fellows* gestatten, im Jahr 15 Artikel, einschließlich einer jährlichen *cover story*, zu publizieren ...

### *Von Davos lernen*

Davos ist ein Symbol für die Privatisierung der Macht. Schon längst sind große transnationale Konzerne mächtiger als die meisten Regierungen, ganz zu schweigen von Parlamenten. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett sagt, der moderne Kapitalismus sei in seiner Grundtendenz antidemokratisch. Er spricht sogar von einer ‚sanften‘ Spielart des Faschismus. Politische Macht ist abgewandert in die Finanzsphäre und in die Hände einer neuen Managerklasse, die über informelle Netzwerke weltweit politisch wirksam wird. Politische Macht ist unsichtbar geworden und zugleich weiß Jedermann, dass sie da ist. Deshalb wird diese neue Form der Macht in prächtigen Schaubildern inszeniert. Dem dient z.B. Davos.

Die Kritik an Davos sollte sich nicht gegen die bloße Tatsache privater Treffen der Mächtigen und ihrer Entouragen richten. Es geht vielmehr darum, den Primat der Politik einzufordern, wenn es um Entscheidungen geht, welche die ganze Menschheit betreffen. Dieser Primat der Politik wird derzeit in einem erschreckenden und noch gar nicht begriffenen Ausmaß ausgehöhlt. Und zwar alltäglich und gerade auch in den ‚Bollwerken‘ der westlichen Demokratie, ob das die USA, Großbritannien, Italien oder auch die Bundesrepublik sind. Davos ist dafür nur ein Symptom.

Hier entsteht eine antidemokratische Struktur. Die Macht des Geldes, die Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch Geldmacht verlangt nach Verschwiegenheit. Private Macht will privat bleiben. Das ist sogar verständlich. Wir aber stehen in der Tradition öffentlichen Wissens. Der Nichtangriffspakt mit den herrschenden Klassen muss gebrochen werden, durch ‚Herrschaftsstrukturforschung‘.

Solche Veranstaltungen wie Davos sind eingebettet in das historisch einmalige Phänomen der Konzentration von immer mehr Reichtum in ganz wenigen Händen. Wir sprechen von tausend bis zweitausend Milliardären, von hundert- bis zweihunderttausend Personen mit einem frei verfügbaren Geldvermögen von über 30 Millionen Dollar weltweit. Das ist eine winzige Gruppe. Und doch fließt der

auf dieser Welt produzierte Reichtum in diese Richtung, wobei selbstverständlich die nach Millionen zählenden Hilfseliten, die diese Gruppe umgeben und schützen, noch hinzuzurechnen sind: hochbezahlte Manager, Finanzberater, Politiker, Experten usw. Gerade die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien machen es möglich, dass heute so wenige so viele kontrollieren können, dass so wenige so vielen den eigenen Willen schmackhaft machen können. Kleine persönliche Netzwerke, bei denen sich Geldmacht nun einmal angesammelt hat, setzen durch weltumspannende Kommunikationstechniken ihre eigenen, privaten Interessen unkontrolliert durch. Diese Kombination ist neu. Sie ist nicht stabil. Sie macht die Welt nicht besser, trotz aller sogenannten Philanthropie. Auch sie wird historisch untergehen. Aber wir müssen uns jetzt mit dieser Struktur auseinandersetzen.

### **3) Was sollten die Schwerpunkte einer linken Politikberatung sein, diesen Konflikten zu begegnen?**

*Es geht zunächst um die Bestimmung des Konfliktfelds der ‚Macht der Geldeliten‘*  
Es ist bemerkenswert, dass die Linke bislang noch keinen eigenen ‚Reichtumsbericht‘ veröffentlicht hat. Die Institutionen des *wealth management* haben es getan, investigative Journalisten haben es versucht, einige isolierte Sozialwissenschaftler haben damit begonnen.<sup>6</sup> Aber die politische Linke als Ganze hat die Schicht der wirklich Reichen links liegen lassen – trotz der Tatsache, dass die Zahl der Milliardäre explodiert ist und dass ihr verborgener Einfluss auf Regierungen, politische Parteien und Parlamente, auf die Medien, auf die Kultur, die schönen Künste und sogar den Sport in erschreckendem Maße gewachsen ist. Dabei sollte neben der Geldelite unsere Aufmerksamkeit auch ihren Dienstklassen, Teilen der Wissenseeliten, der politischen Eliten und natürlich der Manager- und Finanzeliten gelten.

Von besonderem Interesse sind hierbei die sich anbahnenden Konflikte zwischen den Manager- und Finanzeliten und ihren ‚Herren‘, den superreichen Investoren dieser Welt. Youssef M. Ibrahim, ein Sprecher und Berater reicher Investoren und *shareholder* aus dem arabischen Raum, geht in diesem Sinne mit den westlichen Konzerneliten (den ‚Hausmeiern‘ seiner reichen Araber, wenn man so will) ins Gericht. Diese Manager würden sich hunderte von Millionen Dollar in die Taschen stecken, während der Wert ihrer Konzerne durch Unehrllichkeit und Inkompetenz in den Keller sinke: „Diese Lenker gigantischer Konzerne sind Mitglieder eines winzigen Clubs, welcher die gewöhnlichen Investoren am ausgestreckten Arm verhungern lässt ... Schlimmer noch, die großen Banken und Investmentfirmen helfen jenen Bossen dabei, die Spuren zu verwischen. Sie fliegen

6 vgl. Dieter Klein, Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums, Berlin 2006; H.J.Krysmanski, Wem gehört die EU?, in: Sahra Wagenknecht (Hg.): Armut und Reichtum heute, edition ost, Berlin 2007

Privatjets, bezahlt von den shareholders, sie genehmigen sich Privatlogen bei großen Sportereignissen und Shows. Sie sind Freunde, die zusammen tafeln, während sie von Aufsichtsratssitzung zu Aufsichtsratssitzung ziehen. Ein fauler Gestank breitet sich aus in den Führungsetagen der größten Konzerne. Und am Horizont zeichnet sich eine gewaltige Revolte der shareholder ab. Die Praktiken der Konzerneliten bedrohen die globale Ökonomie. Es ist an der Zeit für die Reichen, die, wie beispielsweise die Araber, hunderte von Milliarden ihres Vermögens in diese großen Konzerne investiert haben, ihren Bankiers ein paar harte Fragen zu stellen: Wo ist mein Geld und was macht ihr damit?<sup>7</sup>

Man kann sich vorstellen, was hier zwischen den Geldeliten und ihrer Dienstklasse der Geldverwerter noch los sein wird. Das Zusammenbrechen innerkapitalistischer ökonomischer Regulationssysteme führt nicht nur zur Raubumverteilung von unten nach oben, sondern auch zu einem titanischen Hauen und Stechen zwischen den reichen und superreichen Privatleuten dieser Welt, das längst den Kampf um den Mittleren Osten, den „Kulturkampf“ mit der islamischen Welt sowie die *policy conflicts* zwischen „Europa“ und „Amerika“ prägt. Die gesamte Machtmaschinerie des Kampfes gegen den Terrorismus ist nicht zuletzt angeworfen worden, um mit den konkurrierenden Kapitalen, den Geldmächten des arabischen und asiatischen Raumes, fertig zu werden – und vielleicht sogar, wenn man die Bush-Administration beobachtet, Elemente einer privaten, neo-feudalen Form von „Geldherrschaft“ zu etablieren: informelle Netzwerke purer Geldmacht in einer chaotisierten Welt, in der sich die Agenten früherer Herrschaft – Präsidenten, Armeen, Länder, Klassen und Schichten (bzw. deren Eliten) – einfach kaufen lassen.

Es gibt also viele Widersprüche und Entwicklungen innerhalb der Geldelite, ihres Dienstpersonals und des „Geldmachtkomplexes“. Die Dienstklassen der kapitalismusbasierten High-Tech-Refeudalisierung sind zudem gefangen in einem „tektonischen Spalt“ (Dogan), der sie letztendlich vom Zugang zur Schicht der Superreichen trennt. Diese Teilklassen sind sich ihrer Loyalitäten nicht mehr sicher, aus ihren Reihen kommen interessante *whistleblower* und „Aussteiger mit einer Mission“. Viele von diesen sind an intelligenten Argumenten von Seiten der Linken interessiert. Und sogar unter den Superreichen gibt es solche, die offen sind für vernünftige Argumente.

### *Die faktische Hegemonie des „Nordgürtels“*

Man sollte sich mit geopolitischen Räumen wie Europa, Russland, China oder Nordamerika – also recht eigentlich mit dem „Nordgürtel“ – in erster Linie so beschäftigen, dass jene realen Akteure ins Blickfeld kommen, bei denen sich (private) Geldmacht akkumuliert und konzentriert. Um hier weiter zu kommen, bräuchte man so etwas wie eine Taxonomie der Machteliten im Globalisierungs-

7 Youssef M. Ibrahim, 'The Collapse of Capitalism as we know it', *IHT*, March 9, 2004

prozess. Hier sei erinnert an die lebhaften Debatten um eine globale herrschende Klasse, eine transnationale Kapitalistenklasse einerseits und die Rolle von Dienstklassen andererseits: globale Manager, global agierende Bürokraten und Politiker. In all diesen Diskussionen jedoch ist eine Gruppe – im Sinne von selbständigen Akteuren – weitgehend unsichtbar geblieben: die *ultra-high-net-worth-individuals*, die Superreichen. Und das trotz der Tatsache, dass die Strukturen der Souveränität, die einst mit der bürgerlichen Gesellschaft und dem Nationalstaat verbunden waren, zunehmend in private Netzwerke und Mikronetzwerke übergehen.

Wenn man also über die geopolitischen Beziehungen zwischen Europa, Russland, China und Nordamerika redet, könnte man sich zumindest experimentell mit den internationalen Netzwerken und privaten Mikronetzwerken der Superreichen dieser Regionen beschäftigen, ausgehend von den Ranglisten, die es für jede dieser Regionen gibt.

Hinsichtlich der transatlantischen Beziehungen dieser Art haben sich die entsprechenden europäischen Akteure nach den Wirren des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs neu arrangiert und spiegeln in ihrer sozialen Struktur heute weitgehend die Kreise der amerikanischen Machtelite wieder. Die Verbindungslinien zwischen den amerikanischen und europäischen Superreichen, zwischen den Konzerneliten und politischen Eliten und vor allem zwischen „Experten“, „Berühmtheiten“ (die nach C.W. Mills eine besondere Integrationsfunktion haben) sind offen und aktiv. Das gilt für „dynastische“ Beziehungen ebenso wie für kulturelle und Bildungsprogramme aller Art. Und es gilt insbesondere für die riesige Zahl von finanziellen Transaktionen. Die amerikanische Seite hat dabei hemmungslos ein „plutokratisches Modell“ entwickelt, das inzwischen auch hier immer hemmungsloser kopiert wird. Andererseits sind die amerikanischen Superreichen immer kosmopolitischer geworden. In ihren Reihen befinden sich vermutlich die „weltläufigsten“ (most sophisticated) Milliardäre, die es jemals gab.

Dieses Feld informeller Netzwerke von welterfahrenen europäischen und amerikanischen Superreichen müsste viel deutlicher ins Zentrum politischer Analyse und Aktion kommen. Dagegen sollten die vielen globalen Organisationen und Institutionen – wie WTO, transnationale Wirtschaftsorganisationen, Regulierungs- und Deregulierungsbürokratien – als bloße *Instrumentarien* der Geldeliten betrachtet werden. Die Verhandlungen und Entscheidungen der Klasse der Superreichen finden woanders statt. Was wir also wirklich benötigen, sind mehr Informationen über informelle Netzwerke, „Clubs“ usw. Das gleiche gilt für die entsprechenden Machtzirkel in China und Russland – obgleich die Dinge dort noch im Fluss sind und noch immer die Tradition des „Primats der Politik“ wirksam ist.

#### 4) Ein Diskussions-Schema

a) Der Begriff „internationale Konflikte“ ist weitgehend irreführend. Vorschlag: wir sprechen von inter-nationalen, trans-nationalen und globalen Konflikten.

b) Über die Akteure in diesen inter-nationalen, trans-nationalen und globalen Konflikten herrscht weitgehende Unklarheit. Es ist völlig unsinnig und rückwärtsgerichtet, von Akteuren wie „USA“, „Russland“, „China“, „Europa“, „Lateinamerika“ usw. zu sprechen. Das wird zwar allenthalben getan, aber es verschleiern die Tatsache, dass nationale, inter-nationale, trans-nationale und globale Konflikte in letzter Analyse – wohlgemerkt, in letzter Analyse – Klassenkonflikte innerhalb eines globalen kapitalistischen Systems sind. Diese Einsicht allein unterscheidet „die Linke“ von anderen politischen Positionen.

c) Klassenkonflikte im globalen Kapitalismus heute stellen allerdings ein höchst komplexes System von Prozessen dar, deren wesentliche Elemente und Bewegungsformen es zu klären gilt.

Innerhalb der kapitalistischen Eliten bzw. zwischen ihnen gibt es beispielsweise nationale, inter-nationale, trans-nationale und globale Konflikte um den Primat des Expertentums (Wissenskonflikte), der Politik (Verteilungskonflikte), des Marktmechanismus (Verwertungskonflikte) oder des „Vermögens“ (ich nenne dies *Souveränitätskonflikte*).

Zentral bleiben natürlich die nationalen, inter-nationalen, trans-nationalen und globalen Konflikte zwischen *Kapital* und *Arbeit*, die sich darstellen lassen als Konflikte innerhalb und zwischen *Oberschichten* (Eliten), *Mittelschichten*, *Unterschichten* sowie vielfältigen anti-kapitalistischen (reaktionären oder progressiven) Bewegungen usw.

d) Für „die Linke“ drehen sich alle diese Konflikte letztendlich um nationale, inter-nationale, trans-nationale und globale („adäquate“ bzw. „äquivalente“) Lösungen von *Verteilungskonflikten* auf der Basis von Wissen.

Praktisch stehen also im Zentrum von nationalen, inter-nationalen, trans-nationalen und globalen Konflikten das Verhältnis zwischen „Wissenseliten“ und „politischen Eliten“ und die Frage der Durchsetzung des Primats einer „verwissenschaftlichten“ Politik der Verteilung (z.B. gegen eine „gekaufte“ einschlägige Politik).

Klassenpolitisch geht es um eine Vermittlung der Verteilungsinteressen der lohnabhängigen *Mittelschichten* und *Unterschichten* auf der Grundlage einer verwissenschaftlichten Politik – nicht ohne offen zu sein für Angehörige der Oberschichten, die diese Grundlage akzeptieren.

## **Die wichtigsten Konflikte in den nächsten Jahren: in Eurasien**

Die wesentlichen Konflikte der kommenden Jahre lassen sich nach meiner Beurteilung aus den Ereignissen nach 1990 und dem seitdem immer deutlicher formulierten imperialen Anspruch der Vereinigten Staaten extrapolieren. Dieser Anspruch geht allerdings bis zum Ersten Weltkrieg zurück, als die USA über die Finanzierung der englischen Kriegskosten den Niedergang des Britischen Empire einläuteten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte die Monroe-Doktrin als Grundorientierung der amerikanischen Außenpolitik ausgespielt. Das amerikanische Groß- und Finanzkapital ergriff die Chance, Großbritannien zu beerben.

Durch den Zweiten Weltkrieg und die danach einsetzende wohlwollende Unterstützung des Entkolonialisierungsprozesses durch die USA wurde dem britischen Weltreich und den französischen imperialen Ambitionen der entscheidende Schlag versetzt. Das Verhalten der USA in der Suez-Krise von 1956 und die Ohnmacht Englands und Frankreichs, dieser Demütigung adäquat zu begegnen, spiegeln den Niedergang zweier ehemaliger Weltmächte wie in einem Brennglas.

Seinen ökonomischen Ausdruck fand der Rollenwechsel in der Verdrängung des Pfund Sterling als Weltleitwährung durch den Dollar. Die aus Sicht Englands über ein Jahrhundert erfolgreiche Politik der „Balance of Power“ auf dem Kontinent war definitiv zu Ende: Mit dem Marshallplan, der der US-Industrie die westeuropäischen Absatzmärkte erschließen sollte, und durch die Etablierung des Blocks der Warschauer Vertragsstaaten. Mit der Nuklearmacht Sowjetunion war den USA zunächst für eine weitere Expansion in Europa ein Riegel vorgeschoben. Deswegen verlegten sie sich darauf, im eigenen Hinterhof Lateinamerika, in Asien und im Nahen Osten Abhängigkeiten zu schaffen sowie Westeuropa über die NATO eng an sich zu binden.

Mit dem Ende der Sowjetunion, deren Niedergang durch Hochrüstung und den provozierten Einmarsch in Afghanistan aktiv befördert worden war<sup>8</sup> und der sich abzeichnenden Erstarkung Chinas, Indiens und dem zu erwartenden Erweiterungsprozess der EU war aus US-Sicht Eile geboten, um die historische Chance nicht zu verspielen, dominierende Weltmacht des 21. Jahrhunderts zu bleiben: Potenzielle Rivalen wie die EU mussten eingehegt werden („Transatlantische Wertegemeinschaft“), bevor sie zuviel Eigenmächtigkeiten entwickelten, Russland im Sinne der Chicagoer ökonomischen Schule von der Planwirtschaft zu einer radikal-liberalen Marktwirtschaft mit offenen Scheunentoren für das US-Kapital transformiert (was bis zum Ende der Ära Jelzin gelang) und Indien als US-Allierter gewonnen werden. Das zunehmende, gegenseitige ökonomische Abhängig-

8 Brzezinski Interview Nouvel Observateur vom 15.1. 1998 <http://www.globalresearch.ca/articles/BRZ110A.html>

keitsverhältnis zwischen den USA und China führte im Lauf der letzten 15 Jahre zu einer vorsichtigeren Politik der USA, einer Art Politik in Lauerstellung. Die Versuche, Japan und Indien stellvertretend in Stellung zu bringen, werden zwar weiterhin verfolgt, die Erfolgsaussichten sind jedoch zweifelhaft: Das Militärbkommen mit Indien („New Framework for Defence Cooperation“) wird von Indien klug gehandhabt<sup>9</sup>, Japan nähert sich China derzeit an, mit der SCO<sup>10</sup> versucht Russland ein Gegengewicht zu den USA in Asien zu schaffen.

Der 11. September 2001 bot den USA die Chance, mit der Besetzung Afghanistans ihre strategische Position gegenüber Russland, China und Indien entscheidend zu verbessern. Der Ausgang des Krieges ist ungewiss, anglo-amerikanische Stimmen bereiten die Öffentlichkeit jedoch auf ein jahrzehntelanges Engagement vor.

Für die Konservierung und den Ausbau als einzige Supermacht steht der amerikanische Begriff „Full Spectrum Dominance“. Ursprünglich ausschließlich militärisch gebraucht<sup>11</sup>, verwende ich ihn hier als Synonym für den Anspruch der USA, kulturell, rechtlich, diplomatisch, ökonomisch und finanzpolitisch, militärisch, gesellschaftlich und moralisch der Welt den Takt vorzugeben. Harold Pinter drückte das bei der Verleihung des Nobelpreises 2005 so aus: „I have said earlier that the United States is now totally frank about putting its cards on the table. That is the case. Its official declared policy is now defined as ‘full spectrum dominance’. That is not my term, it is theirs. ‘Full spectrum dominance’ means control of land, sea, air and space *and all attendant resources*.“

Zu den „attendant resources“ zählen primär die fossilen Energieträger, zunächst auch im engeren Sinn als die unabdingbare Voraussetzung für die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte. Die militärisch abgesicherte Kontrolle der fossilen Energieströme ist jedoch weit darüber hinaus das US-Mittel der Wahl, um die Entwicklung potenziell konkurrierender Mächte oder Machtkonstellationen zu beeinflussen. Ohne die Schmierstoffe Öl und Gas ist wirtschaftliche Entwicklung noch auf unabsehbare Zeit nicht möglich, ohne die Kontrolle über Verteilung, Preise und Zahlungsweise ist die ökonomische Dominanz der USA nicht aufrecht zu erhalten.

Die größten „Reserven“ (gesicherte Vorkommen) und „Ressourcen“ (vermutete Vorkommen) liegen in einem Raum, der im Westen am 30. Längengrad beginnt, im Osten vom 180. Längengrad und im Süden vom 10. Breitengrad begrenzt wird. Die Öl- und Gasvorkommen in anderen Teilen der Welt sind demgegenüber nachrangig. Als CEO der Firma Halliburton, des weltweit größten Zulieferers für die Energieindustrie, thematisierte Richard Cheney 1999 in London mit Blick auf diesen Raum die größten Herausforderungen für die Ölmultis (und damit für die

9 Vgl. das Interview mit Siddharth Varadarajan, stellvertretender Herausgeber der indischen Zeitung „The Hindu“, US Imperialism, South Asia and lessons from Latin America <http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?ItemID=13756>

10 Shanghai Cooperation Organisation

11 Strategiepapier „Joint Vision 2020“ vom Mai 2000

USA): Weitgehende Kontrolle der Öl- und Gasvorkommen (90 Prozent) durch Regierungen und nationale Ölgesellschaften, Missverhältnis zwischen steigender Nachfrage und Neuentdeckung von Feldern (1:4), Niedergang der Förderkapazität („Peak Oil“)<sup>12</sup> Als US-Vizepräsident war und ist Cheney die treibende Kraft hinter den Kriegen gegen den Irak und Afghanistan und der Kampagne gegen den Iran.

Der obige Raum deckt sich mit dem von Halford Mackinder<sup>13</sup> geprägten Begriff „The Heartland“, also Eurasien. Brzezinskis „The Grand Chessboard“ richtet den geostrategischen Blick deswegen auf den Doppelkontinent und sieht seine Beherrschung als Schlüssel für die langfristige Erhaltung der dominanten Stellung der USA. Ich gehe nicht davon aus, dass er dies wegen der angenehmen klimatischen Verhältnisse so sieht.

Das Problem der USA besteht allerdings darin, dass sich exakt in Eurasien auch die erklärten Rivalen befinden: Russland, China und die EU (Reihenfolge nach Priorität).

Die amerikanischen Bemühungen, die EU im Sinne Brzezinskis auf eine transatlantische Interessenidentität zu trimmen, sind bisher erfolgreich<sup>14</sup>. Mit dem „Berlin Plus“-Abkommen<sup>15</sup> ist zudem militärischen EU- Alleingängen von strategischer Relevanz ein vorläufiger Riegel vorgeschoben. Die Schnelle Eingreiftruppe der NATO (NRF) mit ihrer strategischen Priorität (25 000 Soldaten in fünf Tagen an jedem Ort der Welt einsetzbar) wird auch dann europäische Kapazitäten binden, wenn sie kleiner als geplant ausfällt. Die vergleichsweise kleinen „Battle Groups“ der EU (1 500 Soldaten) gestehen die USA den Europäern als Spiel- und Übungswiese zu. Sie richten mit ihrem Fokus auf Afrika keinen Schaden an, zumal die USA die Offshore-Vorkommen vor der westafrikanischen Küste bereits militärisch durch Stationierungsabkommen gesichert haben und AFRICOM (bisher mit EUCOM in Stuttgart unter einem Dach) in naher Zukunft einen afrikanischen Standort haben wird. Im Übrigen ist Afrika aus der Sicht des weltgrößten Energieverbrauchers ein sekundäres strategisches Ziel.

Die zweite Methode, den ökonomischen Rivalen EU in Schach zu halten, ist „divide et impera“. Beispiele sind: Die Raketenabwehr in Polen und Tschechien, die Kampagne „altes und neues Europa“, das Abladen des Balkanproblems mit dem Dauersprengsatz Kosovo vor der europäischen Haustür bei gleichzeitigem geostrategischen Gewinn (dafür steht in Kurzform Camp Bondsteel). Nicht zu vergessen: Im Rahmen der OSZE reden die USA ein gewichtiges Wort mit. Dies zeigt der Beschluss von Florenz im Jahr 2000, für die Ratifizierung des A-KSE-

12 Cheney's Autumn Lunch Speech, <http://www.energybulletin.net/559.html>

13 [http://de.wikipedia.org/wiki/Halford\\_Mackinder](http://de.wikipedia.org/wiki/Halford_Mackinder)

14 Transatlantische Freihandelszone TAFTA, erkennbar gegen China, Russland und Indien gerichtet <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P6-TA-2006-0239+0+DOC+PDF+V0//DE>

15 Berlin Plus [http://www.nato.int/shape/news/2003/shape\\_eu/se030822a.htm](http://www.nato.int/shape/news/2003/shape_eu/se030822a.htm)

Vertrages durch die NATO-Staaten den Abzug russischer Truppen aus Moldawien und Georgien zur nachgeschobenen Bedingung zu machen.

Vor einigen Jahren wurde über die deutschen Medien transportiert, dass die USA ihren politischen und militärischen Schwerpunkt von Europa weg nach Asien verlegen würden. Der daraufhin hier einsetzende ahistorische Diskurs verkannte, dass die USA, vereinfacht ausgedrückt, zwei Weltkriege und den Kalten Krieg geführt haben, um die Weltstellung zu erreichen, die sie jetzt inne haben. Eine derartige, langfristige Investition muss sich natürlich tragen. Das Thema diene m. E. auch dazu, Europa noch näher an die amerikanische Politik zu binden, was gelungen zu sein scheint. Der Diskurs verkannte auch, dass die amerikanische Politik Europa und Asien als einen strategischen Raum ansieht. Nachdem die EU derzeit weitgehend unter Kuratel gestellt und in das geostrategische neue „Great Game“ eingebunden ist, stehen noch zwei Staaten der Beherrschung Eurasiens im Wege: Russland und China.

Gegenüber China betreiben die USA eine abwartende Politik: Mit Devisenreserven von 1,4 Billionen Dollar und als Hauptabnehmer von US-Staatspapieren hat China Hebel in der Hand, die Fähigkeit der USA zur Machtprojektion empfindlich zu beeinträchtigen. Provozierte Luftzwischenfälle, wie zuletzt 2001, sind Mangelware geworden. Selbst auf vage Überlegungen Chinas, seine Devisenreserven zu diversifizieren, reagieren die anglo-amerikanisch dominierten Finanzmärkte mit Nervosität<sup>16</sup>.

Für meine These, dass sich die entscheidenden internationalen Konflikte in Eurasien abspielen werden und dabei Russland das eigentliche Ziel der US-Politik in Eurasien ist, sprechen auch die folgenden Indizien:

- Der Schwerpunkt der US-Politik liegt seit 1945 in Europa, dem Nahen und Mittleren Osten und in den asiatischen Ländern, die als Sprungbrett für die Machtprojektion in Zentralasien benötigt werden.
- Die US-Militärstützpunkte umschließen Eurasien in Verbindung mit den Trägergruppen und nuklear betriebenen U-Booten der Marine.
- Der ursprüngliche Brückenkopf Westeuropa wird mit der NATO-Ostausdehnung immer näher an den zentralasiatischen Raum und an Russland herangeführt. Die nächsten Kandidaten sind Georgien und die Ukraine.
- Die US-Pläne für ein Einbinden Australiens und Japans in die NATO.<sup>17</sup>
- Die Modernisierung des US-Nuklearpotenzials („Complex 2030“) richtet sich gegen den größten nuklearen Rivalen, Russland.
- Complex 2030 in Verbindung mit der National Missile Defense und der Kündigung des ABM-Vertrages 2002 durch die USA (einschließlich der Stationierung in Polen und Tschechien) können als Versuch interpretiert werden, gegen Russland

16 Dollar auf Rekordtief:China will Währungsreserven diversifizieren <http://www.goldseiten.de/content/diverses/artikel.php?storyid=5747>

17 Vgl. Interview mit Victoria Nuland, US-NATO-Botschafterin <http://search.ft.com/ftArticle?queryText=victoria+nuland+new+animal&y=0&aje=false&x=0&id=060124001117&ct=0>

die Option (Drohung) eines nuklearen Enthauptungsschlags zu gewinnen.<sup>18</sup>

- Der „War on Terror“, der sich seine Ziele selber schafft<sup>19</sup>, konzentriert sich auf Eurasien, mit ihm wird ein permanenter Ausnahmezustand begründet, der zugleich für innenpolitische Repressionsziele genutzt wird.
- Das Strategische Konzept der NATO von 1999 legte den Grundstein für eine NATO als globales Interventionsbündnis unter Relativierung der Rolle der UNO. Seine diffusen Bedrohungsszenarien konzentrieren sich auf Risiken, denen bis dato mit juristischen und polizeilichen Mitteln begegnet wurde.
- Die Supermacht USA engagiert sich auf dem Balkan massiv in einem Konflikt, den sie in Afrika sich selbst – oder anderen – überlassen hätte und diskreditiert gezielt die UNO.<sup>20</sup>
- In Rumänien und Bulgarien werden den USA vorgeschobene Basen zur Verfügung gestellt.
- Das von Paul Wolfowitz im September 2000 herausgegebene Strategiepapier „Rebuilding America’s Defenses“ mit seiner achtjährigen Entstehungsgeschichte.<sup>21</sup>

## **Möglichkeiten der Konflikteingrenzung/-Lösung/-Regelung**

Die Konflikte auf anderen Kontinenten sind dem Hauptkonfliktfeld untergeordnet. Ich konzentriere mich daher auf letzteren. Mit den folgenden Überlegungen, die auf einem Programmbeitrag für die WASG basieren<sup>22</sup>, ließen sich aber auch die ersteren begrenzen. Die Überlegungen haben einen ökonomischen und einen Machtbegrenzungsaspekt.

Ich gehe davon aus, dass das Streben der USA nach Konservierung und Erweiterung ihrer machtpolitischen Stellung die Hauptursache für die wichtigsten Konflikte in der Welt ist, die sich mit Schwerpunkt in Eurasien abspielen. Vielfach wird in Deutschland auf einen entscheidenden Politikwechsel unter einem demokratischen Präsidenten gesetzt. Hier wird der Fehler gemacht, die an sozialdemokratischen Modellen orientierte Innen-, Rechts- und Sozialpolitik der Demokraten auf die Außenpolitik zu übertragen. Die Erfahrungen mit Bill Clinton auf dem Balkan und die offiziöse „Democratic National Security Strategy“<sup>23</sup> des „Progressive Policy Institute“ zeigen, dass sich hinter einer verbindlicheren Tonlage dieselben Kapitalinteressen verbergen.

18 Lieber, Keir A., and Daryl G. Press. “The End of MAD? The Nuclear Dimension of U.S. Primacy.” *International Security* 30 4 (Spring 2006): 7-44.

[http://belfercenter.ksg.harvard.edu/publication/737/end\\_of\\_mad\\_the\\_nuclear\\_dimension\\_of\\_us\\_primacy.html](http://belfercenter.ksg.harvard.edu/publication/737/end_of_mad_the_nuclear_dimension_of_us_primacy.html)

19 Vgl. „Impeach Now“, <http://www.counterpunch.org/roberts07162007.html>

20 Vgl. Brief des CDU-Abgeordneten Willy Wimmer an den Bundeskanzler

[http://www.nato-tribunal.de/blatter\\_wimmer.pdf](http://www.nato-tribunal.de/blatter_wimmer.pdf)

21 <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>

22 [http://www.studien-von-zeitfragen.de/Deutschland/Konzept\\_WASG/konzept\\_wasg.html](http://www.studien-von-zeitfragen.de/Deutschland/Konzept_WASG/konzept_wasg.html)

23 <http://globalpolicy.org/empire//analysis/2003/03progressiveinternationalism.pdf>

Es kommt somit darauf an, den USA die Fähigkeit zur Machtprojektion so zu beschneiden, dass insgesamt für alle Staaten eine Win-Win-Situation entsteht und sie selbst daran gehindert werden, anderen Staaten ihren strategischen Willen aufzuzwingen.

Die Dominanz der Supermacht USA gründet auf zwei Säulen, deren Statik aufeinander bezogen ist: Der absoluten militärischen Überlegenheit und der Fähigkeit, mit dem Dollar als Weltleitwährung die Weltwirtschaft zu kontrollieren. Hinzu kommt, dass sie die relevanten internationalen Gremien (IWF, Weltbank, WTO, UNO, NATO, G8) beherrschen und mit dem „Washington Consensus“<sup>24</sup> einen ökonomischen Verhaltenskodex für andere Staaten durchgesetzt haben, der den Kern des Neoliberalismus bildet. Der Dollar als Weltleitwährung bedeutet in unserem Kontext vor allem, dass alle wichtigen Güter in dieser Währung fakturiert werden, einschließlich Öl und Gas. Über die Stabilität und den Wert des Dollars befinden die USA allein, seit in Folge des Vietnamkrieges seine Goldbindung aufgegeben werden musste.

Alle<sup>25</sup> entwickelten Industrieländer und Schwellenländer haben ihre Volkswirtschaften einseitig auf den Export ausgerichtet. Nur so sind die benötigten Dollar zu erwirtschaften, um

- Devisen für den benötigten Import einschließlich der Energie zur Verfügung zu haben,
- ggf. Schulden bezahlen zu können,
- die eigene Währung abzusichern.

Die erwirtschafteten Dollarüberschüsse („Devisenreserven“) fließen zum größten Teil in US-Staatsanleihen. Die jährliche Größenordnung bewegt sich zwischen 800 bis 900 Milliarden Dollar. Mit diesen Rückflüssen finanziert der Rest der Welt die Fähigkeit der USA zur militärischen Machtprojektion. Inzwischen sind die Vereinigten Staaten auf einen täglichen Rückfluss von 1,4 Milliarden Dollar angewiesen. Ihre Real-Wirtschaft degeneriert immer mehr zu einer Importwirtschaft. Die Weltkonjunktur ist parallel dazu in eine fatale Abhängigkeit vom US-Konsumklima geraten. Das Dollarsystem ist optimiert für das US-Finanzkapital, die Ölindustrie und den militärisch-industriellen Komplex, der das System gleichzeitig stützt.

Dieses primär auf die Interessen der USA ausgerichtete Weltwirtschaftssystem kann durchbrochen werden, wenn es gelingt, die Weltregionen ökonomisch auf eine überwiegende Binnenentwicklung auszurichten. Die Entwicklungsgeschichte der EU zeigt übrigens, dass dies gleichzeitig zu größerem Wohlstand führen kann. Mit einer solchen allmählichen Neuausrichtung der Weltwirtschaft entfielen die Vorteile, die die USA aus dem jetzigen System ziehen und die Nachteile der übrigen Staaten.

24 <http://www.cid.harvard.edu/cidtrade/issues/washington.html>

25 Wegen des gemeinsamen Marktes und der Gemeinschaftswährung nehmen die EU und „Exportweltmeister“ Deutschland bezüglich des Dollarsystems eine Sonderstellung ein.

Eine solche Veränderung kann nach Lage der Dinge nur von der EU ausgehen, die die positiven Erfahrungen aus ihrer Einigung mit einem politischen Überzeugungs- und Aktionsprozess auf andere Regionen der Welt übertragen müsste. Im Einzelnen:

- Unterstützung Asiens, Afrikas und Iberoamerikas bei der Bildung von Wirtschaftsgemeinschaften und beim Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe (Ansätze sind bereits vorhanden) nach EWG-Vorbild;
- Hilfe beim Aufbau gemeinsamer Währungen in diesen Regionen;
- Unterstützung bei der Diversifizierung ihrer Währungsreserven;
- Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation mit ihnen nach dem Prinzip der Reziprozität;
- Einräumen abgestufter ökonomischer Schutzmechanismen statt Freihandel;
- Ermunterung und Unterstützung für einen politischen Einigungsprozesses;
- Einbindung bei der Einleitung eines Prozesses zur Reorganisation des Weltfinanzsystems ohne Währungshegemonie, das auf wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet ist.

Wird dieser Kurs eingeschlagen, dürfte er nach und nach eine Dynamik entwickeln, der sich auch der bisherige Hegemon nicht entziehen kann. Die mentalen Hindernisse für Gemeinschaften/Unionen erscheinen mir in Asien, Afrika und Iberoamerika nicht größer, als in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Das größte Hindernis ist der von mir vorgeschlagene Träger dieser Entwicklung: Die politische Klasse in der EU mit ihren transatlantisch gewaschenen Hirnen. Immerhin sprach jedoch Jürgen Habermas in seinem Vortrag zum Thema „Europäische Perspektiven“ anlässlich des IX. Philosophiekongress „philosophy meets politics“<sup>426</sup> (23.11.2007) davon, dass „sich die Nationalstaaten auf transnationaler Ebene zu einer überschaubaren Anzahl solcher global players zusammenschließen“ müssten, um eine internationale Ordnung zu schaffen, die keine Supermacht mehr benötige.

### **Schwerpunkte einer linken Politik in diesem Kontext**

Ich tue mich schwer, das Nachstehende als „linke“ Politik oder Vorschläge zu bezeichnen und neige dazu, eher zu sagen: Vorschläge, wie die DIE LINKE/EL einen Prozess der Dezentralisierung der weltpolitischen Machtverteilung unterstützen könnte, der die Konfliktzone Eurasien – auch durch eine Vertrauen schaffende Politik – entschärft.

Im Einzelnen sollte DIE LINKE/EL in der EU und den Mitgliedsstaaten hinwirken auf:

- Abzug der US-Stützpunkte aus Europa,

- Verzicht auf die sog. Nukleare Teilhabe,
- Austritt aus der NATO/Keine Erweiterung der NATO,
- Stärkung der OSZE,
- Revitalisierung von Abrüstung und Rüstungskontrolle,
- Verzicht auf Rüstungsexport,
- Verzicht der EU auf eine globale militärische Rolle,
- Schuldenerlass für arme, hochverschuldete Staaten,
- Änderung der einseitig monetären Philosophie der EZB zugunsten aktiver Wirtschaftspolitik,
- Unterwerfung der EZB unter den Primat der Politik,
- Modifizierung des auf das Finanzkapital orientierten Stabilitätspakts,
- Energielieferverträge auf Euro-Basis,
- Dezentralisierung von Wirtschaft und Energieversorgung, massive Förderung regenerativer Energien zur Konfliktprävention,
- Devisenumsatzbesteuerung als Einstieg in die politische Kontrolle internationaler Finanztransaktionen.

## **Auseinandersetzung mit dem Mainstream**

### **Zu 1. Was sind die wichtigsten internationalen Konflikte in den nächsten Jahren?**

Die Auseinandersetzung um Rohstoffe, vor allem der Energieressourcen wird sich weiter zuspitzen. Da diese hauptsächlich in Ländern des Ostens und des Südens vorrätig sind, stehen deren Interessen objektiv gegen die des energiearmen Westens. Dieses Konfliktpotential wird verstärkt durch das offensive Eindringen der energiehungrigen Giganten des Ostens, China und Indien, in die vormaligen Energiedomänen des Westens, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und natürlich in Lateinamerika. Als bedrohlich empfindet man in den westlichen Metropolen die Bemühungen Chinas und Indiens, dabei Abstimmung zu finden (Ergebnis der hochrangigen Treffen in Indien März 2005, unlängst in China) und die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SchOS), um nachhaltige Ressourcensicherheit zu erlangen (Energiepool, das Wort von einer Gas-OPEC geht um, nachdem auch die neue turkmenische Führung die einseitige Westorientierung aufgegeben hat). Mit wachsendem Selbstbewusstsein orientiert man sich an den eigenen Interessen, in einer Welt, die objektiv zur Multipolarität tendiert. Wir können eine zukunftsweisende Emanzipation des Ostens und Südens vom Gängelband des Westens beobachten.

Und es geht um mehr, als um Rohstoffe und Energieressourcen. Der beispiellose Aufstieg des Ostens und Lateinamerikas mit seinen dynamischen Globalplayern hat auch systemische Relevanz. Man setzt dort auf staatlich dominierte Entwicklung, die grundsätzlich gegen den Neoliberalismus des Westens steht, dessen Boom nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, von RGW und Warschauer Vertrag wohl seinen Zenit überschritten hat. Von der Nachwendeeuphorie über die Sieghaftigkeit der westlichen Werte ist der Glanz gebröckelt, vorsichtig ausgedrückt. Damals glaubte man, vor allem in den USA, auf Dauer gewonnen zu haben und mit der erdrückenden wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit die Welt zu dominieren. Die Probleme, vielleicht sogar Krise des Neoliberalismus, kann man im aktuellen Geschehen in Deutschland, in den USA und anderswo vortrefflich beobachten.

China und Russland haben zusammen heute über 2 Billionen US-Dollar Valutareerven, mit wachsender Tendenz, die USA fast ebenso viel Auslandschulden. Labilität hat die Finanzen, das Kreditgeschäft erreicht. Unverblümt wird im Osten über die Ablösung des Dollar als Verrechnungswährung, z.B. für die Ressourcengeschäfte diskutiert.

Selbst in den USA ist angekommen, dass die Kriege in Irak und Afghanistan nicht zu gewinnen sind, was den Präsidentenwahlkampf beeinflusst. Bush hat den Solidaritätsbonus des 11. September, der ihm eine Woge der Zustimmung ge-

bracht hatte, gründlich verspielt. Er ist im letzten Jahr seiner Präsidentschaft mit seiner Vision von der Welt dominanz der USA und der dafür gewählten Gewaltanwendung zur „lahmen Ente“ geworden. Zbigniew Brzezinski warnte schon vor gut zwei Jahren in der „Los Angeles Times“: „Bush`s policy is suicidal and will lead to the decline of the USA. But the country is so strong and rich that Bush might continue his policy of ‘historic blindness’ for a certain time. As a result the USA will be surrounded more and more by a hostile world. The country will lose the capability of global influence... The winner of that development, Russia and China will watch that with great enjoyment and mock at the incompetence of the USA“.

Gegenläufige Interessen im westlichen Bündnis sind nicht zu übersehen, und man sorgt sich in westeuropäischen Eliten, dass eine „imperiale Überdehnung“ der USA nicht nur die USA treffen könnte. Außerdem glaubt man, dass man besser aufgestellt sei, und man will vom Auftrieb des Ostens profitieren, ohne sich reinreden zu lassen (siehe die vom AA ausgearbeitete Konzeption der EU für Zentralasien; Ausführungen von Staatsminister Erler und dem Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft Mangold auf einer Veranstaltung der DGAP im April 2007 zur SchOS; Strategiepapier des AA für die Beziehungen mit Russland „Annäherung durch Verflechtung, von Steinmeier den EU-Außenministern im September 2006 in Finnland vorgetragen; Schröder und Mangold in einer Veranstaltung der DGAP im „Adlon“ im Januar 2007).

Zugleich haben die Befürworter einer „Wirtschafts-NATO“, zumindest einer engeren Wirtschaftskooperation im transatlantischen Bündnis Zulauf bekommen (anstelle ursprünglich geplanter Vorbereitung eines neuen Partnerschaftsabkommens der EU mit Russland während der deutschen Präsidentschaft, Resolution der Bundestagsresolution im Oktober 2007, betonte „Zurückhaltung“ der Kanzlerin zu Russland und China, was bekanntlich von Steinmeier im Wahlkampf mit Kritik bedacht wurde, auch von Schröder und Helmut Schmidt drastisch gebrandmarkt wurde).

Ob die neue USA-Administration nach Bush fähig und in der Lage sein wird, eine realistische Bestandsaufnahme zu formulieren, die Realitäten in der Welt, den neuen Widerspruch zwischen West und Ost/Süd, den man im Westen gern als Konflikt der Zivilisationen verfälschen will, nüchtern einzuschätzen und einen Weg des strategischen Ausgleichs in der Welt zu finden, um die USA-Interessen in der sich verändernden Welt besser durchsetzen zu können, ist noch nicht erkennbar. Der Wahlkampf gibt das m.E. nicht her. Und es geht dabei faktisch um alle Hauptfragen dieser Welt, von der Klimafrage bis zu den vielen regionalen Konflikten, die eigentlich Weltkonflikte sind. Wir werden es weiter mit dem Nahost-Konflikt, mit Kosovo, den Kämpfen in Afrika zu tun haben (vielleicht lohnt der Versuch, akribisch aufzulisten, was ein Ausgleich die USA kosten würde).

**Zu 2. Welche Möglichkeiten gibt es, diese Konflikte einzugrenzen, zu regeln bzw. zu lösen?**

**und zu 3. Was sollten die Schwerpunkte einer linken Politik sein, diesen Konflikten zu begegnen?**

Es war nützlich, dass wir uns im letzten Jahr den globalstrategischen Entwicklungen, Konfliktlinien und Herausforderungen gewidmet haben. Auch die Orientierung zunächst auf Hauptakteure und Regionen passte. Nun sollten wir uns auf die Zusammenfügung konzentrieren. Die Linke muss sich mit der Weltentwicklung fortgesetzt gründlich auseinandersetzen und eine moderne, eigenständige und objektive Analysebasis entwickeln.

Globalstrategische wissenschaftliche Analyse und die sozialen Bewegungen für eine andere Welt sollten im Zusammenhang, nicht gegeneinander gedacht werden. Hier und da anzutreffende Voreingenommenheiten und Unterschätzungen gegenüber den Entwicklungen im Osten, in Russland, China und Indien, und eine gewisse Westeuropazentriertheit gehören auf den Prüfstand linker Diskurse, was natürlich nicht Kritiklosigkeit gegenüber dem Osten meint. Aber Objektivität ist erforderlich und Auseinandersetzung mit dem Mainstream der westlichen Medien und von den Regierenden abhängigen Institutionen und Politologen. Die Linken sollten zur Kenntnis nehmen, dass fast zu allen internationalen Fragen identische oder ähnliche Positionen bestehen.

Aufmerksamkeit ist der SchOS zu schenken, die immerhin den Anspruch formuliert und schon einiges auf den Weg gebracht hat (angefangen mit der friedlichen Regelung einer 7000 km langen Grenze), um eine zum westlichen Agieren alternative Weltordnung zu befördern.

## Herausforderungen für die Politik

### 1. Die wichtigsten internationalen Konflikte

Herausforderungen für die Politikgestaltung sind Konfliktursachen bzw. Wirkungsfelder, die sowohl globale als auch regionale Dimensionen aufweisen. In wachsendem Maße sind beide Dimensionen miteinander verbunden und wirken wechselseitig aufeinander ein. Konflikteingrenzungen und Problemlösungen verlangen in einer globalisierten Welt mit gewachsenen Risiken eine neue Qualität von internationaler Zusammenarbeit.

- Konfliktfeld Verhinderung eines weiteren globalen Klimawandels als Schlüsselproblem für die menschlichen Daseinsbedingungen. Wachsende Risiken durch egoistische ökonomische und machtpolitische Interessen von Einzelstaaten und Mächtigkeitsgruppen.
- Das Anwachsen der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den Industriestaaten der kapitalistischen Metropolen und einer großen Zahl von Entwicklungsländern des Südens. Hunger, Armut und Unterentwicklung als Ursachen für Bürgerkriege, gesellschaftliche Instabilitäten und zerfallende Staaten im Ergebnis einer misslungenen postkolonialen Politik und rücksichtsloser Globalisierung.
- Machtkämpfe um Zugang und Verfügung über Rohstoffe und Energieressourcen berühren sowohl die Industriestaaten untereinander als auch rohstoffreiche Entwicklungsländer, deren politisch-strategische Einbindung in die Einflussinteressen der kapitalistischen Mächte mit allen, auch interventionistischen Mitteln, langfristig aufrechterhalten werden soll. Die Bevölkerungsexplosion des Südens wird die Verteilungskonflikte um Wasser, Nahrung und Rohstoffe dramatisch verschärfen.
- Anhaltende Gefahr, dass sich das Konfliktpotential zwischen Teilen des islamistischen Fundamentalismus und der Öffentlichkeit des kapitalistischen Westens verschärft. Durch Dialog und neuartige Kooperation muss ein für die Menschheit verheerendes Abgleiten in einen „Kampf der Kulturen“ verhindert werden: Zugleich wird das Weltkonfliktpotential nahezu unkontrollierbar vergrößert, wenn die rechtskonservativen Machtgruppen der USA und gleichgesinnter Eliten in anderen transatlantischen Ländern den Terrorismus in den Status einer universellen Kraft erheben mit der Kalkulation, auf diesem Wege einen permanenten Kriegszustand auf dem gesamten Planeten zur eigenen globalen Einflussicherung durchsetzen zu können.
- Zusammenbruch des bisher bestehenden Rüstungskontrollsystems und die Realisierung gigantischer Aufrüstungsprogramme auf konventionellem und atomarem Gebiet haben entscheidende Fundamente der internationalen Sicherheit untergra-

ben. Die Rüstungseskalation der USA hat die Gefahr neuer Militärinterventionen und regionaler Konfliktverschärfungen vergrößert. Anhaltende Rüstungsexporte aller großen Industriestaaten in Krisengebiete und eigene Einflusszonen heizt Konfliktpotential an. Die Gefahr, dass angesichts der völlig desolaten Rüstungskontrolle der entstaatlichte Terrorismus in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangt, hat eine zusätzliche Dimension für die globale Konfliktverschärfung erzeugt.

- Entgegen den unipolaren Grundinteressen in dominierenden Teilen der US-amerikanischen Gesellschaft bewegt sich das internationale System in Richtung Multipolarität. Dieser Prozess ist von starken antagonistischen Tendenzen gekennzeichnet. Die Multipolarität driftet in ein Aufeinanderprallen machtpolitischer Interessen und Rivalitäten. Neue Konfliktfelder ergeben sich besonders bei der Einordnung aufstrebender Großmächte wie China, Indien oder Brasilien in neue globale Ordnungsstrukturen. Verstärkt werden die konfliktiven Tendenzen im gegenwärtigen internationalen System, weil die objektiv größer werdenden Interdependenzen bi- und multilateral keinen Regeln unterliegen.

- Die inneren politisch-strategischen Spannungen im transatlantischen Bündnissystem über das künftige Verhältnis Europas zu den USA. Rückwirkungen von Bestrebungen, Europa als fünften Pol in der multipolaren Welt zu stärken und größere Eigenständigkeit gegenüber den USA zu erlangen ( durch „Gegenmacht“-Praktiken oder Neujustierung der bisher von den USA bestimmten Partnerschaftsbeziehungen ). Erkennbar wird im Ergebnis US-amerikanischer militärischer Interventionspolitik das Konfliktpotenzial im Bereich der Sicherheitspolitik zunehmen. Ein Europa, das durch eine Militarisierung der EU und eigene verstärkte Rüstungsanstrengungen glaubt, größere Eigenständigkeit zu erlangen, wird mit dieser Orientierung im Schlepptau der US-Interventionsinteressen bleiben und keine glaubhaften Garantien für regionale und globale Stabilität bieten.

- Das Konfliktpotenzial im Nahen- und Mittleren Osten, in der Golfregion und in Westasien wird durch den Zusammenprall von Großmachtinteressen, ungelöster regionaler Konflikte (besonders Israel-Palästina), militärischer Interventionen der USA, imperialer Absicherung von Rohstoff- und Energieressourcen und wachsender Einflussansprüche regionaler Staaten (Golfstaaten, Iran ) zu einem Schlüsselproblem für die internationale Stabilitätssuche werden.

## **2. Möglichkeiten zur Konfliktlösung?**

Die Beantwortung dieser Frage ist bei der Vielzahl der sehr unterschiedlichen Konfliktarten mit Kurzformeln kaum möglich und auch nicht effektiv. Eine fundierte Antwort verlangt zumindest eine Bestimmung der Interessenlagen der Konfliktparteien bzw. der gesellschaftlichen Hintergründe des Konflikts, eine Bewertung bisheriger Lösungsmodelle, Ursachen für das Scheitern, Alternativen und das Gewicht des internationalen Umfelds. Dies sollte bei jedem Einzelfall in der wei-

teren Diskussion durch vertiefte Analyse berücksichtigt werden. Auch ist die Tatsache nicht zu übersehen, dass für manche Konflikte Lösungsansätze völlig fehlten. Besonders bei Bürgerkriegen, Hunger -und Umweltkatastrophen in Afrika und Asien mussten Konflikte und Krisen mit hohen menschlichen Opferzahlen praktisch „ausbrennen“, da weder betroffene Konfliktparteien noch die sogenannte internationale Gemeinschaft ernsthaft an effektiven Lösungen interessiert waren (Schweigen bei Genoziden).

Für eine Konfliktbewältigung am Beginn des 21. Jahrhunderts treten in den Debatten Handlungsmodelle, Konzepte und Forderungen hervor, die nicht nur nationale Reaktionen sondern eine neue Qualität globaler Kooperation erforderlich machen. Aspekte hierfür können u.a. sein:

- Abbau von traditionellen Gegnerschaften von Parteien und Staaten beim Abwenden globaler Gefahren für die Menschheitsexistenz (Klimawandel, Öko-Katastrophen, Epidemien u.ä.),
- Verzicht auf völkerrechtswidrige Anwendung von Gewalt in Konflikten,
- Berücksichtigung elementarer wirtschaftlicher Interessen von Entwicklungsländern durch wirksamere Bändigung der Profitinteressen der internationalen Konzerne und durch die Schaffung gleichberechtigter Handelsbedingungen zwischen dem Norden und Süden,
- Schaffung effektiver und global wirkender Kontrollmechanismen für das internationale Finanzsystem, um Volkswirtschaften und die Bevölkerung vor Finanzkrisen und den Auswirkungen globaler Finanzspekulationen des Großkapitals schützen zu können,
- Bildung von nationalen und internationalen Sicherheitspartnerschaften, um Konflikte und Kriege um Wasser, Nahrung und Rohstoffe zu verhindern,
- Ausweitung der Konfliktprävention über die Stärkung der Autorität der UN und ihrer Spezialorganisationen; Wiederherstellung des Machtmonopols des UN-Sicherheitsrates nach dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak,
- Ausbau eines wirksamen internationalen Netzwerks von UN-Institutionen und NGOs zum Schutz von Menschenrechten in allen Erdteilen; Stärkung der Autorität und Wirksamkeit des Internationalen Gerichtshofes bei der Verfolgung von Verbrechen in Konflikten,
- Schutz des Völkerrechts vor Untergrabungen und Missachtungen; Schaffung einer Gegenmacht in der Öffentlichkeit gegenüber Staaten, die aus Machtinteressen und Hegemonieansprüchen Völkerrechtsnormen ignorieren; Verhinderung, dass Anpassungen des Völkerrechts an neue internationale Bedingungen zu einseitiger Begünstigung von Machtinteressen umfunktioniert werden,
- Durchsetzung bzw. Wiederherstellung eines wirksamen Multilateralismus in den internationalen Organisationen, um Großmächterivalitäten begrenzen und das gleichberechtigte Mitwirken der Staaten an Konfliktlösungen ermöglichen zu können,
- Verhinderung einer weiteren Eskalation der Aufrüstung bei den Hauptmächten durch Wiederherstellung von Rüstungskontrollinitiativen; Verbunden damit muss

das System der Nichtweiterverbreitung von atomaren Waffen gestärkt und mit allen dem UN-Sicherheitsrat zur Verfügung stehenden Mitteln implementiert werden.

- Die Zunahme innerstaatlicher Gewaltkonflikte und damit verbundene Präventionschritte erzwingen einschneidende nationale und internationale Maßnahmen, um die defizitäre Kontrolle von Rüstungsexporten, insbesondere von Kleinwaffen, zu überwinden. Entwicklungszusammenarbeit wird zur Farce, wenn die Exportländer des industriellen Nordens mit steigenden Waffenexporten zur Zerstörung von Entwicklungsregionen beitragen. Friedensmissionen im UN-Auftrag müssen Garantien schaffen, dass nach Eindämmung des Konflikts und Rückzug militärischer Potenziale gesellschaftliche Stabilitätsbedingungen entstehen.
- Schaffung eines starken öffentlichen Drucks in Parteien und europäischen Parlamenten gegen sich verstärkende Militarisierungsentwicklungen in der EU und gegen die globale Ausrichtung von militärischen Interventionen. EU-Teilnahme an Friedensmissionen ist nur mit eindeutigen Mandat des UN-Sicherheitsrates möglich. Zurückweisung und Verhinderung aller Bestrebungen der USA, die NATO in ein globales Macht- und Interventionsinstrument umzufunktionieren.

Ein Wandel in der internationalen Konfliktlösungspolitik, besonders die Verhinderung eines anhaltenden präventiven militärischen Interventionismus der USA, verlangt eine eindeutige Klärung der europäischen Sicherheitsinteressen. Selbstbestimmung für Europa bedeutet eine klare Ablehnung, die USA bei der Durchsetzung ihrer hegemonialen Ambitionen zu unterstützen.

### **3. Was können Schwerpunkte linker Politik sein?**

Eine Schwerpunktauswahl für die praktische Politikebene könnte folgende Aspekte berücksichtigen:

- Forderung nach effektiveren Schritten in der Klimaschutzpolitik. Konfrontation der Öffentlichkeit mit den Gefahren, die sich aus egoistischen Industrieinteressen und unverantwortlichen Zeitverschiebungen ergeben,
- Auseinandersetzung mit der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit hinsichtlich der Realitäten in Konflikt- und Krisengebieten. Sichtbarmachung von Alternativen für eine von Profitinteressen befreite Entwicklungsförderung. Zurückdrängung der Exzesse unkontrollierter Globalisierung als Teil der Konfliktprävention,
- Durchsetzung humanerer Normen und Bedingungen in der Migrationspolitik der Bundesregierung und der EU. Forderung nach Schaffung realistischer Voraussetzungen für eine Verringerung von Migrationszwängen aus Krisenregionen über effektivere Wege der Entwicklungszusammenarbeit,
- Forderung nach strikter Achtung des Völkerrechts bei der Prävention und Lösung von Konflikten. Zurückweisung aller Bestrebungen der USA, im Nahost-

Konflikt, besonders in der Palästinafrage, Völkerrechtsnormen den eigenen Hegemonialinteressen zu unterwerfen. Zurückweisung aller Formen militärischer Gewaltanwendung und interventionistischen „Regime Change“ im Konflikt mit dem Iran. Vorrang von Dialog und Verhandlungen bei der Konflikteindämmung,

- Strikte Ablehnung der US- Forderung nach Entsendung deutscher Kampftruppen im Afghanistan-Krieg. Überprüfung der gesamten Afghanistan-Politik von Regierung und Bundestag angesichts einer immer größer werdenden Ablehnung dieses Krieges in der Bevölkerung. Zurückweisung des anhaltenden Drucks der US- Regierung auf Deutschland zum verstärkten militärischen Engagement im NATO-Rahmen außerhalb Europas,
- Einleitung von öffentlichkeitswirksamen Initiativen zur Verhinderung einer weiteren Militarisierung der EU, besonders auch der anvisierten Aufrüstungsprogramme. Vorbereitung der Auseinandersetzung mit der 2008 zu erwartenden neuen „Europäischen Sicherheitsstrategie“. Forderung nach eindeutiger Klärung deutscher Sicherheitsinteressen im Rahmen eines nach größerer Selbständigkeit drängenden Europa,
- Kritik der US-Bestrebungen zur Installierung eines Raketenabwehrsystems in Mittel- Osteuropa als Hebel zur Teilung von Sicherheitsinteressen in Europa. Erarbeitung neuer Modelle für gemeinsame Sicherheit und Vertrauensbildung in Europa als Alternative zu den Aufrüstungstendenzen in NATO und EU. Verstärkte Forderung nach Beendigung der anhaltenden Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden.

## **Eine gerechte Weltordnung sollte selbstverständlich sein**

### **Wichtigste internationale Konflikte**

Übergreifend: Nach wie vor beinhaltet die internationale Rüstungsdynamik ein großes Konfliktpotenzial. Wir müssen eine Stagnation bei Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen im Bereich der Massenvernichtungswaffen registrieren, auf einigen Gebieten sogar eine Verletzung/Kündigung existierender Verträge. Dazu gehören:

- die Nichteinhaltung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), der die vollständige atomare Abrüstung vorsieht; Neuentwicklungen im atomaren Bereich vor allem in den USA; die Verletzung bestehender Verträge, z. B. US-Pläne zur Raketenabwehr in Polen/Tschechien; die Übernahme der atomaren Erstschlagsoption auch in die russische Militärdoktrin;
- das Festhalten an Plänen zur Militarisierung des Weltraums;
- die Blockade (und die als Forschung getarnte Umgehung) der Biowaffenkonvention vor allem durch die USA;
- das ursprüngliche Ziel der C-Waffen-Konvention von 1993, bis 2007 alle C-Waffen zu vernichten, wurde nicht eingehalten, jetzt wurde eine Frist bis 2012 gesetzt.

Wir erleben einen neuen Rüstungs- und Rüstungsexportboom, der geeignet ist, regionale Konfliktherde zu verschärfen, und der zur Herausbildung neuer bewaffneter Konflikte beitragen kann.

### **Regionale und nationale bewaffnete Konflikte / Konflikteingrenzung und -lösung:**

*Naher Osten:* Ich gehe davon aus, dass im internationalen Konfliktszenario der Nahe und Mittlere Osten 2008 und darüber hinaus dominiert: Zwei aktuelle Kriege (Irak und Afghanistan), der Israel-Palästina-Konflikt, der türkisch-kurdische-Konflikt, „Westen“ kontra Iran, Syrien – Israel, Libanon – Israel – Syrien, Zypern.

Irakkrieg: Vielleicht kommt es nach den US-Wahlen zu einem langsamen Rückzug der USA, dann besteht die Gefahr des Auseinanderbrechens des Iraks in drei Staaten mit neuen Konflikten. Doch ohne Rückzug der internationalen Truppen ist gar keine Lösung in Sicht.

Linke Position: Für den Abzug der US-Truppen etc., kein deutsches Militär/keine deutsche Polizei in den Irak. Hilfe beim Wiederaufbau ist vor allem Sache der USA, GB etc. (Verursacher). Hilfe aus deutscher Sicht auf einzelne humanitäre Projekte begrenzen.

Afghanistan: Eine militärische Lösung des Konflikts in nicht in Sicht – zu

einer zivilen gibt es aber zumindest zur Zeit keinerlei Bereitschaft auf Seiten der USA. Unter diesen Bedingungen darf sich die Bundesregierung nicht weiter den USA unterordnen. Das heißt: Kein Ausbau des deutschen Streitkräftekontingents (steht im Herbst an), für den Rückzug der deutschen Truppen. Hilfe aus deutscher Sicht auf humanitäre Projekte begrenzen. Eine Fachkräfte- und Polizeiausbildung bei uns sollte auch hier genau geprüft werden.

Naher Osten: Im Zentrum steht der israelisch-palästinensische Konflikt. Zivile Lösungsvorschläge liegen seit Oslo auf dem Tisch. Ob sich im Laufe des Jahres dort etwas bewegt, ist jedoch fraglich. Auf jeden Fall muss sich linke Politik für zivile Lösungen einsetzen (das beinhaltet den Rückzug der Bundeswehr aus dieser Region) sowie für eine umfassende humanitäre Hilfe der EU in Palästina. Daneben wäre es aber auch wichtig, Initiativen zu entwickeln, um in einem der anderen Konflikte in der Region zivile Lösungen in Angriff zu nehmen. Stichworte: Rückgabe Golanhöhen, Autonomie für kurdische Region in der Türkei (siehe W&F-Dossier 53, Mai 2007), Ende der türkischen Militäreinsätze gegen Kurden (in der Türkei und im Irak), Verhandlungslösung mit dem Iran, weitere Annäherung auf Zypern.

*Afrika:* An zweiter Stelle stehen für mich die Konflikte in Afrika: Sudan, Somalia, Eritrea - Äthiopien, Kenia. Dazu wieder oder auch neu ein Aufbrechen der Auseinandersetzungen im Kongo, in Simbabwe.

Die einzelnen Konfliktherde haben ihre eigene Problematik. Primat: Zivile Konfliktbearbeitung. Unter bestimmten Bedingungen (Zustimmung der Konfliktparteien, Verhinderung/stoppen Völkermord) kann ich mir die Befürwortung von UN-Einsätzen mit deutscher Beteiligung vorstellen. Idealfall: Blauhelme, auf jeden Fall aber als UN-Mission, ohne Beteiligung von Nationen, die in der entsprechenden Region historisch und/oder aktuell Eigeninteressen haben.

*Asien:* Mögliche Konfliktherde: Sri Lanka, Osttimor, Philippinen, Indonesien, Indien-Pakistan (Kaschmir, auch als Ablenkung von innerpakistanischen Konflikten). Herangehensweise ähnlich der afrikanischen Konflikte

*Lateinamerika:* Neben den langjährigen innerstaatlichen Konflikten in Lateinamerika sehe ich z. Z. nicht die Gefahr internationaler bewaffneter Konflikte in dieser Region. Die USA können sich angesichts Afghanistan und Irak kein direktes militärisches Vorgehen gegen Venezuela erlauben und erst recht keine Verschärfung gegen Kuba. Trotzdem muss davon ausgegangen werden, dass die USA die Opposition zu einigen „linken“ Regierungen zielgerichtet aufbauen und auch mit Hilfe einzelner Regierungen Provokationen inszenieren.

*Europa:* In Europa sehe ich keine aktuelle Gefahr militärischer Auseinandersetzungen, wenngleich die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, anerkannt durch

USA und die Mehrheit der EU-Staaten, die Situation auf dem Balkan und in anderen Ländern mit starker nationaler Minderheit zuspitzen könnte.

Linke Position: Gegen die Anerkennung einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung, für einen umfassenden Autonomiestatus des Kosovo.

### **Schwerpunkte linker Politik zur Konfliktvermeidung, -lösung**

Auch wenn es wie eine Selbstverständlichkeit klingt, an erster Stelle muss das Ringen um eine gerechtere Weltordnung stehen:

- **Ökonomisch:** Zurückdrängung der Macht der Global-Player, gegen IWF und Weltbank-Diktate, gegen die Ausbeutung der Rostoffreserven durch Großmächte. Umfassende Förderprogramme für die sog. Dritte Welt: Hilfe zur Selbsthilfe, Zugang zum Weltmarkt/EU-europäischen Markt etc.

- **Politisch:** Gegen jede politische, rassistische und religiöse Diskriminierung, für eine Stärkung der UNO (Stärkung der Generalversammlung, Zurückdrängung der Macht der „Großen“).

- **Militärisch:** Rüstungsexportstopp, umfassende Hilfe bei der Beseitigung der Kriegsaltlasten wie Minen, Uran-Munition etc., gegen die Ressourcenkriege der Großen. In diesen Bereich gehört auch das Ringen um die Akzeptanz internationaler Verträge zu Rüstungsstopp und Abrüstung sowie für weitergehende Vereinbarungen.

Eine zweite „Selbstverständlichkeit“: Mögliche Konflikte frühzeitig erkennen, die Gefahren für die Region – und u.U. daraus abgeleitet für andere Bereiche – aufzeigen, nationale und internationale Vorschläge entwickeln zur Bearbeitung des Konfliktstoffs.

Bei der Bearbeitung existierender /ausgebrochener Konflikte hat die Suche nach zivilen (nichtmilitärischen) Lösungen die absolute Priorität. Dementsprechend muss es auch bei der Hilfe in erster Linie um zivile Hilfe gehen (NGOs, Aufbau-, Rechts-, Verwaltungs-, ja auch Polizeikräfte). In vielen Fällen sind auch politische und ökonomische Anreize für die Konfliktparteien notwendig und gerechtfertigt.

Blieben die schwierigen Punkte: Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) und Militäreinsatz. Beim ersten Punkt (CIMIC) bin ich für ein deutliches NEIN. Zwar ist unter bestimmten Bedingungen keine zivile Hilfe ohne militärischen Schutz möglich aber generell gilt, dass durch die Zusammenarbeit mit dem Militär die Grenzen zwischen zivil und militärisch verwischt werden und sich die Gefahr für die zivilen Helfer erhöht.

Zum Militäreinsatz: Er ist für mich unbestritten als klassischer Blauhelmeinsatz. Mit so genanntem robusten Mandat sollte ihm nur in Ausnahmefällen zugestimmt werden,

- wenn es einen UN-Beschluss dazu gibt,

- die Zustimmung der Konfliktparteien vorliegt oder ein drohender Völkermord anders nicht zu verhindern ist,
- wenn er unter UN-Kommando steht und Truppenkontingente umfasst, deren Länder im Einsatzgebiet keine Eigeninteressen haben,
- und wenn er Lösungskonzepte beinhaltet (meistens gibt es ja nicht mal eine Exitstrategie).

Die UN-mandatierten Einsätze (bei denen sich in der Regel Sicherheitsratsmitglieder das Mandat zur Intervention beschließen lassen) entsprechen nicht den o.g. Kriterien. Ein UN-Beschluss alleine kann auch keine ausreichende Begründung für die deutsche Beteiligung an einem Einsatz sein.

Für eine Diskussion der Kriterien für UN-Einsätze wäre eine umfassende Analyse der bisherigen Einsätze (Erfolg/Scheitern, Perspektive der betroffenen Länder, Zusammensetzung der Einsatzkräfte und Interessen der beteiligten Staaten etc.) wichtig, die auch die Negativentwicklungen im Zusammenhang mit UN-Einsätzen beleuchten müsste (z.B. Korruption und Prostitution). Notwendig erscheint mir auch eine Diskussion über UN-Einheiten unter UN-Oberkommando statt nationaler Oberkommandos sowie über die Bildung internationaler Militär- oder Polizeieinheiten unter UN-Kommando.

## Zu den internationalen Konfliktlinien im 21. Jahrhundert

Bald nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde deutlich, dass das internationale System im Grunde durch drei verschiedene Macht- und Einflußkonfigurationen geprägt ist: (1) die *Staatenwelt*, in der es weiter um staatlich organisierte Macht, Militär und Sicherheit geht, (2) die *Gesellschaftswelt*, die nicht nur durch ein verstärktes Auftreten gesellschaftlicher Akteure im internationalen System, sondern auch durch einen Prozeß der „Emanzipation der Gesellschaften gegenüber ihren politischen Systemen“ gekennzeichnet ist, und die *Wirtschaftswelt*, in der sich die Transnationalen Konzerne zunehmend von politischer Regulierung durch die Staaten „emanzipiert“ haben und mehr und mehr bestimmend werden. Dabei kollidieren letztere jedoch nicht nur mit den national organisierten Sicherheits- und Herrschaftsstrukturen, sondern auch mit der sich ausbildenden Gesellschaftswelt.<sup>27</sup>

Die Autoren Hardt und Negri versuchten demgegenüber, die Analyse „links“ zu wenden, indem sie die Idee eines „Empire“ aufnahmen, „jedoch nicht als Territorium, nicht in bestimmten Dimensionen von Raum und Zeit und auch nicht vom Standpunkt eines Volkes und seiner Geschichte aus, sondern ganz einfach als Gewebe einer ontologischen menschlichen Dimension, die allmählich universell wird“. Dabei machten sie ihre „biopolitische Welt“ gerade dort aus, „wo gesellschaftliche, ökonomische und politische Produktion zusammenfallen“. Die kommunistische Alternative sollte allerdings dann mit Franz von Assisi dort zu finden sein, wo die Vögel auf dem Felde singen und die Abtötung der Fleischeslust waltet. Für die Analyse der Welt des 21. Jahrhunderts bringt das wenig.<sup>28</sup>

Ein anderer Zugang besteht darin, vor allem die weltweite Reichturnsakkumulation in den Händen Weniger zum Ausweis einer Dominanz des internationalen Großkapitals zu nehmen. In der Tat: Im Jahre 2005 war die Zahl der Milliardäre in der Welt gegenüber 2004 um 104 auf 691 angestiegen. Das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin *Forbes* veröffentlicht eine derartige Jahresliste seit 1987. Das Vermögen dieser Leute stieg 2005 um 300 Milliarden US-Dollar auf nun 2,2 Billionen Dollar. Die reichste Einzelperson war Bill Gates, der Herr des Softwareunternehmens Microsoft, mit 46,5 Milliarden Dollar. Allerdings brachten es die Eigentümer des US-amerikanischen Einzelhandelsgiganten Wal-Mart, die Familie Walton, insgesamt auf über 90 Milliarden, nur verteilt sich das hier auf fünf Personen, die auf den Rängen 10 bis 14 der Weltliste 2005 zu finden waren. Die Liste ist etwas verzerrt: Diktatoren und Königshäuser kommen nicht vor, also auch

27 Ernst-Otto Czempiel: Weltpolitik im Umbruch, 2. Auflage, München: Verlag C. H. Beck 1993, Zitate S. 115 und 156.

28 Michael Hardt, Antonio Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./ New York: Campus Verlag 2002, Zitate S. 391 und 394.

nicht jene von Saudi-Arabien und Brunei. Dennoch lassen sich Rückschlüsse ziehen. Die größte Gruppe, nach Ländern betrachtet, sind die 277 Milliardäre aus den USA. Auf Platz zwei die Deutschen mit 52 Milliardären, darunter auf Rang acht der Gesamtliste Karl Albrecht, einer der Inhaber von Aldi, mit 18,5 Milliarden. Auf Platz drei folgt die Gruppe der russischen Milliardäre. Nach den Angaben der russischen Ausgabe von *Forbes* gibt es dort 36 Milliardäre, in US-Dollar ausgewiesen.

Die wundersame Vermehrung der Zahl der Superreichen hat sich 2006 erfolgreich fortgesetzt. Ihre Zahl stieg, wieder laut *Forbes*, auf 944 Milliardäre, darunter aus den USA jetzt 415, aus Deutschland 54 und aus Rußland 52. Gemeinsam besitzen all diese Leute jetzt 3,5 Billionen US-Dollar. Das sind 35 Prozent mehr als im Jahr zuvor – und Ausweis dessen, dass diese Reichtumsanhäufung nichts mehr mit der realen Wirtschafts- und Produktivitätsentwicklung zu tun hat, wohl aber mit spekulativer Aneignung von Werten zu Lasten anderer.

In der globalisierungskritischen Bewegung ist schon seit längerem darauf hingewiesen worden, dass diese Reichtumsansammlung nicht ein alternativloser Sachzwang ist, sondern durch politische Entscheidungen von Regierungen, insbesondere innerhalb der Welthandelsorganisation WTO und in der EU, vorangetrieben worden ist. Insofern verschwindet angesichts der Kapitalinteressen und der Kapitalakkumulation die Rolle der Staaten nicht; die eigentliche Fragestellung ist vielmehr – in Anknüpfung an Czempiel – in welchem Verhältnis Staatenwelt, Gesellschaftswelt und Wirtschaftswelt zueinander stehen, sich durchdringen und gegenseitig beeinflussen.

Der berühmte Wirtschaftshistoriker Immanuel Wallerstein hat schon vor geraumer Zeit darauf hingewiesen, dass die neoliberalen Stimmen, die sich gegen den Staat richten, heuchlerisch sind. Sie zielen darauf, „die Verhandlungsmacht der Arbeiterschaft in der Welt zu schwächen“, daher insbesondere den Wohlfahrtsstaat in den Staaten der Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft zu demolieren. Tatsächlich jedoch können die transnationalen Unternehmen „ohne starke staatliche Strukturen, vor allem in den Zonen des Zentrums, ...nicht überleben.“<sup>29</sup> Sie sind folglich an starken staatlichen Strukturen im Zentrum, insbesondere also in den USA, der EU und Japan interessiert, die die Profitwirtschaft international absichern sollen, durch eine entsprechende Rechtsordnung und die militärische Macht, während sie staatliche Strukturen dort zu schwächen bemüht sind, wo sie das Agieren der transnationalen Unternehmen aus den USA, EU-Europa und Japan und den ungehinderten Kapitalverkehr und Profittransfer behindern. Das gilt für die gesamte „Peripherie“ der Weltwirtschaft im Süden und verursacht ebenso die anhaltenden politischen und ideologischen Angriffe gegen die Rolle des Staates in den neuen Industriemächten wie China und Indien oder auch in Russland, unter welchen ideologischen Vorzeichen auch immer.

29 Immanuel Wallerstein: *Utopistik*, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 56f.

## *Krieg und Politik*

Nach dem Kalten Krieg brach nicht eine Zeit des großen Friedens an, wie viele damals hofften, sondern der Krieg kehrte wieder in die Politik zurück. Er nimmt einen Platz ein, wie vor dem Kalten Krieg. Die USA sind die einzig verbliebene Supermacht. Sie geben mehr für Rüstung aus, als ihre wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Konkurrenten zusammen genommen. Die NATO wurde gestärkt und erweitert. Gestützt darauf wurde Krieg wieder zu einem ‚normalen‘ Mittel der Politik gemacht.

Gingen in der Zeit des Kalten Krieges auch die Planungen der USA davon aus, einen großen Krieg zu vermeiden und „kleine“ Kriege nicht eskalieren zu lassen, so wird heute offen von „imperialen“ Kriegen geredet, die einen anderen Charakter haben. Maximale Gewalt soll in kürzester Zeit eingesetzt werden, um jene Ordnung zu schaffen, die das imperiale Zentrum will. In gewissem Sinne war der Jugoslawien-Krieg 1999 der erste Krieg, Unbotmäßigkeit zu bestrafen, ein Land dem „Drang“ des internationalen Kapitals zu öffnen und sich dafür über das geltende Völkerrecht hinwegzusetzen. Der geopolitische Neuordnungskrieg zur Okkupation des Irak sollte dies in ungleich erweitertem Maßstab werden. Es ist das Scheitern der USA bei dem Bestreben, den Irak bisher tatsächlich kontrollieren und stabilisieren zu können, das dazu führte, dass neuerliche Kriege, etwa gegen den Iran, gegen Syrien, gegen Nordkorea oder in Lateinamerika, bisher nicht vom Zaune gebrochen wurden. Aus heutiger Sicht zeigt sich: nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind wir nicht in eine Epoche allgemeinen Friedens eingetreten, sondern in ein neues Zeitalter imperialer Kriege.

Das sieht offenbar auch ein international bekannter angelsächsischer Historiker wie Timothy Garton Ash so. Er verglich vor einiger Zeit die derzeitige Situation mit der am Beginn des 20. Jahrhunderts. Damals handelte es sich um ein vor allem durch Großbritannien geprägtes internationales System, das von den Konkurrenten USA und Deutschland zunehmend in Frage gestellt wurde. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren Folge dessen, und die USA gingen am Ende als Sieger aus diesen Kämpfen hervor. Heute dagegen sind es vor allem China und Indien, die nun das von den USA dominierte System in Frage stellen. Die daraus resultierende Staatenkonkurrenz und Rivalität weist dabei durchaus eine Reihe von Ähnlichkeiten mit der vor einhundert Jahren auf.<sup>30</sup> So ist es durchaus wieder angezeigt, sich imperialismus-theoretische analytische Zugänge neu zu erschließen.

Vor diesem Hintergrund ist die Idee von Karl Kautsky, während des ersten Weltkrieges formuliert, neu zu bedenken, der Kapitalismus werde zu einem „Ultraimperialismus“ führen, so „dass die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch

30 Vgl. Timothy Garton Ash: Müder Titan, in: Süddeutsche Zeitung, München, 30. August 2005, S. 11.

das international verbündete Finanzkapital setzte.<sup>31</sup> Und das ist es ja wohl, womit es die Völker der Welt seit 1945 zu tun haben, nach dem Ende des Staatssozialismus nun tatsächlich in globalem Maßstab. Die USA und EU-Europa sind die Hauptkomponenten dieses „Ultraimperialismus“, neben Japan, und ihr Verhältnis ist eines von Übereinstimmung der Interessen und Konkurrenz innerhalb des Gefüges. Die Asienkrise Ende der 1990er Jahre, als etliche der zuvor als „erfolgreich“ eingestuften asiatischen Schwellenländer in kurzer Zeit einen beträchtlichen Teil ihres zuvor erarbeiteten Wohlstands verloren, hat gezeigt, dass die Hauptprofiteure dieses Vorganges vor allem im nordatlantischen Raum beheimatet waren. Ziehen wir ein vorläufiges Fazit, so lässt sich feststellen: die gegenwärtige Welt ist durch ein imperiales Gefüge im Zentrum geprägt, das die Peripherien wieder in deutlich sichtbare Abhängigkeit gebracht hat. (Diese Vorstellung folgt dem analytischen Konzept von Wallerstein, wonach der Kapitalismus ein Weltsystem geschaffen hat, in dem sich Zentrum und Peripherie gegenseitig bedingen: der Reichtum im Zentrum hat die Armut der Peripherie zur Voraussetzung.<sup>32</sup>) In diesem Gefüge gibt es in Gestalt der USA eine imperiale militaristische Macht, die jedoch wirtschaftlich mit den anderen Mächten Europas, vor allem der Europäischen Union und Japan, eng verflochten ist. Hier herrscht ein Spannungsverhältnis von Kooperation und Konkurrenz, das jedoch nicht nur eines unterschiedlicher Interessen, sondern auch eines um die Mittel und Wege der Durchsetzung dieser Interessen ist.

Das in Presse und Politikwissenschaft seit den 1990er Jahren vielbenutzte Stichwort lautete: unilaterale Politik. Die eine Supermacht sei übriggeblieben nach dem kalten Krieg, militärisch uneinholbar gerüstet, wirtschaftlich außerordentlich, finanzpolitisch mit dem Dollar ausgestattet, der Weltwährung, über die nur in den USA selbst entschieden wird. Die Europäische Zentralbank gilt im Vergleich dazu eher als schwer zu handhaben.

Die Liste, da die USA sich gegen die Mehrheit der Staaten der Welt, auch gegen das EU-Europa einschließlich Deutschland, stellen, wurde immer länger. Die Auseinandersetzungen um das „Kyoto-Protokoll“ zur Reduzierung der Emission von Treibhausgasen waren nur eine Facette. Die Verträge zur Begrenzung der nuklearstrategischen Rüstungen interessieren ebensowenig mehr in Washington, wie das Atomteststoppabkommen. Die USA blockieren die Fortentwicklung der internationalen Konvention zum Verbot biologischer Waffen. Sie wollen keine wirksame Begrenzung des Verkaufs und Exports von Kleinwaffen. Die Kinderrechtskonvention mögen sie nicht, schon deshalb, weil sie die Todesstrafe für Personen unter 18 Jahren verbietet. Auch den Internationalen Strafgerichtshof, der in Bezug auf Jugoslawien, Stichwort: Milosevic, in den Vordergrund rückte, kritisieren die

31 Karl Kautsky: Zwei Schriften zum Umlernen, in: Die Neue Zeit, 2. Bd., Berlin 1915, S. 144.

32 Vgl. Immanuel Wallerstein: Das moderne Weltsystem: Kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Syndikat Verlag 1986; Ders.: Das moderne Weltsystem II – der Merkantilismus, Wien: Promedia 1998.

USA, obwohl sie sich einst zu den Förderern internationaler Gerichtsbarkeit zählten; sie befürchteten, ‚voreingenommene‘ Ankläger könnten amerikanische Staatsbürger vor dieses Gericht bringen. Sie wissen sicher, warum: kein Imperium konnte je ohne schmutzige Kriege auskommen.

### *Grenzen der Supermacht*

Es ist richtig, die USA sind die einzige, aus dem 20. Jahrhundert verbliebene Supermacht. Bedeutet dies aber, dass sie beliebig schalten und walten können, wie sie wollen? Während des gesamten Kalten Krieges bauten die USA an ihrer globalen Überlegenheit an Mitteln und Ressourcen. Die sowjetischen Führer ließen sich auf das so bewirkte Wettrüsten ein, und wurden schließlich immer hilfloser. Die kommunistische Kapitulation von 1989 war die historische Konsequenz. Die jetzige Lage ist davon jedoch völlig verschieden. Die USA sind wirtschaftlich stärker, als jede andere Volkswirtschaft in der Welt; die anderen zusammen jedoch immer größer. Bereits die EU tendiert zu einem beträchtlicheren Gewicht im Weltmarkt. Die USA sind militärisch mächtiger, als jeder andere Staat der Welt. Das russische und chinesische Potential aber ist wohl hinreichend, seinerseits die Welt zu zerstören. Es gilt also weiter die alte Weisheit aus der Zeit der nuklearen Konfrontation: es gibt keine vernünftigen politischen Ziele, die mittels eines Atomkrieges realisierbar wären. Die amerikanische militärische Überlegenheit taugt weder, Rußland oder China wirksam militärisch zu erpressen, noch dazu, die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas, Chinas oder Indiens aufzuhalten.

Die USA sind deshalb heute in einer Lage, wie in Europa einst Karl V., Napoleon oder Wilhelm II.: die anderen zusammen sind stärker, als die stärkste der Mächte. Die heute bestehende technische Fähigkeit, die Welt militärisch, nuklearstrategisch zu zerstören zu können, heißt nicht, sie politisch oder ökonomisch zu beherrschen. Die Welt wird multipolarer. Das ist ein amerikanisches Dilemma.

Zbigniew Brzezinski, einer der Vordenker US-amerikanischer Macht, geht zwar von der Machtposition der weltweit agierenden Hegemonialmacht aus, hält die Beherrschung Europas und Asiens aber für schwierig. „Die schiere Größe und Vielfalt Eurasiens wie auch die Macht einiger seiner Staaten setzen dem amerikanischen Einfluss und dem Umfang der Kontrolle über den Gang der Dinge Grenzen. Dieser Megakontinent ist einfach zu groß, zu bevölkerungsreich, kulturell zu vielfältig und besteht aus zu vielen von jeher ehrgeizigen und politisch aktiven Staaten, um einer globalen Macht, und sei es der wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch gewichtigsten, zu willfahren. Eine solche Sachlage verlangt geostrategisches Geschick, den vorsichtigen, sorgfältig ausgewählten und sehr besonnenen Einsatz amerikanischer Ressourcen auf dem riesigen eurasischen Schachbrett.“<sup>33</sup> Hier sieht Brzezinski „fünf geostrategische Hauptakteure“: „Frankreich,

33 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2002, S. 58f.

Deutschland, Rußland, China und Indien<sup>434</sup>, während er Großbritannien und Japan für Mächte hält, die sich aus dem politischen Geschehen heraushalten. Vor diesem Hintergrund sei es die zentrale Aufgabe der USA, nicht nur zu verhindern, dass eine eurasische Macht den Kontinent unter ihre Herrschaft bringen könne, sondern auch dafür zu sorgen, dass sich die geostrategischen Hauptakteure nicht zusammenschließen – gegen die USA. Bediene man sich „einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Welteiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und dafür zu sorgen, daSS die ‚Barbarenvölker‘ sich nicht zusammenschließen.“<sup>435</sup> Bush II hatte es mit seiner Politik des Irak-Krieges geschafft, daSS alle fünf der genannten Staaten ihm politisch gegenüber standen. Auch wenn dies kein dauerhaftes Bündnis war, bleibt doch allein diese Tatsache bereits von historischer Relevanz.

Die internationale Debatte zur Zeit der Eröffnung der Kriegshandlungen der USA gegen den Irak sah omnipotente Vereinigte Staaten, die sich scheinbar problemlos über die UNO und ihre Beschlüsse hinwegsetzen konnten. Der französische Historiker und Sozialwissenschaftler Emmanuel Todd dagegen betonte schon vor Kriegsbeginn in seinem auch international vieldiskutierten Buch über die USA: Der Krieg gegen den Irak und die anderen angekündigten Kriege sind nicht Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche. Die USA werden zunehmend ein Problem für die Welt.<sup>36</sup> „Zwischen drei medienwirksamen Umarmungen und der Unterzeichnung von zwei Abrüstungsvereinbarungen haben sie Rußland herausgefordert durch Sendungen in tschetschenischer Sprache auf Radio Free Europe, durch die Entsendung von Militärberatern nach Georgien und durch die Einrichtung von Militärbasen im ehemals sowjetischen Mittelasien.“ China wurde durch die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges provoziert und dadurch, daSS man eine für die chinesische Führung bestimmte Boeing mit leicht zu entdeckenden Wanzen versah. Derweil wurde aus dem Pentagon mitgeteilt, es werde über Nuklearschläge gegen Staaten nachgedacht, die nicht über derartige Waffen verzichten – ein eklatanter Bruch aller in diesem Bereich bestehenden völkerrechtlichen Verträge. Todds Fazit: „Die Regierung in Washington wendet damit eine klassische strategische Denkfigur an, die aber ungeeignet ist für ein Land von der Größe eines Kontinents: die ‚Strategie des Verrückten‘, nach der man potentiellen Gegnern möglichst unberechenbar erscheinen sollte, weil sie das noch stärker einschüchtere.“<sup>37</sup> Das gilt übrigens auch für jene, die sich Freunde dünken.

34 Ebenda, S. 67.

35 Ebenda, S. 65f.

36 Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/Zürich 2003 (franz. *Après l'empire. Essai sur la décomposition du système américain*, 2002).

37 Ebenda, S. 14.

Zwei Gründe sieht Todd. Der erste ist die weltweite Entwicklung zur Demokratie. Er hat hier ein bemerkenswertes Theorem entwickelt: die Menschen lernen lesen und schreiben, auch elementares Rechnen, und ergreifen damit die Herrschaft über ihre unmittelbare Umwelt. Das Wirtschaftswachstum in Europa vom 17. bis zum 20. Jahrhundert war Folge der Verbreitung von Bildung. Eben diese Entwicklungen vollziehen sich heute in Lateinamerika und weiten Teilen Asiens. Sobald auch die Frauen lesen und schreiben können, beginnt die Geburtenkontrolle. Die Menschheit befreit sich aus einem Zustand der Unterentwicklung. Dies allerdings ist in aller Regel mit einer Übergangskrise verbunden; die alten Gewißheiten gelten nicht mehr, neue noch nicht. Im Ergebnis dieser Krise kommen die Gesellschaften wieder zur Ruhe und sind demokratisch verfaßt, schon deshalb, weil diese gebildeteren Menschen nicht mehr irgendwelche selbsternannten Herren über sich dulden, sondern politisch mitbestimmen wollen. Nebenbei bemerkt: Mit eben diesem Ansatz hatte Todd bereits im Jahre 1976 den Zusammenbruch der Sowjetunion und die schließliche Errichtung demokratischer Verhältnisse nach dem Kommunismus vorausgesagt.

Und was bedeutet dies für die USA heute? Wenn sich die ganze Welt von sich aus demokratisiert, werden sie als „Vorkämpfer“ der Demokratie überflüssig. Zur gleichen Zeit wird in den USA die Demokratie schwächer. Die oberen zwanzig Prozent der Gesellschaft, die über fünfzig Prozent der Wirtschaftskraft verfügen, haben zunehmend Schwierigkeiten, sich den Zwängen des allgemeinen Wahlrechts zu unterwerfen; es findet eine „Oligarchisierung“ statt. Und was könnte dies besser belegen, als die erschlichene Machtergreifung von Bush II im Jahre 2000? Wir haben es im 21. Jahrhundert mit einer neuen autoritären Gefahr zu tun. Diese kommt aber nicht mit dem Anspruch daher, einen anderen, nicht-demokratischen Typus von Herrschaft zu kreieren, wie vielfach im 20. Jahrhundert, sondern ist bestrebt, „neue Formen nichtlegaler Repression und staatlicher Gewalt“ hinter „pseudo-demokratischer Institutionalisierung“ zu verstecken.<sup>38</sup> Oder anders gesagt: die Institutionen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie bleiben bestehen, werden jedoch ihres Inhalts entleert.

Hinzu kommt, dass sich die weltwirtschaftlichen Verhältnisse verändert haben. Das Handelsbilanzdefizit der USA stieg von etwa 100 Milliarden Dollar Anfang der 1990er Jahre auf 618 Milliarden Dollar im Jahre 2004; zehn Prozent des Verbrauchs der USA an Industriegütern sind nicht durch eigene Produktion oder Exporte gedeckt. Um die Zahlungsbilanz auszugleichen, brauchen sie Devisenzuflüsse in Höhe von 1,8 Milliarden Dollar täglich. Die amerikanischen Auslandsschulden sind der Tribut, den das Imperium der ganzen Welt auferlegt hat. Und um dessen stetigen Fluß zu sichern, brauchen die USA ihre Militärmacht, ein ständiges Mindestmaß an Spannungen in der Welt, „Feinde“ und die oben beschriebene Unberechenbarkeit.

38 Juan J. Linz: Vorwort zur 2. (deutschen) Auflage, in: Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2003, S. LVIII, LXVIII.

### *Wirtschaftliches und Militärisches*

Der Historiker Paul Kennedy betonte: „Die Geschichte des Aufstiegs und späteren Falls der führenden großen Mächte seit dem Aufstieg Westeuropas im 16. Jahrhundert... zeigt eine auf lange Frist sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen.“<sup>39</sup> Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies im Falle der USA anders sein könnte. Deshalb gilt: Das Schicksal des US-Imperiums und des imperialen nordatlantischen Gefüges des „weißen Mannes“ entscheidet sich in den nächsten Jahren, und zwar in Asien.

Hier ist ein erneuter Blick auf die Welt als ein System sinnvoll. Andre Gunder Frank hat, gestützt auf eine Reihe empirischer Forschungsergebnisse der vergangenen Jahrzehnte, in seinem letzten Werk auf diese Entwicklungen hingewiesen.<sup>40</sup> Frank entwickelte in Auseinandersetzung mit Braudel und Wallerstein die Welt-system-Analyse weiter und begründete, dass die Fokussierung auf Europa als Ursprung des Kapitalismus falsch ist, ebenso wie die auf das Jahr 1492 als des wesentlichen Gezeitenwechsels. Im frühen 15. Jahrhundert, nach einer historisch längeren Phase der Stagnation, begann eine lange Periode ökonomischer Expansion, die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts anhielt. Sie hatte ihren Ursprung in Ost- und Südostasien und dort auch ihre weltwirtschaftliche Grundlage, obwohl sie durch die Silber- und Goldlieferungen aus Amerika angeheizt wurde. In China, Japan, Südostasien, Zentralasien, Indien, Persien und im Osmanischen Reich äußerte sich diese Expansion als rasches Wachstum von Bevölkerung, Produktion, Handel, Einkommen und Konsum. Die europäischen Bevölkerungen und Ökonomien wuchsen in jener Zeit wesentlich *langsamer*. Betrachtet man die Handelsbilanzen, die durch die weiträumigen Transfers von Silbergeld ausgeglichen wurden, so wanderte das Silber ostwärts um die Welt, über den Atlantik via Europa und über den Indischen Ozean, aber auch westwärts über den Pazifik. Am Ende landete dieses Geld in China. Dort regte es Produktion und Konsum an. China war letztlich das „Silberdepot“ der Welt, weil es stets einen beträchtlichen Überschuss an konkurrenzfähigen Waren hatte, den die anderen durch das aus Amerika stammende Silber ausglich.

Europa hatte eine Randposition in der Weltwirtschaft, die durch seinen privilegierten, faktisch unentgeltlichen Zugang zum amerikanischen Geld weitgehend ausgeglichen wurde. Es erlaubte den Europäern, weltweit reale Konsum- und Investitionsgüter zu erwerben. Franks These, auf der Grundlage der vorhandenen Belege, ist, daß die Weltentwicklung zwischen 1400 und 1800 nicht die Schwäche, sondern die Stärke Asiens widerspiegelt. Eben weil Europa relativ höhere Löhne und durch die Kolonien reichlich vorhandenes Kapital hatte, kam es

39 Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S.13.

40 Andre Gunder Frank: *Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Orientierung im Weltsystem*, Wien: Promedia Verlag 2005.

hier zur raschen Entwicklung arbeitssparender und energieproduzierender Technologien, während China auf Grund seiner dominanten Position in der Weltwirtschaft und zugleich niedrigen Lohnkosten einen solchen Zwang nicht hatte. Das Gefüge änderte sich, nachdem der britische Kolonialismus nach der Eroberung Indiens einen beständigen Kapitalfluss von dort nach Großbritannien organisiert hatte. Mit den Opiumkriegen im 19. Jahrhundert nutzte das britische Weltreich dann seine Positionen in Indien, um China für den Kapitalismus sturmreif zu schießen.

Betrachten wir die Welt heute, ist das weltweite Gravitationszentrum einmal um die Welt gewandert: von Asien/China nach Westeuropa, von dort über den Atlantik in die USA, dort von der Ost- an die Westküste und nun über den Pazifik zurück nach Ostasien. Die USA sind heute der „Konsument der letzten Instanz“, während Ostasien/China wieder zum Kreditgeber letzter Instanz wird. Die gegenwärtige Situation der USA in der Weltwirtschaft nennt Frank „das größte Pyramidenspiel der Weltgeschichte“. Von den jährlich etwa 500 Milliarden Handelsbilanzdefizit der USA decken Japan und China jährlich je etwa 100 Milliarden, indem sie ihren Handelsüberschuß in US-amerikanische Finanzanleihen stecken, damit die USA weiter ihre Waren kaufen. Das aber kann nicht auf Dauer funktionieren. Schon wenn China seine Erlöse etwa in Euro stecken würde oder seine Ölkäufe auf den Weltmärkten in Euro fakturieren, würde dieses Pyramidenspiel zusammenrutschen.

### *Neue Spannungen*

Die USA versuchen heute, ihre schwächer werdende weltwirtschaftliche Position gegenüber China durch militärischen Druck auszugleichen. Die chinesische Führung hat jedoch deutlich gemacht, dass sie den Fehler der Sowjetunion, sich in ein ruinöses Wettrüsten manipulieren zu lassen, nicht wiederholen will. Zugleich verfügt China über eigenständige nuklearstrategische Waffensysteme; hier sind auch die inzwischen vorhandenen eigenen Kapazitäten der Raumfahrttechnik zu berücksichtigen, die eine unmittelbare militärische Erpressbarkeit seitens der USA ausschließen. Es ist die aus dem kalten Krieg bekannte Logik des „atomaren Patts“. Insofern fällt das Militärische als „Ausgleich“ der wirtschaftlichen Schwäche der USA aus.

Gleichwohl entstehen in Ostasien neue Spannungsherde. Während des Besuches von Bush II in Indien im März 2006 wurde ein Nuklearabkommen zwischen den USA und Indien geschlossen, obwohl oder weil dies dem Atomteststoppabkommen entgegensteht. Beide Seiten unterstrichen ihre „strategische Partnerschaft“. Für viele Beobachter kam dies überraschend, hatte doch Indien stets seine eigene außenpolitische Position gegenüber den USA betont und unterhielt in der Zeit des kalten Krieges enge Beziehungen zur Sowjetunion. Die Entscheidungsträger in Indien haben heute jedoch offenbar eine Perception, die ihr Verhältnis zu China mindestens ambivalent erscheinen läßt. Auf der einen Seite unterhalten sie

mit China eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und agieren in den Auseinandersetzungen um Roh- und Brennstoffe, etwa in Afrika, oft gemeinsam. Auf der anderen Seite haben sie nicht vergessen, dass der einzige Krieg seit der Unabhängigkeit, den Indien nicht gewonnen hat, der war, als China 1962 auf Befehl Mao Zedongs Gebiete besetzt hatte, die seit der Unabhängigkeit zu Indien gehört hatten. Insofern sucht Indien durch die Gestaltung der Beziehungen zu den USA jetzt eine strategische Unterlegenheit gegenüber China, die auch durch dessen bisher raschere wirtschaftliche Entwicklung untersetzt wird, auszugleichen. Gleichzeitig setzen sich die Spannungsmomente im Umfeld der Taiwan-Frage fort. Auch die japanische Aufrüstungspolitik erfährt in diesem chinesischen Kontext, eine eigene neu-alte militärische Rolle Japans in der Region zu erhaschen, diesmal als Förderat der USA, ihre eigenständige Bedeutung.

Es ist die Gefahr „neuer“ Kriege des 21. Jahrhunderts analytisch in den Blick nehmen. Dies sind nicht nur die „kleinen“ Kriege des Imperiums an seiner Peripherie – derzeit noch Irak und womöglich gegen den Iran – und die Bürgerkriege in verschiedenen Teilen der Welt, die zumeist mit Staatszerfall im Gefolge neoliberaler Ausbeutung und Elitenkonflikten in den Ländern und Regionen zu tun haben, die ihrerseits mit den Weltmärkten und Wirtschaftsinteressen Nordamerikas, Westeuropas, Chinas, Indiens usw. verbunden sind. Auch über die Gefahr eines „großen“ Krieges, der sich möglicherweise in Ostasien zusammenbraut, ist zu reden. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass der Zusammenbruch der derzeitigen nordatlantisch dominierten Weltordnung „des weißen Mannes“ nicht in einem allmählichen Versiegen seiner militärischen und wirtschaftlichen Kräfte, sondern mit einem großen Krieg erfolgt, der die ganze Welt in einen Strudel der Vernichtung reißt.

### *Bruchlinien*

Für linke Politikansätze und die Friedensbewegung allerdings wird analytisch immer klarer: Über Begrenzungsfaktoren zu reden, die das Ende der Vorherrschaft des nordatlantischen Gefüges des „weißen Mannes“ und vor allem des US-Imperiums bewirken, und über die Perspektiven einer friedlichen Welt zu sprechen, ist nicht notwendig dasselbe. Zu den welthistorischen Begrenzungsfaktoren gehören heute vor allem der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas und Indiens. Der hat aber inzwischen auch schon eine militärische Dimension. Und aus der Sicht der Linken ist ein kapitalistisches Weltsystem, das seine Zentren in Schanghai und Bombay hat, nicht notwendig besser, als eines, dessen Zentren New York, London und Frankfurt am Main sind.

Immanuel Wallerstein umriß in der vor einigen Jahren erschienenen Schrift: „Utopistik“ seine aktuelle Sicht auf die Perspektiven des Kapitalismus. Die Hauptthese lautet: dieses System kann nicht von Dauer sein. Die Welt befindet sich in einem Zeitalter des Übergangs. Es ist nicht nur eine Krise der imperialen Politik und der neoliberalen Aneignungsstrategien. Eine strukturelle Krise hat zu

Beginn des 21. Jahrhunderts die Zentren der Weltwirtschaft erfaßt. Die von der Militärmacht der USA und den Profiteuren der Weltwirtschaft dominierten Beziehungen zwischen Nord und Süd geraten aus dem Gleichgewicht und drohen ins Chaos zu stürzen. Die liberalistische Ideologie und die Wohlfahrtsprojekte in den Zentren verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Radikalismen und Fundamentalismen rücken im Norden wie im Süden, in den Zentren wie an der Peripherie in den Vordergrund.<sup>41</sup>

In einem danach veröffentlichten Text über die „geopolitischen Brüche im 21. Jahrhundert“ identifizierte er drei grundlegende Brüche, die die Welt im 21. Jahrhundert bestimmen. Dass er einen Bruch „innerhalb der Triade“, insbesondere zwischen Welteuropa und den USA, ausmacht, kann nach den Turbulenzen um den Irak-Krieg des Bush II nicht verwundern (hier wären dann auch die neuen Konkurrenzen zu China und Indien zuzuordnen), ebensowenig das Konstatieren des Bruches „zwischen Nord und Süd“; doch die Feststellung, dass es einen „Davos-Porto Alegre-Bruch“ gibt, ist in dieser Weise bemerkenswert neu. („Porto Alegre“ steht hier nicht für den realen Ort, sondern als Synonym für die Bewegung der Weltsozialforen.) Sowohl in dem „Geist von Davos“ als auch in dem von „Porto Alegre“ sieht Wallerstein Transformationsbewegungen, die beide auf die Veränderungen in der Welt, die „strukturelle Krise des Weltsystems“ reagieren, allerdings grundsätzlich verschieden, entgegengesetzt. Es sind die beiden Pole, zwischen denen die politischen und moralischen Grundentscheidungen über die Zukunft getroffen werden: ist der Mensch, sind seine Bedürfnisse und Interessen das Maß aller Dinge, oder aber ist dies eine entgrenzte Profitwirtschaft. Das sagt Wallerstein nicht mit diesen Worten. Aber er betont: „Der Bruch zwischen dem Geist von Davos und dem von Porto Alegre lässt sich geographisch nicht lokalisieren. Er ist aber der grundlegendste unter den dreien. An seinen Rändern wird nicht um die Zukunft der nächsten 25 bis 50 Jahre gerungen, sondern der nächsten 500 Jahre.“<sup>42</sup>

Die Bewegung der Sozialforen schuf einen Raum, in dem sich die Mitglieder der Gesellschaft treffen, um über ihre ureigenen Angelegenheiten zu beratschlagen und Entscheidungen zu treffen. Sie wurden zu jenem Ort weltweit, an dem sich die globalisierungskritischen Bewegungen und die Friedensbewegung treffen, zu einem Ort des massiven Widerstandes gegen die neoimperialistische Weltordnung. Die Bewegung des Weltsozialforums zeigt: Es keimt wieder Hoffnung. Eine andere Welt ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Das kann nur eine friedliche Welt sein.

41 Vgl. Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia 2002 (US-amerikanische Originalausgabe 1998).

42 Immanuel Wallerstein: Wohin steuert die Welt? Geopolitische Brüche im 21. Jahrhundert, in: WeltTrends Nr. 40, Potsdam, Herbst 2003, S. 97ff., Zitat S. 109.

## **Konfliktdimensionen im Internationalen System**

Diese Stichworte verstehen sich nicht als Gegenentwurf zu den Thesen von H. J. Krysmanski. Vielmehr gibt es Überschneidungen, teilweise aber auch Widersprüche. Noch immer bleibt der Staat (zumindest im Norden) weitgehend Inhaber des Gewaltmonopols und zentraler Akteur zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klassen.

Allerdings erodiert dieses Gewaltmonopol in Folge der Globalisierung, und zwar sowohl durch den Zerfall von Staaten wie aufgrund der Durchsetzung des neo-liberalen Credos auch in der Organisation des Gewaltmonopols.

Zu fragen ist schließlich, wer die Agenda bestimmt.

### *1. Welche „Ordnung“?*

Perspektiven der US-Hegemonie (military overstretch, Wirtschaftsentwicklung, Militär als Ordnungsfaktor (PNAC), Weltfinanzsystem ...

Perspektiven des Verfalls des US-Dollars als Leitwährung.

Auf dem Weg zu einer multipolaren Ordnung? Neue Mächte, deren Interessen, Konflikte und Allianzen, Rolle Russlands ...

Rüstungsökonomie und neue Allianzen: Waffenhandel und neue Allianzen, IMET-Programme ...

Proliferation von Massenvernichtungsprogrammen: Umgang mit dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT-Vertrag), biologische und chemische Waffen, „Terrorismus“ und „schmutzige Bomben“, Abrüstungsverträge allgemein.

### *2. Neue Rivalitäten*

Ressourcen und Rückkehr der Geo-Politik.

Endlichkeit der Ressourcen: Konkurrenzkampf um fossile Energieträger – Alternativen? Problematik alternativer Energieträger – ökologisch, ökonomisch, politisch.

Nationale Ressourcenpolitik? (>Weißbuch)

„Neue Kriege“ und „Staatszerfall“: Wer sind die Akteure?

Privatisierung der Kriegsführung und neue Formen der internationalen und transnationalen Herrschaftssicherung.

„Kulturalisierung“ von Konflikten: „Islam“ vs. „Evangelisierung“.

### *3. Transnationale Klassenkonflikte*

Finanzkapitalistische Allianzen und deren innere Widersprüche.

Perspektiven der Weltsozialforen.

Transnationale Rolle der Gewerkschaften.

Atomisierung von Interessen und Willensbildung.

Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten der „Verdammten dieser Erde“ (Fanon).

Religion vs. Ethnizität: Neue Identitäten und Fragmentierungen.

Kommen Klassenkriege, wie könnten sie aussehen?

Welche Gegenstrategien entwickelt die „herrschende Klasse“, wie organisiert sie sich?

#### *4. Wissen und Wissensproduktion*

Wer produziert wo, wie, welches Wissen (für wen)?

Privatisierung von Forschung und Lehre – Folgen?

Möglichkeiten alternativer Wissensproduktion und -vermittlung, vor allem (auch) auf transnationaler Ebene?



96 Seiten, Broschur  
Karl Dietz Verlag  
Berlin 2008  
6,90 Euro  
ISBN  
978-3-320-02158-0

Stephan Kaufmann

## Investoren als Invasoren

Staatsfonds und die neue Konkurrenz  
um die Macht auf dem Weltmarkt

Das Buch untersucht die Welt der Staatsfonds und ihre Stellung innerhalb der globalen Finanzmärkte. Wie mächtig sind diese »Sovereign Wealth Funds« wirklich, woher kommen sie, wie funktionieren sie, und was sind – vermutlich – ihre Ziele? Worin besteht die Sorge hiesiger Politiker, und wie wollen sie Deutschland schützen? Im Fokus stehen hier die Rohstoff exportierenden Staaten des Nahen Ostens sowie die sogenannte BRIC-Gruppe: Brasilien, Russland, Indien, China. Das Buch beschreibt, welchen Stellenwert diese Staatengruppen inzwischen eingenommen haben und welche Konflikte diese neue globale Machtgeographie mit sich bringt, von denen die Staatsfonds-Debatte ein Teil ist.

### Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin  
E-Mail: [info@dietzberlin.de](mailto:info@dietzberlin.de)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Tel.: 030 44310-123 · Fax: 030 44310-122  
E-Mail: [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)

## II. Geostrategische Veränderungen der Gegenwart

MARLIES LINKE

### Chinas Aufstieg

China wächst – seit dem Ende der 1970er Jahre vervierfachte sich das BIP, eine weitere Verdoppelung dieser Kennziffer in dieser Dekade wird vorausgesagt. Das Land wandelte sich zur Werkbank der Welt und macht sich daran, sich nicht mehr nur auf diesen Platz in der internationalen Arbeitsteilung beschränken zu lassen.

Chinas wirtschaftliches Wachstum erzeugt einen immensen Hunger des Landes nach Rohstoffen und Energieträgern: das Land konsumiert heute ca. 1/3 des in der Welt erzeugten Eisens, 22,7 Prozent des weltweit erzeugten Kupfers (2007). Das Land ist heute bereits der zweitgrößte Ölkonsument nach den USA: nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua steigt der Bedarf an Ölprodukten seit Jahren um etwa 5,6 Prozent pro Jahr. Um den stetig wachsenden Bedarf von Wirtschaft und Bevölkerung nach Energie decken zu können, setzt die chinesische Führung nicht mehr länger auf Energieautarkie. Seit 1993 importiert China mehr Energieträger, als es selbst förderte. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) geht davon aus, dass China im Jahr 2030 ca. 80 Prozent der benötigten Energieträger einführen wird. Das Land verfügt heute über internationale Währungsreserven in Höhe von mehr als 1,5 Billionen US-Dollar.

Gestützt auf seine ökonomischen Erfolge wuchs China in eine Position, von der aus es angemessene Mitspracherechte auf politischem Parkett einfordern kann und dies auch tut. Nicht zu vermeiden ist dabei langfristig eine Verstärkung des ökonomischen und politischen Wettbewerbs mit der derzeit dominierenden Weltmacht USA. Yan Xuetong, Direktor des Instituts für Internationale Studien der Tsinghua Universität, argumentierte, dass China Japan, Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Indien an ökonomischer, militärischer und politischer Macht übertrifft und nur noch an zweiter Stelle hinter den USA steht. Während der militärische Abstand zu den USA wohl noch eine Weile fortbestehen werde, könne der amerikanische Gesamtvorsprung durch das schnellere Wirtschaftswachstum und die wachsende politische Macht Chinas schrumpfen.

Chinas Wachstum führt zu Machtverschiebungen in den internationalen Beziehungen, verändert dieses Beziehungsgefüge. Das Bestreben der Führung des Landes, für China einen adäquaten Platz im System der internationalen Beziehungen zu finden, wird international von Fragen begleitet: Wird sich China auch künftig friedlich in die internationale Gemeinschaft einfügen oder wird es versuchen, dieses System zum eigenen Vorteil zu verändern – u. U. auch mit nichtfriedlichen Mitteln?

Welche internationalen Umfeldbedingungen sind für eine Fortsetzung des Wachstumskurses Chinas in der heutigen globalisierten Welt erforderlich? Das Erstarren des Landes fußt auf seiner erfolgreichen Beteiligung an internationalen Austauschprozessen, d.h. Stabilität und Berechenbarkeit der Außenbeziehungen sind auch weiterhin zur Gewährleistung von Prosperität und Stabilität Chinas von außerordentlicher Bedeutung. China braucht für seine weitere wirtschaftliche Entwicklung stabile und starke internationale Partner.

Der außenpolitische Ansatz der Führung der VR China findet heute seinen Ausdruck in den Thesen zur friedlichen Entwicklung Chinas und der Konzeption der Gestaltung einer „Harmonischen Welt“, die stark das Interesse der chinesischen Führung an einer multilateralen Welt betont. Der Terminus „Friedlicher Aufstieg“, den der chinesische Präsident Hu Jintao 2004 geprägt hatte, wurde durch den der „friedlichen Entwicklung Chinas“ ersetzt, da dies nicht ein zumindest relatives Wachsen auf Kosten anderer Staaten implizierte und die Win-Win-Formel in den Vordergrund rücken lässt, die Chinas Führung so gern unterstreicht, wenn sie die Positionierung des Landes charakterisiert. Um die Wirksamkeit dieses Ansatzes zu erhöhen, geht China diplomatisch in die Offensive, setzt es auch auf die eigene kulturelle Attraktivität.

Mit welchem Status, als regionale oder Weltmacht, die VR China international agiert, so formulierte z.B. der chinesische Vizeaußenminister He Yafei, liege nicht in der Entscheidung des Landes allein – China sei ein Erhalter und Entwickler des internationalen Systems.

Chinas Aufstieg findet in einer Situation statt, die Marc Lanteigne folgendermaßen beschreibt: „What separates China from other states, and indeed previous global powers, is that not only is it „growing up“ within a milieu of international institutions far more developed than ever before, but more importantly, it is doing so while making active use of these institutions to promote the country’s development of global power status.“<sup>1</sup> Dies wird deutlich am Agieren Chinas in internationalen und regionalen Strukturen wie der WTO, der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO), dem ASEAN Regional Forum (ARF), den Sechs-Seiten-Gesprächen zur Lösung der nordkoreanischen Nuklearfrage, in den Genfer Abrüstungsgesprächen und in den „ASEAN+3“-Runden (ASEAN plus Japan, Südkorea und China).

Im Gegensatz zu Europa existieren in Asien bisher keine umfassenden regionalen Sicherheitsstrukturen. Chinas Führung setzt daher darauf, Positionen vorrangig in bilateralen Gesprächen zu klären und auf dieser Basis dann im multilateralen Rahmen zu agieren.

China schaut in seinem internationalen Umfeld auf eine Reihe von Konflikten bzw. konfliktträchtigen Situationen. Bemühungen, z.B. Kräftekonstellationen

1 Zit. nach: G. John Ikenberry, *The Rise of China and the Future of the West. Can the Liberal System Survive?*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2008; Online: <http://www.foreignaffairs.org/20080101faessay87102-p20/g-john-ikenberry/the-rise-of-china-and-the-future-of-the-west.html>

USA-Japan-Indien zu stärkerem Gewicht zu verhelfen, um das erstarkende China so in eine Zange zu nehmen, werden aufmerksam bis misstrauisch verfolgt. Die Führung des Landes will China für den Ernstfall ausreichend vorbereitet sehen, dies zeigt der stetige Anstieg der Verteidigungsausgaben, der seit 1990 ca. 15 Prozent betrug. Diese Tendenz setzt sich auch 2008 fort – für dieses Jahr wurde ein weiterer Anstieg um 18 Prozent angekündigt.

Chinas gewachsenenes internationales Gewicht, sein sich veränderndes Selbstverständnis und sich verändernde Bedürfnisse des Landes sowie sein in Modernisierung befindliches militärisches Potential finden ihren Niederschlag auch darin, welche militärischen Fähigkeiten China in seinen White Papers zur Verteidigungspolitik anstrebt<sup>2</sup>: Wurde im Weißpapier zur Verteidigungspolitik 2002 als Ziel die Fähigkeit eingefordert, regionale Kriege zu führen, führte das Weißpapier zur Verteidigungspolitik 2004 bereits als Ziel die Fähigkeit an, einen lokalen Krieg zu gewinnen. Im Weißpapier von 2006 wurde eingefordert, die Streitkräfte des Landes müssten bis 2050 in die Lage versetzt werden, einen modernen integrierten großflächigen Krieg zu gewinnen. Nicht mehr nur die Fähigkeit, militärische Auseinandersetzungen zu führen, sondern auch zu gewinnen werden eingefordert, es verschiebt sich im Weißbuch 2006 erstmals auch die Perspektive von der Region auf die Welt.

Bezugspunkt der Forderung des Weißbuches von 2004, einen lokalen Krieg gewinnen zu können, ist unverkennbar Taiwan, das von der Regierung und der Bevölkerung der VR China - genauso wie Tibet und Hongkong - als unveräußerlicher Bestandteil des chinesischen Staatsterritoriums gesehen wurde und wird. Die Positionierung im Weißbuch 2004 ist daher auch als Warnung zu verstehen, dass China jede Unterstützung für Schritte zur Erlangung einer staatlichen Eigenständigkeit Taiwans als feindlichen Akt gegenüber der VR China werten und militärisch darauf entsprechend antworten wird. Inwiefern die Führung des Landes künftig ausschließlich auf friedliche Mittel zu Regulierung von Konflikten setzen wird, muss sich zeigen. Gerade die Taiwanfrage wird dabei zum empfindlichen Lackmustest. Die Reaktion der Führung der VR China auf die Wahlsiege der Guomindang in der Parlamentswahl auf Taiwan vom Januar 2008 und vor allem ihres Spitzenkandidaten Ma Ying-jeou in den Präsidentschaftswahlen im März 2008 drückte zunächst Erleichterung und wohl auch die Hoffnung aus, künftig mit weniger konfrontativen Politikansätzen von Seiten der taiwanesischen Spitzenpolitiker umgehen zu müssen.

Die Bewahrung der territorialen Integrität des Landes gehört zu den Aufgaben, denen die chinesische Führung oberste Priorität zuordnet. Dementsprechend wird auf Versuche von innen wie von außen, dieses Prinzip z.B. in Tibet und Xinjiang anzutasten, mit Nachdruck reagiert.

2 Siehe dazu: Saskia Hieber, China's Defence White Papers – A Different Perspective on the „Peaceful Rise“, in: China aktuell, 2/2007, S. 79-94

China betreibt die Modernisierung seiner Streitkräfte. Wohl ist nachvollziehbar, dass ein Teil der steigenden Militärausgaben des Landes in Steigerungen des Salärs für das Militärpersonal geht. Gleichzeitig sind die Streitkräfte des Landes in eine „Revolution in militärischen Angelegenheiten mit chinesischen Charakteristika“ eingebunden, die gleichzeitig in zwei Richtungen vorangeht: zum einen wird eine mechanische Modernisierung bisher eher schwach entwickelter Einheiten unternommen, zum anderen wird ein strategischer Fokus auf Entwicklung und verstärkte Einbindung von IT-Elementen in die wichtigsten Waffensysteme gesetzt. China unternimmt Schritte, um die militärtechnologische Lücke zu den USA zu verkleinern – weltraumgestützte Waffensysteme und „Informationalisierung“ der VBA seien hier als Stichworte genannt. China verweist darauf, sich an verschiedenen Formen der internationalen Sicherheitszusammenarbeit zu beteiligen – dass es Personal und Material für UN-Missionen, friedensbewahrende Maßnahmen, Programme zur Beseitigung von Katastrophenfolgen entsendet und regionalen Sicherheitskooperationen große Bedeutung beimisst.

Besondere Aufmerksamkeit erfährt in den letzten Jahren zunehmend die Afrikapolitik der VR China. Xuewu Gu charakterisierte die Ausgangssituation für die stärkere Belebung der Afrikapolitik Chinas so: „Chinas Griff nach Afrika im 21. Jahrhundert scheint das Ergebnis eines Zusammenspiels von drei Faktoren zu sein: dem spürbaren Rückgang des westlichen Einflusses auf Afrika südlich der Sahara nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes; dem Scheitern des afrikanischen Modernisierungsprojektes, das auch mit massiven Entwicklungshilfen aus den USA, Europa und Japan bis heute nicht zum Erfolg geführt werden konnte; und dem Aufstieg der Volksrepublik China zu einem der führenden Industriestaaten.“<sup>3</sup> Chinas hat ein politisches und wirtschaftliches Interesse, besonders mit den rohstoffreichen Ländern des afrikanischen Kontinents engere Beziehungen aufzubauen. Überzeugend wurde dies u. a. durch intensive Reisediplomatie chinesischer Spitzenpolitiker wie auch auf dem China-Afrika-Gipfel 2006 in Peking demonstriert. Chinas Offerten werden in vielen Fällen in diesen Ländern als gutes Angebot betrachtet – erweisen sich chinesische Firmen nicht nur als zahlungskräftige Großabnehmer von Erzen (z.B. aus Kongo, Gabun), Öl (Angola, Sudan) und Kernbrennstoffen (Niger); China – 2006 der drittgrößte Handelspartner des Kontinents - zahlt auch in Aufbauleistungen<sup>4</sup>. Nigeria z.B. erhielt 2007 chinesische Investitionszusagen in Höhe von ca. 4 Mrd. US-Dollar für den Ausbau des Bahnnetzes, der Stromversorgung und des Mobilfunknetzes. Beim Bau solcher Projekte werden oft allerdings nicht einheimische Arbeiter eingesetzt, diese werden in China rekrutiert. Lieferungen chinesischer Industriegüter treffen ebenfalls

3 Xuewu Gu, China als Akteur in der Weltpolitik, Internet-Angebot der Zeitschrift „Das Parlament“ mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 50/2006, Online: <http://www.das-parlament.de/2006/50/Beilage/001.html> (Aufruf: 04.02.2008)

4 Siehe Greg Mills and Chris Thompson, Partners or Predators? China in Africa, in: China Brief, vol. VIII, issue 2, January 17, 2008, p. 8

auf unterschiedliche Reaktionen: Freude bei Konsumenten, für die sie wegen ihrer niedrigen Preise erschwinglich sind, Besorgnis besonders bei lokalen Produzenten, die im Wettbewerb mit den billigen Importprodukten nicht standhalten können.

Ein weiter erstarkendes China wird sich künftig auch daran messen lassen müssen, welche Haltung es zur Einhaltung und Entwicklung des Völkerrechts einnimmt und wie es sein Verhältnis zu internationalen Organisationen wie der UN gestaltet, an seiner Bereitschaft, selbst konstruktiv und aktiv am Ausbau des rechtlichen und organisatorischen Rahmens für das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure auf der internationalen Bühne mitzuwirken. Internationale wie auch regionale Organisationen können China Möglichkeiten bieten, eigene Vorschläge zur Lösung globaler Probleme wie Abrüstung und der Bewahrung der natürlichen Umwelt vorzustellen. Von Problemen wie Umweltzerstörung und Klimawandel ist es selbst betroffen, aber China trägt auch zu deren Verschärfung bei, weil die wirtschaftliche Entwicklung des Landes über viele Jahre hinweg ohne Rücksicht auf Auswirkungen auf die natürliche Umwelt, ohne den Versuch nachhaltigen Wirtschaftens vorangetrieben wurde und erst in den letzten Jahren erste Schwerpunktverschiebungen weg von quantitativ orientiertem Wachstum erfolgten.

Die chinesische Reformpolitik brachte für viele Bürger des Landes Chancen und eine reale Verbesserung ihres Lebensstandards. Sie zeigt sich aber auch als Gratwanderung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Überhitzung, führt zur Vertiefung gesellschaftlicher und regionaler Ungleichgewichte und sozialer Ungerechtigkeiten, problematischen Entwicklungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und zur fortgesetzten Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Wichtige Schlüssel für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung und damit eine langfristig stabile Position Chinas in der internationalen Gemeinschaft liegen nicht nur in der Gewährleistung von günstigen äußeren Entwicklungsbedingungen für das Land. Entscheidend wird vor allem die Fähigkeit des chinesischen Volkes und seiner Führung sein, innere Probleme der Entwicklung der Gesellschaft zu erkennen und dafür tragfähige Lösungen zu entwickeln und im Konsens umzusetzen.

## **Indien als Swing State im multipolaren internationalen System**

### **Geostrategische Veränderungen**

Banker, Volkswirtschaftler ebenso wie Militärstrategen sind sich einig, dass das 21. Jahrhundert von einem geopolitischen Paradigmenwechsel geprägt sein wird. Basierend auf dem ökonomischen Aufstieg der bevölkerungsreichsten Länder der Erde, Indien und China, wird sich das weltwirtschaftliche Gewicht von seinem bisherigen transatlantischen Zentrum zunehmend nach Asien verlagern. Damit verbunden ist auch eine Verschiebung in den geopolitischen Machtverhältnissen von einer unipolaren, von den USA als überragender Hegemonialmacht beherrschten zu einer eher multipolaren Welt mit mehreren, wenn auch ungleichen Zentren, inklusive Indien, China, Russland, Brasilien, der EU, Japan und den USA.

Wie in der Vergangenheit dürfte auch diese noch in den Anfängen befindliche internationale Machtverlagerung zwischen aufstrebenden und zumindest relativ absteigenden Mächten – analog Erdbeben bei *tektonischen* Verschiebungen – kaum konfliktfrei vor sich gehen, geht es doch heute mehr denn je um Einfluss-sphären, Zugang zu Märkten und knapper werdende Rohstoffe. Zugleich bieten sich im Zuge dieser Re-Konfiguration neue formelle und informelle Allianzen an.

Nicht länger ideologisch fundierte, tendenziell dualistische Systemkonkurrenz ist die Basis der neuen Weltordnung, sondern der Rang einer Nation in der nach ökonomisch-militärpolitischen Kriterien hierarchisch gegliederten kapitalistischen Weltordnung. Dies gilt, auch wenn neben die Staaten transnationale Konzerne, internationale Organisationen bzw. Regimes und Nichtregierungsorganisationen als einflussreiche Akteure mit eigener Agenda getreten sind. Fußend auf den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Verbund mit drastisch gesunkenen Transportkosten wurde im Rahmen einer neoliberalen Politik eine Deregulierung und Privatisierung zusammen mit einer Liberalisierung der Finanzmärkte eingeleitet, die in eine neue internationale Arbeitsteilung mit zerlegten Wertschöpfungsketten und integrierten Märkten einmündete. Bevölkerungsreichtum, niedriges Lohnniveau und massenhaft junge qualifizierte Arbeitskräfte werden in einer solchen Ordnung zu Trümpfen globaler Wettbewerbsfähigkeit, insofern sie ökonomisches Wachstum, Delokalisierung und den Import von Auslandskapital begünstigen.

Nach der neoliberalen Öffnung Anfang der 1990er Jahre konnte Indien ein weit überdurchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 6-8 Prozent verzeichnen. Noch liegt es mit einem Bruttosozialprodukt von rund 900 Mrd. US-Dollar

mit Ländern wie Brasilien, Mexiko und Russland auf Platz 10 der Weltwirtschaftsmächte. Damit erreicht es aktuell zwar nur ein Drittel der Bundesrepublik oder kaum ein Vierzehntel der USA, doch zeichnen Prognosen für die nächsten fünfzig Jahre ein überaus optimistisches Bild. Danach ist sein demographisches Profil mit einer riesigen, und zugleich jugendlichen Bevölkerung (Durchschnittsalter 34), die von heute 1,1 auf einmal 1,6 Milliarden Menschen ansteigen wird, der beste Garant für weiterhin maximales Wachstum und eine zukünftige Position als eine der drei potentesten Wirtschaftsmächte überhaupt, weit vor Deutschland und Japan, den heutigen zweit- bzw. drittplatzierten Nationen. Mögen heute 80 % der Inder von weniger als 2 Dollar pro Tag leben, mag eine Mehrheit auch in absehbarer Zukunft arm sein, seine 50-250 Millionen zählende kaufkräftige Mittelschicht stellt den dynamischen Kern eines wachsenden Binnenmarkts dar. Ihre jugendliche, englischsprachige, gut ausgebildete technische Intelligenz ist daneben attraktiv für einheimisches wie ausländisches Investitionskapital. Waren bisher die Informations- und Kommunikationstechnologie neben der Pharma- (Generika) und der Unterhaltungsindustrie (Film) die tragenden Pfeiler eines exportgetriebenen Wachstums, so wird mit der jüngsten Vorstellung eines einheimischen 2500 US-Dollar (100.000 Rupien) Autos gleich mehrfach ein Zeichen gesetzt: sie ist ein Fehdehandschuh für die technisch ausgereiften, aber viel teureren europäisch-japanischen Produkte vor allem auf den Wachstumsmärkten der Dritten Welt; sie symbolisiert den Aufstieg indischer Multis, hier Tata neben Reliance Industries oder Mittal-Steel in die Riege der weltweit führenden Transnationalen Konzerne. Schließlich kündigt sich damit an, dass die Vision von Indien als (zukünftigem) „Büro und Labor der Welt“ (im Kontrast zu China, der „Werkstatt der Welt“) ein zweites Standbein erhalten, industrie- und arbeitsmarktpolitisch eine breitere Basis geschaffen werden soll.

Auch militär-politisch beansprucht Indien internationales Gewicht. Mit 1,3 Millionen Soldaten gehört es auch ohne die 2,7 Millionen Reservisten und paramilitärischen Einheiten zu den fünf größten Armeen. Seine drei Truppenteile verfügen über Atomwaffen und dazu gehörige Trägerraketen kurzer und mittlerer Reichweite, Flugzeugträger (2) und Atom U-Boote. Es gibt eine leistungsfähige einheimische Rüstungsindustrie und eine zivil-militärische Weltraumforschung, die mehrere Dutzend Satelliten erfolgreich in einer Erdumlaufbahn platziert und ein eigenes Raketenabwehrsystem installiert hat.<sup>1</sup>

## **Regionalmacht Indien**

Geostrategisch liegt Indien in einer politischen und ökonomischen Zentralzone. Es ist die unbestrittene Regionalmacht im Indischen Ozean, die mit einer Küsten-

1 Vgl. The Hindu, 28.1.2008

linie von 7000 km und einer eigenen Flotte die Kontrolle über die Seewege zwischen Ostafrika und der Strasse von Malakka, durch die ganz Ostasien mit Öl aus dem Mittleren Osten versorgt wird, kontrollieren und sichern kann. Dies wird durch die Zugehörigkeit der Inselgruppen der Nikobaren und Andamanen, die nur neunzig Kilometer vom indonesischen Archipel entfernt ist, zu Indien erleichtert. Dort hat es den Eastern Command seiner Kriegsmarine eingerichtet, womit dem Anspruch auf Herrschaft über den Indischen Ozean materielle Rückendeckung verschafft wird.

Zwar stellt Indien für sich genommen schon wegen der Größe und Diversität seiner Bevölkerung sowie seiner geographischen Ausdehnung einen „Subkontinent“ dar, doch ist es von einem Kranz von sechs verschiedenen großen und reichen Ländern, die seine unmittelbare Peripherie bilden, umgeben: nämlich Pakistan und Bangladesh, Nepal und Bhutan sowie Sri Lanka und den Malediven. Ökonomisch sind sie in der 1988 gegründeten South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) zusammengefasst, die längerfristig in eine regionale Free Trade Association (SAFTA) aufgewertet und integriert werden soll. Noch allerdings geht weit weniger als ein Zehntel des internationalen Handels dieser Länder in den regionalen Austausch. Dies dürfte sich mit der wachsenden Diversifizierung und Größe des indischen Marktes ändern. Mehr noch, die nicht zuletzt von Ländern wie Bangladesh und Sri Lanka favorisierten zukünftig engeren Wirtschaftsbeziehungen können nur die indische Vorherrschaft in ganz Südasien verschärfen. Kreisen schon jetzt die sechs Anrainerstaaten wie Planeten um die Sonne Indien, die drei Viertel der Bevölkerung und einen ebenso hohen Anteil an der Wirtschaftskraft Südasiens repräsentiert, wird die Erleichterung des Zugangs zum Markt des großen Nachbarn dessen magnetische Wirkung und Vormacht noch verstärken. Denn die Forderung nach erleichtertem Zugang zum großen indischen Markt bedeutet zugleich neue Investitionsmöglichkeiten für das technologisch fortgeschrittenere, zudem viel mächtigere indische Kapital. Größere Integration der Märkte Südasiens führt ganz unabhängig von politischen Divergenzen faktisch zur wirtschaftlichen Suprematie des indischen Kapitals. Es ist daher letztlich im Interesse New Delhis, alles zu tun, um Hindernisse bei der Erschließung und Angliederung seines unmittelbaren Hinterlandes aus dem Wege zu räumen.

Mit dem Willen zur stärkeren Verzahnung ihrer Volkswirtschaften steht auch eine Überprüfung der bisherigen politischen Konflikte in der Region an. Bis dahin hat Indien praktisch mit allen seinen Nachbarn in einem Spannungsverhältnis gelebt. Zum einen stand dem Streben nach Autonomie und Souveränität der kleinen Nationen (Nepal, Bhutan) das Selbstverständnis New Delhis nach Kontrolle und Hegemonie entgegen, die es gegebenenfalls auch mit militärischer Gewalt, so in Sri Lanka (1987-90) oder den Malediven (1988), durchzusetzen wusste. Zum anderen bestimmt das aus der Gründungszeit herrührende Trauma der Teilung von British India und die Abspaltung des als Erzfeind betrachteten muslimischen Pakistan Politik und kollektives Bewusstsein. Sie führten zu Hochrüstung, inkl.

Atomwaffen auf beiden Seiten, und drei Kriegen mit Kaschmir als Kristallisationspunkt. Sie begünstigte auch die mit indischer Intervention erfolgte Abspaltung Ostpakistans und Gründung Bangladeshs 1971. Erst seit der 2. Hälfte der 1990er Jahre sind Schritte in Richtung einer Verständigung basierend auf der Akzeptanz des status quo und der „line of control“ als Grenze in Kaschmir unternommen worden. Eine solche Bereinigung der regionalen Konflikte ist als Voraussetzung für eine globale Rolle im ureigenen Interesse New Delhis. Zudem gesellen sich diesem pakistanisch-indischen Regionalkonflikt um Kaschmir weitere Dimensionen hinzu. Da ist die *interne* Verdoppelung in Gestalt der Hindu-Muslim Konfrontation in Indien selbst mit 130 Millionen Mohammedanern als größter Minderheit. Da ist zum anderen die wachsende Rolle des Islam als identitätsstiftender Kraft im Nahen Osten zu berücksichtigen. Eine regionale Allianzbildung auf dieser Basis mit Pakistan und Afghanistan als möglichen Bündnispartnern liegt nicht im Interesse Neu Delhis. Da ist schließlich der internationale Kampf gegen den Terrorismus, der die anderen Großmächte, nicht zuletzt die USA zu interessierten Hauptakteuren in der Region macht.

Die regionale Perspektive schließt eine globale Vision nicht aus; im Gegenteil. Stellt auch die Region Südasien das potentielle Hinterland für eine globale Machtprojektion Indiens dar, sucht das Land im Rahmen einer allgemeinen Ausweitung seines auswärtigen Handels, der aktuell ein Niveau von rd. einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts erreicht, zunächst die Wirtschaftsbeziehungen mit den Hauptmärkten in den USA und der EU, dann mit Japan zu vertiefen. Daneben hat es angesichts der wachsenden Konsumentenfrage in den neuen Kraftzentren der Weltwirtschaft sich verstärkt einzuklinken begonnen. Im Rahmen der proklamierten „Look East Policy“ wird der wachsenden Bedeutung des innerasiatischen Handels, nicht zuletzt mit den ASEAN-Staaten, dann auch China vermehrt Rechnung zu tragen gesucht. Der Zeitpunkt scheint nicht mehr fern, dass als Teil der Verlagerung des Zentrums der Weltwirtschaft vom Atlantik zum Pazifik auch der indische Handel hier seine wichtigsten Partner haben wird.<sup>2</sup>

## **Hürden auf dem Weg zur Großmacht**

Schon die Väter der Unabhängigkeit, allen voran Indiens erster Premierminister (1947-63) Jawaharlal Nehru, waren davon überzeugt, dass das Land wegen seiner Größe, seiner Jahrtausende alten Kultur und Geschichte einen Anspruch auf Wiedererlangung seiner nur durch die Kolonialzeit unterbrochenen Weltgeltung habe.<sup>3</sup> Insofern laufen heutige ausländische Prognosen und indische Weltmachtsaspirationen zusammen. Auf dem Wege zu deren Realisierung stellen sich aus der

2 Schon heute belegt China den 2. Rang in den ausländischen Wirtschaftsbeziehungen.

3 Dabei hat man vor Augen, dass bis zum Ende des 18. Jahrhunderts Indien zusammen mit China immer rund die Hälfte der Weltbevölkerung und des globalen Reichtums repräsentierten.

Sicht New Delhis zwei miteinander verkoppelte Probleme: *Energiesicherheit* und Besitz von *Massenvernichtungswaffen*. In der Beherrschung der Atomkraft, einerseits als Nuklearenergie, andererseits als Atomwaffen, sind beide gebündelt. Gatekeeper zur Lösung beider sind die USA. Dem indisch-US-amerikanischen Verhältnis wird daher neuerdings eine Schlüsselfunktion zugemessen, nachdem während der vergangenen Dekaden die Beziehung zur Sowjetunion im Vordergrund gestanden hatte.

Die indische Kernforschung kann auf eine ungebrochene, noch in die Kolonialphase zurückreichende, international anerkannte Wissenschaftstradition zurückblicken. Wirtschaftspolitiker versprachen sich von der Atomkraft vor allem eine unerschöpfliche billige Energiequelle („atom for peace“). Noch heute stellt die unzureichende Energieversorgung einen der größten Engpässe zum langfristig gesicherten wirtschaftlichen Aufstieg dar, sind rund 45 Prozent der Bevölkerung nicht an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Nach Schätzungen der Regierung wird sich der Energieverbrauch in den nächsten 25 Jahren vervierfachen. Aktuell stellt die einheimische Kohle die Hälfte des Energiebedarfs sicher; daneben spielt feste Biomasse (Holz und Kuhdung) als Energieträger auf dem Dorf und in den städtischen Armenvierteln eine herausragende Rolle. Der Ölverbrauch beträgt dagegen pro Person kaum die Hälfte dessen eines Chinesen und nur ein Zwölftel dessen eines Deutschen (d.h. 0.9 barrel vs 1.9. bzw. 11.9 oder in Litern: 145, 300 bzw. 1900). Doch der Anteil steigt und, wichtiger noch, angesichts begrenzter einheimischer Vorkommen müssen schon heute zwei Drittel importiert werden.<sup>4</sup> Ein großes Hindernis angesichts weltweit knapper Ölvorkommen, wachsender Nachfrage und weiter steigender Preise. Neben der damit verbundenen besonderen Belastung für die Außenhandelsbilanz eines aufstrebenden, aber immer noch armen Landes stellt sich das politische Problem des Zugangs zu Förderstätten, speziell wenn diese in instabilen bzw. von umstrittenen Regimes beherrschten Nationen liegen. Die Kernenergie auszubauen, liegt deshalb als Teillösung nahe. Nur müssen das notwendige Uran ebenso wie die neueste Technologie eingeführt werden.

Der Konflikt mit Pakistan verdrängte den ursprünglichen Widerstand gegen eine militärische Nutzung der Kernenergie. Inzwischen ist diese zu einem imperativen Symbol für Weltmachtstatus geworden. 1974 wurde die erste Atombombe gezündet, 1998 folgten weitere Tests. Sie wurden mit einem Technologieembargo und Wirtschaftssanktionen vor allem des Westens beantwortet, da sie den Verträgen zum Atomteststopp (CTBT) sowie zur Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT) zuwider liefen. Indien hat sich immer geweigert, diesen beiden Vereinbarungen beizutreten, da es darin eine Zementierung *nuklearer Apartheid* bei gleichzeitiger Festschreibung eines Machtoligopols der fünf anerkannten Atomkräfte erblickte. Denn als einzige ständige Mitglieder und Vetomächte im UN Sicher-

4 International Herald Tribune 3. März 2008. World Watch Institute (ed), Zur Lage der Welt 2006, China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft, Münster 2006, pp 59ff.

heitsrat sind sie mit Entscheidungsgewalt über internationalen Frieden und Sicherheit befasst und so ihre exklusive Herrschaft über die Welt politisch und militärisch auf Dauer legitimiert. Militärische und politische Überlegungen erfordern daher aus Sicht New Delhis für jede, nach Weltmachtstatus strebende Macht, Atomwaffenbesitz und einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat (d.h. zunächst dessen grundlegende Reform). Den Schlüssel zur Realisierung beider Anforderungen aber haben die USA in der Hand; zumindest geht ohne sie gar nichts. Damit ist ein zentrales Argument für die seit Anfang der 90er Jahre eingeleitete prinzipielle Umorientierung in der indischen Außenpolitik hin zum „Westen“, d.h. prioritär den USA, dann die EU und schließlich dessen Vertretern in Asien, Australien, Japan, Südkorea, gegeben. Diese fiel mit der neoliberalen Wende in der Entwicklungsstrategie und den Interessen der nunmehr zur Herrschaft gelangten Klassen einerseits, der Implosion des sozialistischen Lagers und Auflösung der Sowjetunion andererseits zusammen.

### **Im Spiel der großen Mächte**

Auch aus US amerikanischer Sicht bietet sich angesichts der neuen Weltlage eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zu dieser Großmacht im Wartestand an. Hatte man deren Blockfreiheit, staatszentrierter Entwicklungsstrategie und Kooperation mit der Sowjetunion während des Kalten Kriegs gründlich misstraut, baut man nach der Weltmarktöffnung Indiens jetzt auf gemeinsame ordnungspolitische Rahmenbedingungen, wie etablierte marktwirtschaftliche Institutionen und eine Mehrparteiendemokratie sowie eine prinzipielle globale Interessenkonvergenz. Zudem haben die doppelten Erfahrungen der relativ schwindenden eigenen Wirtschaftsmacht und des gescheiterten Aggressionskriegs im Irak die Bedeutung strategischer Partner, wenn nicht zur Sicherung der eigenen Vormachtstellung, so zumindest um eine Allianz potentieller Rivalen zu verhindern, deutlich gemacht. Noch unter Präsident Clinton wurden erste Schritte zur Verbesserungen der Beziehungen mit Indien unternommen, die wegen der Atomtests (1998) verhängten Sanktionen schon bald aufgehoben. Seit 2004 wurden weit reichende Vereinbarungen auf verschiedenen Gebieten, inkl. der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit getroffen. Eine „strategische Partnerschaft“ mit regelmäßigen Regierungstreffen und militärischer Kooperation wurde vereinbart; andere sprechen gar von einer „natürlichen Allianz“ der beiden „größten Demokratien“. Die wirtschaftlich höchst erfolgreiche, und sich auf Lobbyarbeit verstehende Minorität von zwei Mio. Indern in den USA ist ein wichtiger Pfeiler bei der Annäherung.

Gleichwohl ist das Projekt einer Partnerschaft auf beiden Seiten umstritten; dies gilt vor allem für den so genannten „nuclear deal“, bei dem es um die Anerkennung Indiens als offizieller Atommacht geht.<sup>5</sup> Auf indischer Seite widersetzt sich ihm die nationalistische Rechte, allen voran die *Indische Volkspartei* (BJP),

weil sie eine Einschränkung der Souveränität des Landes befürchtet.<sup>6</sup> Es ist dieselbe Partei, die die Annäherung an die USA eingeleitet und deren „Antiterrorkampf“ ebenso wie die Pläne zum Aufbau eines Schutzschildes im Weltall unterstützt hat. In Opposition ist auch die Kommunistische Linke, weil sie statt Kooperation unter Gleichen eine Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus wittert.

Was die USA betrifft, so regt sich insbesondere im Kongress erheblicher Widerstand gegen die Zugeständnisse der Regierung, insofern sie als zu weit gehend betrachtet werden und Grundpfeiler der Außenpolitik in Frage stellen.

In der Tat, in dem „nuclear deal“ wird wie in einem Brennglas die überragende Rolle Indiens in den strategischen Überlegungen der USA deutlich. Diese laufen darauf hinaus, Indien in dem künftigen Pol Asien als Anker im ressourcenreichen, aber instabilen (und muslimischen) Mittleren Osten und als (potentielles) Gegengewicht gegenüber Russland und vor allem China zu gewinnen. Dies zu erreichen, ist man bereit, Indien als Atommacht anzuerkennen, ihm beim weiteren Ausbau der Kernenergie zu helfen, obwohl damit die eigene Glaubwürdigkeit (Iran, Libyen, Nordkorea) sowie der NPT-Vertrag zur Disposition gestellt werden. Um den Schein zu wahren, hat man sich darauf verständigt, eine (willkürliche) Trennung von zivilen und militärischen Anlagen vorzunehmen und ein entsprechend differenziertes Inspektionsregime durch die IAEA (International Atomic Energy Agency, Wien) durchzudrücken, was Voraussetzung für die Anerkennung Indiens als Atommacht und die Wiederaufnahme von Uranimporten wäre. Die Bush Regierung verpflichtet sich darüber hinaus, dafür zu sorgen, dass Indien Uran aus anderen Quellen seitens der „nuclear suppliers' group“ erhält, falls der US-Congress solche Lieferungen untersagen sollte.

Die genannten Faktoren von Klasseninteressen und technologischer und diplomatischer Abhängigkeit sowie die ausgeprägte Machtasymmetrie lassen nicht zuletzt linke Analysten ein langfristiges Einschwenken Indiens in ein US-dominierendes globales Sicherheitsnetz diagnostizieren.<sup>7</sup> Ein Mangel an Alternativen scheint trotz des Wandels im globalen Kräftesystem hinzu zu kommen. Während die absolute Hegemonie der USA bröckelt und der Aufstieg der EU als einer eigenständigen politischen Weltmacht fraglich bleibt, ist trotz aller internationaler Wider-

5 Vgl. dazu im Einzelnen: Müller, H., Rauch, C., Der Atomdeal, Hessische Friedens- und Konfliktforschung, HSKF-Report 6/2007, Frankfurt 2007 [www.hfsk.de].

6 Trotz ihrer Breite ist die Koalitionsregierung unter Führung des Congress Premiers Man Mohan Singh in New Delhi auf die Unterstützung der kommunistischen Parteien angewiesen. Diese haben zunächst den ‚deal‘ mit den USA grundsätzlich abgelehnt und gedroht, darüber die Regierung zu Fall zu bringen und (unerwünschte) Neuwahlen zu erzwingen. Eine innenpolitische Entwicklung im Bundesstaat West Bengalen, einer der drei Hauptbasen der Kommunisten (hier der CP(M) hat dann zu einem Einlenken geführt: die von der Polizei blutig niedergeschlagenen Unruhen in Nandigram über die Einrichtung einer Free Trade Zone, die die Unterstützung der Kommunisten ins Wanken brachte. Vereinbart wurde letzten Endes eine Vorlage des endgültigen Vertrags mit den USA im Parlament....

7 RUPE (Research Unit for Political Economy), Why the US promotes India's Great Power Ambitions, Monthly Review, New York, vol. 57, No. 10, March 2006, pp 16-33.

sprüche und Widerstände die Formierung einer anti-amerikanischen, anti-westlichen Allianz, die ein größeres Gleichgewicht der Kräfte und daher eine stärkere Geltung des Völkerrechts mit sich bringen könnte, bestenfalls in Ansätzen spürbar. In jedem Fall zeichnen sich für das 21. Jahrhundert die Konturen eines *multidimensionalen multipolaren* anstelle eines unipolaren oder auch bipolaren dominant ideologisch geprägten internationalen Systems immer deutlicher ab. Zu den Zentren gehören die USA, die EU und China. Zu den Mächten der zweiten Kategorie mit großem Aufstiegspotential bei gleichzeitig erheblichen Problemen sind auf jeden Fall Indien, Russland und Brasilien zu rechnen. Mit der Zunahme der Akteure bieten sich auch neue Bündniskonstellationen. Zwei Perspektiven bieten sich vornehmlich an: (a) die Shanghai Cooperation Organisation (SCO) mit Russland und China als Kern sowie (b) die G 77, d.h. die aus den Blockfreien hervorgegangene Dritte-Welt-Bewegung.

Die Unabhängigkeit Indiens wie die gesamte Phase der Entkolonialisierung fiel mit dem Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz zusammen. Nicht zufällig fanden sich die eben befreiten Länder ab Mitte der 1950er Jahre in der Blockfreien Bewegung zusammen;<sup>8</sup> außenpolitisch setzten sie auf Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten, auf Souveränität und Gleichheit sowie friedliche Koexistenz, wirtschaftspolitisch auf die Entwicklung des Binnenmarktes mit nachgeholter Industrialisierung unter Führung des Staates, was auch eine Kontrolle des Außenhandels, inkl. Währungsrelationen einschloss. Indien war eine der Gründernationen der Bewegung und nimmt darin bis heute eine Hauptrolle ein. Allerdings hat sich der Charakter der Bewegung im Zuge des Zusammenbruchs des realen Sozialismus einerseits, des Übergangs von einem etatistischen, national-kapitalistischen zu einem neoliberalen, am Weltmarkt ausgerichteten Modell der Entwicklung radikal gewandelt. Die alte Solidarität, geboren aus gemeinsamen Forderungen und einer geteilten Frontstellung gegen den Westen, ist aufgebrochen. Dafür sind die Unterschiede in Entwicklungsstand, Weltmarktposition und politischen Interessen umso wichtiger geworden. Wenn daher heute die Forderungen nach Durchsetzung der Regeln eines freien Weltmarktes zur Optimierung der Konkurrenzvorteile die Dritte-Welt-Agenda dominieren, entsprechen diese eher den speziellen Interessen der Schwellenländer, weniger der Dritten, kaum denen der Vierten Welt. M.a.W., auch wenn Indien (neben Brasilien, Südafrika und China) als Sprachrohr der G 77 in der WTO und anderen internationalen Gremien auftritt, hat mit der Schwächung des Nord-Süd-Konflikts und seiner Transformation in ein hierarchisches Gefälle auch das politische Gewicht des Trikont generell, seine strategische Tiefe für Indien speziell abgenommen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit *ökologische Probleme*, die den Süden, obwohl weitgehend schuldlos und zugleich ohnmächtig, zudem in der Zwickmühle zwischen rapidem

8 Aus ihr gingen später verschiedene pressure groups, wie die Gruppe der 77 oder die G20 hervor; in allen Fällen handelt es sich um Gruppierungen von Ländern aus der Dritten Welt.

Wachstum und Umweltschonung, besonders dramatisch betreffen werden, einen Dritte-Welt Block gegenüber den reichen Industrieländern als Hauptverursacher neu entstehen lassen. Ein ähnliches Resultat könnte das Scheitern der neoliberalen Strategie in der Peripherie angesichts wachsender Ausgrenzung bei gleichzeitig drastisch zunehmender Ungleichheit zeitigen.<sup>9</sup>

Als zweite Variante bietet sich eine Allianz mit der 2001 gegründeten Shanghai Cooperation Organisation an. Aus einer früheren, der Entmilitarisierung an den wechselseitigen Grenzen gewidmeten Organisation umfasst sie heute neben Russland und China die zentralasiatischen Republiken Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Kasachstan. Ihr Mandat bezieht sich zunächst auf den Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus, daneben wird eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, inkl. des Bereichs Infrastruktur und Energie angestrebt. Auf internationalem Felde schließlich wird „ein neues Sicherheitskonzept“ basierend auf Abrüstung, regionaler Sicherheit, friedlicher Konfliktregelung, Gleichheit und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie Blockfreiheit proklamiert. Auch wenn ausdrücklich vermerkt ist, dass sich die Organisation gegen niemanden richtet, wird eine eindeutige Stossrichtung gegen Hegemonismus und für Multipolarität, gegen Unilateralismus und für Stärkung der UNO und des Völkerrechts formuliert.<sup>10</sup> Ebenso wird eine Lanze für die Pluralität der Zivilisationen und der politischen Kulturen gebrochen, womit allen Versuchen westlicher Regierungen, ihre Formen bürgerlicher Demokratie und neoliberalen Kapitalismus<sup>4</sup> mit allen Mitteln zu universalisieren, eine Absage erteilt wird. Ganz konkret wurde ein Antrag der USA selbst auf Beobachterstatus 2005 abgelehnt. Mehr noch, nachdem die USA zunächst aufgefordert worden waren, einen Zeitplan für den Rückzug ihrer Truppen aus Usbekistan und Kirgisistan vorzulegen, befahl die usbekische Regierung Washington wenig später die Flugwaffenbasis K-2 zu räumen.<sup>11</sup> Gründungszeitpunkt und Ausrichtung der SCO steht offenkundig im Zusammenhang mit den militärischen Interventionen der USA bzw. der NATO in Afghanistan und dem Irak und den Absichten der USA, sich nicht nur dort, sondern auch in den Nachbarländern Zentralasiens<sup>12</sup> auf lange Zeit militärisch einzunisten. Mag die weitere Entwicklung offen sein, die SCO ist von ihrer grundlegenden

9 Bei „ökologischen“ Problemen ist hier besonders an die Effekte des Klimawandels gedacht, der neben dem subsaharischen Afrika auch Indien durch Ausbleiben des Monsuns und die Abschmelzung der Himalaja-Gletscher, den wichtigsten Quellen der Hauptflüsse Nordindiens, in Mitleidenschaft ziehen wird. Slumbildung, mangelnde sanitäre Einrichtung, industrielle Verschmutzung der Gewässer, etc. sind weitere ungelöste zentrale Dimensionen der Umweltproblematik.

10 Vgl. Shanghai Cooperation Organisation, Charta January 2004; die Gemeinsame Presserklärung der Außenminister der SCO in Bishkek vom 9.Juli 2007; das Joint Communiqué of meeting of Council of Heads of Member States of August 16, 2007 in Bishkek, einschließlich der gleichzeitig verabschiedeten ‘Bishkek Declaration’; und das Joint communiqué of meeting of Heads of government of SCO Member States of November 2, 2007.

11 Vgl. Wikipedia (engl.edition) “Shanghai Cooperation Organisation” (eingesehen 10.1.2008)

12 Nach Z.Brzezinsky, Sicherheitsberater von Präsident Carter, entscheidet sich in Zentralasien die Zukunft der amerikanischen globalen Vorherrschaft. Vgl. Brzezinsky, Z., The Choice. Global Domination or Global Leadership, Basic Books, New York 2004.

Konzeption her als Gegenentwurf zur US-EU-NATO verfolgten internationalen Politik zu verstehen.

Während Weißrussland als „europäischer Staat“ prinzipiell von der Mitgliedschaft ausgeschlossen wurde, nehmen eine Reihe von Staaten der Region, darunter die Mongolei, Afghanistan, Iran, Pakistan und Indien Beobachterstatus ein, der in eine Vollmitgliedschaft münden kann. Anders als Pakistan hat New Delhi zwar daran bisher kein besonderes Interesse erkennen lassen, aber seine Beziehungen zu den Hauptakteuren Russland und China werden sich sicher verdichten.

Nach dem zweiten Weltkrieg war aus dem Kampf des Trikont gegen jede Form des Kolonialismus und der etatistischen Entwicklungspolitik historisch und konzeptuell eine Nähe zur seinerzeitigen Sowjetunion bzw. der sozialistischen Länder in außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen entstanden, weshalb sogar von einer „natural alliance“ gesprochen wurde. Dies galt für das Verhältnis Indien-Sowjetunion in besonderem Masse, wie es sich in dem 1971 abgeschlossenen Freundschaftspakt manifestierte. Eine Fortsetzung der engen Zusammenarbeit wurde mit Russland vertraglich vereinbart und bis heute ist Moskau Indiens wichtigster Rüstungslieferant geblieben. Das Verhältnis zu China ist dagegen komplex und konfliktgeladen. Neben verschärfter wirtschaftlicher und energiepolitischer Konkurrenz haben seit den 1960er Jahren Grenzstreitigkeiten und Gebietsansprüche das Verhältnis geprägt. 1962 führten sie zum Krieg und 1998 musste die chinesische Bedrohung als Begründung für die indischen Atomtests herhalten. Inzwischen sind beide Seiten um Beilegung bemüht. Dies gilt für die Grenz- (Aksai Chin bzw. Arunachal Pradesh) und Anerkennungsfragen (Sikkim bzw. Tibet). Gemeinsame Militärmanöver und Erschließung und Ausbeutung von Ölquellen in Drittländern sind als Gegengewichte solcher, immer wieder neu generierter Konfliktsituationen vereinbart worden. Zugleich ist nicht zu übersehen, dass die traditionelle Unterstützung Pakistans durch China in der Kaschmir-Frage und bei der Entwicklung seiner Atommacht sowie neuerdings die erfolgreichen Bemühungen Beijings nach direktem Zugang zum Indischen Ozean über Pakistan und Burma von New Delhi als Bedrohung seiner Einflussphäre, wenn nicht als Einkreisung empfunden wird. M.a.W., auch wenn sich mit dem Wandel in der geopolitischen Konstellation neue Bündnisse anbieten, sind die Verhältnisse zwischen den Hauptakteuren neben Interessenkonvergenzen durch Widersprüche und Konkurrenz gekennzeichnet; sichere Aussagen über Fronten, Allianzen und Positionierung einzelner Staaten sind daher in der gegenwärtigen Phase des systemischen Umbruchs unmöglich.

„Strategische Autonomie“ mit diesen Worten kennzeichnete Premier Man Monhan Singh bei seinem Besuch in Peking das Ziel indischer Außenpolitik.<sup>13</sup> Er versuchte damit seinen Gastgebern den Stellenwert der engen Beziehungen zu den USA zu verdeutlichen und zugleich deren Befürchtungen vor einer anti-chinesi-

13 International Herald Tribune 19.Januar 2008, ‚Wisdom from Asia’s giants‘.

schen Achse zu zerstreuen. Und Singh hatte noch eine zweite Botschaft: „Alte Antagonismen sind ein Hindernis auf dem Weg wirtschaftlicher Entwicklung.“ Dies gilt umso mehr, da innerstaatliche Konflikte bzw. international operierende terroristische Gruppen die politische Agenda heute mehr beherrschen als die Bedrohung durch zwischen-staatliche Kriege.<sup>14</sup>

Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: die Zeit ist reif, zwischen-staatliche Konflikte zu bereinigen zu suchen sowie Distanz vor zu engen Bündnissen zu wahren. Indiens Ziel ist eine multipolare Welt. Es braucht politisch und technologisch die USA, kann und will sich keine Gegnerschaft zu ihnen leisten. Gleichzeitig hat es einen Beobachterstatus bei der die zentralasiatischen Staaten, Russland und China vereinigenden Schanghai Organisation für Zusammenarbeit, strebt aber keine Vollmitgliedschaft an. Die Prinzipien dieser Politik manifestieren sich besonders im komplexen Verhältnis zur Volksrepublik China. Offenkundig sind beide Seiten bestrebt, zumindest zu einem *modus vivendi* zu gelangen und grundlegende politische Spannungen durch Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen, inkl. der Kooperation im wissenschaftlichen und energetischen Bereich kompensatorisch zu entschärfen.

Bleibt als *Résumé* festzuhalten, dass die entstehende multipolare Welt von Indien im Eigeninteresse auf dem Weg zur Weltmacht gewünscht wird, es zugleich als wichtige Großmacht in internationalen System einen von allen Seiten umworbenen *swing state* abgibt. Und in der Tat kann es in den sich abzeichnenden wachsenden Konfliktkonstellationen zwischen absteigenden und aufsteigenden Mächten entscheidend mitbestimmen; dies gilt vor allem für das Kräfteverhältnis in der zentralen Zukunftsregion Asien.

#### Ausgewählte Bibliographie:

- Amin, S., *India : A Great Power?*, pp 1-13, in: *Monthly Review*, Vol. 56, No.9, New York, February 2005
- Bieber, H.J., *Zur Frühgeschichte der indischen Nuklearpolitik*, pp 373-414, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 31, Heft 3, Juli-September 2005 „Südasiens in der Welt“.
- Brzezinski, Z., *The Choice. Global Domination or Global Leadership*, Basic Books, New York 2004.
- Centre Tricontinental (ed), *Coalitions d'États du Sud – Retour de l'esprit de Bandung?*, alternatives sud, vol. 14, No. 3, CETRI, Louvain-le-Neuve 2007
- Delamotte, G., Godement, F., *Géopolitique de l'Asie*, Éditions Sedes, Paris 2007
- Jaffrelot, Ch. (ed), *L'Inde Contemporaine*, nouvelle édition, Fayard, Paris 2007
- Gey, P. et al., *Indien, Herausforderungen auf dem Weg zur Weltmacht*, Kompass 2020, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn/Berlin September 2007
- Gnesotto, N., Grevi, G., *Le Monde en 2025*, Robert Laffont, Paris 2007
- Kulke, H., Rothermund, D., *Geschichte Indiens*, Beck, München 1998
- Le Monde diplomatique*, Réveil de l'Inde, Manière de voir, No.94, Août-Sept.2007

14 Deshalb bleibt die Gefahr klassischer Kriege gerade in einer unipolaren Welt, in der zudem die Armeen nicht länger die Verteidigung des nationalen Territoriums, sondern „vitale nationale Interessen“, einschließlich des Zugangs zu endlichen Ressourcen, weltweit durchzusetzen haben, alles andere als ausgeschlossen. Der Kosovo, Irak und Iran zeigen zudem die Wiederkehr des Krieges als Mittel der Politik; der in seiner Zerstörungsgewalt alle „terroristischen“ Angriffe und ebenso fast ausnahmslos auch innerstaatliche Konflikte weit übertrifft.

- Marxistische Blätter, Indien – neue Weltmacht? Heft 4/2006, Essen 2006
- Müller, H., Weltmacht Indien, Fischer Verlag, Frankfurt 2006
- Müller, H. , Rauch, C., Der Atomdeal, Hessische Friedens- und Konfliktforschung, HSKF-Report 6/2007, Frankfurt 2007 [www.hfsk.de].
- Neelsen, J.P., Malik, D., (eds), Crisis of Nation and State – South Asia between National Integration and Fragmentation, Manohar, New Delhi 2007
- National Intelligence Council, Mapping the Global Future, Report of the National Intelligence Council's 2020 Project, US Government NIC 2004-13, Washington DC 2004.
- RUPE (Research Unit for Political Economy), Why the US promotes India's Great Power Ambitions, Monthly Review, New York, vol. 57, No. 10, March 2006, pp 16-33.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (ed), Globale Trends 2007, Fischer, Frankfurt 2006
- Wagner, Ch., From Hard Power to Soft Power? Ideas, Interaction, Institutions, and Images in India's South Asia Policy, paper, 18th Conference on Modern South Asian Studies, Lund University 2004
- Wilson, D, Purushothaman, R., Dreaming with BRICs : The Path to 2050, Goldmann-Sachs, Global Economics Paper 99, Oktober 2003
- World Bank, World Development Report 2008, Washington 2007
- World Watch Institute (ed), Zur Lage der Welt 2006, China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006

## **Russland in der globalen Politik.**

### **Moskaus neues Selbstbewusstsein und die Beziehungen zu den USA**

#### **Geostrategische Veränderungen in der Welt**

Russland geht davon aus, dass sich in der Welt grundsätzliche geostrategische Veränderungen vollziehen. Das beschrieb der russische Außenminister Sergej Lawrow in einem Artikel in der Wochenzeitung „Moskauer Novosti“ (Nr. 7, 03.03.06), der leider, wie viele wichtige Nachrichten aus Russland, in den deutschen Medien keine Beachtung fand. Er schreibt: *“In den letzten Jahren haben sich die Ereignisse in Richtung einer demokratischen Multipolarität entwickelt. Die internationalen Beziehungen befinden sich in einem Übergangszustand, was irgendeinen Status quo, die fundamentalen Prinzipien des Völkerrechts ausgenommen, ausschließt. Es ist jedoch der Eindruck entstanden, dass einige unserer Partner ihre Dominanz sicherstellen wollen... Ein solches Herangehen ist ahistorisch, einfach utopisch... Es fußt auf dem Mythos von ‘Siegern und Besiegten’, der sich nach dem Ende des Kalten Krieges verbreitet hatte.... Es gibt nur eine Wahl: entweder die weitere Eskalation bis zum ‘Kampf der Kulturen’, oder einen Kompromiss anzustreben und zu erreichen. Das erfordert von allen internationalen Akteuren, sich von überlebten Voreingenommenheiten und vereinfachter, einseitiger Sicht auf die Welt loszusagen, die sich im Widerspruch mit der Realität des Multilateralismus als optimale Methode der Regelung der Weltangelegenheiten befinden. Wir können uns keinem Diktat oder Ultimaten anschließen, was uns alle nur in eine Sackgasse führt... Russland kann und wird nicht die Rolle eines ‘Frontstaats’ im kalten Krieg, nun zwischen den Zivilisationen, spielen... Es wäre naiv zu glauben, dass sich Russland mit der Rolle eines Geführten zufrieden geben wird.... Und dort, wo ein Defizit an weitsichtiger Führung offensichtlich ist, wird sich Russland nicht der Verantwortung entziehen.”*

Das sind deutliche Worte an den Westen, vor allem an die USA.

#### **Putin nimmt in München kein Blatt vor den Mund**

Ein Jahr später dann die Münchener Rede des russischen Präsidenten. Putin nahm kein Blatt vor den Mund. Das Konferenzformat gab ihm die Möglichkeit, ohne diplomatische Floskeln Klartext zu reden. Er unterzog das internationale Agieren der USA-Administration einer grundsätzlichen Kritik und entwickelte ein Konzept für die Gestaltung einer Weltordnung, die den realen Kräfte- und Interesse-

entwicklungen entspricht und eine von den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgehende, neue Sicherheitsarchitektur in der Welt beinhaltet. Geltendes Völkerrecht, Stärkung der UNO, Achtung der Souveränität der Staaten und der Integrität ihrer Grenzen, Gewaltfreiheit und Dialogpolitik, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Überwindung der Armut in der Welt und der Umweltbedrohungen, Pluralismus und Ausgleich der Interessen sollen Eckpfeiler der sich entwickelnden multilateralen Welt sein.

Die Rede zeugt von dem neuen Selbstbewußtsein Moskaus. Russland verfolgt konsequent die eigenen Interessen. Es will als gleichberechtigter Partner akzeptiert und behandelt werden. Die Rede belegt zugleich die in den letzten Jahren gewachsenen, prinzipiellen Gegensätze, und den festen Willen, sich auch von den USA nicht mehr alles gefallen zu lassen, ohne die Strategie der pragmatischen, konstruktiven Kompromissuche und Konfrontationslosigkeit aufzukündigen. Das war auch an dem moderaten Ton des Abschiedstreffens mit Bush in Sotschi ablesbar, obwohl Bush in der Sache zu keinem Entgegenkommen bereit war. Es war, wie russische Zeitungen treffend feststellten, eine Begegnung „herzlicher Uneinigkeit“.

### **Die prowestliche Euphorie ist verfliegen**

Um das heutige Bild der russisch-amerikanischen Beziehungen schärfer zu erfassen, lohnt ein Blick in die nahe Vergangenheit der Nachwendezeit. Wir wissen, dass unter Jelzin lange Zeit Illusionen hinsichtlich der Washingtoner Absichten herrschten. Zwar musste der „Proamerikaner“ Kosyrew schon 1996 den Außenministersessel für den beliebten Primakow freimachen, der auch sehr bald, eine neue, an den russischen Interessen orientierte Doktrin für die russische Außenpolitik vorlegte und entsprechend zu handeln begann. Im Unterschied dazu aber blieb die prowestliche Haltung im Kreml dominant. Man war weiterhin bemüht, die USA und die NATO zufrieden zu stellen. Man bekämpfte alles Sowjetische im eigenen Land und in der GUS in der Hoffnung, ein gleichwertiger Partner zu werden. Mit Hilfe US-amerikanischer Wahlmanager und einer beispiellosen Einmischung in den Wahlkampf (auch durch Bundeskanzler Kohl) wurde Jelzin bei den Präsidentenwahlen 1996 revitalisiert und wieder in den Präsidentensessel gehievt. Der Niedergang Russlands ging weiter. Nicht zuletzt dank der hartnäckigen Bemühungen der Clinton-Administration und des Kreml, Russland weiterhin westliche Muster aufzudrücken und in Abhängigkeit zu halten. Der Finanzkollaps 1998 machte dann entgültig klar, dass die am Westen orientierte Transformation à la Tschubais (Privatisierungsminister) und Gaidar (einige Zeit Premierminister und Advokat der „Schocktherapie“) gescheitert war. Washington erhöhte den Druck auf Jelzin und forderte die Ablösung von Primakow, der als Retter in der Not Premier geworden war (seiner Regierung gehörten neben seinem Stellvertreter Masljudow, Mitglied der KPRF-Führung, weitere Linkspolitiker an).

Als Putin dann nach amerikanischer Einschätzung nicht das tat, wofür er eigentlich bei der Ablösung des angeschlagenen Jelzin vorgesehen war, sondern eigene Wege ging, blies aus den USA kalter Wind. Bei ihrem ersten Zusammentreffen (in Ljubljana 2001) begegneten sich Georg W. Bush und Wladimir Putin, schwer beladen mit vielen offenen Fragen und Problemen.

Bush - erst knapp sechs Monate im Amt - hatte mit seiner Administration schon einige Pflöcke eingeschlagen, die die Richtung der zukünftigen Beziehungen der USA und damit des Westens zu Russland bestimmen sollten. In die Reihe dieser Vorankündigungen gehörte die Erklärung von Bush, aus dem „veralteten“ ABM-Vertrag vom Jahre 1972 auszusteigen. Bush unterstrich das Ziel seiner Administration, ein Antiraketenabwehrsystem aufzubauen. Bush kündigte das Einfrieren weiterer Kredite des IWF für Russland an. Anfang 2001 kam es zur Ausweisung russischer Diplomaten, die der Spionage beschuldigt wurden. Bush ging also auf Konfrontationskurs zu Russland. Die Provokation mit dem US-Aufklärungsflugzeug in chinesischen Hoheitsgewässern sollte eine Warnung sein, wollte man sich den hegemonialen Bestrebungen der USA-Regierung widersetzen.

Condoleezza Rice, zu der Zeit Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten erklärte „Russland zur Gefahr für den Westen im allgemeinen.“ Georg Tenet, damals CIA-Direktor, schloss sich dieser Erklärung vor dem US-Senat mit der Einschätzung an, dass „Putin beabsichtigt, bestimmte Aspekte des sowjetischen Status, Russland als Großmacht wiederherzustellen, zu verfolgen.“

### **Ein Neubeginn in den Beziehungen?**

Nach Ljubljana war Bush kaum wiederzuerkennen. Er erklärte, er habe Putin angeschaut und gesehen, dass dieser Mann es ehrlich meint. Der „Sinneswandel“ hatte natürlich tiefere Gründe. In Washington musste man sich eingestehen, dass das frontale Einmischungsvorgehen der demokratischen Clinton-Administration erfolglos war und antiamerikanische Stimmungen in Russland produzierte, die Transformation Russlands so nicht funktionierte. Schon im Juli 2000 hatte die Carnegie-Stiftung in einer Studie ein geändertes Vorgehen gefordert, das man gewissermaßen mit „Wandel durch Annäherung“ bezeichnen kann: Gewisse Anerkennung der Realitäten in Russland; es nicht abstoßen, sondern annehmen; Beziehungen allseitig entwickeln. So sollte es in veränderter Weise allmählich und nachhaltig in prowestliche Bahnen gelenkt, der Wille und die Fähigkeit zur Wahrnehmung eigener Interessen untergraben werden. Prof. Graham, einer der Autoren der Studie, erhielt einen hohen Posten im außenpolitischen Apparat.

Der Kreml ging darauf ein. Man war sich der eigenen Schwäche bewusst, sah aber Möglichkeiten für außenpolitisches Vorgehen über das Maß der eigenen Kraft hinaus. So hatte auch Primakow als Außenminister bereits agiert. Nach dem Gipfeltreffen in Ljubljana kam es im Verlaufe des Jahres noch zu Gipfelgesprächen

in Schanghai, in Genua und schließlich in den USA. Bei spare ribs traf man sich auf der präsidenteneigenen Farm in Texas und erklärte sich anschließend zu Freunden. Das war dann schon nach dem 11. September.

Putin war unter den ersten, die nach den Terroranschlägen handelten. Er erklärte seine Unterstützung und Solidarität mit den USA und bot umfassende, konkrete Hilfe an. Das überraschte nicht nur in den USA. Selbst in konservativen Kreisen anderswo wurde über eine neue Phase in den Beziehungen Russland – USA gesprochen. „Russland und die USA in den Flitterwochen“, titelten die Medien.

In den Gesprächen mit Bush wurde angesichts veränderter internationaler Bedrohungsszenarien über die Möglichkeit einer erweiterten Sicherheits-Zusammenarbeit gesprochen. Bereits vorbereitete Entscheidungen, wie die Schließung der elektronischen Aufklärungsstation in Lourdes (Kuba) und der Marinebasis in der Cam Ranh-Bucht in Vietnam, wurden als Entgegenkommen Russlands offeriert. Putin äußerte gegenüber dem Generalsekretär der NATO, Robertson, und Vertretern der EU die Bereitschaft, neu über das Verhältnis zur NATO nachzudenken.

Russland nutzte die Gunst der Stunde, da sich die USA angreifbar gezeigt hatten, um eigene Interessen und Akzeptanz durchzusetzen. Russland forderte für die verstärkte Einbeziehung zentralasiatischer Republiken in die Militäraktionen der USA in Afghanistan größere Zurückhaltung in Sachen Tschetschenien. Es verlangte die Anwendung nur eines Standards bei der Beurteilung terroristischer Aktionen und damit eine Gleichbehandlung seiner Aktionen im Kaukasus mit denen der USA in Afghanistan.

Bush versprach eine neue Kooperation mit Russland. Man wolle sich bald aus den Stützpunkten in Zentralasien wieder zurückziehen. Die Beseitigung der Jackson-Vanik-Klausel von 1974, der zufolge jedes Jahr die Meistbegünstigung neu beantragt und beschlossen werden muss, wurde in Aussicht gestellt.

## **Im Westen nichts Neues**

Nichts wurde eingehalten. Im Gegenteil. Das aggressive Agieren im post-sowjetischen Raum wurde verschärft. In Georgien half der US-Botschafter die „Revolution“ zu organisieren, in der Ukraine waren es hunderte Berater. Unter Nutzung der großen Unzufriedenheit mit dem Kutschma-Regime forcierte man die Ereignisse. Auch um Russland zuvorzukommen, das, die Schwäche von Kutschma nutzend, umfangreiche Verträge über die Wirtschaftszusammenarbeit, u.a. über eine gemeinsame Wirtschaftszone mit Kasachstan und Belarus abgeschlossen hatte. Die Realisierung dieser Verträge hatte maßgeblich zur Steigerung der Wachstumsraten in der Ukraine geführt. In Moldowa verhinderte der US-Botschafter am Vorabend der Unterzeichnung eine Kompromissvereinbarung zu Transnistrien durch Woronin und Putin.

Die USA sind bestrebt, die GUAM zu beleben, die vor Jahren bekanntlich als Gegengewicht gegen die GUS geschaffen worden war. Die USA forcierten ihr Vorgehen in Bezug auf die Energieressourcen in Zentralasien und in der Kaspiregion und verstärkten dessen militärische Absicherung (u.a. auch durch Militärstützpunkte in Bulgarien und Rumänien). Insgesamt unterhalten die NATO, darunter die USA, in diesem im wahrsten Sinne des Wortes energiegeladenen Raum Militär in einer Gesamtstärke von etwa 14 Divisionen.

Zunächst wurden diese Aktivitäten in der Regel noch mit friedfertiger Rhetorik bemäntelt. Dann wurde auch der Ton rauher. Symptomatisch war der Brief von 120 westlichen Politikwissenschaftlern und Politikern, in dem die europäischen Politiker aufgefordert wurden, einen harten Kurs gegen Russland und Putin zu fahren. Die Initiative ging von US-amerikanischer Seite aus. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands kulminierte in der Chodorkowski-Affaire. In Russland wurde bekannt, dass der Oligarch bereit war, als Frontmann für ein rechtes Projekt der „feindlichen“ Übernahme im Gewande einer „Demokratischen Verfassungs- und Regierungsveränderung“ zu fungieren. Der auch in Deutschland bekannte Politologe Pawlowski äußerte in einem Interview mit der renommierten „Nesawissimaja Gaseta“, dass Abgesandte von Chodorkowski in den USA Gespräche über die russischen Kernwaffen geführt hätten.

Die russische Haltung zur Irak-Aggression der USA und das Zusammenwirken mit Deutschland und Frankreich wurden in Washington argwöhnisch betrachtet. Auch im Vorgehen gegenüber dem Iran konnten die Unterschiede nicht überwunden werden.

### **Die aktuelle Liste der Divergenzen ist nicht kürzer geworden, eher länger**

Es ist vor allem Washington, das hartnäckig und provokant die NATO-Osterweiterung, vor allem hinsichtlich des besonders sensiblen Bereichs der Ukraine und des Kaukasus, betreibt. Alle noch so friedfertigen Beteuerungen, dass die geplante Stationierung der Raketenabwehranlage in Polen und Tschechien die Sicherheit Russlands nicht tangieren würde, glaubt in Russland natürlich niemand.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo hat für starke Verstimmung gesorgt. Russland wendet sich kategorisch gegen die damit erfolgte Verletzung des Völkerrechts, die Ausbremsung der UNO, die Aushebelung des Vetorechts und befürchtet die Fortsetzung dieser Anstrengungen zum Zwecke der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Eigenständigen.

Das Streben Russlands, die strategischen Abrüstungsverträge verbindlich zu verlängern, findet bisher in Washington kein Gehör. Ein kompliziertes Problem bleibt das Ungleichgewicht bei den konventionellen Waffen in Europa, das sich mit der NATO-Osterweiterung und den Stützpunkten der USA in Bulgarien, Rumänien und dem Kosovo weiter zu Ungunsten Russlands verändert hat.

Äußerst negativ wirkt sich aus, dass die Wirtschaftsbeziehungen unterentwickelt sind, was der restriktiven politischen Einflussnahme und dem hegemonialen Gehabe geschuldet ist. Man will vor allem in den Energiebereich, das Bank- und Versicherungswesen eindringen. Die Wirtschaftsbeziehungen können deshalb bei den Differenzen und Turbulenzen im politischen und Sicherheitsbereich nicht als Puffer und Ausgleich dienen, wie das in den Beziehungen mit der EU oder einzelnen EU-Ländern der Fall ist.

### **Russlands neues Selbstbewusstsein**

Russland wird nicht die Nerven verlieren und sich nicht provozieren lassen. Aber es wird auch mit dem wiedergewonnen Selbstbewusstsein gegenhalten, unter Beachtung der internationalen Abkommen und völkerrechtlichen Regelungen. Das findet die Unterstützung der großen Mehrheit im Land. Die Wahlen zur Duma und für den neuen Präsidenten waren auch ein Votum für den außenpolitischen Kurs. Russland hat unter Putin wieder Weltgeltung erlangt, was viele in Russland als gewisse Wiedergutmachung für die Schmach des Untergangs der Sowjetunion empfinden.

Das geht einher mit der inneren, wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung des Landes. Der Reichtum des Landes verschwindet nunmehr nicht nur in den Taschen der Oligarchen und Privilegierten, sondern kommt in wachsendem Maße auch einem Großteil der Bevölkerung und dem Staat zu Gute. Das findet die entsprechende positive Resonanz. Aktuelle Umfragen, so des prominenten Lewada-Instituts belegen das, über 70% der Befragten sind mit dem Vorgehen Putins einverstanden.

Das Realeinkommen ist seit 2000 jährlich um 8-10 Prozent gewachsen. Der durchschnittliche Monatslohn betrug 2007 umgerechnet 589 US-Dollar, 1999 waren es 62. Der illegale Abfluss russischen Kapitals, der für die Jelzin-Zeit typisch war, konnte spürbar abgebremst werden, eine rückläufige Bewegung setzte seit einigen Jahren ein, 2006 waren es gar 41,7 Mrd. US-Dollar. Der Staat verfügt nun über 500 Mrd. US-Dollar Valutareerven. Jedes Jahr seit 2000 wurden signifikante Haushalts- und Außenhandelsüberschüsse erwirtschaftet.

Seit 2000 wuchs das Bruttosozialprodukt jährlich um 6-8 Prozent; 2007 wurde fast der Stand des letzten Jahres der Sowjetunion wieder erreicht. Die Arbeitslosenquote sank von 12,4 Prozent 1999 auf 5,9 Prozent 2007 (ILO-Daten). Wohltuend wird im Land empfunden, dass die Gefahr der Erosion der Föderation gebannt und eine Stärkung der Zentralgewalt durchgesetzt wurde.

Es kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der neue Präsident den Kurs seines Vorgängers fortsetzt und auch gegenüber den USA eine pragmatische Dialogpolitik und Kompromissuche betreiben wird. Für die Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen im Inneren braucht das Land Ruhe und friedliche Bedingungen.

Ein Problem von existenzieller Bedeutung ist die durchgängige Modernisierung der Industrieanlagen, deren Maschinen zu über 80% in der Zeit der Sowjetunion eingerichtet wurden und von denen die meisten verschlissen sind. Russland wird nicht bestehen können und das ehrgeizige Ziel, bis 2020 das Land unter die fünf stärksten Wirtschaften der Welt zu bringen, nicht verwirklichen können, wenn die Produktions- und Handelsstruktur nicht grundsätzlich zugunsten des verarbeitenden Gewerbes und der wissenschaftsintensiven Bereiche verändert wird.

Trotz der gewaltigen Naturreichtümer und Energieressourcen stellt sich allmählich ein Energiemangel ein, der in wachsendem Maße auch durch die sich entwickelnde Produktion und den boomenden Gebrauch hochwertiger Konsumgüter im eigenen Land verursacht wird. Die dramatische demografische Situation wird als ein großes Sicherheitsrisiko angesehen; auf diesem Gebiet sollen Veränderungen erreicht werden.

Gewaltige Aufgaben stehen im Gesundheits- und Bildungswesen, bei der Gewährleistung innerer und sozialer Sicherheit, der Sanierung der maroden Wohnungswirtschaft sowie in der Landwirtschaft an. Aktuelle Umfragen, die im Zusammenhang mit den Duma- und Präsidentenwahlen gemacht wurden, belegen, dass große Teile der Bevölkerung mit der Lage auf diesen Gebieten unzufrieden sind. Es wird erwartet, dass der neue Präsident und Putin in seinen neuen Funktionen sich diesen Herausforderungen energisch stellen.

Das gewachsene Selbstbewusstsein Moskaus hängt auch mit der Einschätzung zusammen, dass die Bäume der USA nicht in den Himmel wachsen. Mit dem Thema befasst man sich in Wissenschaft und Politik intensiv und analysiert mögliche Konsequenzen aus dem Präsidentenwechsel im Weißen Haus. Man neigt zu der Meinung, dass keinem der Kandidaten grundsätzliche Veränderungen hin zu tatsächlichem Ausgleich und Beziehungen auf gleicher Augenhöhe gestattet werden.

Selbstverständlich geht man davon aus, dass die USA mit etwa 13 Bill. US-Dollar Bruttosozialprodukt eine gewaltige Wirtschaftskraft haben. Aber Präsident Putin hielt es für angebracht, in seiner Rede in München darauf hinzuweisen, dass „das summierte Bruttosozialprodukt Indiens und Chinas hinsichtlich der paritätischen Kaufkraft schon größer als das der USA ist. Nach Auffassung der Experten wird diese Entwicklung weiter anhalten“. Die Auslandsschulden der USA sind etwa so hoch wie Chinas Valutareerven (also etwa 1,5 Bill. US-Dollar, Tendenz in beiden Fällen steigend). Prof. Gelbras vom IMEMO, Wirtschafts- und China-Experte, betonte bereits im Dezember 2003 auf einer RLS-Konferenz in Irkutsk ein, dass China – wenn es denn politisch und wirtschaftlich wolle – den Dollar in arge Probleme bringen könne. Das gleiche gelte für eine Umstellung der Weltenergiegeschäfte auf andere Währungen als den Dollar, was bereits hochrangig erwogen worden sei.

Die USA haben ein Militärpotential zur Verfügung, wie nie zuvor. Jährlich wird dafür fast soviel ausgegeben, wie Russland 2004 Bruttosozialprodukt (581 Mrd. US-Dollar) hatte. Und dennoch: Prof. Rogow, Direktor des USA-Instituts schätzte

in einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung schon Anfang 2004 ein, dass die USA trotz dieser militärischen Kraft nicht mehr in der Lage sind, den Irak zu befrieden, oder gar zwei ähnliche Kriege gleichzeitig zu führen. Man müsse dabei in Washington auch die internationale Reaktion auf das Vorgehen der USA berücksichtigen, mit dem sie den Zustimmungsbonus nach dem 11. September verspielt hätten. In Moskau wird eingeschätzt, dass die Strategie des Einkreisens des Ostens sehr kostspielig, aber wenig effektiv und auch labil ist.

Usbekistan schloss inzwischen den USA-Stützpunkt. Selbst Kirgistan konnte es sich leisten, den USA die Aufkündigung anzusagen, falls nicht eine drastisch erhöhte Pacht bezahlt würde. Der stellvertretende Außenminister von Tadschikistan hatte in einem Gespräch im Dezember 2002 darauf hingewiesen, dass die anfängliche Euphorie über die US-amerikanische Truppenpräsenz in Ablehnung durch eine große Mehrheit im Land umgeschlagen war. Auch in Aserbaidschan und Georgien seien wachsende Mehrheiten gegen die USA-Präsenz festzustellen.

Im September 2005 schrieb Zbigniew Brzezinski in der Los Angeles Times: „Die Politik von Bush ist selbstmörderisch und bringt die USA zum Niedergang. Das Land ist aber so stark, dass Bush seine Politik der historischen Blindheit noch eine Weile fortsetzen kann. Im Ergebnis werden die USA mehr und mehr von einer feindseligen Welt umgeben sein. Das Land wird die Fähigkeit zu globalem Einfluss verlieren. Die Gewinner dieser Entwicklung werden China und Russland sein und sich über die Inkompetenz der USA lustig machen“.

Dem wachsenden Selbstbewusstsein Russlands ist auch die engere Kooperation zwischen Russland, China und Indien dienlich. Sie hat eine neue Kraft in die Weltentwicklung gebracht, die den unilateralen Führungsanspruch der USA ad absurdum führt. Die Asien-Dimension der russischen Außenpolitik hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Neu ist auch die Institutionalisierung der Zusammenarbeit der sogenannten BRIC-Staaten, die unlängst auf einem Treffen der Außenminister der vier Länder in Jekaterinenburg vereinbart wurde.

## **Über regionale Konflikte in Europa, einschließlich der Lage um Kosovo, und mögliche Wege zu ihrer Regelung**

Bei der Zusammenfassung der außenpolitischen Ergebnisse des Jahres 2007 wurde folgender Satz geprägt: „In unserer Außenpolitik gibt es keine Ideologie.“ Vielleicht lag dieser Erklärung des russischen Außenministers ein ganz konkreter Sinn zu Grunde. Welcher Sinn, ist leicht zu erraten. Jedoch erwies sich diese Charakterisierung unserer Außenpolitik nolens volens als durchaus adäquat. Wenn es keine Ideologie gibt, hat die praktische Politik keine Substanz, wird das Reagieren auf jene Gegebenheiten reduziert, die von anderen generiert werden, auf einen engen Pragmatismus oder – einfacher formuliert – auf den Tanz nach fremder Musik. Nach diesem Tanz dreht sich Russland bereits seit anderthalb Jahrzehnten – zunächst mit Begeisterung, heute mit Brummen und Unzufriedenheit. Aber es dreht sich weiter. Die Kosovo-Krise ist ein weiteres Beispiel dafür.

Dass nach der Verabschiedung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates Nr. 1244 und den Verhandlungen von Rambouillet der Westen die Entwicklungen in Richtung Loslösung des Kosovo von Serbien treiben wird, war von Anfang an klar. Mit bloßem Auge war zu sehen, dass es um ein Komplott der kosovarisch-albanischen Separatisten und ihrer NATO-Gönner geht, das von Anbeginn das Ziel verfolgt hat, die Normen und Prinzipien des Völkerrechtes zu verletzen, um die politische Aufgabe zu lösen, Serbien zu schwächen und zu teilen und seine Führung abzulösen. Es ist kein Zufall, dass der russische Präsident unsere Friedenstruppen aus dem Kosovo rechtzeitig abziehen ließ. Sonst hätten sie mit ihrer Präsenz die heutige Gesetzlosigkeit bemänteln müssen. Es ist ebenfalls kein Zufall, dass die russische Seite lange vor dem Beginn der Kosovo-Entwicklungen darüber zu sprechen begann, dass wir im Gegenzug die Unabhängigkeit Abchasiens, Südossetiens und Transnistriens anerkennen könnten. Im Großen und Ganzen hatten wir Zeit, diese „Hausaufgabe“ zu lösen.

Aber was sehen wir heute, nachdem die Stunde der Wahrheit geschlagen hat? Auf den neuen Antrag der Parlamente Abchasiens, Südossetiens und Transnistriens zur Anerkennung schweigt unsere oberste Führung, und die Duma bringt es fertig, Erklärungen abzugeben, in denen die territoriale Integrität Georgiens und Moldawiens bestätigt, ihr souveränes Recht auf den NATO-Beitritt anerkannt wird, auf die Anträge Suchumis, Zchinwalis und Tiraspolis keine Antwort gegeben und dem Präsidenten nur empfohlen wird, im Falle der georgischen NATO-Mitgliedschaft die Zweckmäßigkeit der Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens zu prüfen. Nicht etwa die Möglichkeit, sondern die Zweckmäßigkeit. Es sei angeblich nicht klar, ob das zu tun oder nicht zu tun wäre. „Sie, Herr Präsident, haben selbst zu entscheiden, Sie können diese Sünde überneh-

men!“ Eine unschöne und feige Position. Alle sehen das und alle verstehen das. Was hat man im Endeffekt? Zunächst wurde gesagt, wenn Kosovo losgelöst wird, werden wir mit der Anerkennung der abtrünnigen Republiken antworten. Kosovo wurde losgelöst. Dann begannen wir darüber zu sprechen, dass Georgien im Falle des NATO-Beitritts der NATO ohne Abchasien und Südossetien beitreten wird. Und was sagen wir nach dem Beitritt? Wird wieder ein Verfahren gefunden, die Frage „in der Schwebel“ zu lassen? Und dabei werden wir es übelnehmen, dass wir nach wie vor nicht ernsthaft wahrgenommen werden und man uns nicht für eine Großmacht hält. Eigentlich ist hier nichts übelzunehmen. Wir diskreditieren uns selbst, zeigen Schwäche und Unzuverlässigkeit als Partner im internationalen Geschehen.

Natürlich üben die Amerikaner Druck auf uns aus, sie bedrohen uns mit vielfältigen schrecklichen Folgen, allerdings ohne zu präzisieren, mit welchen. Und was wäre die Alternative? Natürlich müssen sie heute versuchen, uns einzuschüchtern. Vielleicht werden die Russen Angst bekommen. Wenn sie dann doch nicht nachgeben, kann man versuchen, sie mit dem Vorschlag zu betrügen, dass die NATO-Aufnahme der Ukraine und Georgiens vorläufig etwas aufgeschoben wird. In der Praxis am ehesten bis zum nächsten NATO-Gipfel, auf dem es dann beschlossen wird. Nur wird zu dieser Zeit die Kosovo-Krise vergessen sein, die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens ist nicht gekommen und auf diese Frage dann zurückzugreifen, wird unvergleichlich schwieriger sein als heute. Dann werden wir an der Herbeiführung einer neuen internationalen Krise schuld sein, und man wird nicht lange zögern, uns dessen zu beschuldigen. Und dann ist nicht mehr zu erwarten, eine Verständigung, etwa im UNO-Sicherheitsrat, zu erzielen.

Natürlich liegt in der sofortigen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens ein gewisses Risiko. Es ist aber nicht groß. Eine Außenpolitik ohne Risiken gibt es nicht. Man muss sie nur ganz genau kalkulieren. Sonst muss man sich mit Außenpolitik gar nicht befassen und nur mit dem Strom schwimmen. Das wäre ruhiger und sicherer.

Die USA und ihre Verbündeten haben es noch nicht richtig geschafft, den Kosovo zu schlucken, und schon nehmen sie Georgien und die Ukraine ins Visier. Das beste Verfahren, das Interesse der USA und der NATO für Georgien herabzusetzen ist es, ihm die Möglichkeit zu entziehen, an die abchasische Küste zurückzukehren und in den Norden Kaukasus vorzudringen. Was die Ukraine betrifft, ist hier die Bedrohung unserer Interessen größer und sie nimmt buchstäblich vor unseren Augen zu. Es wird die Revidierung des heutigen Status der Ukraine als blockfreier Staat vorbereitet. Eine sorgfältig durchdachte mehrstufige Operation, die mit der Machtergreifung der prowestlichen Kräfte in Kiew angefangen hat, wird durchgeführt: die russische Sprache wird verdrängt, die Bevölkerung im Osten der Ukraine und der Krim wird zwangsweise ukrainisiert und der Schwarzmeerflotte wird der Zugang verwehrt, während den ausländischen Streitkräften

Zutritt gewährt wird. Diese Operation soll mit der Aufnahme der Ukraine in die NATO und die EU sowie mit der Stationierung ihrer Streitkräfte in der unmittelbaren Nähe unserer Grenzen – auf der ganzen Strecke von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer – abgeschlossen werden.

Leider ist trotz der Dringlichkeit und des Ausmaßes der Bedrohung bis jetzt keine durchdachte Linie zu sehen, wie unsere strategischen Interessen wahrgenommen werden. Es werden Erklärungen abgegeben, dass die NATO-Mitgliedschaft das souveräne Recht der Ukraine ist, nur wäre es gut, wenn die Allianz ihre Infrastrukturen nicht bis an unsere Grenzen herangerückt hätte. Offenkundig haben uns die Erfahrungen mit Rumänien und Bulgarien nichts gelehrt. Jedenfalls wurde in den letzten Monaten auch gesagt, dass falls der NATO-Beitritt der Ukraine im Ergebnis eines Referendums beschlossen wird, wir dem zustimmen müssen.

Haben uns etwa die „orangerfarbenen“ Revolutionen nicht gelehrt, wie solche Willensbekundungen organisiert werden? Bereitet uns die Tatsache, dass Frau Timoschenko dem Westen versichert, die Ukraine werde der NATO unbedingt beitreten, keine Besorgnis? Man muss Kiew nur Zeit lassen, die Bevölkerung der Republik zu indoktrinieren. Bereitet es uns keine Sorge, dass noch vor einem Jahr 17 Prozent der ukrainischen Bevölkerung für den NATO-Beitritt waren und heute sind es bereits 30 Prozent?

Es liegt auf der Hand, dass mit Gesprächen und Drohungen die Position Kiews und Washingtons nicht zu ändern ist. Sie ändert sich nur dann, wenn für die andere Seite offensichtlich wird, dass die Ukraine im Rahmen des heutigen Gebiets der NATO nicht beitreten wird. Es ist an der Zeit, das deutlich zu sagen. Und nicht nur zu sagen, sondern auch zu handeln beginnen. Es geht hier um ein sehr ernsthaftes Herangehen; allein mit dem Appellieren an das Völkerrecht und den guten Willen der Partner ist kaum etwas zu lösen. Den „guten Willen“ gibt es nicht. Es gibt den bösen Willen, den Kult von Bandera und Schuchewitsch, der offen verbreitet wird, den zunehmenden frechen Russenhass. Schließlich kann Russland auf die Verantwortung für 25 Mio. Russen, die nicht aus eigenem Willen außerhalb Russlands in Belowezhskaza Pushcha geblieben sind, nicht verzichten.

Einige Worte zu ABM. Diese Frage hängt direkt mit dem Heranrücken der USA und der NATO an unsere Grenzen zusammen. Es ist klar, dass das USA-Vorhaben heute darauf hinausläuft, unsere Zustimmung zu dem Bau der Objekte und der nachfolgenden ABM-Systeme in Europa durchzusetzen. Um dieser Ziele willen sind die Amerikaner bereit, uns vieles zu versprechen. Zum Beispiel unsere Kontrolleure zu empfangen, ihre Peilstation auf uns nicht auszurichten, Startanlagen zu bauen, aber die Raketen dort nicht zu stationieren, solange die Raketenbedrohung Irans nicht nachgewiesen wird. Die gleiche Taktik haben sie Anfang der 1990er Jahre angewendet, als sie die deutsche Einheit und die Aufnahme in die NATO durchzusetzen suchten und schwuren, dass die Allianz nachher um keinen Zoll nach Osten voranrücken wird.

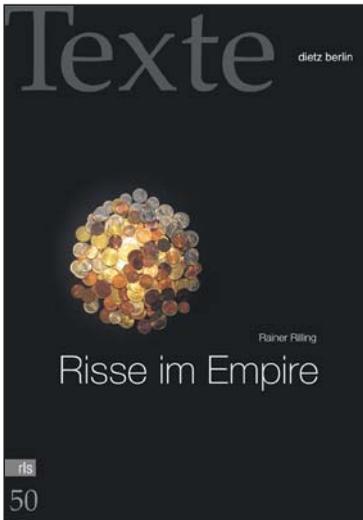
Bei der erneuten Verkündung derartiger Versprechungen verlieren sie in der Tat nichts. Im Laufe von fünf Jahren werden sie nichts haben, was auf uns zu richten wäre und wo die Raketen zu stationieren wären. Noch ist es für sie wichtig, entsprechende Infrastrukturen in aller Ruhe aufzubauen und uns zu überreden, sie dabei nicht zu stören. Wenn aber alles fertig stehen wird, dann werden „unwiderlegbare“ Beweise für die iranische Raketendrohung auftauchen. Faktenmanipulierung und offene Lüge sind schon längst zum Markenzeichen der amerikanischen Außenpolitik geworden. Der Golf von Tonkin, Irak, die gefälschten Beschuldigungen gegen Serbien und die systematischen Verleumdungen gegen Russland bieten keinen Anlass daran zu zweifeln, dass für die großdimensionale Inbetriebnahme der ABM-Elemente in Tschechien und Polen dieses Spektakel gespielt werden kann.

Da die USA nicht vorhaben, auf den Aufbau der dritten ABM-Positionslinie in Europa zu verzichten, sind alle ihre sogenannten wichtigen, nützlichen Vorschläge, mit denen Rice und Gates handeln, nichts anderes als ein Verfahren, die giftige Pille zu versüßen, die sie uns zum Schlucken anbieten. Aus einigen Äußerungen kann man schließen, dass die russische Seite schrittweise darin einwilligt, sich mit dem Unvermeidlichen abfindet und nur darüber verhandelt, mit wieviel Zucker die Amerikaner dieses Gift versüßen werden.

Es ist klar, dass das Ergebnis solcher Verhandlungen von vornherein feststeht. Sie können nicht mit einem Erfolg für uns abgeschlossen werden, wenn Russland nicht die Bereitschaft demonstriert, mit harten Gegenmaßnahmen zu antworten. Darunter mit solchen, die die Sicherheit des USA-Gebiets selbst betreffen und Washington zeigen, dass die Kosten der Umsetzung seiner Pläne um ein Vielfaches höher sind als die Vorteile, auf die sie rechnen. Unsere historischen Erfahrungen zeugen davon, dass unsere amerikanischen Partner eben diese Sprache am besten verstehen. Nur sie wäre in der Lage, unsere Beziehungen zu den USA auf die Grundlage einer gleichberechtigten und ehrlichen Partnerschaft zu stellen.

Die internationale Situation für Russland wird schwieriger. Unsere sogenannten Freunde werden unruhig, wenn sie sehen, dass Russland sich erheben will, und sie verhehlen ihre Absicht nicht, uns so weit wie möglich daran zu hindern. In dieser Situation nehmen die Rolle der Diplomatie und aller Instrumente unseres Nachrichtendienstes zu. Man darf sich bei der Bewertung der Risiken und Absichten der Konkurrenz und der Gegner nicht verrechnen.

(Juli 2008, Übersetzung aus dem Russischen: Jelena Mokruschina)



Rainer Rilling  
**Risse im Empire**

184 Seiten, Broschur  
Karl Dietz Verlag Berlin 2008  
14,90 Euro, ISBN 978-3-320-02159-7

»Ich bitte Sie, die Vereinigten Staaten sind doch kein Imperium«, hatte 2003 der deutsche Außenminister Joschka Fischer erklärt. Die Politik der Ära Bush freilich legt genau das Gegenteil nahe und hat dazu geführt, dass die Rede von der »imperialen Politik« in die Alltagssprache zurückgekehrt ist. Welche Politik after Bush wird kommen? Wird es einen Wandel geben und wird er wirklich einen Unterschied machen? Was wird aus dem American Empire? Imperien und »Reiche« haben beim Verständnis von Weltordnung Jahrhunderte lang eine Schlüsselrolle gespielt. Sie waren fundamentale Ordnungen in der Weltgeschichte, sind aufgestiegen und niedergegangen – doch sie sind auch alt geworden, oftmals über Jahrhunderte. Diese Lebenszeit haben viele Nationalstaaten Europas noch nicht erreicht. Nicht nur Staat und Politik verändern sich ständig, auch Imperien stehen im Wandel. Ihre Zeit ist nicht vorbei.

**Bestellungen über:**

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin  
E-Mail: [info@dietzberlin.de](mailto:info@dietzberlin.de)
- Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Tel.: 030 44310-123  
Fax: 030 44310-122  
E-Mail: [info@rosalux.de](mailto:info@rosalux.de)

## Die unbemerkte Revolution. Japan als „normaler Staat“

Es ist zu begrüßen, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung künftig verstärkt dem Faktor Japan in der Weltpolitik nachspüren will.

Mit ihrer bisherigen Geringschätzung des fernöstlichen Inselreichs war die Stiftung freilich nicht allein. Internationale Schlagzeilen machte Nippon letztmalig vor rund zwei Jahrzehnten, als seine superreichen Söhne in den USA Immobilien, Kunst und Krempel en masse aufkauften, und Hollywood dieses nationale Trauma in Filmen wie *Black Rain* oder *Rising Sun* zu verarbeiten suchte.

Danach wurde es still um die wirtschaftliche Supermacht. In den Medien kam sie nur noch als exotische Kulisse vor. Nachdem führende westeuropäische Zeitungen ihre Zelte in Tokio abgebrochen hatten, um sie in vermeintlich schlagzeilenträchtigeren Gegenden wie China und Vietnam wieder aufzuschlagen, konnte von einer systematischen Berichterstattung nicht mehr die Rede sein.

Verschlafen wurde so der Niedergang der japanischen Nachkriegsordnung, das Ende der *Japan Corporation*, aber auch und vor allem die Machtübernahme durch eine politische Elite, die bar jeder Kriegserfahrung wild entschlossen war, Japan auf einen *futsu-no kokka*, einen „normalen Staat“ zurückzustutzen, der seine nationale Sicherheit nicht länger komplex zu definieren versucht, sondern zur Durchsetzung partikularer nationaler Interessen vorrangig auf militärische Stärke setzt.

Die Rückkehr zu einem „normalen Staat“ hatten japanische Nationalisten seit Jahrzehnten gefordert. Nach der konservativen Wende Anfang der 70er Jahre übernahmen sie insbesondere an Japans Universitäten die Meinungsführerschaft: Die These vom *nihonjinron*, vom „unikalen Wesen des Japaners“ machte die Runde, grub sich tief ins japanische Massenbewusstsein ein. Waren es bis Ende der 1970er Jahre vor allem biologisch-anthropologische Argumente, die gleichermaßen Japanern und Nicht-Japanern um die Ohren geschlagen wurden, etwa durch Tsunoda Tada-nobu, der in seinem 1978er Bestseller *Nihonjin-no no* („Das Gehirn der Japaner“) seinen Landsleuten bescheinigte, besser als alle anderen auf die intellektuellen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein, speisten Japans Nationalisten, beeindruckt vom vermeintlichen wirtschaftlichen Erfolg ihres Landes, in den achtziger Jahren zunehmend geopolitische Überlegungen in die nationale und internationale Debatte ein. Schwadroniert wurde über *kokusaika* – „Internationalisierung“ – gemeint war die Begründung einer antiamerikanisch gedachten *Pax japonica*. *No to ieru nihon* („Das Japan, das Nein sagen kann“), so der Titel einer 1989 von Sony-Chef Morita Akio gemeinsam mit dem populären rechtskonservativen Schriftsteller (und heutigen Gouverneur von Tokio) Ishihara Shin-taro herausgegebenen Kampfschrift, in der Japan aufgefordert wurde, sich endlich und nachhaltig aus der wirtschafts- und militärpolitischen Umklammerung durch die USA zu befreien.

Nach dem Ende des so genannten Ost-West-Konflikts zogen die Amerikaner erstmals ernsthaft in Erwägung, ihre Truppenpräsenz in Japan neu zu strukturieren. Für Japans Nationalisten eine gute Gelegenheit, laut über mehr militärische Eigenverantwortung nachzudenken. Darüber hinaus erlebte das Land seit dem jähen Ende der *bubble economy* in den 1990er Jahren einen beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang, der die Bevölkerung zunehmend verunsicherte und damit empfänglicher machte für Überlegungen, Nippons Interessen in der Welt notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Zwei Faktoren erleichterten Japans Nationalisten das politische Geschäft: die unverschämten Versuche der Amerikaner, im Rahmen gemeinsamer militärtechnologischer Forschungsprojekte das zivile Hightech-Potenzial der Japaner auszuspiionieren, sowie das skandalöse Verhalten amerikanischer Militärangehöriger gegenüber der japanischen Bevölkerung, insbesondere auf Okinawa.

1997 formulierten die USA und Japan unter Berufung auf den bilateralen Sicherheitsvertrag von 1951/60 sogenannte Leitlinien für die Zusammenarbeit auf verteidigungspolitischem Gebiet. Im Kern ging es dabei um die Umwandlung der so genannten Selbstverteidigungsstreitkräfte (*jieitai*) in Offensivstreitkräfte. Ein wirkliches Novum: Die bis dato gültigen Leitlinien aus den siebziger Jahren orientierten auf die Schaffung rein defensiver Streitkräfte, deren Aufgabe darin bestehen sollte, eine »begrenzte Aggression« abzuwehren bzw. offensive Operationen der in Japan stationierten US-Streitkräfte logistisch zu unterstützen. Die nun verabschiedeten Leitlinien zielten hingegen auf eine qualitativ verbesserte Schlagkraft der *jieitai*: Ausgestattet mit modernsten Waffensystemen sollte das japanische Militär in die Lage versetzt werden, nicht nur auf jegliche Invasion zu Land, zur See und aus der Luft zu reagieren, sondern auch Präventivschläge gegen andere Länder zu führen, falls sich Tokio durch diese bedroht fühle.

Beschleunigt wurde die Militarisierung der japanischen Sicherheitspolitik durch eine neue Politikergeneration, die als Nachkriegsgeborene kindlich unbekümmert mit militärischen Optionen zu spielen begannen. Japanisches Kriegsgeschütz lediglich gegen Godzilla im Einsatz zu sehen, reichte ihr nicht mehr aus. Mit Feuereifer begann sie, die *jieitai* zu verschlanken und mit offensiven Waffensystemen auszustatten.

Japans Selbstverteidigungsheer (*rikujojieitai*) wartet heute nicht länger auf den „Feind aus dem Norden“, sondern bereitet sich in Form einer 7000 Mann starken Schnellen Eingreiftruppe auf weltweite „Einsätze in Krisengebieten“ vor. Japans Selbstverteidigungsflotte (*kaijojieitai*) wird demnächst über vier Panzerlandungsschiffe (LST) der *Osumi*-Klasse verfügen, mit Landedecks für vier Hubschrauber und Laderaum für 20 Panzer, die von jeweils zwei im Heckbereich stationierten Luftkissenfahrzeugen an fast allen Küsten der Welt angelandet werden können. Darüberhinaus kann sie sich auf vier neue Hubschrauber tragende Zerstörer (*DDH*) freuen, die mit einer Verdrängung von 13.500 Tonnen, einem durchgängig flachen Oberdeck sowie unter Deck liegenden Hangars Japan nach mehr als einem

halben Jahrhundert wieder zu einer Flugzeugträger-Nation werden lassen. Japans Selbstverteidigungsluftwaffe (*kokujieitai*) wiederum bereitet sich mit hochmodernen P-X-Frühwarn-, CX-Transport- und acht Boeing-767-Tankflugzeugen vor, weit über den nationalen Horizont zu schauen, während Aufklärungssatelliten potentiellen Feinden gar aus dem erdnahen Raum auf den Pelz rücken.

Insbesondere unter Ministerpräsident Abe Shinzo sollte Japan auf seinem Wege zurück zu einem „normalen Staat“ ein gutes Stück vorankommen: Nicht nur, dass im Dezember 2006 Japans Schulen per Gesetz verpflichtet wurden, zu bestimmten Anlässen unter wehender Staatsflagge die Nationalhymne absingen zu lassen. Ein halbes Jahr später ließ Abe das japanische Oberhaus ein sogenanntes Gesetz über Volksentscheide abnicken, das endgültig den Weg für eine Revision der japanischen Friedensverfassung von 1947 frei machte.

Vor allem jedoch schaltete Abe bei der „Präsidialisierung“ der Kernexekutive in einen höheren Gang, baute an einem so genannten Nationalen Sicherheitsrat (*anzen hosho kaigi*) beim Amt des Ministerpräsidenten (*kantei*) als erstem Schritt hin zu stärker zentralisierter sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung.

Bereits im Dezember 2006 hatten Abe & Co. die offizielle Aufwertung der 1954 eingerichteten Verteidigungsbehörde (*boeicho*) zum Verteidigungsministerium (*boeisho*) durchgedrückt und damit deutlich gemacht, den Kernauftrag der *jieitai* von der Verteidigung des eigenen Staatsterritoriums auf weltweite friedenserhaltende Missionen sowie erweiterte logistische Hilfsdienste in regionalen Konfliktzonen ausdehnen zu wollen.

Die damit verbundene Erweiterung ministerialen Mitspracherechts in konzeptionellen und Budget-Fragen ging Hand in Hand mit dem Abbau ziviler Kontrollmechanismen, wie er sich insbesondere in Plänen widerspiegelte, die acht dem Verteidigungsminister zugeordneten zivilen Verteidigungsräte mittelfristig durch uniformierte *jieitai*-Offiziere zu ersetzen.

Letztlich bildete all dies das administrative Rückgrat für die von Abe proklamierte „kämpfende Diplomatie“ (*tatakau gaiko*), mit deren Hilfe er die von seinem Vorgänger Koizumi Junichiro eingeleitete Politik der Abkehr vom Nachkriegskurs Japans (*senjo dakkyaku*) fortzusetzen gedachte. Ein Ansatz, dem sich auch Japans gegenwärtiger Ministerpräsident Fukuda Yasuo verpflichtet fühlt.

Im Kern geht es dabei um den systematischen Ausbau der weltweiten Einsatzfähigkeit der *Jieitai*. Zur See geschieht dies bereits seit Jahren: Seit November 2001 halten sich mit kurzer Unterbrechung Schiffe der *kaijojieitai* im Indischen Ozean auf, unterstützen als Treibstofflieferanten, Schiffskontrolleure und Flugabwehrdienstleister britische und US-Operationen in Afghanistan, sammeln auf diesem Wege praktische Erfahrungen hinsichtlich multinationaler Kampfeinsätze.

Mit seiner Teilnahme am US-geführten „Antiterror-Krieg“ in Afghanistan hat Tokio seinen maritimen „Selbstverteidigungsraum“ klammheimlich auf 3000 Seemeilen erweitert. Sollte sich das Land an künftigen US-Militäroperationen gegen weitere „Schurkenstaaten“ wie den Iran beteiligen (was nicht länger ausgeschlos-

sen werden kann), könnte sich dieser Raum um weitere 1000 Seemeilen bis in den Persischen Golf hinein ausdehnen.

Doch auch der erdnahe Raum wurde von Tokios Militärplanern inzwischen fest ins Visier genommen. Seit Februar 2007 verfügt Japan über ein weltweit operierendes, hochpräzises Allwetter-Satellitenaufklärungssystem, dessen Bestandteile – vier Satelliten „Made in Japan“, voll gestopft mit hochmoderner optischer und Lasertechnologie – an Bord japanischer H-2A-Raketen vom ebenfalls eigenen Weltraumbahnhof Tanega-shima in den erdnahen Raum verbracht wurden.

Darüber hinaus schrauben japanische Techniker an einem so genannten Quasi-Zenith-Satellitensystem, einer Konstellation aus drei Navigations- und mobilen S-Band-Kommunikationssatelliten, das ab 2008 GPS-Signale des US-Verteidigungsministeriums regional optimieren soll.

Ebenfalls in enger Kooperation mit Washington errichtet Tokio seit geraumer Zeit ein mehrschichtiges Raketenabwehrsystem, bestehend aus US-amerikanischen PAC-3-Boden-Luft-Raketen, deren erste Staffel im Frühjahr 2007 in der Präfektur Saitama bei Tokio stationiert wurde, sowie SM3-Abfangraketen, installiert auf mit Aegis-Radar bestückten japanischen und US-Kriegsschiffen.

Gleichzeitig brüten japanische und US-Spezialisten gemeinsam über einer neuen seegestützten Abfangrakete, einer stark verbesserten Variante der SM3, die als Rückgrat des künftigen US-Raketenabwehrsystems ab 2015 in Produktion gehen soll.

Doch nicht nur an der Schaffung regionaler Raketenabwehrkapazitäten ist Tokio beteiligt: Bereits Mitte Oktober 2005 stimmte die japanische Regierung der Errichtung eines US-amerikanischen X-Band-Radars in Tsugaru (Nordwest-Japan) zur Früherkennung ballistischer Raketenschläge gegen das amerikanische Festland zu.

Schließlich und endlich wurde unter Abe erneut die „nukleare Option“ diskutiert: Japan verfüge über die Fähigkeit, Atomwaffen zu bauen, verkündete Ende 2006 nicht nur Japans Außenminister Taro Aso, sondern auch Shoichi Nakagawa, einflussreicher Chefstratege der regierenden Liberal-Demokratischen Partei. Natürlich, so beide Politiker, habe man dies nicht vor. Gleichwohl sei daran erinnert, dass Japan über 43,8 Tonnen Plutonium verfügt, von denen 5,9 Tonnen im Land und 37,9 Tonnen in Großbritannien und Frankreich lagern. Geht man davon aus, dass für den Bau eines Nukleargeschosses rund 8 Kilogramm Plutonium nötig sind, so reichen Nippons Reserven für stattliche 5475 Geschosse.

Und dennoch können Ishihara & Co. mit der aktuellen Entwicklung nicht wirklich zufrieden sein. Als Nationalisten alter Schule begrüßen sie einerseits die massive Bewaffnung Japans, andererseits möchten sie auf keinen Fall, dass ihr Land dadurch in militärische Abenteuer des (Noch-)Hauptverbündeten USA in Ostasien und darüber hinaus verstrickt wird. Militärische Großmacht will man durchaus werden, aber bitte aus eigener Kraft. Wesentliche Voraussetzung dafür: gute Beziehungen zu Washington. Freilich sollte bei deren Entwicklung eher Vorsicht als

Vertrauen dominieren: Zusammenarbeit ja – Abhängigkeit nein! Diese von Ministerpräsident Yoshida Shigeru Ende der vierziger Jahre formulierte Maxime beherrscht bis heute das sicherheitspolitische Denken vieler alt gedienter Nationalisten.

Für „Jungnationale“ wie Koizumi und Abe alles Schnee von gestern: Nur in engstem Schulterschluss mit Washington könne Japan die komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern. Eine Überzeugung mit fatalen Konsequenzen.

Insbesondere Tokios Begeisterung für Washingtons Anti-Raketen-Phantastereien bewirkt bereits heute eine verstärkte Präsenz hochmodernen US-Kriegsgeräts in Japan: So haben mit der USS Shiloh und der USS McCampbell seit Sommer 2007 zwei von bisher drei grundlegend modernisierten Aegis-Zerstörern ihren Heimathafen im japanischen Yokosuka.

Vor allem jedoch dürfte Tokios Beteiligung an Washingtons Raketenabwehrprogramm perspektivisch zu einer nachhaltigen Unterordnung japanischer Streitkräftegruppierungen unter US-amerikanische Führungs- und Kommandostrukturen und damit erheblichen Souveränitätsverlusten führen. So ist absehbar, dass nach dem Umzug des japanischen Luftverteidigungskommandos auf den US-Luftwaffenstützpunkt Yokota im Westen Tokios und der dort für 2010 geplanten Schaffung eines „gemeinsamen japanisch-US-amerikanischen Raketenabwehrkommando-zentrums“ über Japans Luftverteidigung eher in Washington denn Tokio entschieden werden wird.

Ähnlich fremdbestimmt könnte sich Japans künftige Industrie-Politik entwickeln: Die japanische Regierung, so der im Februar 2007 veröffentlichte *2. bilaterale Armitage*-Bericht, müsse dafür sorgen, dass sich Japans zivile Industriebasis stärker als bisher an der Entwicklung von Technologien, wie sie für die Sicherheit des Heimatlandes sowie die nationale Verteidigung notwendig sind, beteiligt. Desweiteren solle sie ermöglichen, dass Mittel ihres gewaltigen nationalen Wissenschafts- und Technologiebudgets in verteidigungspolitisch relevante Technologieforschungsprojekte umgeleitet werden.

Schon heute profitieren die USA erheblich von Japans technologischem Know-How: 2004 brach Tokio mit seinem bis dato gültigen totalen Rüstungsexportverbot, um Washington mit kritischer Raketenabwehr-Technologie versorgen zu können. Die wehrtechnische Kooperation dürfte sich in den kommenden Jahren erheblich vertiefen. Als diesbezüglich zentrales Projekt nennt der *Armitage-Report* die Entwicklung und den Bau des CG(X), des Nachfolgers des gelenkten Aegis-Raketenkreuzers der Ticonderoga-Klasse, der eine entscheidende Rolle sowohl bei der „Nationalen Raketenabwehr“ als auch bei der „erweiterten Luftverteidigung“ gegen „Bedrohungen der nächsten Generation“ spielen werde.

Wie sehr sich Japan bereits heute als globalpolitischer Juniorpartner der USA versteht, hat Abe mehr als deutlich gemacht, als er Mitte Januar 2007 als erster japanischer Ministerpräsident das Brüsseler NATO-Hauptquartier besuchte und nur

wenige Wochen später in Tokio einen Sicherheitspakt mit Australien, Washingtons wichtigstem Verbündeten im süd-pazifischen Raum, unterzeichnete: Ganz im Geiste des Rigaer NATO-Gipfels vom November 2006 signalisierte Abe damit die Bereitschaft seines Landes, den Anspruch der USA auf Führerschaft einer global agierenden NATO durch Stärkung der „asiatisch-pazifischen“ Säule des westlichen Militärbündnisses nachhaltig zu unterstützen.

Für EU-Europa, das weder über eine eigenständige Sicherheitsdoktrin, noch eine ausformulierte Fernost-Strategie verfügt, eine beunruhigende Entwicklung. Höchste Zeit, mit Tokio in einen *direkten* sicherheitspolitischen Dialog zu treten. Ohne Vermittlung, vor allem jedoch ohne Einmischung Washingtons.

Japans Suche nach seinem Platz in der Welt von morgen ist längst nicht abgeschlossen. Konkrete Gesprächsangebote jenseits bestehender Blockbindungen könnten sich dabei als hilfreich erweisen. Selbstverständlich setzt dies eine intensive Beschäftigung mit der japanischen Wirklichkeit voraus.

Paradoxerweise bieten ausgerechnet viele *nihonjinron*-Autoren dafür eine gute Ausgangsbasis. Nicht Apologeten wie Umehara Takeshi, lange Jahre Direktor des Kiotoer Internationalen Studienzentrums für japanische Kultur (*Nichibunken*), der mit unzähligen Traktaten wie kein Zweiter dazu beigetragen hat, Japans sozial-kulturelle Gegebenheiten bis zur Unkenntlichkeit zu ästhetisieren, sondern kritische Geister wie Murakami Takashi, Begründer des so genannten *Superflat*, einer von der *Manga*- und *Anime*-Kunst beeinflussten Bewegung junger, gemäßigt wertkonservativer Intellektueller, die Japans Alltagskultur komplex durchleuchten und auf Fehlstellen abklopfen. Werke wie *Perfect Blue* (1999), *Sennen joju* („Die Jahrtausend-Schauspielerin“) (2001) oder *Moso dairinin* („Paranoia-Agent“) (2004) des *Anime*-Künstlers Kon Satoshi, aber auch Oshii Mamorus Klassiker *Ghost in the Shell* (1995) oder Nakamoto Ryutaros Monumentalwerk *Lain – Serial Experiments* (1998) erlauben tiefere Einblicke in die seelische und soziale Verfasstheit der Japaner als tonnenschwere akademische Studien.

## Change?

### Image War

Vermutlich bedauert „New York Times“ mittlerweile ihre Empfehlung für Hillary Clinton, die sie am Jahresanfang 2008 ausgesprochen hatte. Jedenfalls ließ sich Alice Rawsthorn in den Spalten der „International Herald Tribune“ dazu hinreißen, Barack Obama zum „*leader in the image war*“ zu erklären.<sup>1</sup> Seine Kandidatur sei unfehlbar gestylt, nachgerade perfekt designt und reflektiere das hochgradig fragmentierte Publikum der Web 2.0-Ära: er ignoriere die Nationalfarben, operiere mit einer weißen aufgehenden Sonne („Change“), habe eine weitaus jugendlich-modernere und zugleich weit verbreitete Schrifttype („Gotham“) gewählt und trete bei unterschiedlichen Zielgruppen mit unterschiedlichem Design auf, unbesorgt um einen Verlust an Wiedererkennbarkeit und Identität. Kein Kandidat und kein Politiker kommt mittlerweile ohne solches Image aus oder kann ihm enttrinnen. In den USA wurde nach Ronald Reagan (*Retro-Ronald*), Bill Clinton (*Saxophon-Bill*) und Georg Bush (*I-am-the-Tough-Guy-George*) mit Barack Obama ein vierter besonders hipper Star geboren: *Hope & Change-Barack*. Er soll zukünftig die zugängliche Weltmacht geben.

### Konzertierung

Außenpolitik spielt, sieht man vom Irakkrieg ab, bislang im Wahlkampf kaum eine Rolle – das wird sich langsam ändern, aber nicht grundlegend. Dennoch setzt sich die Tradition fort, dass wirtschaftliche und damit verbunden soziale Fragen sowie die Kriegsaktivitäten der USA eine entscheidende Rolle spielen werden bei der Wahlentscheidung<sup>2</sup>. Diese Entscheidung ist noch offen, da die Spaltungen des WählerInnenpotentials der Demokraten nach class, race and gender dramatisch sind: Über ein Viertel der potentiellen Obama-Wähler erklärte noch im April 2008, sie würden im Falle einer Clinton-Kandidatur ihre Stimme lieber dem Republikaner McCain geben. Ähnlich sieht es im Clinton-Lager aus: Über ein Drittel ihrer Anhänger gaben an, McCain als Präsidenten zu wählen, sollte Obama die Kandidatenkür gewinnen. Bislang ist nicht erkennbar, wie diese tiefe Spaltung überwunden werden und McCain geschlagen werden kann.

Was würde bei einer neuen Administration Obama anstehen? Nach außen *Konzertierung*: also China ganz locker ins Empire einladen (bisher taucht es in *Hope&Change-Barack's Wahlprogramm* kaum auf)<sup>3</sup>, Europas humanitär-nach-

1 <http://www.iht.com/articles/2008/04/04/arts/design7.php>

2 [http://www.ontheissues.org/Foreign\\_Policy.htm#Hillary\\_Clinton](http://www.ontheissues.org/Foreign_Policy.htm#Hillary_Clinton)

sorgenden Geschäftsbranchen aufpäppeln und Russland weiter aufkaufen, das Japan *in decline* stabilisieren und die *swing states* der *emerging markets* binden: die Brasilien, Indien, Südafrika, Türkei und, vielleicht, Iran. Ganz uncool freilich und ohne *spirit* wird man die Raumgewinne von *Tough-Guy-George* und *Saxophon-Bill* verteidigen und ausbauen: platte materielle Militärdominanz, Entgrenzung der (nuklearen wie nichtnuklearen) Kriegspolitik, Prävention, imperiale Souveränität, die geostrategischen Gewinne um Russland, im Nahen Osten, in Osteuropa, die Globalisierung der NATO, die Geländegewinne in Indien, die aktuellen Anbindungen Australiens oder Japans, die neuen transatlantischen Freundlichkeiten aus Europa, in Sonderheit von Bruni's Sakorzy. Doch trotz seiner großen Verdienste – Gewinne, auch an Raum, hohen Ölpreise, gesicherte Drogenproduktion, großzügige *landscapes of fear* – muss Bush ins texanische Altersheim. Die Freiheitspropaganda des verbrauchten *Tough-Guy-George* bringt einfach skandalös dürftigen Mehrwert. Das *branding* des Produkts USA hat schlimm gelitten – Tom Cruise ist (noch) hegemoniefähig auf dem *soften* Weltmarkt, das Bush-Amerika seit 2006 nicht mehr. Wenn *Tough-Guy-Bush* in einem kleinen Studio im Weißen Haus stolz die kleine Pistole Saddam Husseins ausstellt und *Slippery-Oil-Dick Cheney* bei sich zuhause keine Pistole, sondern ein Stück aus dem Schutt des Hauses präsentiert, in dem Abu Musak al Zarqawi, der El Kaida-Führer im Irak, getötet wurde – dann rührt ein solcher Sammelfleiß kaum noch jemand und sie sind zunehmend allein im Heim mit ihren stolzen Trophäen. Die Amerikaner sind der Bush-Dynastie müde, nicht aber der Kultur der politischen Rechten – und jeder zweite von ihnen hätte gerne einen echten, effizienten Militär als Kriegspräsidenten.

Barack dagegen soll die globale Relegitimierung des *informal neoliberal empire* bewerkstelligen – wozu hat man es schließlich vor so etwa einem Jahrhundert erfunden? Deshalb muss er als *Visiotype der change, der Erneuerung des Stils, der Kultur und Zukunftsfähigkeit der Marke Amerika* funktionieren. Das ist seine zentrale Image-Rolle. Hillary Clinton kann das nicht: sie ist Vergangenheit und Mitverantwortliche des Bush-Desasters. McCain liefert das Alternativprogramm: als hard-headed Militär glaubt er ganz anders als Bush an die problemlösende Kraft militärischer Gewalt und wird nicht nur von einflussreichen Neokonservativen beraten<sup>4</sup> sondern vertritt offenbar auch eine Reihe von Positionen, die aus diesem Lager kommen: Gründung einer „Leage of Democracies“ um die UN zu umgehen<sup>5</sup>, Ausweitung der NATO, Einrichtung einer Agentur nach dem Vor-

3 B. Obama am 13.12.07: "...when I was visiting Africa, I was told by a group of businessmen that the presence of China is only exceeded by the absence of America in the entire African continent. Number three, we have to be tougher negotiators with China. They are not enemies, but they are competitors of ours. Right now the United States is still the dominant superpower in the world....". Mit Tibet hat sich hier eine rhetorisch, bisher aber nicht politisch relevante Veränderung ergeben.

4 Dazu gehören Randy Scheunemann, Bill Kristol, James Woolsey, Robert Kagan, Max Boot, Gary Schmitt und Ralph Peters, S. The Nation v.24.3.2008 S.16 und NYT v. 10.4.2008 [http://www.nytimes.com/2008/04/10/us/politics/10mccain.html?\\_r=1&hp=&adxnnl=1&oref=slogin&adxnnlx=1207825880-ho4ut6Rr+hA+l27pjoF-QrQ](http://www.nytimes.com/2008/04/10/us/politics/10mccain.html?_r=1&hp=&adxnnl=1&oref=slogin&adxnnlx=1207825880-ho4ut6Rr+hA+l27pjoF-QrQ)

bild des *Office of Strategic Services* für paramilitärische und verdeckte Aktionen, Frontstellung gegen Russland und Iran, dauerhafte Präsenz im Irak („100 Jahre“).

## Macht & Krieg

Wo der *Hammer* hängt im Empire, wird auch der *sympathische* Barack, mit einer kleinen Latino im Arm, den El Kaidas, Islamnazis und von Kollateraleffekten bedrohten Weltmarktkonkurrenten klarmachen. Kriege müssen kompetenter und doch auch deutlich eleganter und verlässlicher geführt werden. Aber zurückgenommen wird nichts. Der *global strike* etwa. Er wurde von Bush 10.1.2003 als *change 2* dem *Unified Command Plan des U.S. Strategic Command (STRATCOM)* hinzugefügt – das ist “a capability to deliver rapid, extended-range, precision kinetic (nuclear and conventional), and nonkinetic (elements of space and information operations) effects in support of theater and national objectives.” Am 18. November 2005 wurde STRATCOMs *Joint Functional Component Command for Space and Global Strike (JFCC-SGS)* als operationsfähig freigegeben. CONPLAN 8022 liegt seit 2004 als entsprechende Planung *präemptiver* nuklearer Schläge der strategischen Kriegsplanung der USA zugrunde im Rahmen einer Politik, welche die allgemeine Abschreckung verlässt und auf eine spezifizierte, auf „rogue powers, terrorist networks and, *near-peer competitors*” zugeschnittene Politik umstellt.<sup>6</sup> Diesen *change 2* wird change-Obama sorgfältig hüten.

Seine militär- und sicherheitspolitischen Berater sind moderate “liberale Internationalisten” wie Ben Rhodes oder Denis McDonough, die aus dem Lager Lee Hamiltons kommen, welcher mit der 9/11-Kommission vorsah und der Itar-Studiengruppe. Dazu kommen Susan Rice, Richard Danzig und Tony Lake aus der zweiten Reihe der Elite des Militär-Sicherheitsapparats vor Bush, also unter den Albright oder Holbrooke, die dann in der Clinton-Wahlmaschine arbeiteten<sup>7</sup>. Obama votierte für die Verlängerung des PATRIOT Act, unterstützte 2006 den *Kriegs-Treiber* Joe Lieberman und plädierte zuweilen auch für einen Aufwuchs des US-Militärs<sup>8</sup> (sein Stimmverhalten war in diesen und anderen Fragen kaum unterschieden von dem Clintons).

5 Im Detail ausgebreitet bei Daalder, Iva/Kagan, Robert: *America and the Use of Force*. Stanley Foundation Muscatine 2007

6 “from ‘one size fits all’ deterrence to tailored deterrence for rogue powers, terrorist networks, and near-peer competitors.” U.S. Department of Defense, Report of the Quadrennial Defense Review, February 2006; Deterrence Operations Joint Operating Concept, Version 2.0, December 2006 Preface, p. vi. sowie Amy f. Wolf: *Nuclear Weapons in U.S. National Security Policy: Past, Present and Prospects*, CRS-Report for Congress v.28.1.2008. S. insgesamt hier das Nuclear Information Project der FAS, <http://www.nukestrat.com/us/guidance.htm>.

7 S. Noam Scheiber: *The Audacity of Data*, in: *The New Republic* 12.3.2008 S. 27ff.

8 In einer Rede am 23.4.2007 plädierte er für einen Zuwachs der Militärausgaben und eine Aufstockung der Armee um 65 000 Soldaten und 27 000 Marines.

## Minority Model for a Majority

Nach innen geht es um das Grundprogramm: red und blue *versöhnen statt spalten*: von allem ein bißchen – Wachstum, Spirit, Hautfarbe. Die religiös und ethnisch Ausgezeichneten (Latinos, Schwarze, Asias) dominieren die underclass, lower class, middle class, sie gilt es zu repräsentieren. Aber sie sind politisch zerstritten und zerfallen. *Obama als erstes minority model des neoliberalen Amerika* soll das beenden und das *Image eines neuen politischen Blocks des Liberalismus hergeben: Kennedy meets King*. Dazu muss er zu diesen verschiedenen Minderheiten gehören – und auch nicht. Er spielt mit Differenz und Prekarität und präsentiert zugleich ihre Überwindung, gleichsam als erfolgreicher Immigrant und *Independent* – deren Stimmen er mobilisiert wie kein Kandidat der Demokraten bislang. Er führt nicht, sondern öffnet Möglichkeiten. Doch der Wandel zu großen Buchstaben – um nochmals auf den *Image War* zurückzukommen – in der Schreibweise seines Namens zeigt, dass es zunehmend um Führung geht. Um Geld aber geht es dabei eigentlich nicht<sup>9</sup>.

Es geht um die Mobilisierung und Verbindung der Identitätspolitik und um profane politische Ökonomie: marode Infrastrukturen, *green America*, *spirit* statt *money*. *Spirit ist wichtig*. Daraus nämlich wird die Finanzierung der Reorganisation der allgemeinen Bedingungen der Produktion und Reproduktion des in- und ausländischen Kapitals in den USA legitimiert werden. Womöglich werden ein paar Steuern erhöht, trickle-downs gepflegt und Barack greift mitsamt Familie und kenianischer Verwandtschaft zur Hacke, so dass der große Bogen von Verklavung afrikanischer Schwarzen zur Erhöhung zum amerikanischen Präsidenten tellerwäscherartig rüberkommt. Dies war ein recht unerhörter Zug in der bemerkenswerten Rede zur Rassenfrage Obamas.<sup>10</sup> Wer den Betäubungseffekten dieser Politik des Bilderkrieges widerstehen kann wird konstatieren müssen, dass in Fragen der Ökonomie Obama keine Abweichung vom zentristischen Neoliberalismus des Democratic Leadership Council repräsentiert, dessen Chefökonom Austan Goolsbee wirtschaftspolitischer Berater Obamas ist.

In der Krise des Bushismus, also des rechten Amerikanismus der groben Jahre seit 2001 kommt nun hervor, was dieser Nationalismus verdeckte: die alten und durch die neoliberale Ungleichheitspolitik weit vertieften Spaltungen der US-Gesellschaft – ethnisch, sozial, nach Geschlecht, Alter. Während McCain um die Rekonstruktion des brüchigen rechtsimperialen Blocks kämpft, um eine Implosion der rechten Allianz zu verhindern, werden auf dem demokratischen Feld die Identitäts- und Anerkennungspolitiken ausgespielt, um die Wählermassen in Bewegung zu setzen. Es geht um Wahlpolitik und um eine WählerInnenbewegung,

9 Die Website [opensecrets.org](http://opensecrets.org) folgt der Wahlkampffinanzierung in den USA detailliert. Eine Übersicht gibt das Wall Street Journal v. 2.4.2008 („Business Donors Bypass McCain“). Einen Eindruck vermittelt „Obama Visits Billionaires Row“ (6.4.2008) [http://www.zombietime.com/obama\\_visits\\_billionaires\\_row/](http://www.zombietime.com/obama_visits_billionaires_row/).

10 <http://www.algore2008.de/blog/index.php/2008/03/26/usa-wahlen-rede-barack-obama-rassenfrage/>.

nicht um Umbaupolitik und soziale Bewegung. Obama ist keine politische Widergeburt von Jesse Jackson und kein Führer einer großen fortschrittlichen Bewegung. Clinton wie Obama haben freilich die schwarzen Seiten der Identitätspolitik zu spüren bekommen. Dass Clinton die Ärmere, Frauen, Latinos und prominente Millionärscluster repräsentierte, half ihr wenig, da sie nicht den tiefen Wunsch nach Veränderung („*everything but Bush*“) durch einen Bruch mit der Vergangenheit der Clinton-Dekade *überzeugend* aufgreifen konnte. Für die Masse der *Independents* ist sie weit weniger überzeugend. Die Kriegsfrage ist eine Schlüsselfrage: Obama und die Mehrheit seiner Berater halten den Irak-Krieg für einen großen *taktischen* Fehler. An dem 1,1 Billionen \$-Rüstungshaushalt 2008 wird Obama nicht rühren. Sein Irakprojekt: ungefähr die Hälfte der Truppen abziehen aber bis zu 50.000 Soldaten dort belassen. Was mit den 180.000 Söldnern wird hat er offen gelassen – und was mit den 15 Militärbasen der USA im Irak wird ebenso. Weder er noch Clinton nahmen die militärische Option gegen den Iran vom Tisch.

### **Liberal(imperial) Zentrismus**

Im Endeffekt wird sich ein neuer Zentrismus etablieren, dessen Triebkraft eine schon 2004 und 2006 sich aufbauende Mobilisierung der *liberals* und *radicals* ist, die eine politische Agenda propagieren, die beträchtlich links von jener des John Kerry 2004 oder der Pelosi 2006 steht. Die wirkliche Politik, die dann herauskommt, wird beträchtlich rechts davon stehen. Worauf zielt sie? *Kulturell* ist *spirit* nach Wahl im Angebot, im Überschuss; *sozial* eine Koalition, die versucht die evangelikalen, militaristischen, altrepublikanischen und rassistischen Teile der Bush-Koalition auszugrenzen und die Wilsonisten, marktradikalen Neoliberalen sowie die rechten Verelendeten einzubinden, Teile der Medien, der Wallstreet und des Militär-Industrie-Komplexes sowie des Agrobusiness und des neuen Energiekapitals herüberzuziehen und mit dem demokratischen Entertainment-Komplex und dem Hochtechnik-Sektor zu verbinden<sup>11</sup>. Andere Teile der extraktiven Industrie, der Wallstreet, der Bauwirtschaft und des MIK sind auf absehbare Zeit recht-simperial. Und darum geht es ja: die seit den Zwischenwahlen 2006 auf der parlamentarischen Ebene etablierte Machtteilung zwischen der seit den 80ern weltweit bedeutendsten rechtsimperialen Strömung und dem Neoliberalimperialismus zu beenden und den *Liberal Imperialism* (Taliaferro) wieder als hegemoniale Strömung zu etablieren. Dieser mag besser geeignet sein, im großen Spiel das europäische *informal empire* zu zügeln und die transatlantische Seelenverwandtschaft des kapitalistischen Nordens, den liberalimperialen Geist neu zu be-

11 Sehr sichtbar ist die Unsichtbarkeit der Positionierung der Eliten gegenüber der Spaltung der demokratischen Partei, insbesondere die Unterstützung Obamas aus diesem Sektor.

festigen. Erst recht verspricht er gegenüber China eine Neuauflage der Politik des „Empire by Invitation“, wie sie Ikenberry als einzigen Weg in der *Foreign Affairs* 1/2008 beredt propagiert hat:

The United States' "unipolar moment" will inevitably end. If the defining struggle of the twenty-first century is between China and the United States, China will have the advantage. If the defining struggle is between China and a revived Western system, the West will triumph. ... The key thing for U.S. leaders to remember is that it may be possible for China to overtake the United States alone, but it is much less likely that China will ever manage to overtake the Western order. In terms of economic weight, for example, China will surpass the United States as the largest state in the global system sometime around 2020. (Because of its population, China needs a level of productivity only one-fifth that of the United States to become the world's biggest economy.) But when the economic capacity of the Western system as a whole is considered, China's economic advances look much less significant; the Chinese economy will be much smaller than the combined economies of the Organization for Economic Cooperation and Development far into the future. This is even truer of military might: China cannot hope to come anywhere close to total OECD military expenditures anytime soon. The capitalist democratic world is a powerful constituency for the preservation — and, indeed, extension — of the existing international order. If China intends to rise up and challenge the existing order, it has a much more daunting task than simply confronting the United States. ... *The United States' global position may be weakening, but the international system the United States leads can remain the dominant order of the twenty-first century.*"

## **Empire**

Es ist Zeit sich zu erinnern: bei der anstehenden „Wiederbelebung des westlichen Systems“ geht es um die Fortsetzung eines von den USA geführten Systems. Doch das ist nur eine Entwicklungsvariante. Es steht zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des Globalkapitalismus ein neues planetares politisches Subjekt (z.B. eine „transnationale Bourgeoisie“) und eine neuartige globale politische Ordnung („Empire“) etablieren können,
- ob es zur Neubildung eines „anarchisch-konkurrenzförmigen“, gleichsam „pluralen“, wenngleich durchaus ungleich verfassten, hierarchisch geordneten und mehr oder weniger koordinierten Systems mit kooperativen Grundelementen kommen werde in dem ein zentraler Akteur (etwa China) oder eine Allianz (der transatlantische oder gar planetare „Norden“ oder eine neue „asiatische Allianz“, die dem Westen gegenüberstehen oder ihn als dominanten Faktor ablösen würde („A World without the West“) oder die „Supermächte“ USA, China und die EU als die „Big Three“ (Khanna) dominieren oder endlich ein „globales Direktorium“

(Kupchan) aus USA, EU, Japan, Russland und China arrangiert eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würde, dabei aber im heftigen Kampf um ein, zwei Dutzend machtpolitisch relevanter *swing states* liegen, deren Orientierung darüber entscheidet, wer das Primat in der globalen Machtstruktur erlangt,

- ob ein einzelner traditioneller Akteur aufgrund seiner hegemonialen Position („Hypermacht“) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle („American Empire“) zu übernehmen vermag und konkret die USA instande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global und mit neoliberalen Zuschnitt – zu initiieren („neuimperial“) und aufgrund der unipolaren Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär unilaterale Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen

- oder ob schließlich in bestenfalls mittelfristiger Sicht Wirklichkeiten eines alternativen, kooperativen, nichthegegonial-demokratischen, radikal friedlichen und antiimperialen Projekts der „Selbstordnung“ der Welt geschaffen werden können.

Die Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung. Weniger denn je macht die liberale („realistische“) Rede von der „anarchischen“ Staatenordnung Sinn: es geht um die Qualität der Hierarchie in dieser Ordnung. Und ein Blick, der allein auf die Konflikte und Kräfteverschiebungen zwischen Nationalstaaten und den auf diesen basierenden Machtbündelungen fokussiert ist, verfehlt die Vielfalt und Tiefendimensionen der Kämpfe im globalen Raum, die in der Machtstrukturforschung identifiziert wird.

Unversehens sind also zentrale politische Konflikte inmitten der scheinbar so festgefühten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. *Die neue Delegation des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die strategischen politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen („planetaren“, „pluralen“, „singulären“) Akteuren ausgebrochen sind – die schwachen „nichtimperialen“ Protagonisten agieren hier noch in einer anderen Liga. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und durchaus ungeklärt ist, welche sozialen Gehalte und welche politische Qualität dabei am Ende bestimmend sein werden. Eine Fülle von heterogenen Konstellationen und widersprüchlichen, fragmentierten Formationen der Übergänge existieren schon heute, die das Aufeinanderstoßen dieser Akteure und ihrer Projekte reflektieren.*

Seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperialen Projekte, deren kulturelles Set, politisches Design und partiell sogar soziale Trägerschaft die verschiedensten formativen Konstellationen überdauerten und auch keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder -typen stehen, sondern unterschiedliche politische Räume besetzen. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperialen Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten

am deutlichsten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einziges gegenwärtig ein „realistisches“ imperiales Projekt verfolgt – eben die USA.

Kräftepolitisch deutet sich somit zwar eine wirkliche Verschiebung an. Empires gehen sicherlich wegen einer Niederlage in einem Regionalkrieg nicht unter; aber die USA haben ein rasch wachsendes Macht-, Ressourcen- und Legitimationsproblem. Sie sind zudem mit anderen Mächten konfrontiert, die entweder eigene Regeln aufbauen (Europa) oder dieselben Regeln besser spielen (China). „Die Welt wird multipolar sein“ ist daher die Prognose nicht nur der früheren Außenministerin Madeleine Albright. „Selektive Weltherrschaft“ (Czempiel) scheint gegenwärtig das Äußerste, was das Projekt „American Empire“ zu leisten vermag. China, Indien, Russland, Südafrika, Brasilien gehören nicht zu dem liberalen westlichen Block der Japan, Südkorea, Kanada, Australien, weiter Teile Europas – also zur Kernzone des American Empire. Sie betreiben vorsichtiges *hard balancing* (China, Indien, einzelne europäische Staaten) und deutliches *soft balancing*, indem sie die Kosten unilateraler Politiken der USA in die Höhe treiben und politische Präferenzen der USA in internationalen Organisationen konterkarieren – und ähnlich wie diese einer Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen an solche Organisationen möglichst widerstehen. Der taktische Rückzug und die nicht nur leichthändig verbalen Kurskorrekturen, welche die USA mittlerweile vor allem gegenüber Europa (insbesondere die BRD) unternahmen, reflektiert die Effekte dieser Balancearbeit<sup>12</sup>.

Dementsprechend häufen sich die Mutmaßungen, dass die USA zwar auf kürzere oder mittelfristige Zeit hin weiterhin eine dominante Stellung als „Supermacht“ einnehmen würden, diese aber mit China und der EU teilen oder sich zumindest zunehmend mit einer ganzen Reihe von „Großmächten“ oder Machtblöcken auseinandersetzen müssten. Robert Kagan schrieb Ende 2007 in einer grundlegenden realistisch-neokonservativen Bilanzierung der Bush-Zeit: „Die Welt ist immer noch unipolar, in der die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht bleiben. Aber die internationale Konkurrenz zwischen Großmächten ist zurückgekehrt, in der die USA, Russland, China, Europa, Japan, Indien, Iran und andere um regionale Vorherrschaft kämpfen. Kämpfe um Ehre und Status und Einfluss in der Welt sind erneut zentrale Merkmale der internationalen Landkarte geworden. Ideologisch haben wir es mit einer Zeit der Divergenz und nicht der Konvergenz zu tun. Der Wettbewerb zwischen Liberalismus und Absolutismus ist wieder erwacht...doch die amerikanische Vorherrschaft in den zentralen Dimensionen der Macht bleibt ein zentrales Merkmal des internationalen Systems (die ... charakterisiert werden kann mit der Formel ‚eine Supermacht, viele Großmächte‘.“ Die USA „dehnten weiterhin ihre Macht und militärische Reich-

12 Zum Komplex des *American Empire* s. Rainer Rilling: *Risse im Empire*. Berlin 2008.

weite aus und zeigen kein Anzeichen für eine Verlangsamung dieser Expansion sogar nach den Wahlen von 2008. ... Ebenso wie das US-Militärbudget anwächst, so auch die Anzahl der amerikanischen Militärbasen in Übersee. Seit dem 11. September 2001 haben die USA Basen errichtet oder erweitert in Afghanistan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan in Zentralasien; in Bulgarien, Georgien, Ungarn, Polen, und Rumänien in Europa und auf den Philippinen, in Djibouti, Oman, und Katar. (...) Die Amerikaner haben an ihrer regionalen Vorherrschaft festgehalten in Ostasien, dem Nahen Osten, der westlichen Hemisphäre und, bis vor kurzem, in Europa; nunmehr auch zunehmend in Zentralasien. Dies war ihr Ziel nach dem Zweiten Weltkrieg und seit dem Ende des Kalten Krieges, beginnend mit der ersten Bush-Regierung und dann fortwährend in der Regierungszeit Clinton haben sich die USA nicht zurückgezogen sondern haben ihren Einfluss nach Osten ausgedehnt über Europa und in den Nahen Osten, Zentralasien und den Kaukasus ... Ist die USA einmal in einer Region aus welchen praktischen oder idealistischen Gründen auch immer, ist sie bemerkenswert zögerlich sich aus ihr wieder zurück zu ziehen bis sie glaubt, dass sie diese nach ihrem eigenen Bilde substantiell transformiert hat.“<sup>13</sup> Ein „Balancing“, ein Ausbalancieren der Supermacht, das die „realistische“ Theorie der internationalen Beziehungen seit 1989 erwartete, hat sich bislang zu keiner kooperativ-konzertierten Aktion verdichtet.

Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine globale Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staaten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird<sup>14</sup>, ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden.

## Offene Dynamik

Wie also der Kampf um den Entwicklungsweg des neuen neoliberalen Globalkapitalismus ausgehen wird, lässt sich gegenwärtig schwer abschätzen. Eine neue

13 Robert Kagan: End of Dreams, Return of History, in: Policy Review August/September 2007.

14 So im März 2004 Donald Rumsfeld in CNN: „how our country is arranged around the world“, zit. nach Aruif Dirlik: American Studies in the time of Empire, in: Comparative American Studies 3/2004 S.288.

demokratische Administration wird keine weit reichende Wende vollziehen und eine Administration McCain wird – bis auf die zentrale militärische und außenpolitische Frage – in wesentlichen Punkten Positionen beziehen, die mit breiten Meinungsbildern der republikanischen Anhängerschaft wenig vereinbar sind. Die beträchtliche Spaltung der amerikanischen Bevölkerung<sup>15</sup> wird sich im neuen Zentrum so nicht mehr reflektieren. Aber, zumindest auf kürzere Sicht hin, wird eine politische Mobilisierung des liberalen und auch linken Teils der US-Bevölkerung bleiben, die sich seit 2003/4 langsam aufbaut und seit 2005/6 deutlich an Dynamik gewonnen hat. Die Kampagne Obamas war imstande, sie zu nutzen, zu vertiefen und einen erstaunlich großen Teil der Jüngeren wieder in den politischen Raum zu bringen. Das ist auf jeden Fall sein grundlegendes Verdienst ebenso wie die Neumobilisierung eines als traditionell abgewerteten, in die Jahre gekommenen Feminismus durch Hillary Clinton. In beiden Fällen zeigt sich die Stärke eines politischen amerikanischen Liberalismus, der als solcher in Europa weithin gar nicht erkannt wird und der in den USA ein Dutzend Jahre gegen die neu gebaute rechte Allianz nur eine schwächelnde Defensive anzubieten hatte. Erst 2005/6 gab es im Reichen- und Machtlager eine deutliche Wendung hin zu der Demokratischen Partei. Gleichgültig welche politische Formation letztlich das Sagen haben wird: eine Grundfigur der *großen Machtteilung* zwischen ihnen wird bleiben und der Konsens ebenso, dass an den Zentralprinzipien der *Imperialität* und des *Neoliberalismus* nicht gerührt werden sollte. Hier allerdings kündigt sich – nach dem schief gelaufenen Projekt Krieg – das nächste Desaster an: die Krise der US-Finanzmacht.

15 Ausführlich dokumentiert im Economist v. 29.3.2008.

PETER LINKE

## **Hightech-Dundee.**

### **Australien auf dem Weg zur vernetzten Kriegführung**

Ein Kontinent am Ende der Welt, karge Buschlandschaft, exotische Tiere, einsame Strände... Australien, ein Land weit weg vom Globalisierungshype? Weit gefehlt. Australien zeigt Flagge, positioniert sich insbesondere im süd-ostasiatischen Raum als wirtschaftliches Schwergewicht und militärische Ordnungsmacht, hat jedoch längst auch weiter entfernt liegende Regionen fest im Visier.

Überaus erfolgreich entwickeln sich die Beziehungen zu den Staaten der ASEAN: 2003 besiegelten Canberra und Singapur ein Freihandelsabkommen, mit Malaysia wird über ein solches seit 2005 intensiv verhandelt. Ebenfalls sehr eng: das Verhältnis zu Thailand und den Philippinen. Noch ausbaufähig: die Beziehungen zu Indonesien, dem Canberra 2006/7 mit „Wirtschaftshilfe“ in Höhe von 344 Millionen AUD unter die Arme greift.

Abgesichert wird Australiens wirtschaftliche Expansion durch diverse sicherheitspolitische Aktivitäten: Canberra engagiert sich im ASEAN-Regionalforum (ARF), versucht, den ASEAN+3-Gipfelprozess zu beeinflussen, läßt seine Soldaten an friedenserhaltenden Missionen in Ost-Timor (*Operation Astute*) und anderen militärischen Qualifizierungsmaßnahmen quer durch die Region teilnehmen.

Im Rahmen des sogenannten Fünf-Mächte-Verteidigungsabkommens (FPDA), einem Anfang der siebziger Jahre zwischen Australien, Neuseeland, Großbritannien, Singapur und Malaysia geschlossenen Militärpakt, trainieren singapurische und malaysische Militärangehörige regelmäßig auf australischem Boden und halten gemeinsam mit ihren australischen „Kameraden“ komplexe Manöver ab.

Jenseits des Fünferpaktes streckt Australien seine Fühler zunehmend in Richtung Philippinen aus. Nach Washington ist Canberra der zweitwichtigste sicherheitspolitische Partner Manilas, investierte 2005/6 in militärische Schulungen, Anti-Terror-Maßnahmen, maritime Sicherheit sowie die Reformierung der philippinischen Streitkräfte rund 3,5 Millionen AUD.

Das neue militärische Selbstbewußtsein der australischen Regierung fand seinen bisher deutlichsten Niederschlag im verteidigungspolitischen Weißbuch *Defence Review 2000*, einem Dokument, das mit dem traditionell kontinentalen Selbstverständnis der Australier gründlich aufräumte: Australien, so die unüberhörbare Botschaft, sei keine einfache, sich selbst genügende „Landnation“, sondern eine „mittlere Seemacht“, die im Rahmen internationaler Koalitionen weltweit nationale Interessen verfolge.

Ganz dem Grundgedanken der britischen *Strategic Defence Review* von 1998 folgend, wonach „Mittelmächte“ bereit sein müßten, „dorthin zu gehen, wo die

Krise ist, und nicht zu warten, bis diese an die eigene Tür klopft“, forderte *Defence 2000* mehr globales sicherheitspolitisches Engagement, basierend auf national und international vernetzbaren maritimen Expeditionstreitkräften.

2006/7 wird Australien für Rüstung 22 Milliarden AUDS ausgeben, rund 10 Prozent seines Gesamtbudgets. Bis 2015/16 soll diese Summe jährlich um drei Prozent aufgestockt werden. Wohl ausreichend für eine auf moderne Expeditionskriegsführung ausgerichtete Beschaffungspolitik..

Was beschafft werden soll, steht längst fest: mindestens drei neue Zerstörer, bestückt mit optimierter Aegis-Luftabwehrtechnik, zwei neue Mehrzweck-Amphibienschiffe der Canberra-Klasse, bis 100 Kampfflugzeuge Lockheed Martin F-35 Lightning II (JSF), vier schwere Transportflugzeuge Boeing C-17 Globemaster III, fünf Mehrzweck-Transport- und Tankflugzeuge Airbus A330 MRTT, 11 schiffsgestützte Kampfhubschrauber SH-2G Super Seasprite, sechs Aufklärungs- und Luftüberwachungsflugzeuge Boeing 737 Wedgetail und weiteres Kriegsgerät, das die Fähigkeit Australiens zur Projektion militärischer Macht weit über die heimischen Gewässer hinaus merklich verbessern wird.

Wichtigster Partner dabei sind und bleiben die USA, mit denen Australien seit Anfang der fünfziger Jahre über den sogenannten ANZUS-Pakt verhandelt ist. Nachdem der Dritte im Bunde, Neuseeland, Mitte der achtziger Jahre offen gegen wiederholte nukleare Pöbeleien Washingtons im Südpazifik aufbegehrt und damit den Pakt faktisch ad absurdum geführt hatte, wurde dieser im Zusammenhang mit den September-Ereignissen 2001 als bilaterale Kriegsachse Washington-Canberra neu geschmiedet: Unter Berufung auf ANZUS-Beistandsverpflichtungen wird Australien bis 2008 rund 1000 Mann nach Afghanistan (*Operation Slipper*) abkommandiert haben, während im Irak (*Operation Catalyst*) gegenwärtig 1450 Mann stehen.

*Slipper* und *Catalyst* lassen Australiens Streitkräfte (ADF) nicht nur praktische Kriegerfahrungen sammeln. Sie verbessern auch und vor allem deren Interoperabilität mit US- und NATO-Truppen. Diesem Ziel dient letztlich auch die sogenannte Raketenabwehrvereinbarung (MDA) vom 7. Juli 2004, in der sich Washington und Canberra auf die gemeinsame Entwicklung und Erprobung fortgeschrittener Radartechnologie sowie verbesserte Raketenabwehrmittel für Australiens neue Zerstörer verständigten.

Auf verbesserte Interoperabilität zielte auch die nur Tage später getroffene Entscheidung, aus militärischen Ausbildungsbasen in Queensland und im Northern Territory ein Gemeinsames Kombiniertes Trainingszentrum (JCTC) für zehntausende US- und ADF-Soldaten zu formen, das dank modernster Kommunikationsmittel nicht nur mit diversen US-Basen in der Region, sondern auch dem US-Streitkräftezentrum für Pazifische Kriegsführung (USPWFC) auf Hawaii verbunden ist und damit Washington ermöglicht, innerhalb kürzester Zeit Truppen in der Region zu stationieren.

Strategischen Zugriff auf Australiens militärische Kapazitäten gewährt Washington schließlich der sogenannte Multinationale Interoperabilitätsrat (MIC), eine sicherheitspolitische *Blackbox*, in der seit Ende der neunziger Jahre unter US-

Führung Australier, Kanadier, Franzosen, Deutsche, Italiener und Briten militärische Vernetzungsstrategien für das 21. Jahrhundert erörtern...

Deutlich verstärkt hat Australien seine militärpolitische Zusammenarbeit mit Japan, Washingtons Hauptverbündetem im nördlichen Pazifik. Der Mitte März 2007 von Australiens Premier John Howard und dessen japanischem Amtskollegen Shinzo Abe unterzeichnete Sicherheitspakt bedeutet eine deutliche Stärkung der Achse Washington-Tokio-Canberra und damit der „asiatisch-pazifischen“ Dimension des Nordatlantischen Bündnisses, eine nicht nur für Europa mehr als bedenkliche Entwicklung.

Die vergangenen Dezember in Regierungsverantwortung gewählte Australische *Labour*-Partei unter Kevin Rudd wird Australiens neu gefundenes sicherheitspolitisches Grundverständnis kaum ernsthaft in Frage stellen. Auch wenn sie angekündigt hat, Australiens Truppen schrittweise aus dem Irak abzuziehen, zeigen sich hochrangige Militärs wie Flottenchef Russ Shalders überzeugt davon, dass auch die Regierung Rudd in ihrem kommenden Verteidigungsweißbuch „erneut den Schwerpunkt auf Australiens grundsätzlich maritime Strategie legen“ werde. Er glaube, so Vizeadmiral Shalders, das Weißbuch werde auf die Notwendigkeit verweisen, bedeutsame Kapazitäten zur Projektion militärischer Macht jenseits der eigenen Küste zu unterhalten, um Bedrohungen zu gestalten, abzuschrecken und, falls nötig, zu begegnen sowie Verbündeten und Freunden zu helfen.

Canberras Ansatz offensiver Vorwärtsverteidigung unter globalstrategischer Führung Washingtons unterscheidet sich stark vom sicherheitspolitischen Selbstverständnis anderer Länder der Region, insbesondere Neuseelands.

Formal ist Neuseeland bis heute ANZUS-Mitglied. Als solches beteiligte es sich an *Operation Enduring Freedom* sowie gemeinsam mit Australien an frie-denserhaltenden Maßnahmen in Ost-Timor. Anders als sein großer kontinentaler Nachbar zeigt es sich jedoch entschlossen, seine sicherheitspolitischen Interessen künftig jenseits der aggressiven Logik des ANZUS-Paktes zu formulieren.

Während Canberra unverändert auf eine Streitkräftestruktur setzt, wie sie für das Führen großer Offensiv-Kriege nötig ist, hat Wellington nach dem Ende der klassischen Ost-West-Konfrontation die Struktur seiner Streitkräfte radikal in Richtung struktureller Nichtangriffsfähigkeit verändert.

Im Bemühen um „glaubwürdige Minimalstreitkräfte“ als direktem Ausdruck eines weit über rein militärische Bedrohungen hinausreichenden, umfassen-den Sicherheitsverständnisses wurde die Kampfkraft der Kriegsmarine durch aktive Umrüstung in den letzten fünfzehn Jahren so gut wie halbiert, die weltweite Verschiffung militärischen Personals nach dem Verkauf des einzigen Truppentransporters vollständig in die Hände der Privatwirtschaft gelegt, die Schlagkraft der Luftwaffe durch Aufkündigung entsprechender Beschaf-fungsprogramme auf Null reduziert.

Ob sich derartiger „Antimilitarismus“ letztlich mit Wellingtons Wunsch ver-trägt, sicherheitspolitisch weiterhin eng mit Canberra zusammenzuarbeiten, kann angesichts der von Australien offenbar angestrebten Rolle eines „Hilfssheriffs“ der USA im Südpazifik bezweifelt werden.

## Die EU. Von der „Friedensmacht“ zur imperialen Politik

In seiner Erklärung des *Europäischen Wunders*, der weltgeschichtlich erstmaligen Entstehung kapitalistischer Industriegesellschaften ausgerechnet im Westen Europas, verwies der Historiker Paul Kennedy darauf, dass es „die Existenz einer Vielfalt wirtschaftlicher und militärischer Machtzentren“ war, die eine Vereinigung des Kontinents verhinderte.<sup>1</sup> Hier liegt eine der wesentlichen Ursachen für das *Europäische Wunder*, etwa im Vergleich zu China oder dem Osmanischen Reich, in denen das Herrschaftssystem des Großreiches die Öffnung eines Entwicklungspfades in Richtung Industriegesellschaft verhinderte. Diese europäische Vielfalt jedoch war eine des „Wettstreits“, der bis in das 20. Jahrhundert hinein eine vor allem militärische, kriegerische Dimension hatte.<sup>2</sup> Trotz der nationalstaatlichen, konkurrenzförmigen Strukturiertheit bildete Europa zugleich immer auch ein Ganzes; „keine einzelne Nation noch ein einzelner Nationalstaat Europas kann eine Geschichte aufweisen, die aus sich verständlich ist“, betonte der britische Historiker Arnold Toynbee.<sup>3</sup>

In der Mitte des 20. Jahrhunderts war – abgesehen von der Erfindung der Atombombe, die als eine Konsequenz der Ver-Industriegesellschaftlichung anzusehen ist, und den Krieg als eine „Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ (Clausewitz)<sup>4</sup> zumindest zwischen den Großmächten verunmöglichte – aus europäischer Perspektive zweierlei deutlich geworden: Das okzidentale West- und Mitteleuropa hatte im Gefolge der beiden Weltkriege seine vormals beherrschende Stellung in der Welt wesentlich an die USA und die Sowjetunion, tendenziell auch an China, abtreten müssen; die Kriege hatten zu verheerenden Zerstörungen, nicht aber zum Vorherrschen einer der Mächte geführt. Der berühmte deutsche Schriftsteller Heinrich Mann schrieb dazu, noch während des zweiten Weltkrieges, allerdings rückwärts, auf den Krieg von 1870/71 projiziert: „die militärischen Auseinandersetzungen mächtiger Nationen sind vergeblich, sie entscheiden nichts, da immer dieselben, wenigen Gegner, soweit man zurückdenkt, aufeinanderstoßen. Die Kriege in Europa hatten bisher – nur bis auf uns – einen begrenzten, einmaligen Zweck, – der auch anders zu erreichen war.“<sup>5</sup>

Nach der militärischen Besiegung Deutschlands stand seine Einordnung in ein neues europäisches Staatengefüge auf der Tagesordnung, verbunden mit der Beendigung des Zeitalters der kriegerischen Auseinandersetzungen. „Aus diesem

1 Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S. 54.

2 Ebenda, S. 55ff.

3 Arnold J. Toynbee: *Der Gang der Weltgeschichte. Erster Band: Aufstieg und Verfall der Kulturen 1*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1970, S. 33.

4 Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*, Berlin: Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung 1957, S. 728, 911f.

5 Heinrich Mann: *Ein Zeitalter wird besichtigt*, Berlin: Aufbau-Verlag 1947, S. 9.

Krieg“, schrieb der französische Sozialist und Ministerpräsident der Volksfrontregierung von 1936, Léon Blum, im Frühjahr 1941 im Gefängnis der Vichy-Regierung, „müssen endlich durch und durch starke internationale Einrichtungen und eine durch und durch wirksame internationale Macht hervorgehen, sonst wird er nicht der letzte gewesen sein.“<sup>6</sup> Das meinte nicht nur die weltpolitische Dimension, die sich dann in der UNO verkörperte, sondern zunächst den europäischen Zusammenschluß, mit Beschränkung der nationalen Souveränität zugunsten einer supranationalen Struktur, die über eigene Einrichtungen und eigene Führung verfügen sollte.

Insofern ist die Montanunion, wie sie gemäß Schuman-Plan und den konzeptionellen Vorstellungen Jean Monnets in der ersten Hälfte der 50er Jahre geschaffen worden war, zunächst als friedenssichernde Einrichtung zu verstehen. Die Verzahnung der Gesamtheit der deutschen und der französischen Kohlen- und Stahlproduktion zielte auf die damals kriegsentscheidenden Wirtschaftszweige; sie sollte Deutschland und Frankreich dauerhaft aneinander binden, dieser Bindung eine materielle Grundlage geben; ihre Einordnung in eine Gemeinschaft, der auch Italien und die BeNeLux-Staaten angehörten, hob sie zugleich aus dem bilateralen deutsch-französischen Kontext heraus (die historische Versöhnung stand ja erst am Anfang), um sie so politischen Tagesinteressen zu entheben. Im Gefolge der Integration sollten Bedingungen einer Beziehungsstruktur kooperativen Typs entstehen. Vom Schuman-Plan bis zur Europäischen Union und den Vertragswerken von Maastricht, Amsterdam und Lissabon wurde den damals vorgenommenen Weichenstellungen gefolgt.

### **Ein eigenes Kapitalismus-Modell?**

In der internationalen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen „Modellen“ des heutigen Kapitalismus kann die Europäische Union dem europäischen Konzept der Sozialstaatlichkeit zugleich neue Bewegungsräume verschaffen. Bereits Max Weber hatte darauf verwiesen, dass moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest „das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann“. Daraus, dass im Staatssozialismus „beide Beamtschaften ein einziger Körper mit solidarischen Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren“ wären, leitete er ab, warum Sozialismus nicht funktionieren könne.<sup>7</sup>

6 Zitiert nach: Wilfried Loth: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990, S. 15.

7 Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Politik und Gesellschaft, Frankfurt a.M.: Zweitausenseins 2007, S. 474f.

Im Kapitalismus der vergangenen Jahrzehnte hat sich der umgekehrte Prozeß vollzogen. Das Wort von der „Standortkonkurrenz“ ist nur eine euphemistische Umschreibung der Subordination der national-staatlichen politischen unter die internationalisierte/globalisierte wirtschaftliche Gewalt. Vor diesem Hintergrund unterstrich der französische Sozialphilosoph André Gorz bezüglich der Auseinandersetzungen um den Euro, wir hätten es „mit einer neuen Form von Klassenkampf zu tun“: „Das globalisierte heimatlose Finanzkapital gegen die Geburt eines supranationalen europäischen Staates. Bisher ist es dem Finanzkapital gelungen, die Nationalstaaten weitgehend zu entmachten und unter Berufung auf die sogenannten Marktgesetze seinem Diktat zu unterwerfen... Das ist die gegenwärtige Lage. Aus ihr gibt es keinen nationalen Ausweg. Wohl aber einen supranationalen. Ein supranationales Staatesgebilde von der Größe der EU könnte den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit für seine Mitgliedstaaten wiederherstellen.“<sup>48</sup> In diesem Sinne erschienen damals die EU einerseits und die USA andererseits als Hauptkontrahenten in dem Kampf, den Kapitalismus in gewissem Maße sozial zu zügeln oder das Soziale hintanzustellen.

### **Außenpolitische Konfliktfelder**

Auch im Bereich der Außenpolitik wuchsen die Konfliktfelder. Bereits vor dem 11. September 2001 lautete in Presse und Politikwissenschaft ein vielbenutztes Stichwort in Bezug auf die USA: unilaterale Politik. Die Liste, da die USA sich gegen die Mehrheit der Staaten der Welt, auch gegen das EU-Europa einschließlich Deutschland, stellten, wurde immer länger. Die Auseinandersetzung um das „Kyoto-Protokoll“ zur Reduzierung der Emission von Treibhausgasen im Spätsommer 2001 war nur eine Facette. Die Verträge zur Begrenzung der nuklearstrategischen Rüstungen interessierten ebensowenig mehr in Washington, wie das Atomteststoppabkommen. Die USA blockierten die Fortentwicklung der internationalen Konvention zum Verbot biologischer Waffen. Sie wollten keine wirksame Begrenzung des Verkaufs und Exports von Kleinwaffen – ist doch der private Waffenbesitz im konservativen Amerika Statussymbol. Die Kinderrechtskonvention mochten sie nicht, schon deshalb, weil sie die Todesstrafe für Personen unter 18 Jahren verbietet. Auch den Internationalen Strafgerichtshof, der in Bezug auf Jugoslawien ins Blickfeld rückte, Stichwort: Milosevic, kritisierten die USA, obwohl sie sich einst zu den Förderern internationaler Gerichtsbarkeit zählten; sie befürchteten, ein ‚voreingenommener‘ Ankläger könnte amerikanische Staatsbürger vor dieses Gericht bringen. Sie wussten schon, warum: kein Imperium konnte je ohne schmutzige Kriege auskommen.

8 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 8. 1997.

## Das amerikanische Problem

Es ist richtig, die USA waren die einzige, aus dem 20. Jahrhundert hinterbliebene Supermacht. Bedeutet dies aber, daß sie beliebig schalten und walten können, wie sie wollen, wie etliche in Washington am Anfang der Zeit von Bush II meinten?

Im Jahre 1944, als klar war, daß Hitlerdeutschland und seine Vasallen besiegt sein werden, dies aber nicht ohne die USA zu leisten war, schrieb der Brite D.W. Brogan ein Buch, das den Titel: „Der amerikanische Charakter“ erhielt. Es sollte dem englischen Publikum die Eigentümlichkeiten der Amerikaner begreiflich machen, war doch damit zu rechnen, dass diese nun länger in Europa bleiben würden als 1918. Das Buch wurde gleich nach Kriegsende ins Deutsche übersetzt und erschien mit Lizenz der amerikanischen Militärregierung.<sup>9</sup> Darin wird auch die „amerikanische Art, Krieg zu führen“, beschrieben. Brogan leitet diese aus der Eroberung des amerikanischen Kontinents ab: weite Räume, die Herbeischaffung der Mittel, diese Räume zu überwinden, jeweils vergleichsweise wenige Menschen, die zur Verfügung standen. So entstand die Praxis schrittweisen Vorgehens, ein Krieg der Verbindungslinien, des Nachschubs, der Schaffung einer Überlegenheit an Hilfsmitteln, an Hartnäckigkeit, an Zahl. Auf diese Weise erreichten die Weißen den Pazifik und verdrängten die Indianer. Auf diese Weise führte der Norden im USA-Bürgerkrieg 1861-65 seine Operationen gegen den Süden. Die Langwierigkeit des amerikanischen Aufmarsches im ersten Weltkrieg, über die Ludendorff zunächst lächelte, folgte ebenso diesem Muster, wie der Aufbau der Zweiten Front im zweiten Weltkrieg: zunächst das Übergewicht an Menschen und Material, dann der Vormarsch Zug um Zug, unaufhaltsam. Erst mit dem Eintritt in die beiden Weltkriege, das heißt durch deutsche Provokation, sind die USA zu einer global agierenden Militärmacht geworden, und sie haben es bleiben wollen, nunmehr sich als imperiale Vormacht fühlend.

In der Rückschau muss gesagt werden, der Kalte Krieg fand ebenfalls nach jenen amerikanischen Spielregeln statt. Nur an wenigen Punkten gab es eine wirkliche Konfrontation mit der Sowjetunion: in Berlin und in der Kuba-Krise. (Die Niederlage in Vietnam gehört in eine andere Kategorie: in die Reihe der Niederlagen von Kolonialmächten gegen sich befreiende Völker; die Briten in Malaya, die Franzosen in Algerien, die Sowjetunion in Afghanistan machten die gleiche „Erfahrung“.) Ansonsten bauten die USA an ihrer globalen Überlegenheit an Mitteln und Ressourcen. Die sowjetischen Führer ließen sich auf das so bewirkte Wettrüsten ein, und wurden schließlich immer hilfloser. Die kommunistische Kapitulation von 1989 war die historische Konsequenz.

Die jetzige Lage ist von der eben beschriebenen jedoch völlig verschieden. Die USA sind wirtschaftlich stärker, als jede andere Volkswirtschaft in der Welt; die anderen zusammen jedoch immer größer. Bereits die EU tendiert zu einem be-

9 D. W. Brogan: Der amerikanische Charakter, Stuttgart: Franz Mittelbach Verlag 1947.

trächtlicheren weltwirtschaftlichen Gewicht, das sich durch den Euro noch weiter erhöht hat. Die USA sind militärisch mächtiger, als jeder andere Staat der Welt. Das russische oder chinesische Potential aber ist wohl hinreichend, seinerseits die Welt zu zerstören. Es gilt also weiter die alte Weisheit aus der Zeit der nuklearen Konfrontation: es gibt keine vernünftigen politischen Ziele, die so realisierbar wären. Die amerikanische militärische Überlegenheit taugt weder, Rußland oder China wirksam militärisch zu erpressen, noch dazu, die volkswirtschaftliche Entwicklung Europas oder Chinas aufzuhalten. Gegenüber der gesamten übrigen Welt ist die amerikanische Art, Krieg zu führen bzw. Konflikte auszutragen, nicht mehr umsetzbar.

Am Ende geht es um die Fähigkeit, unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen politisch vernünftig zu handeln – oder aber sich in den Händen der Welt unilateral zu verschleifen, was nicht ohne Folgen für den Frieden und die USA selbst bleiben wird. Die Europäische Union, China, Rußland, Indien werden dem auf Dauer nicht tatenlos zusehen. Und die USA stehen auf globaler Ebene dem Dilemma gegenüber, mit dem Deutschland in der Vergangenheit in Europa zu tun hatte: bei aller Großmächtigkeit sind die anderen zusammen genommen am Ende doch stärker.

### **Schwerpunktverlagerungen**

In den internationalen Beziehungen haben sich seit Jahrzehnten, verstärkt seit dem Ende des Ost-West-Konflikts weitreichende, gleichsam tektonische Verschiebungen vollzogen. Vier Momente sind hier besonders hervorzuheben:

- die Globalisierung der wirtschaftlichen und Finanzbeziehungen in der Welt und deren technologischer Grundlagen, die die Welt erheblich verändert haben;
- der relative Bedeutungsverlust des militärischen Faktors und die gewachsene Rolle nichtmilitärischer Mittel, Methoden und Potentiale in den internationalen Beziehungen;
- die Relativierung der traditionellen Rolle der Staaten und das stärkere Hervortreten internationaler (UNO, OSZE und andere internationale Organisationen) sowie nichtstaatlicher Akteure (NGO's);
- das immer stärkere Hervortreten einer breit angelegten Sicherheitsproblematik: Sicherheit ist immer weniger ein vor allem militärisch „zu lösendes“ Problem, sondern wirtschaftliche, soziale und andere „weiche“ Faktoren gewinnen eine immer größere Bedeutung; dadurch erhalten die nichtmilitärischen, politisch-diplomatischen und entwicklungspolitischen Momente der Konfliktbearbeitung größeres Gewicht.

Vor diesem Hintergrund erschienen Anfang der 1990er Jahre die europäischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte als relevant – die aus der Entstehung und Entwicklung der EWG/EG/EU und die der KSZE/OSZE, die der Pazifizierung

des Ost-West-Konfliktes in Europa diene: ein auf Kooperation angelegter Politikstil; das Bemühen, die Interessen der anderen zu berücksichtigen und einzubeziehen; die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien; die Schaffung vor allem wirtschaftlicher Anreize für konfliktdämpfendes Verhalten von Staaten oder der respektiven Konfliktparteien.

## **Veränderte Konstellationen und tastendes Vermessen**

Nach dem Ende des Kalten Krieges schien es zunächst ein großes Durchatmen zu geben – wie nach allen großen Kriegen der europäischen Geschichte – angesichts der gewaltigen Kraftanstrengungen, die diese Auseinandersetzung, die unmittelbar auf den zweiten Weltkrieg gefolgt war, gekostet hatte. Bush I hatte seine kurz danach verkündete „Neue Weltordnung“ in eine eher gefällige Rhetorik verpackt; sie enthielt auch kooperativ klingende Worte, aber sie war nicht so gemeint. Die US-Regierung in Gestalt des Außenministers Baker hatte der sowjetischen Führung im Februar 1990 versprochen, daß es auch für die Sowjetunion gut sei, wenn das wiedervereinigte Deutschland unter der Kontrolle der NATO (sprich: der USA) steht, „während gleichzeitig gewährleistet ist, daß die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet“.<sup>10</sup> Doch was schert das Gesagte von gestern? Nachdem umfangreiche NATO-Erweiterungen um Ostmitteleuropa und Südosteuropa längst Realität geworden sind, wird derzeit über NATO-Erweiterungen um die Ukraine, im Kaukasus und im kaspischen Raum debattiert.

Der Krieg gegen Irak 1990/91 galt einem Kriegsverbrecher und Aggressoren; dass die USA Saddam Hussein eine diplomatische Falle gestellt hatten, war im Getöse des Tagesgeschäfts untergegangen.<sup>11</sup> Zudem hatte Bush I davor zurückgeschreckt, den Irak tatsächlich zu besetzen. Ein geschwächter Saddam Hussein, der „die Ordnung“ aufrecht erhielt, und Flugverbotszonen im Norden und Süden, die dazu dienten, den USA nach Belieben einen Vorwand für Bombardierungen im Irak zu schaffen, sowie ein Embargo, in dessen Folge zwar Tausende Kinder und Arme in Irak starben, der Westen aber seine regelmäßigen Öllieferungen erhielt, reichten ihm aus.

10 Michael R. Beschloss, Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991, Düsseldorf u.a.: ECON Verlag 1993, S. 245.

11 Den casus belli schuf faktisch die US-amerikanische Botschafterin, als sie Saddam Hussein auf Anfrage erklärte, daß die USA bei einer Annexion Kuweits ihre Interessen nicht tangiert sähen, was dieser als Akzeptanz verstand, um anschließend die Botschafterin als desavouiert und sich im Konflikt mit der Weltgemeinschaft zu sehen. Allerdings war die völkerrechtliche Sachlage klar: Saddam Hussein hatte ein souveränes Land überfallen und der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte den Militäreinsatz. Vgl. Pierre Salinger/Eric Laurent: Krieg am Golf. Das Geheimdossier, München/Wien: Carl Hanser Verlag 1991, S. 49ff, insbesondere S. 63; Erhard Crome: Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg, in: iPW-Berichte, Berlin, Heft 11-12/1991, S. 40-43.

Bis Mitte der 1990er Jahre schien die strategische Diskussion auch in den NATO-Gremien offen; dann jedoch stellten die US-Vertreter den Dialog auf scheinbar vergleichbarer Augenhöhe ein. In Washington war begonnen worden, über eine neue imperiale Politik nachzudenken, die mit den „Verbündeten“ nicht geteilt werden sollte. Der Jugoslawienkrieg Ende der 1990er Jahre mutete aus dieser Perspektive schwerfällig an, waren doch die Vertreter die anderen Länder in die Entscheidungsgremien des Krieges einzubeziehen. Singuläre imperiale Entscheidungen schienen einfacher. – Hier geht es immer noch um die Entwicklungen in den 1990er Jahren, als der nette Bill Clinton Präsident war. Bush II konnte dann nahtlos daran anknüpfen.

Dennoch gab es zunächst keinen imperialen Konsensus in den USA. Die Neo-Konservativen hatten, wie berichtet wurde, Clinton mindestens dreimal einen Krieg gegen den Irak antragen wollen; er winkte dreimal ab. Henry Kissinger, einer der Vordenker US-amerikanischer Machtpolitik, meinte bereits im Jahre 1992, dass es eine unilaterale Welt nicht geben könne und die USA nach dem Ende des Kalten Krieges erstmals in der Situation sind, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mußten“, nämlich eine interessengeleitete ‚Realpolitik‘ unter der Voraussetzung einer ‚Balance of Power‘ – also keine neue Imperialpolitik. Voller Ironie machte er geltend, die USA hätten bis zum ersten Weltkrieg überhaupt keine tatsächliche Außenpolitik gehabt, und seither eine moralisierende. Schon der Eintritt in den ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt; die amerikanische Position oszillierte „zwischen dem Glauben, der Kommunismus sei absolut böse, und der Auffassung von Kommunismus als Ziel von Konvertierung“, mit der Konsequenz, nun zu glauben, „der Kommunismus sei wegen der Richtigkeit der demokratischen Idee zusammengebrochen“.<sup>12</sup> Es gehört zu den Eigenheiten amerikanischer Politik, internationale Konflikte, die sicherheitspolitisch begründet waren oder aus Machtdivergenzen bzw. Interessenkollisionen herrührten, stets ideologisch aufgeladen zu haben und als „Gut-Böse“-Konstellationen zu verarbeiten. So wurden alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“. Es ist dies der Kontext, in dem abwechselnd Saddam Hussein, Milosevic und Bin Laden zum Wiedergänger von Adolf Hitler stilisiert wurden. Die Politik und Kriegsführung sowie die darum gerankte Rhetorik von Bush II steht in genau dieser Kontinuität. Die von Kissinger gemeinte Umorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik hat nicht stattgefunden, statt dessen wurde eine Volte zu imperialer Politik geschlagen.

12 Henry A. Kissinger: Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

## Frühe deutsche Debatten

In Deutschland war es nach der mit dem „2+4-Vertrag“ zugewilligten Souveränität und der deutschen Vereinigung Anliegen vieler Analytiker der internationalen Beziehungen, die Kontinuität mit der alten BRD zu betonen. Ein Hauptstrang der Überlegungen und Debatten rankte sich vor allem darum. Hanns W. Maull schlug 1992 vor, Deutschland solle in der internationalen Arena als „Zivilmacht“ agieren. Das klang zunächst so: Zivilmacht könne „auf militärische Instrumente nicht völlig verzichten. Allerdings erfüllt das militärische Instrumentarium gegenüber klassischer Macht- und Sicherheitspolitik veränderte Funktionen. Die Funktion militärischer Macht unter den Voraussetzungen von Zivilmacht besteht darin, Konfliktaustragung in nichtmilitärische Formen der Auseinandersetzung zu kanalisieren: ihre wesentlichen Ziele sind Minimalabschreckung, hinlängliche Verteidigungsfähigkeit und die Durchsetzung kollektiver Sicherheit beziehungsweise kollektiver Normen und Entscheidungen.“<sup>13</sup> Nachdem dies vielfach verschrien wurde, galt eine solche Position doch als gegen die NATO-Räson gerichtet, die sich zu jener Zeit gerade „neue Aufgaben“ suchte, hat Maull eine theoretische Volte geschlagen und sie so untersetzt, das sie nicht mehr friedens-orientiert („nur zivile Mittel einsetzen“) interpretiert werden konnte. Dazu benutzte er den Zivilisierungsbegriff des Soziologen Norbert Elias, der festgestellt hatte, „dass gewalt-same Formen der Konfliktaustragung im Verlauf der Entstehung moderner Gesellschaften durch die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols, durch Institutionalisierung alternativer Formen der Konfliktaustragung und durch die Verinnerlichung des Gewaltverbots zunehmend eingehegt und zurückgedrängt wurden“. Das hätte „die Entfaltung der Entwicklungspotentiale gesellschaftlicher Arbeitsteilung“ erlaubt, „die auf Berechenbarkeit und Gewaltfreiheit sozialer Beziehungen angewiesen ist“. In diesem Sinne meinte Maull, den Zivilisierungsbegriff über die Grenzen des Nationalstaates hinaus auf regionale und globale Zusammenhänge erstrecken zu können und – unter Bezug auch auf das von Dieter Senghaas „normativ gewendete“ Elias-Konzept, das dieser als „zivilisatorisches Hexagon“ präsentiert hatte – als außenpolitisches Konzept gelten zu lassen. Danach sind dann „Zivilmächte... Staaten, die sich dem Ziel einer Zivilisierung der Politik verpflichtet fühlen“, einer „Zivilisierung der Politik insgesamt und der internationalen Beziehungen im Besonderen“.<sup>14</sup> Da der Begriff „Macht“ bei solcher Art „Zivilmacht“ aber bereits einen „Gestaltungsanspruch“ enthält, der die Bereitschaft einschließt, „die eigenen Ziele notfalls auch gegen Widerstand durchzu-

13 Hanns W. Maull: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 10/1992, S. 278.

14 Hanns W. Maull: Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmund Schmidt, Günther Hellmann, Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 73f. Die Bezüge sind: Norbert Elias: Über den Prozeß der Zivilisation, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1976, und Dieter Senghaas (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997.

setzen“, kommt Maull zu der Pointe, „die Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Kampfeinsätzen im Kosovo“ sei „Fortführung der außenpolitischen Kontinuitätslinien unter veränderten Vorzeichen“ gewesen.<sup>15</sup>

Michael Staack setzte den Akzent auf den „Handelsstaat Deutschland“. Die hier in Ansatz gebrachte idealtypische Analysefigur geht davon aus, daß nach Jahrhunderten militärischer Stärke und territorialer Expansion nach 1945 eine neue Welt von Handelsstaaten entstanden sei. Für einen solchen „bilden wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstandsmaximierung die herausragenden politischen Ziele. Ein solches Staatswesen verzichtet darauf, vollständige politische Autonomie oder gar ökonomische Autarkie erreichen zu wollen, weil diese Zielsetzungen in einem durch vielfältige Interdependenzen gekennzeichneten internationalen System weitgehend illusorisch geworden seien. Deshalb stelle eine funktionale Differenzierung (internationale Arbeitsteilung) der Staatenwelt im politischen wie im ökonomischen Bereich für den Handelsstaat auch keine Bedrohung, sondern eine wesentliche Bedingung der Kosten-Nutzen-Optimierung dar.“ Japan, die Staaten der EU und insbesondere Deutschland seien gleichsam „Prototypen“ des „kooperativen“ oder „integrierten Handelsstaates“, für den Multilateralismus und Integrationsbereitschaft charakteristisch seien. Er bemühe sich „um Übereinstimmung mit seinen Partnern, um Kooperation mit den wichtigsten transnationalen Akteuren und verfügt über ausreichend Ressourcen an ‚sanfter Macht‘“. Dieses Modell sah Staack ausdrücklich in einem Gegensatz zu dem der „Zivilmacht“, denn letztere sei ein Akteur mit spezifischen außenpolitischen Verhaltensweisen, der die Prozesse der Zivilisierung internationaler Politik voranzutreiben bestrebt sei – der Handelsstaat dagegen nicht.<sup>16</sup>

In einer noch von Dieter S. Lutz herausgegebenen Publikation mühte sich Jürgen Groß aus Sicht der Friedensforschung um eine „Deutsche Strategie im 21. Jahrhundert“. Er ging von zwei analytischen Ausgangspunkten aus: der Perspektive der Globalisierung und der politischen Situation Deutschlands. Zur Globalisierung betonte er: „Der gegenwärtige Globalisierungstrend ist... nicht gleichzeitig auch ein Trend zur globalen Homogenisierung; vermutlich wird auch die zunehmend verflochtene Welt des 21. Jahrhunderts nach wie vor – und vielleicht sogar noch stärker als zuvor – kreuz und quer von unzähligen Linien durchzogen werden, entlang derer sich Wohlstands- und Sicherheitsgefälle erhalten, verfestigen oder gar neu bilden werden. Diese Heterogenität, zweifellos ein potentiell destabilisierender Faktor, ist innerhalb der strategischen Planungshorizonte insgesamt wohl unaufhebbar; bestenfalls kann versucht werden, die vorhandenen Gräben nicht allzu tief und offensichtlich werden zu lassen.“<sup>17</sup> Am wichtigsten für

15 Hanns W. Maull: Deutschland als Zivilmacht, a.a.O., S. 74, 80.

16 Michael Staack: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh 2000, S. 29-32.

17 Jürgen Groß: Stabilität im Chaos – Deutsche Strategie im 21. Jahrhundert. Ein politischer Essay, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 70.

eine deutsche außenpolitische Strategie sei der „Grundsatz der Multilateralität“, und zwar aus drei Gründen: (1) wegen der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Mittel; (2) wegen der Sicherung einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ im militärischen Bereich innerhalb des NATO-Bündnisses und Europas bei gleichzeitiger Fähigkeit, friedenssichernd ggf. eingreifen zu können, und (3) wegen der Spezifik Deutschlands: Die zuvor angestellten „Überlegungen gelten im Grunde genommen für sämtliche Akteure des internationalen Systems, in ganz besonderem Maße aber für Deutschland. Zusätzlich zu dem Berg des Mißtrauens, der sich entlang der Konfrontationslinien des Kalten Krieges aufgebaut hat und der nicht innerhalb weniger Jahre völlig abzutragen ist, existiert bei vielen europäischen Staaten immer noch ein ‚Restmißtrauen‘ gegen den ehemaligen Weltstörenfried Nummer Eins. Dass es überhaupt gelungen ist, diese aus den historischen Erfahrungen wohlbegründeten Vorbehalte auf einen vergleichsweise geringfügigen ‚Rest‘ zu reduzieren, ist nicht zuletzt der Politik der Westintegration zu verdanken, die die Bundesrepublik jahrzehntelang konsequent betrieben hat. Es wäre fahrlässig, diesen Vertrauensgewinn zu verspielen. Eine nationale deutsche Strategie muß also grundsätzlich multilateral angelegt sein.“<sup>18</sup>

Allerdings betonte Groß, dass eine Erweiterung der Europäischen Union „Deutschlands Position im internationalen System“ stärkt, und zwar in doppelter Weise: „Einmal direkt durch die Ausweitung der Stabilitätszone bis weit jenseits der deutschen Grenzen. Zum anderen eher indirekt, indem das ökonomische Machtpotential der Union – und damit auch der potentielle Einfluß Europas – durch die Verbreitung der demographischen und geographischen Basis im Weltmaßstab relativ zunimmt, wovon Deutschland, als stärkste Nation innerhalb der Union, ebenfalls erheblich profitiert. Die tatsächliche Macht der EU resultiert aber weniger aus der bloßen Addition der in den einzelnen Mitgliedsstaaten vorhandenen Kapazitäten, sondern eher daraus, wie effizient diese zusammengeführt werden können, und ob diese gebündelt oder infolge europäischer Uneinigkeiten verzettelt werden bzw. ungenutzt brachliegen. Es wäre daher nur logisch und im Interesse Deutschlands und Europas, die Kooperation unter den EU-Mitgliedern immer enger zu gestalten, die Politik der einzelnen Staaten innerhalb der Union zu ‚harmonisieren‘ und nach außen hin mit nur einer Stimme zu sprechen.“ Die oberste Zielsetzung Deutschlands dabei ist aber ‚Stabilität‘, nicht ‚europäischer Bundesstaat‘ oder ‚Staatenbund‘, und diese „kann durch einen erfolgreichen politischen Prozeß mindestens ebenso gut gefördert werden wie durch die Fixierung eines politischen (Unter-)Ziels. Die europäische Einigung ist selbst kein Grundwert, sondern nur Mittel zum Zweck“.<sup>19</sup> Die Welt sei zwar chaotisch verfaßt, doch die Einbindung in die Europäische Union ein Stabilitätsanker. Das Phänomen, dass man ein „europäisches Deutschland“ meint, aber ein maßgeblich „deutsches

18 Ebenda, S. 81.

19 Ebenda, S. 125, 127.

Europa“ entsteht (um eine Debatte aus der Zeit der deutschen Vereinigung nochmals zu erinnern), wurde durchaus als Problem erkannt. Der Grundtenor aber schien Selbstbeschränkung.

## **Die neue Entgrenzung**

Damit war dann aber bald Schluss. Die Wandlung des Begriffs „Zivilmacht“ hatte es schon gezeigt. Drei Entwicklungen waren dafür von Bedeutung: Erstens der Jugoslawienkrieg der NATO 1999, zweitens die neo-imperialen Wandlungen in den USA und drittens die neo-imperiale Antwort aus Europa.

Bezüglich des unseligen Jugoslawienkrieges ist hier nicht der Ort, Vorgeschichte und politische Verästelungen nochmals darzustellen. Dazu gibt es ganze Bibliotheken. Festzuhalten bleibt zunächst, dass es der erste Krieg war, der unter dem Vorwand geführt wurde, dort „die Menschenrechte“ verteidigen zu müssen. Henry Kissinger hatte zu diesem Problem – Anfang der 1970er Jahre hatte Indien gegen Pakistan Krieg geführt, um das Morden der Pakistaner in Bangladesh, das um seine Unabhängigkeit kämpfte, zu beenden – bereits früher betont: „Wenn eine kurzsichtige und repressive Innenpolitik die militärische Intervention anderer Mächte rechtfertigt, werden in der internationalen Ordnung bald alle Schranken fallen.“<sup>20</sup> Das hat ja nun – gleichsam als Hauptlinie nach dem Kalten Krieg – stattgefunden; die „Verteidigung der Menschenrechte“ gilt inzwischen als wohlfeiles Argument für Kriegsführungsszenarien. Jugoslawien wurde militärisch geschlagen und in unterschiedliche Teile zerlegt: Montenegro ist „unabhängiger“ Kleinstaat, der eng mit der EU kooperiert, der Kosovo wurde selbständig gemacht und bleibt längerfristig ein Protektorat der EU und das verbleibende Serbien wird aufgefordert, so zu wählen, dass es ebenfalls EU-kompatibel werden kann. Allerdings, und das ist der Unterschied der heutigen Wandlungen zu denen, die damals Kissinger mutmaßte, fallen nicht „alle Schranken“, sondern nur die, mittels Krieges die Staatenverhältnisse und ihre Grenzen machtpolitisch neu zu ordnen.

Der Krieg wurde jedoch nicht von heute auf morgen hoffähig. Er musste dazu gemacht werden. So gab es eine Vorgeschichte, die gleichsam hinter dem Rücken der oben erwähnten Debatten bald nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der deutschen Einheit begann. Der Friedensforscher Klaus Jürgen Gantzel schrieb dazu im Jahre 2002: „Seit zehn Jahren erscheinen zunehmend Veröffentlichungen mit einer Tendenz, kriegerische Gewalt als unvermeidlich zu überhöhen oder ihr Positives abzugewinnen. Es begann mit eines Soziologen Lob des Krieges als Schöpfer von Wir-Gefühl und Befriediger von Abenteuerlust. Es setzte sich fort mit der Relativierung von Krieg als kulturbedingt und damit der Rechtfertigung von Gewalt bei dem Militärverehrer John Keegan; mit der undifferenzierten Kopf-

20 Henry A. Kissinger: Memoiren 1968-1973, München: Bertelsmann 1979, S. 970.

geburt von Enzensberger, der schon in vandalistisch aufgeschlitzten Sitzpolstern in der U-Bahn Ausgeburten des ‚molekularen Bürgerkriegs‘ sah; mit der schicksalhaften Gewaltbestimmtheit des Menschen und der Anthropologisierung der Kriegsgeneigtheit bei Sofsky... Der veränderte analytische und normative Umgang mit Krieg, kollektiver Gewalt, Barbarei, Völkermord und Grausamkeit irritiert, zumal die deutsche Gesellschaft doch im Gegensatz zu ihrer Vergangenheit erstaunlich friedfertig geworden ist. Die Irritation wird gesteigert durch die Tatsache..., dass seit einigen Jahren zunehmend über ‚neue Kriege‘ publiziert wird, über einen angeblich neuen Typ von Krieg.<sup>21</sup> Entscheidend an dieser Stelle ist nicht, welche publizistische Reichweite die erwähnten Bücher jeweils hatten, sondern dass Schritt für Schritt eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der über Krieg wieder gesprochen wurde wie über das Wetter oder den Dollarkurs. Galt Krieg – während des Ost-West-Konfliktes in Europa und als der thermo-nukleare Weltkrieg – als das Udenkbare, das Ende der Zeiten, die Apokalypse schlechthin, so wurde er jetzt „normalisiert“: wenn’s denn sein muss, führt man ihn. Das hatte jedoch zur Voraussetzung, dem Kriege die Idee des Krieges voranzuschicken. Und das geschah, für die meisten damals unmerklich, bereits seit Anfang der 1990er Jahre. Deutschland wurde 1999 kriegsbereit gemacht, indem der Außenminister Joseph Fischer meinte, „Auschwitz“ frivol als Argument zum Kriege bemühen zu können.

Danach beschleunigte sich das Geschehen – ist das zuvor Udenkbare erst einmal eingetreten, wird es veralltäglicht. Als ein Hauptmittel dafür diente das Konzept der „Neuen Kriege“. Das war ein Zombie, geboren aus den Jugoslawienkriegen Ende der 1990er Jahre, und begann mit einem Buch der britischen Forscherin Mary Kaldor. Sie meinte, die Gewalt, die nach dem Ende der Sowjetunion im Kaukasus und im zerfallenden Jugoslawien entstanden war, mit der in Afrika und Südasien seit den 1980er Jahren vergleichen zu können. Diese Kriege seien im Unterschied zu früheren gleichsam typologisch etwas anderes, zwar lokal verortet, aber transnational eingebunden. Von früheren Kriegen unterschieden sie sich hinsichtlich der Ziele, der Art der Kriegsführung und der Finanzierung. „Die neuen Kriege haben, im Gegensatz zu den geopolitischen oder ideologischen Motiven früherer bewaffneter Konflikte, eine Politik der Identität zum Ziel.“<sup>22</sup> Sie seien zwar in die globalisierte Welt und Weltwirtschaft eingebunden und könnten nur dank dessen ausgetragen werden, hätten wegen dieses identitären Hintergrunds aber eine gegen die Globalisierung gerichtete Stoßrichtung.

21 Klaus Jürgen Gantzel: Neue Kriege? Neue Kämpfer? Arbeitspapier Nr. 2/2002, Universität Hamburg – IPW, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (<http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publ/ap2-02.pdf>), S. 1. Er bezieht sich dabei auf: Karl Otto Hondrich: *Lehrmeister Krieg* (1992); John Keegan: *Die Kultur des Krieges* (1995); Hans Magnus Enzensberger: *Aussichten auf Bürgerkrieg* (1996); Wolfgang Sofsky: *Traktat über die Gewalt* (1996).

22 Mary Kaldor: *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 15.

Gantzel merkte dazu an, dass diese Hauptthese „eine starke ethnologistische oder psychologistische Verengung des Blickwinkels“ bedeute, die einer tatsächlichen Analyse, etwa der Situation Jugoslawiens vor den Kriegen, nicht standhält.<sup>23</sup> Am Ende stellte er fest: „Die modische Rede von den ‚neuen‘ Kriegen mag daher rühren, dass die Ost-West-Konfrontation bei etlichen Wissenschaftlern zu viel Aufmerksamkeit für die sog. kleinen Krieg absorbierte, so dass sie erst seit relativ kurzer Zeit in ihr Blickfeld gerieten. Dabei hat dann wohl auch mitgewirkt, dass die Massenmedien sich den Kämpfen außerhalb der OECD-Staaten mehr zuwandten als vorher und die Greuel drastisch in die Wohnstuben transportierten. Nicht zuletzt haben die Greuel der so nahen Jugoslawienkriege aufgeschreckt. Darüber hinaus wäre aber zu untersuchen, ob die ‚Neuentdecker‘ – bewusst oder unbewusst, zumindest unbedacht – nicht einer tieferen Strömung zu Diensten sind. Ihre generalisierenden Darstellungen einer unmenschlichen Kriegswelt wecken diffuse Bedrohungsgefühle, die geeignet sind, einer sich bis in Privat-zonen hineinfressenden Sicherheitspolitik den Weg zu ebnen, die letztlich zerstört, was zu schützen sie vorgibt: eine starke demokratische Gesellschaft. Solche Bedrohungsgefühle können aber auch dazu genutzt werden, einem bloßen Draufhauen Vorschub zu leisten, etwa auf eine erfundene ‚Achse des Bösen‘.“<sup>24</sup> Die „tiefere Strömung“ ist die Normalisierung des Krieges, die Schaffung einer Atmosphäre, in der er geistig und moralisch akzeptiert wird. Mit anderen Worten: Wer Soldaten an den Hindukusch und in andere Weltgegenden schicken und die „Innere Sicherheit stärken“ will, das heißt liberale Freiheits- und Persönlichkeitsrechte weiter abbauen, braucht dieses Bedrohungsgefühl – je diffuser und nicht rational begründet, desto besser – und daher das Konstrukt von den „neuen Kriegen“.

Das Buch von Kaldor hatte diese Wirkung nicht. Doch nach dem 11. September 2001 stieg die Nachfrage nach einer solchen. In diese Lücke rückte dann Herfried Münkler, eigentlich Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin, mit einem entsprechenden Angebot ein. Zunächst veröffentlichte er ein Buch zum Thema selbst: „Die neuen Kriege“. Darin räumte er ein, die Konfliktgründe und Gewaltmotive seien unübersichtlich. Seine Folgerung war jedoch nicht, sich nunmehr genauer mit diesen Unübersichtlichkeiten zu befassen, sondern eine Verkürzung: Er bevorzuge „den unscharfen, aber offenen Begriff der neuen Kriege“. So neu seien diese zwar auch wieder nicht, vielmehr ließen sie sich „in gewisser Hinsicht als eine Rückkehr hinter die Anfänge der Verstaatlichung des Kriegswesens beschreiben“ und wiesen Parallelen insbesondere mit dem Dreißigjährigen Krieg in Deutschland (1618-48) auf.<sup>25</sup> Am Ende seiner Begründung des Themas kommt er zu der apodiktischen Setzung: „Was als Krieg zu bezeichnen ist und was nicht, ist spätestens seit dem 11. September 2001 keine in-

23 Gantzel, a.a.O., S. 3.

24 Ebenda, S. 16.

25 Herfried Münkler: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 2004 (ursprünglich 2002), S. 9. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.

nerakademische Frage mehr, sondern eine Entscheidung von womöglich weltpolitischer Relevanz.“ (S. 12) Bei diesem Satz allerdings handelt es sich nicht um wissenschaftliche Begriffsbildung, sondern um eine politische Aussage: Krieg ist das, was wir dafür halten. Auf dieser Ebene liegt denn auch die Behauptung, „große Teile der Friedens- und Konfliktforschung“ seien „angesichts der Herausforderung durch die neuen Kriege“ in „Verwirrung“ geraten (S. 63). Also „Helm ab zum Gebet, und nicht rumräsoniert!“

Die ideologische Rolle dieses Münkler-Buches erschließt sich nicht dadurch, dass man schaut, wie die Hintergründe, Techniken, Strategien und materiell-technischen Grundlagen unterschiedlicher Krieger in die europäische Geschichte eingeordnet und politische, soziale und geistige Querverbindungen beschrieben sind. Viele der Darstellungen sind sachgerecht und zeugen von einer breiten Auswertung entsprechender Forschungsergebnisse und Publikationen. Wesentlich ist – abgesehen von den immer wiederkehrenden, durch den Autor durchweg nicht begründeten Invektiven gegen die Friedensforschung – die Herstellung der für die „neuen Kriege“ heute angeblich relevanten Begründungszusammenhänge. Das geht über mehrere Schritte. Als Besonderheiten der „neuen Kriege“ werden zunächst ausgemacht: (1) die bereits erwähnte Entstaatlichung bzw. Privatisierung kriegerischer Gewalt; (2) deren „Asymmetrisierung“, was meint, „dass in der Regel nicht gleichartige Gegner miteinander kämpfen. Es gibt keine Fronten mehr, und deshalb kommt es auch nur selten zu Gefechten“. Stattdessen richte sich die Gewalt „gegen die Zivilbevölkerung“; (3) eine „Verselbständigung... vordem militärisch eingebundener Gewaltformen“ (S. 10/11). Das deckt sich mit den Bildern, die die Leser gesehen haben.

Was aber ist mit den Ursachen? Zunächst wird, hier mit Blick auf die „Verteilungsdichte der Kriege“ Ende des 20./ Anfang des 21. Jahrhunderts, scheinbar ganz empirisch festgestellt: Wo eine stabile Staatsbildung stattgefunden habe, etwa in Europa und Nordamerika, hätten sich „Zonen eines dauerhaften Friedens“ entwickelt. In anderen Weltgegenden gäbe es zwar ebenfalls Staaten, es sei aber „nicht zu einer ähnlich robusten Staatlichkeit gekommen, wie in Europa“ (S. 16). Dies wiederum hätte seine Ursachen in einem „Mangel an integren und korruptionsresistenten politischen Eliten“ sowie in Bodenschätzen, „die durch ihre weltwirtschaftliche Vermarktung zu Quellen des Reichtums für jene werden können, die sie notfalls auch mit Gewalt unter ihre Kontrolle bringen“. Die Verantwortung der ehemaligen Kolonialmächte für die Abwesenheit derlei „Eliten“ und die Rolle des Westens als Käufer dieser Rohstoffe werden geflissentlich ausgeblendet, um zu der Folgerung zu kommen, die Entstehung der „neuen Kriege“ habe stets mehrere Ursachen, „monokausale Ansätze“ würden zu kurz greifen, wozu denn auch Imperialismustheorie gezählt wird (S. 17). Damit hat der Westen mit den Kriegsursachen nichts mehr zu tun.

Dieses war der erste Streich. Der zweite ist die Feststellung: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hätten wir es mit einer „weltpolitischen Asymmetrie“ zu

tun. „Kein Staat der Erde, auch nicht eine Koalition von Staaten, kann heute den USA mit militärischen Mitteln Paroli bieten“. Anders sähe es jedoch aus, „wenn diese asymmetrischen Konstellationen ihrerseits mit Strategien der Asymmetrisierung beantwortet werden“, wozu „der Partisanenkrieg, der Terrorismus“ und die Intifada gerechnet werden (S. 49). Die waffentechnische Entwicklung hat dazu geführt, dass es eine sichtliche „Ungleichverteilung von Töten und Sterben“ gibt. „Der Pilot eines Kampfbombers oder die Besatzung eines Kriegsschiffs, von dem aus Tomahawk-Raketen abgefeuert werden, befinden sich außerhalb der Reichweite gegnerischer Waffen. Der Krieg hat hier alle Charakteristika der klassischen Duellsituation verloren und sich, zynisch gesagt, gewissen Formen von Schädlingsbekämpfung angenähert.“ (S. 234)

Der dritte Streich nun ist: Da der Schädling „keinerlei Aussicht auf eine Re-symmetrisierung durch Steigerung der eigenen Anstrengungen“ hat, setzt er auf eine „systematische Asymmetrisierung der Gewaltmittel“ (S. 194), eine „terroristische Umkehrung der Machtasymmetrie“. Der Terrorismus ziele hauptsächlich „nicht auf die unmittelbaren physischen, sondern auf die psychischen Folgen der Gewaltanwendung“ (S. 177). Den eigenen Leuten und denen, für die man zu kämpfen meint, wird signalisiert, „dass Widerstand gegen eine unendlich überlegen erscheinende Macht nicht nur möglich ist, sondern auch erfolgreich sein kann“ (S. 180). Der eigentliche Adressat des islamischen Terrorismus und des 11. September aber sei, „den Angegriffenen, also im Prinzip allen in der westlichen Welt Lebenden und Arbeitenden,“ mitzuteilen, „es werde für sie von nun an keinerlei Sicherheit mehr geben, nirgendwo und niemals. Trotz ihrer gewaltigen technischen, ökonomischen und militärischen Überlegenheit seien die USA nicht in der Lage, ihre Bürger und Einrichtungen zuverlässig und sicher zu schützen“ (S. 202).

Der vierte Streich nun ist die Behauptung, bei symmetrischen Kräftekonstellationen seien „die Chancen von Lernen und Lernverweigerung tendenziell gleichmäßig verteilt; asymmetrische Konstellationen hingegen bringen Ungleichheiten bei Lernvermögen und Lernblockaden mit sich.“ Hier ist jetzt nicht der Ort, über das Lernvermögen etwa von Hitler im zweiten Weltkrieg zu debattieren. Auch dies wieder so ein Münkler-Satz, der gesetzt, aber nicht begründet ist, weder theoretisch noch empirisch oder historisch. Er braucht ihn aber, um den Schlußsatz des Buches zu formulieren: „Das läßt erwarten, dass wir in ausgesprochen unruhige und bewegte Zeiten hineingehen“ (S. 243). Dies ist denn ja wohl das Ziel: Eine unsichere Lagebeschreibung herzuleiten, mit der die Herrschenden bzw. Regierenden dann ihre Folgerungen begründen können, die wiederum auf neuerliche Militäreinsätze, Steigerung der Rüstungsausgaben und Abbau demokratischer Rechte im Innern hinauslaufen. Das wären dann der fünfte, sechste und siebente Streich, um im Bilde zu bleiben. Die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen, militärischen und moralischen Hintergründe und Zusammenhänge der gegenwärtigen Gewalt- und Kriegskonstellationen sollen absichtlich im Dunkel bleiben. So

spricht Münkler denn auch von dem „zum Subjekt avancierte(n) Krieg“, der „an den Grenzen Europas und Nordamerikas nicht Halt machen“ werde (S. 62). Das bedeutet dann für die in Ansatz gebrachte Methode: „Statt abstrakter rechts- und moralphilosophischer Erörterungen, imperialismuskritischer Einwände und allgemeiner Thesen über den Wandel der Weltordnung sollten für eine politikwissenschaftliche Analyse jedoch eher die Dynamiken und Eskalationsmechanismen der innergesellschaftlichen und transnationalen Kriege als Ausgangspunkt der Überlegungen dienen“ (S. 224). So begründet sich der Krieg aus sich selbst und bedarf keiner weiteren Erklärung.

Die breite Behandlung der Argumentationsfiguren von Münkler ist hier nicht deshalb erfolgt, weil seine Darstellungen theoretisch so gehaltvoll wären, sondern weil sie die Begründungszusammenhänge der derzeit von den Mächtigen des Westens gemachten Politik widerspiegeln; die derzeitige Politik und diese Art Wissenschaft liefern sich gegenseitig die Argumente. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein vereinzelt Buch, sondern um eine ganze Batterie von Ausarbeitungen, die jedoch alle um das gleiche Anliegen kreisen: Den Westen in seiner neuen Kriegskonstellation geistig zu befördern.

Zeitgleich mit dem oben zitierten Buch wurde eine Auseinandersetzung Münklers mit theoretischen Debatten um den Krieg publiziert, von Thukydides und Plato über Clausewitz und Friedrich Engels bis zu Enzensberger und Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen.“<sup>26</sup> Die Pointe hier entspricht der oben zitierten, sie stützen sich gleichsam gegenseitig: „Was die Konfliktenwicklung der letzten Jahre, für die die Anschläge des 11. September den symbolträchtigen Höhepunkt bilden, so bedrohlich werden lässt, ist das Zusammentreffen von Asymmetrisierungsstrategie und religiöser Motivation... Die politisch-legitimatorischen Begrenzungen der Gewalt, denen frühere Terrorisismen unterlagen und die sie weithin akzeptiert haben, waren damit dahin, und es steht zu erwarten, dass sie nicht wieder errichtet werden können. Damit hat die terroristische Bedrohung völlig neue Dimensionen angenommen.“<sup>27</sup> Auch dies wieder eine „wertfreie Tatsachenfeststellung“, die völlig davon absieht, dass es der Westen war, der die Verbindung zwischen Terrorismus und islamischem Extremismus zielstrebig hergestellt und befördert hat, um der Sowjetunion ihre strategische Niederlage in Afghanistan zu bereiten.<sup>28</sup>

Einer der aus den Bedrohungsszenarien abgeleiteten Diskussionspunkte ist die Frage nach der Kriegsbereitschaft bzw. Kriegsfähigkeit unserer Gesellschaft. „Friedensliebe und Angreifbarkeit“ werden in eins gesetzt.<sup>29</sup> In seiner Darstellung der Lage bezieht sich Münkler hier auf Robert Cooper, der als enger Berater des

26 Vgl. Herfried Münkler: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel der theoretischen Reflexion, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2002.

27 Ebenda, S. 264.

28 Vgl. Mahmood Mamdani: Guter Moslem, böser Moslem. Amerika und die Wurzeln des Terrors, Hamburg: Edition Nautilus 2006.

29 So eine Zwischenüberschrift in: Herfried Münkler: Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, S. 338.

britischen Premiers Tony Blair galt und dann Mitarbeiter von Javier Solana wurde, des „Außenministers“ der Europäischen Union. Die Gesellschaften Europas seien „postheroische“, weil mit dem Voranschreiten gesellschaftlicher Entwicklung, mit Wohlstandsstaat und sozialer Sicherheit Heldentum nicht mehr positiv besetzt ist und Lehren aus den beiden Weltkriegen gezogen wurden. So gelte: „Die postheroischen Gesellschaften Europas sind – von wenigen Ausnahmen an ihren Rändern abgesehen – in einen Zustand des Friedens eingetreten, der durch das allmähliche Verschwinden reziproker Kriegsführungsfähigkeit gekennzeichnet ist. Aber dieser europäische Frieden, von Robert Cooper als der politische Aggregatzustand der postmodernen Welt bezeichnet, hat sich nicht globalisieren lassen. Cooper begreift die weltpolitischen Konstellationen infolgedessen als dreigeteilt: Neben den postmodernen Konstellationen der Europäischen Union steht die Welt der Moderne, in der die internationale Politik nach wie vor den klassischen Konkurrenz- und Konfliktszenarien der internationalen Politik folgt,... und an den Rändern beider politischer Welten wiederum befindet sich eine vormoderne politische Welt, in der es entweder zu keiner erfolgreichen Staatenbildung gekommen ist oder die ansatzweise ausgebildeten Staaten schon bald wieder zwischen Tribalität und Globalisierung zerrieben wurden. Während die USA in der modernen Welt dafür sorgen, dass es nicht zum Ausbruch großer Kriege kommt, indem sie risikobehaftete Ungleichgewichte mit ihrer überlegenen Macht austarieren, hat sich in der prämodernen Welt ein latenter Kriegszustand entwickelt, der gelegentlich durch kleinere Interventionen aus der modernen bzw. postmodernen Welt unterbrochen, aber nicht dauerhaft beendet wird.“<sup>30</sup> Eine machtpolitische Interpretation der heutigen Welt, in der Krieg in der Tat als sehr normale Sache gilt: Die imperiale Hegemonialmacht USA als positive Garantiemacht des Weltfriedens (und das in Zeiten der Kriegsführung unter Bush II, unter deutscher Beteiligung auch in Afghanistan und anderswo); dauerhafte Kriegsgefahr in den Ländern des Südens („weil sich die Eingeborenen sich selber zu regieren vermögen“) und eine daraus abgeleitete allgemeine Berechtigung der Länder des nordatlantischen Raumes, nach Belieben im Süden zu intervenieren.

### **Das Denken einer „europäischen Antwort“**

Diese Pointe war zuvor in Münklers Buch über Imperien entwickelt worden. Das ist sozusagen die umgekehrte Perspektive der „neuen Kriege“. Den Ausgangspunkt bildet die Vorstellung, Imperien würden Ordnung verkörpern gegen Unordnung und Chaos; sie sichern nach innen und außen den Frieden. Dabei müssten die überkommenen anti-imperialistischen Vorstellungen überwunden werden. Imperiales Agieren sollte nicht von vornherein „als schlecht und verwerflich wahr-

30 Ebenda.

genommen“ und das Imperium „als eine Form von Problembearbeitung neben der des Staates und anderer Organisationsformen des Politischen angesehen“ werden.<sup>31</sup>

Wieder scheinbar wertfrei wird der These vom Ende des imperialen Zeitalters widersprochen und innerhalb der langen Liste des Vergleichs von Imperien – die vom alten Athen und dem Römischen Reich über das spanische, französische und britische Kolonialreich, das Osmanische Reich, das Russische Reich und die Sowjetunion bis zu den USA reicht – das nach-koloniale Weltgefüge zugunsten des Westens relativiert: „Nachdem es im Lauf des 20. Jahrhunderts zu einem erheblichen Machtzuwachs der Peripherie gekommen war, weil Imperien nicht mehr mit ‚voller Härte‘ gegen Insurrektionen vorgehen konnten, schien die These vom Ende des imperialen Zeitalters plausibel. Aber sie erwies sich sehr schnell als voreilig. Statt zu einem definitiven Ende aller Imperien kam es zu einem neuerlichen Formwandel imperialer Ordnung. Dabei hat die imperiale Ordnung zunächst die bodengestützte Kontrolle der Territorien, die sie angreifbar und verletzbar machte, aufgegeben und sich auf die Kontrolle aus der Luft beziehungsweise dem Weltraum verlegt. So kann sie partiell und selektiv eingreifen. Was dem Imperium an politischen Möglichkeiten verloren ging, hat es durch technologische Entwicklungen kompensieren können.“ (S. 211f). Wer vor dreißig Jahren von Neokolonialismus redete, wurde der Propaganda geziehen. Das gleiche gilt jetzt als Errungenschaft von Weltordnung.

Die USA haben, das konstatiert auch Münkler, nach dem Kalten Krieg und dem Golfkrieg von 1990 weiter am Ausbau ihres militärischen Potentials gearbeitet und auf imperiale Politik gesetzt. So war durch die Entwicklung und Politik der USA „das Imperium als politisch-ökonomisches Ordnungsmodell wieder in der Diskussion“ (S. 226). Der Meinung von Dan Diner, das US-Empire sei nichts anderes als die machtpolitische Absicherung des Weltmarktes, widerspricht Münkler jedoch und betont den – aus seiner Sicht wesentlichen – Unterschied zwischen „imperialer“ und „imperialistischer“ Politik. Imperiale Politik stellt die Interessen des Zentrums in den Mittelpunkt und interessiert sich für die Peripherie nur insofern, wie sie für das Zentrum von Vorteil ist; imperialistische Politik dagegen sieht die größten Herausforderungen an den Rändern und nicht im Zentrum selbst. In diesem Sinne ist Bill Clinton ein klügerer Imperiumspolitiker gewesen als Bush II. Und was Militärinterventionen anbetrifft: Zur Sicherung der Erdölversorgung sind sie „rational, aber solche zur Beendigung von Bürgerkriegen außerhalb des imperialen Zentralbereichs mit anschließendem *nation-building* irrational“ (S. 234).

Anders, als es der Titel verspricht, zielen die Erörterungen Münklers zum Thema Imperien letztlich nicht auf die USA, sondern auf die Europäische Union. Sie müsse sich zu den „übermächtigen USA“ ins Verhältnis setzen und zugleich den Herausforderungen ihrer Umgebung begegnen. „Europa muß sich gegenüber

31 Herfried Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin: Rowohlt Verlag 2005, S. 10. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.

den USA als ein Subzentrum des imperialen Raumes behaupten und darauf achten, dass sich zwischen den USA und ihm kein Zentrum-Peripherie-Gefälle herausbildet. Auf der anderen Seite müssen die Europäer sich aber auch um ihre instabile Peripherie im Osten und Südosten kümmern, wo es gilt, Zusammenbrüche und Kriege zu verhindern, ohne dabei in eine Spirale der Expansion hineingezogen zu werden, die das verfasste Europa in seiner gegenwärtigen Gestalt überfordern würde.“ (S. 247) Der Zwang zum gemeinsamen Handeln der EU komme von außen und die innere Entwicklung müsse ihm folgen (nicht umgekehrt !). Um an der europäischen Peripherie stabilisierend zu wirken, brauche es eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei geht es nicht nur um den überschaubaren Balkan, „sondern um einen Bogen, der von Weißrussland und der Ukraine über den Kaukasus in den Nahen und Mittleren Osten reicht und sich von da über die afrikanische Mittelmeerküste bis nach Marokko erstreckt“ (S. 250). Da auch die Erweiterung der EU nicht überdehnt werden dürfe, biete sich „das imperiale Ordnungsmodell“ zur Stabilisierung der verschiedenen Grenzlinien an. Es gelte, „die europäischen Außengrenzen stabil und elastisch zu machen. Das schließt Einflußnahmen auf die Peripherie ein, die eher imperialen als zwischenstaatlichen Vorgaben ähneln. Europas Zukunft wird darum ohne Anleihen beim Ordnungsmodell der Imperien nicht auskommen.“ (S. 254) Damit hätte sich dann auch die EU von den Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, von der UNO-Charta verabschiedet.

Das Imperien-Buch von Münkler und die anschließend darum gerankten Diskurse haben die Tür zur Debatte um imperiale Politik Europas auch in Deutschland geöffnet. Durch diese Tür sind inzwischen weitere Beiträge getreten. Der „Spiegel“-Redakteur Gabor Steingart veröffentlichte 2006 ein Buch über den kommenden „Weltkrieg um Wohlstand“, in dem sich „Europa“ vor allem gegenüber China und Indien entsprechend positionieren müsse.<sup>32</sup> Alan Posener, Kommentarchef der „Welt am Sonntag“, publizierte 2007 ein Werk zu dem Thema, dass Europa Weltmacht werden müsse und das Imperium der Zukunft sei. Der Band wurde bereits im selben Jahr von der Bundeszentrale für politische Bildung zur öffentlichen Verbreitung übernommen.<sup>33</sup> Dieses Buch übernimmt in mancher Hinsicht die Münkler’schen Perspektiven, insbesondere die positive Besetzung des Imperiums-Begriffs als Ordnungsmacht des 21. Jahrhunderts und die Vorstellung von konzentrischen Kreisen, die eine differenzierte Herrschaftsgestaltung vom Zentrum zur Perspektive ermöglichen. Zugleich sieht er in der imperialen Struktur stärker eine Form der Überwindung des Nationalstaates.

In dreierlei Hinsicht muss dieses Werk aus einer friedenspolitischen und kritischen Perspektive als politische Bekundung spezifische Aufmerksamkeit finden.

32 Gabor Steingart: *Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*, München, Zürich: Piper Verlag 2006.

33 Alan Posener: *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muß*, München: Pantheon Verlag 2007; hier: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007. Seitenangaben nach dieser Ausgabe.

*Erstens* wird sehr offen dargestellt, dass der gesamte Prozeß der Osterweiterung der EU bereits ein imperialistischer Vorgang war. Das beginnt mit der Darstellung der deutschen Vereinigung unter der Überschrift „Europas sanfter Imperialismus“. Dazu heißt es: „Westdeutschland traute sich 1989 zu, seine politische, wirtschaftliche, juristische, administrative und soziale Ordnung dem ehemaligen sozialistischen Musterland DDR überzustülpen. Mit einer nationalen Widerstandsbewegung war nicht zu rechnen, da die ‚Wessifizierung‘ Ostdeutschlands ja im Namen der Nation – der Wiederherstellung der inneren Einheit Deutschlands – erfolgte. Soziale Unruhen könnten mit massiven Transferleistungen erstickt oder gedämpft werden. So kam es auch.“ Westeuropa habe sich einen solchen Kraftakt gegenüber Osteuropa jedoch nicht zugetraut. Deshalb „fand die Wiedervereinigung des Kontinents nicht schon 1990, sondern erst 2004 statt“. Es sei deutlich, „dass die Osterweiterung der EU ein imperiales Projekt war. Nicht die Wünsche der Beitrittsländer bestimmten das Tempo der europäischen Wiedervereinigung, sondern die Bedingungen der Mitgliedsländer“ (S. 89f). Ein Hinterfragen des gesellschaftlichen Modells war bei der Osterweiterung der EU ebenso wenig vorgesehen, wie bei der deutschen Vereinigung. „Die Illusion der Freiwilligkeit ermöglicht die imperiale Übernahme. Wo diese Illusion nicht unbedingt nötig ist, wird sie auch nicht aufrechterhalten. Bosnien-Herzegowina etwa wird von einem ‚Hohen Repräsentanten‘ der Europäischen Union verwaltet, der ähnliche Vollmachten hat wie der Gouverneur einer britischen Kolonie“ (S. 95)

*Zweitens* wird die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ als Fortsetzung dieser imperialen Politik in dem nächsten konzentrischen Kreis der abgestuften Herrschaft vom Zentrum zur Peripherie, dem „größeren Europa“ angesehen. Aufgezählt werden Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrußland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine. „Damit sind die denkbaren Mitglieder des Imperiums genannt, die äußersten Grenzen Europas im 21. Jahrhundert wohl abgesteckt.“ (S. 100) *Drittens* sei Europa ein Imperium, die USA aber nicht: Imperium heißt langfristige und nachhaltige Durchdringung. „Während die USA den Irakern einen Crash-Kurs in Sachen Demokratie zumuten und fieberhaft nach einer ‚Exit-Strategie‘ für ihre Truppen suchen, sind die Europäer nach über einem Jahrzehnt und der Ausgabe von zig Milliarden Euro in Bosnien noch nicht von der ‚Reife‘ des Volkes überzeugt. Amerikas Haltung ist die einer demokratischen Supermacht, die imperiale Verantwortung scheut. Die Haltung Europas ist die eines klassischen Imperiums.“ (S. 97) Weshalb es dann auch einen ganzen Abschnitt zu dem Thema gibt: „Warum Amerika kein Imperium ist“.

Die vielleicht aufschlussreichste Aussage bei Posener ist, dass EU-Europa, „von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt“, bereits eine imperiale Macht ist und als solche agiert. Die gegenwärtigen Bedrohungen, die sich so für den Frieden ergeben, sind offenbar größer, als sich im öffentlichen Bewußtsein bisher widerspiegelt.

THOMAS ROITHNER

## **Die Europäische Union als „global player“. Die Militarisierung der Sicherheitspolitik und ihre Alternativen**

*„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

*Jean-Claude Juncker, in: Der Spiegel 52/1999, 136*

### **Einführung**

Nach der Währungsunion hat die EU in der Sicherheitspolitik „die schnellsten und spektakulärsten Fortschritte erzielt“ (Solana 2005, 5), führt der Hohe Repräsentant der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana angesichts einer Bilanz über die ersten fünf Jahre GASP aus. „Die Verteidigung ist ein Schüsselement des europäischen Einigungsprozesses geworden. Sie kommt schneller voran als die Währungsunion“, so die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie im Februar 2004 zur künftigen Bedeutung der EU-Militärpolitik. Der Integrationsprozess der EU definiert sich in Sicherheitsfragen zunehmend militärisch.

Die Union verfügt heute über eine einsatzbereit erklärte militärische Interventionstruppe von 60.000 SoldatInnen, die im gesamten „Petersberger Spektrum“ (von humanitären Einsätzen bis zu Kampfeinsätzen) autonom innerhalb von 60 Tagen eingesetzt werden kann. Die Interventionstruppe ist nicht als stehendes Heer konzipiert, sondern setzt sich multinational zusammen. Am Balkan („Concordia“ in Mazedonien und „Althea“ in Bosnien und Herzegowina) oder in Afrika („Artemis“ im Kongo) war diese Truppe u.a. – teilweise bereits autonom (ohne NATO) – im Einsatz. Über ein Dutzend Operationen der EU mit polizeilichem, zivilem oder militärischem Charakter sind abgeschlossen oder im Laufen (Roithner 2007, 11). Um diese 60.000 SoldatInnen – mit Marine und Luftwaffe etwa 80.000 – im Rotationsprinzip permanent einsetzen zu können, müssten für Ausbildung, Bereitschaft, Nachbereitung, Ruhepausen und den Einsatz selbst nach unterschiedlichen Schätzungen die drei- bis fünffache Anzahl an SoldatInnen zur Verfügung stehen. Die konkreten Kapazitäten dafür stehen in einigen EU-Mitgliedstaaten jedoch lediglich am Papier bereit und es ergibt sich eine Lücke aus Absichten und gegenwärtig tatsächlich vorhandenen Ressourcen. Der größte Truppensteller ist Deutschland.

Angesichts der geplanten – und aufgrund der sozialen Verwerfungen öffentlich wenig auf Akzeptanz stoßenden – Rüstungsprogramme verlangt die EU von ihren

Mitgliedsstaaten „kreative Lösungen“ (Europäischer Rat 10.12.2001, Pkt. 12) zur Finanzierung der Rüstungsvorhaben. Seit den Terroranschlägen in den USA am 11.9.2001 gehört die Terrorbekämpfung für die EU zum „Kernstück der Außenpolitik“ (Europäischer Rat Sevilla, 21./22.6.2002, Anl. V, Pkt. 2). Im Prozess der GASP werden die UNO und die OSZE zu Gunsten eigener EU-Interventionskapazitäten in kleinen Schritten marginalisiert. Ernstgemeintes ziviles Krisenmanagement bleibt budgetär und von der politischen Prioritätensetzung weit im Schatten der EU-Militärpolitik, auch wenn in diesem Bereich große Fortschritte erzielt wurden. Die EU-Sicherheitspolitik ist nach wie vor von nationalen Interessen geleitet. Grundsätzliche Fragen von EU-Militäreinsätzen haben derzeit eine Einstimmigkeit als Voraussetzung. Der Kosovo-Krieg 1999, die Terroranschläge und der US-Krieg gegen den Irak haben als Katalysator für die Militarisierung der EU gewirkt.

Die (ökonomische) europäische Integration hat zweifellos dazu beigetragen, dass unter den Mitgliedern des Bündnisses kein zwischenstaatlicher Krieg ausgebrochen ist. „Sicherheit“, so der ehemalige Botschafter Hans Arnold zusammenfassend „wird für Europa heute auf doppelte Weise angestrebt: intern mit den Mitteln der Einigung und im Außenverhältnis, also im näheren und weltpolitischen Umfeld Europas, mit militärischer Machtprojektion und Intervention, sprich Kriegführung“ (Arnold 2004, 152).

### **Verfassung für eine Militärmacht?**

Die EU-Verfassung wurde am 29.10.2004 in Rom von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet, bevor sie durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde. Nach einer längeren „Nachdenkpause“ haben die politischen Eliten – aller Referenden zum Trotz – die Debatte mit Hilfe einiger kleiner Änderungen nahtlos weitergeführt. Giscard d’Estaing spricht von „kosmetischen Änderungen“ Giuliano Amato kritisiert das Papier als „unlesbar“ und ortet darin die Absicht, Volksabstimmungen zu vermeiden (Die Presse, 17.7.2007). Der Teil über Außen- und Sicherheitspolitik bleibt als Kernstück des „Reformvertrages“ in seiner Stoßrichtung völlig unangetastet und legt als zentralen Punkt Militärinterventionen außerhalb der Union fest und setzt dabei auf die „Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“ (Artikel 27 des Reformvertrages in der Version vom 5.10.2007) (was nicht zwingend ein Mandat bedeutet!). Der Artikel 27.3 schreibt (wie auch die Reformkommission des österreichischen Bundesheeres oder die EU-Sicherheitsstrategie ähnlichlautend) den Wunsch nach Erhöhung der Rüstungsbudgets vor: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ und richten eine Verteidigungsagentur (vormals „Amt für Rüstung“) ein. „Im Hinblick auf Missionen mit höchster Anforderung“ werden die EU-Mitgliedstaaten untereinander

der festere Verpflichtungen eingehen und eine „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ begründen (27.6). Damit bestätigt die EU in ihrer Verfassung ein Kerneuropa, welches militärisch nicht potente oder unwillige Staaten von bestimmten außenpolitischen Maßnahmen abkoppelt und sie auch aus dem diesbezüglichen Entscheidungsprozess ausschließt (Protokoll Nr. 4 über die SZZ). Zum Beistand wird festgehalten: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates müssen die anderen Mitgliedstaaten nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung leisten. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt“ (Art. 27.7). Aus der EU wird damit ein militärischer Beistandspakt, wenngleich Österreich – aufgrund des diplomatischen Engagements der neutralen Staaten Schweden, Finnland, Irland – aufgrund dieses besonderen Charakters (nämlich der Neutralität) nicht zu Militärbeistand verpflichtet werden kann. Die Österreichische Regierung hatte trotz der Neutralität die Beistandsverpflichtung bereits während der Sanktionen der EU-14 des Jahres 2000 eingefordert. Die nach den Terroranschlägen vom März 2004 in Madrid vorgezogene „Solidaritätsklausel“ (Art. 188 r) sieht vor, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“ (also auch präventiv). Die Petersberger Aufgaben werden im Artikel 28 um Abrüstungs- und Terrorbekämpfungsmaßnahmen (zivil und militärisch) erweitert. Im Reformvertrag sucht man vergeblich nach einem Verbot von Massenvernichtungswaffen, die Ächtung von Kriegen oder präzise Artikel für Maßnahmen zur zivilen Konfliktlösung.

Eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung oder den Reformvertrag wäre eine Chance, die Inhalte mit den BürgerInnen öffentlich zu diskutieren. Durch die ablehnenden Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden wurde der Verfassungsprozess vielerorts fälschlicherweise für tot erklärt und in der Stille der „Nachdenkpause“ wurden wichtige sicherheitspolitische Passagen – wie beispielsweise die Verteidigungsagentur oder die Beistandsklausel im Terrorfall – auch ohne Verfassung umgesetzt. Die Mehrheit der skeptischen Stimmen der Verfassungs-Referenden bezog sich allerdings nicht auf eine Kritik an der Militärpolitik, sondern an der Sozialpolitik.

## **EU-Militärstrategie**

Die EU-Sicherheitsstrategie (ESS) vom 12.12.2003 führt aus, dass die Militärs gleich mehrere („robuste“) Interventionen gleichzeitig durchführen können sollten (Solana 2003). „Bei den neuen Bedrohungen“, so das EU-Papier, „wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Der Verteidigungsbegriff wird

damit zum Orwell'schen Begriff. Klassische Gebietsverteidigung wurde durch Interventionismus ersetzt. Eine weitere Parallele zur US-Militärstrategie betrifft die Frage des präventiven militärischen Handelns. „Wir müssen fähig sein zu handeln, bevor sich die Lage in Nachbarländern verschlechtert, wenn es Anzeichen für Proliferation gibt und bevor es zu humanitären Krisen kommt. Durch präventives Engagement können schwierigere Probleme in der Zukunft vermieden werden.“ Die ESS – beschlossen nachdem die USA den Irak-Krieg offiziell für beendet erklärt haben – beschwört die transatlantische Zusammenarbeit und bestärkt die sicherheitspolitische Loyalität zu den USA.

## **Battle groups**

Die EU-„battle groups“<sup>41</sup> sind Kampfeinheiten, die innerhalb von 15 Tagen im Kampffeld stationierbar und global einsetzbar sind. Die Initiative für die „battle groups“ kam von Deutschland, Frankreich und Großbritannien und der EU-Beschluss wurde im November 2004 gefasst. Die in Teilen bereits heute einsetzbaren „battle groups“ sind die vorläufige Speerspitze der militärisch interventionsfähigen Truppenteile der EU und u.a. Resultat des schnurrenden Motors der politischen Verständigung und Abstimmung zwischen Berlin und Paris (Weske 2006). Sie sollen die 60.000 SoldatInnen starke EU-Interventionstruppe nicht ersetzen, sondern diese für spezielle Operationen ergänzen. Die Einsatzdauer dieser „battle groups“ beträgt 30 Tage und kann mit Rotation auf 120 Tage erweitert werden. Eine „battle group“ besteht aus 1500 SoldatInnen. Einsatzgebiete der EU-„battle groups“ (Österreich nimmt mit 200 Soldaten an einer der derzeit 18 in Planung befindlichen battle groups teil; Roithner 2008) sind u.a. Wüsten, Hochgebirge, Dschungel, Städte und andere Umgebungen (Beatty 2004) mit unklarem völkerrechtlichen Mandat. Hinsichtlich der Einsatzgebiete der „battle groups“ denkt man in der EU besonders an Afrika (Quille 2004). Neben einem finanziellen Beitrag bedeutet der künftige Einsatz dieser Kampftruppe (möglicherweise) ohne UN-Mandat politische Probleme bezüglich der Vereinbarkeit mit einer aktiven Neutralitäts- und Friedenspolitik. „Battle groups“ sollen „unter anderem für Einsätze der Vereinten Nationen zur Verfügung stehen“ (BMVG 2004) und die Österreichische Militärische Zeitschrift weiß von Einsätzen „speziell (aber nicht ausschließlich)“ für die UN (Apfelknab 2005, 68). Nach dem Artikel 23 f der österreichischen Bundesverfassung – unter einer großen Koalition aus SPÖ und ÖVP 1998 verabschiedet – können gemäß den Erläuterungen des Artikels Kampfeinsätze auch ohne UN-Mandat (kurzfristig sogar ohne Konsultierung des Parlaments) von Bundeskanzler und Außenministerin beschlossen werden.

1 Wegen der politisch unvorteilhaften deutschen Übersetzung werden diese Truppenteile von PolitikerInnen oftmals als „Gefechtsverbände“ bezeichnet.

Die EU-„battle groups“ sind mitunter als ein Übergang einer Phase quantitativer militärischer Anstrengungen (z. B. 60.000 Mann Interventionstruppe, verfassungsmäßige Aufrüstungsverpflichtung) zur Phase qualitativer Aufrüstung (z.B. Rüstungsagentur) im Sinne des Headline Goals 2010 zu werten. Nicht umsonst betrachtet die Reformkommission des Bundesheeres die „battle groups“ als „neue Qualität der Streitkräfteplanung“ und als „eindeutige Weiterentwicklung“ (BHRK 2004, 73), weil das Ziel dieser Truppen nicht die Zusammenfassung existierender Kapazitäten ist, sondern neue Kapazitäten geschaffen werden sollen (Quille 2004).

Die Beurteilungskriterien für die EU-„battle groups“ orientieren sich stark an den Anforderungen der schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force, NRF) und der Prague Capabilities Commitment (PCC) und sind höher als die Kriterien für die bisherigen Beiträge zur 60.000-Mann-Interventionstruppe der EU. Die „battle groups“ sind gemäß ihrer Zusammensetzung ein weiteres Instrument der Einsatzflexibilisierung im Rahmen der EU. Deutschland beteiligt sich an 7 der 18 „battle groups“ und Frankreich an 6.

### **Militärische Interventionsgebiete**

Als Einsatzräume für künftige EU-Militärinterventionen schält die Bundesheer-Reformkommission im Frühjahr 2004 „neben dem Balkan vor allem die afrikanische Gegenküste und mittelfristig auch Westafrika bzw. das nordöstliche Zentral- und Ostafrika („erweiterte Peripherie“)<sup>4</sup> heraus. Hinsichtlich der Einsatzbereiche präziserte die Österreichische Militärische Zeitschrift: „Als denkbare Einsatzbereiche wurden Nordafrika, Zentralafrika, Osteuropa, der Kaukasus und der Mittlere Osten angesprochen“ (Korkisch 2001, 364). Diese Überlegungen harmonisieren durchaus mit militärstrategischen Überlegungen in anderen EU-Mitgliedstaaten. Um derartige Militärinterventionen durchführen zu können, braucht es hochprofessionelle SoldatInnen (u.a. „battle groups“) und modernste Kriegsmaterialien. Es kommt daher in den EU-Armeen zu einer quantitativen Abrüstung (weniger SoldatInnen) und zur qualitativen Aufrüstung (teureres Kriegsggerät).

### **Interventionismus statt Verteidigung**

Der ehemalige deutsche „Verteidigungs“minister Peter Struck erklärte: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“ (Presseerklärung am 21.2.2003). Statt auf Gebietsverteidigung bereiten sich die Armeen der EU-Staaten Schritt für Schritt auf Militärinterventionen außerhalb des EU-Territoriums vor. „Die EU muss endlich begreifen, dass sie eine globale Macht ist und nicht nur im Hinterhof agieren kann“, führte General Naumann (1999, 21) – Chef des NATO-Militärausschusses im Kosovo-Krieg – bereits 1999 aus.

## **Einsatzmotive**

Zu den Einsatzszenarien bemerkt das österreichische Verteidigungsministerium bereits 2001: „Als wesentliche Zielsetzung der europäischen Sicherheitspolitik nennt Prof. DDr. Erich Reiter, Beauftragter für Strategische Studien des BMLV: (...) Kooperation mit den USA und mit Japan zum globalen Management von Konflikten und zwecks Zugangs zu strategischen Rohstoffen, der Aufrechterhaltung freien Handels und der Schifffahrt“ (BMLV 2001). Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr 1992 schreiben fest: Es geht um die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“ (BMVG 1992, Kap. 2, Pkt. 8, 8). Das 2006 erschienene Weißbuch befürchtet „Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie“ und stützt damit den 1992 offiziell erstmals skizzierten Gedanken (BMVG 2006, 23).

Die im Jahr 2006 ausgelöste Debatte um die Energiesicherheit der EU hat in der Öffentlichkeit behutsam eine Basis gelegt, um auch den Rohstoffinterventionismus unterschiedlichster Intensität – damit ist nicht nur das Militär gemeint – als offizielle Doktrin der EU festzuschreiben. Flankiert von Teilen der nationalen politischen und militärischen Eliten hat die ESS den ersten offiziellen Schritt der EU in diese Richtung bereits unternommen. Die Energieabhängigkeit der EU ist für Solana in der ESS ein „Anlass zur Besorgnis“.

## **EU Defence Paper: klotzen statt kleckern**

Im Jahr 2004 hat der EU-Rat das „European Defence Paper“ (EDP) in Auftrag gegeben (ISS 2004). Man geht von der „Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen“ (ISS 2004, 55) aus. Es kann für die Zukunft nach dem EDP nicht angenommen werden, „dass es nicht größere militärische Herausforderungen im Mittleren Osten gibt, die von der gleichen oder sogar einer größeren Dimension als der des Golfkrieges von 1990-1991 sind.“

Ein militärisches künftiges Szenario könnte nach dem EDP wie folgt aussehen: „In einem Staat X am Indischen Ozean haben antiwestliche Elemente die Macht erlangt und benützen das Öl als Waffe, vertreiben westliche Bürger und greifen westliche Interessen an. Darüber hinaus haben sie mit der Invasion des Nachbarlandes Y begonnen, dessen Regime pro-westlich orientiert ist und eine zentrale Rolle beim freien Fluss von Öl in den Westen spielt. [...] Die EU interveniert gemeinsam mit den USA und mit einer starken Streitmacht, um das Land Y zu unterstützen und ihre eigenen Interessen zu schützen. [...] Das militärische Ziel der Operation ist es, das besetzte Territorium zu befreien und Kontrolle über einige

der Öl-Infrastrukturen, Pipelines und Häfen des Landes X zu bekommen. [...] Der EU-Beitrag besteht aus 10 Brigaden (60.000 Soldaten). Diese Landstreitmacht wird von 360 Kampfflugzeugen und zwei maritimen Einheiten, die aus 4 Flugzeugträgern, 16 amphibischen Schiffen, 12 U-Booten, 40 Schlachtschiffen, 2 Kommandoschiffen, 8 Unterstützungsschiffen und 20 Patrouillenschiffen bestehen, unterstützt.“ (ISS 2004, 83 f). Die EU brauche für derartige Aufgaben eine entsprechende „militärische Eskalationsdominanz“ (ISS 2004, 105).

Hier liegt ein zentraler Ansatzpunkt, über die Ursachen von Terrorismus nachzudenken. Neoimperiale Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik westlicher Akteure führt mitunter zu den illegalen und illegitimen Terrorakten. Auch die Reformkommission des Bundesheeres hat festgestellt, dass die Beteiligung und Federführung von Militärinterventionen in fremden Ländern zu mehr Gefahr führen kann und auch die Motive für Terroranschläge in der EU verändert werden (BHRK 2004, 78). Dass eine Befriedung wider Willen, interessengeleiteter Militärinterventionismus oder die Unterstützung von völkerrechtswidrigen Aggressionskriegen zu Terror führt, gehört spätestens seit den zu verurteilenden Terroranschlägen am 11.3.2004 in Madrid zum sicherheitspolitischen Alphabet der europäischen Bevölkerung. Die richtige politische Konsequenz wäre also die Absage an militärische Abenteuer in aller Welt.

### **Aufrüstung in der EU**

Im Geschäftsbericht 2001 der EADS – der EU-Vorzeige-Rüstungsschmiede – wird mit Unterstützung einer NATO-Graphik bis zum Jahr 2010 prognostiziert, dass die Rüstungsausgaben von Europa und den USA um rund 50 % über jenen der Hochzeit des Kalten Krieges liegen werden (EADS 2001, 15). Die Rüstungsindustrie flankiert den politischen Druck aus EU-Reformvertrag und Sicherheitsstrategie auf die EU-Mitgliedstaaten zur Erhöhung ihrer Militärausgaben.

Bereits im Jahr 2001 hat das Bundesheer einen Investitionsrückstand von rund 10,9 Mrd. Euro festgestellt (Neuwirth 2001, 9). Die gegen breiteste Widerstände und der „Begleitmusik“ eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses angeschafften Eurofighter waren nur ein Teil der militärischen Wunschliste. Die Reformkommission des Bundesheeres geht davon aus, dass der Militärhaushalt um rund 40 % ansteigen sollte (BHRK 2004, 95). Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel meint: „Ein Mitteleinsatz von nur 1,4 % des Bruttosozialprodukts auf mittlere und lange Sicht wird nicht ausreichen, um die politische Dimension der Verantwortung Deutschlands mit der militärisch notwendigen zusammenzubringen“ (Rede am 23.11.2006). Lühr Henken weist im deutschen Militärbudget gemäß dem Bundeshaushalt 2007 eine geplante Steigerung der Ausgaben von 2006 – 2010 um insgesamt 5,8 % nach. In diesen Berechnungen sind die Kosten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr noch nicht enthalten (Henken 2007).

Die Aufrüstungswünsche und -pläne sind gemessen an den tatsächlichen Bedrohungen völlig unverhältnismäßig. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob derartige Pläne angesichts knapper finanzieller Mittel für Soziales, Bildung, Umwelt oder Kultur politisch durchführbar und in der Öffentlichkeit präsentierbar sind.

Die Entwicklungen zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen EU-Rüstungskomplexes (European Defence Agency) zeigen bereits erste Ergebnisse. Das Friedensforschungsinstitut SIPRI hat in seinem Yearbook 2006 Rüstungsexporte der EU-Staaten im Jahr 2005 in der Größenordnung von 7.821 US\$m ausgewiesen. Im Vergleich dazu kommen die USA im betrachteten Zeitraum auf 7.101 US\$m und die Russische Föderation auf 5.771 US\$m (SIPRI 2006, 481 f). Im Jahr 2006 werden für die EU-Staaten 10.487, für die USA 7.888 und für die Russische Föderation 6.733 US\$m konventionelle Waffenlieferungen errechnet (SIPRI 2007, 422). Die EU-Staaten sind seit dem Jahr 2005 Rüstungsexportweltmeister.

### **Stärke des Rechts oder Recht des Stärkeren?**

Das Verhältnis der EU zu völkerrechtlichen Mandatierungen für Militäreinsätze ist unklar. Seit dem Kosovo-Krieg 1999 ist von Militärinterventionen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu lesen (Europäischer Rat von Helsinki 1999).<sup>2</sup> Von einem ausdrücklich erteilten Mandat ist nicht mehr die Rede. Österreichische Gesetze – wie der Verfassungsartikel 23 f, das Kriegsmaterialgesetz, das Strafgesetz zur Neutralitätsgefährdung oder das Truppenaufenthaltsgesetz – erachten seit geraumer Zeit Militärmissionen auch lediglich nur mit einem EU-Mandat als legitim.

Künftige Militärinterventionen und -einsätze gegebenenfalls ohne ein Mandat der UNO durchführen zu wollen bedeutet, die Legitimität dieser Einsätze nicht nur völkerrechtlich zu verspielen, sondern die ohnehin äußerst geringe Zustimmung der österreichischen Bevölkerung zum Einsatz schwerer Waffen weiter verringern. Namhafte Kommentatoren haben festgestellt, dass die politische Wegstrecke von Demonstrationen gegen George W. Bushs Außenpolitik zu Manifestationen gegen eine EU-Politik nicht weit sein könnte.

Eine Einigung der großen Militärmächte innerhalb der EU auf eine Stimme im UN-Sicherheitsrat würde eine weitere Verschiebung weg von der Zivilmacht in Richtung Militärmacht bedeuten. Kleine Staaten könnten sich in der realpolitischen Praxis gegen die Interessenpolitik der großen europäischen Militärmächte nicht durchsetzen und müssten ihre Positionen „im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität“ (Artikel 11/2 des EU-Vertrages von Maastricht 1992) in Form einer „konstruktiven Enthaltung“ opfern. Das Problem an einer Verände-

2 Wörtlich lautet die Formulierung: „Die Aktionen der EU werden im Einklang mit den Grundsätzen der VN-Charta und den Prinzipien und Zielen der OSZE-Charta für europäische Sicherheit durchgeführt werden.“

zung der Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates ist nicht nur die Repräsentanz westlicher Machtblöcke, sondern die Nicht-Repräsentanz der Entwicklungsländer und der arabischen Welt. Die EU-Politik in Weltbank, Währungsfonds und Welthandelsorganisation hat bislang verdeutlicht, dass eine gerechtere Weltwirtschaft im Sinne einer globalen und stabilen Friedensordnung nicht durch westliche Militär- und Wirtschaftsmächte erreicht wird (Mahnkopf 2006).

## **Friedensmacht EU?**

Zur Frage der Entwicklung des Charakters der Außenpolitik der EU hat der Vorsitzende des EU-Militärausschusses, Gustav Hägglund, treffend ausgeführt: „Man hat gesagt, die USA werden den Krieg führen und die EU wird für den Frieden zuständig sein. (...) Das war so und bezieht sich auf die Vergangenheit, aber das stimmt für die Zukunft nicht“ (Spinant 2002). Robert Cooper, führend im Büro von Javier Solana (Beauftragter für die EU-Sicherheitspolitik und Ex-NATO-Generalsekretär), meint: „Illusionen geben sich jene hin, die von Deutschland oder Europa als einer ‚zivilen Macht‘ sprechen“ (Cooper 2003, 35). Derartige Anforderungen an die SoldatInnen sind unter anderem eine Ursache für die Folterungen in deutschen und österreichischen Kasernen. „Wer den ‚archaischen Kämpfer‘ als Muster hofiert, riskiert das Durchbrennen zivilisatorischer Sicherungen“ (Rose 2004).

Keinem Staat kann das Recht auf Verteidigung abgesprochen werden. Aus den offiziellen Einschätzungen nationalstaatlicher und europäischer unabhängiger Forschungen und der Militärwissenschaft geht hervor, dass eine klassische militärische Bedrohung auf absehbare Zeit nicht wahrscheinlich ist und die Vorwarnzeiten für derartige allfällige Bedrohungen weit jenseits einer Dekade liegen. Die Aufgabe der klassischen Gebietsverteidigung ist damit für derartige Zeithorizonte obsolet.

Anerkannt werden muss, dass die Union Fortschritte im Hinblick auf die sog. zivile Komponente der Sicherheitspolitik gemacht hat. Die Aspekte polizeilicher Einsätze, Rechtstaatlichkeit, Zivilverwaltung und Zivilschutz werden ausgebaut. Kräfte für derartige Aufgaben wurden in den vergangenen Jahren u.a. am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung auf der Burg Schläining ausgebildet. Die zivilen Aspekte sind sowohl hinsichtlich der Quantität als auch betreffend der politischen Prioritäten zweitrangig. Das Verhältnis von militärischen und zivilen EU-Kräften im Ausland beträgt 20 : 1 (Evers 2006, 3).

Die „EG ist ein wunderbares Stück Friedensarbeit“ (Galtung 2003, 282) so der Friedensforscher Johan Galtung über die ersten Schritte der Integration. Heute stellt sich aber weniger die Frage der Sicherheit *für* Europa, als die Sicherheit vor Europa (Berndt 2004). Weder die politisch-militärischen Eliten der EU noch die EU-Rüstungskonzerne werden zu einer vorwiegend zivilen Sicherheitspolitik

zurückfinden. Ziel muss eine EU sein, welche strukturell zu keinem offensiven Militärinterventionismus in aller Welt fähig ist.

## **Paradigmenwechsel**

Die EU-Prioritäten zwischen Militärischem und Zivilem sind umzukehren. Stärken dürfen sich im nicht Militärinterventionismus, sondern müssen sich in zivilen – sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, diplomatischen und politischen – staatlichen und nichtstaatlichen Interventionen im Sinne einer gewaltfreien „klugen Macht“ (Czempiel 1999) manifestieren. Zu den veränderten Prioritäten zählt nicht nur der Ausbau und die Schulung derartiger EU-Kapazitäten, sondern auch der politische Wille der EU und vor allem der Mitgliedstaaten, diese Kräfte auch zum Einsatz zu bringen und derartige Missionen mit der nötigen politischen Sensibilität zu unterstützen und zu begleiten.

Die globalen Herausforderungen liegen im zivilen Bereich (Armut, Umwelt, gerechtere Ökonomie) und sind daher mit zivilen Mitteln zu lösen. Die diesbezüglichen Anstrengungen sind im Rahmen der internationalen Organisationen (besonders der UNO) einzubringen. Mit dem Anspruch, die Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf überwiegend zivile Grundlagen zu stellen, ist auf offensiv einsetzbare Waffen und Einsätze zu verzichten. Dies betrifft sowohl konventionelle Waffen und selbstverständlich Massenvernichtungswaffen. Die eigenen nationalstaatlichen Potenziale sind im Rahmen der multilateralen Vereinbarungen (z.B. NPT-Vertrag Artikel VI) abzurüsten und die Konzepte der nuklearen Teilhabe der NATO aufzukündigen.

Die Konsequenz dieser zivilen Herausforderungen ist ein Bedeutungsverlust der Armeen an dessen Ende die Kantsche Forderung steht: „Stehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten un-aufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen“ (Kant 1984, 5). Armeen haben jedoch in einer ernsthaft multilateral aufgebauten globalen Ordnung die Aufgabe, UN-peacekeeping-Einsätze mit einem klaren Mandat zu übernehmen. Aufgaben Österreichs wie in Zypern und den Golan-Höhen vermitteln nicht den Eindruck eines unzulässigen Interventionismus oder militärischen Muskelspiels, sondern können stabilisierende Wirkung entfalten.

Der Ziel einer wirklichen gemeinsamen Außenpolitik der EU-Staaten scheint aus der innenpolitischen Situation unterschiedlicher Mitgliedstaaten (beispielsweise Großbritannien, Frankreich, Dänemark) derzeit nicht möglich, noch scheint der aktuell ansatzweise in diese Richtung deutende Weg friedensfähig. Der Weg zu einer gemeinsamen Außenpolitik führt gegenwärtig über den Irrweg einer gemeinsamen Militärpolitik. Die gegenwärtigen (militärischen) Einigungs- und Integrationspotenziale – Militärpolitik bei mangelnd ausgeprägter Außenpolitik – weisen die EU in eine falsche Richtung. Ein sinnvoller außenpolitischer Weg zur

Einigung könnte über die „soft security“-Maßnahmen wie beispielsweise einer starken Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut werden.

Die Tendenz zu dem hier kritisch betrachteten militärischen Interventionismus politischer und militärischer Eliten wird nicht durch das Abgeben nationalstaatlicher sicherheitspolitischer Verantwortung von Wien oder Berlin nach Brüssel gelöst, sondern durch den Druck der Bevölkerung auf die nationalen Regierungen, zu einer europäischen Sicherheitspolitik zu finden, die auch mit den Grundsätzen einer aktiven Neutralität und einer ernstgemeinten zivilen Außenpolitik zu vereinbaren ist.

### **Neue Akteure und neues Verständnis**

Außen- und Sicherheitspolitik ist keine ausschließliche Aufgabe von PolitikerInnen und Militärs auf nationaler und internationaler Ebene. Eine Entscheidung über militärische Auslandseinsätze ist auch eine Frage der öffentlichen Debatte. Einsätze ohne UNO-Mandat scheiden aus friedenspolitischen und juristischen Gründen aus. Dies lässt jedoch nicht dem Umkehrschluss zu, dass UN-mandatierte Einsätze automatisch ein besonderes Engagement in dem entsprechenden Konflikt nahe legt. Die öffentliche Debatte sei hier auch als unabdingbare Voraussetzung für einen UN-Militäreinsatz im Ausland genannt. Dies erhöht nicht nur die demokratische Legitimität der Einsätze, sondern – und dies sei als dritte Voraussetzung hier eingeführt – führt automatisch zu einer Diskussion über den adäquaten Auslandseinsatz per se. Das bedeutet mitunter die intensivere Auseinandersetzung mit nichtmilitärischen und präventiv wirkenden Mechanismen der Krisenbewältigung. Eine fruchtbare Weiterentwicklung dieser Mechanismen im Spannungsfeld zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und Bevölkerung wäre eine wünschenswerte Folge.

Ein breiter Begriff von Sicherheitspolitik fördert ein neues Verständnis und Bewusstsein von Außen- und Krisenpräventionspolitik, welches über die staatliche Ebene mit guten Gründen hinausgeht und bei einem engen Sicherheitsbegriff aus dem Blickfeld gerät. Bei einem zu engen Begriff läuft man Gefahr, eine wichtige Erkenntnis aus den Augen zu verlieren: Bei den wenigsten globalen Herausforderungen (wie von Javier Solana in der ESS dargelegt), die im Zuge der Globalisierung hervortreten, kann das Militär eine zentrale Rolle bei der Konfliktlösung spielen.

Im Sinne einer aktiven Friedenspolitik sind auch auf nachhaltige Friedensstrukturen bauende zivile Einsätze im Rahmen der UNO, der EU oder im nationalen Kontext. Ingesamt bedeutet dies, einer Armee eine strikt defensive Ausrichtung zu geben. Die Mittel für Offensiv- und Interventionsstrukturen sind in supranationale, staatliche und nichtstaatliche zivile Initiativen zur Konfliktbearbeitung umzuleiten. Entsprechend der Rolle der Zivilgesellschaft in den interna-

tionalen Beziehungen sind deren Konzepte für Friedens-, Gedenk-, Entwicklungs-, Sozial- und traditionellem Zivil-Dienst zu fördern. Ekkehart Krippendorff hat hinsichtlich der Rolle von Nichtregierungsorganisationen und der Neutralität dargestellt: „Für eine ‚wahre Neutralität‘ wären (...) NGO-Aktivitäten nicht als Ergänzung einer gewaltfreien Außenpolitik zu begreifen, sondern als deren Wesen“ (Krippendorff 2000).

#### Literatur:

- Apfelknab Egbert (2005): Österreich beteiligt sich am Battlegroup Concept der EU, in: Österreichische Militärische Zeitschrift Nr. 1/2005, S. 68 – 72
- Arnold Hans (2004): Wie viel Einigung braucht Europa?, Düsseldorf
- Beatty Andrew (2004): EU to Have „Battle Groups“ by 2007, in: EU-Oberserver, <http://www.euobserver.com>, 5. April 2004.
- Berndt Michael (2004): Sicherheit für Europa vs. Sicherheit vor Europa, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Pax Americana und Pax Europaea, Münster, S. 178 – 198
- Bundesheerreformkommission (BHRK 2004): Bericht der Bundesheerreformkommission. Bundesheer 2010. Wien
- Bundesminister der Verteidigung ( BMVG 1992): Verteidigungspolitische Richtlinien der deutschen Bundeswehr, Bonn 26.11.1992
- Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) (2001): Sicherheit mit moderner Technik (2001), <http://www.heeresgeschichtlichesmuseum.at/cms/artikel.php?ID=1783>, ausgewählt am 13.11.2007
- Bundesministerium für Verteidigung (BMVG 2004): Mobile Einsatzgruppen für Europa, Autor: Markus Bach (2004), [http://www.bmvg.de/sicherheit/europa/040406\\_battle\\_groups.php](http://www.bmvg.de/sicherheit/europa/040406_battle_groups.php), ausgewählt am 23.11.2007
- Bundesministerium der Verteidigung ( BMVG 2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, Quelle: <http://www.weissbuch.de>, ausgewählt am 13.11.2007
- Cooper Robert (2003): Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht, in: Internationale Politik, Heft 5/2003, S. 31 – 38
- Czempiel Ernst-Otto (1999): Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München
- EADS Geschäftsbericht: Die Märkte der EADS (2001), <http://www.eads.com/xml/content/OF00000000400003/4/79/29606794.pdf>, Grafik: Gesamtvolumina der Wehrbeschaffungsetats in Europa und den USA, S. 15, ausgewählt am 13.11.2007
- Europäischer Rat (1999), Vorsitz: Schlussfolgerungen des Vorsitzes: 10./11.12.1999, Anlage 1
- Europäischer Rat (2001): Entwurf eines Berichtes des Vorsitzes über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Anlage 1, Erklärung über die Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten
- Europäischer Rat (2001): Entwurf eines Berichtes des Vorsitzes über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Anlage 1, Erklärung über die Verbesserung der europäischen militärischen Fähigkeiten
- Europäische Union, Rat (2004): Bericht des Vorsitzes zur ESVP vom 9.6.2004
- Europäische Union (2005): Vertrag über eine Verfassung für Europa, Luxemburg
- Evers Tilman (2006): Verhinderte Friedensmacht. Die EU opfert ihr zivilen Stärken einer unrealistischen Militärpolitik, in: Le Monde Diplomatique, September 2006 (Quelle: Zeitung für Frieden und Entwicklung, Graz, 8/06, S. 3)
- Galtung Johan (2003): Die Konfliktformationen im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle der Europäischen Union am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Europa Macht Frieden. Die Rolle Österreichs. Münster, S. 282 – 286
- Henken Lühr (2007) : Deutsche Rüstungsausgaben 2007 – 2010: Steigerung mit Ansage, IMI-Analyse 2007/001, ISSN 1611-213X
- Institute for Security Studies (ISS): European Defence – A Proposal for a White Paper. May 2004, <http://www.iss-eu.org/chaillot/wp2004.pdf>, ausgewählt am 13.11.2007
- Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Stuttgart: Reclam, 1984
- Korkisch Friedrich (2001): Europäische Union, Kapitel: Die Europa-Armee, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 3/2001, S. 362-368
- Krippendorff Ekkehart (2000): Kritik der Außenpolitik, Frankfurt/Main
- Mahnkopf Birgit (2006): Die Freihandelsagenda des Nordens – Eine Gefahr für nachhaltige Entwicklung und menschliche Sicherheit im Süden, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg, 2. Auflage, Münster – Wien, S. 98 – 121

- Naumann Klaus (1999): Der nächste Konflikt wird kommen: Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Europäische Sicherheit Nummer 11/1999, S. 8 – 22
- Neuwirth Dietmar (2001): Armee nicht voll einsatzbereit, Berufsheer 30 Milliarden teurer, in: Die Presse, 9. Mai 2001
- Quille Gerrard (2004) „Battle groups“ to strengthen EU military crisis management?, in: ISIS (Institute for Security and International Studies), European Security Review April 2004, Quelle: <http://www.isis-europe.org/ftp/Download/ESR%2022%20Battle%20Group.pdf>, angewählt am 31.1.2007
- Roithner Thomas (2007): Neutralität und europäische Sicherheitspolitik. Die Militarisierung der Union, die Verfassung und die Chancen für eine europäische Zivilmacht, Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, Arbeiterkammer (Hrsg.), Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 4. Auflage
- Roithner Thomas (2008): Der transatlantische Griff nach der Welt. Die USA und die EU im Zeitalter neoimperialer Kriege, Wien – Münster
- Rose Jürgen (2004): Auszeit fürs Hirn, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 50/2004
- Solana Javier (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, 12.12.2003, Brüssel
- Solana Javier (2005): Vorwort, S. 5 – 12, in: Gnesotto Nicole (Hrsg.): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999 – 2004), Institut für Sicherheitsstudien der EU, Paris
- Spinant Daniela (2002): Top EU Military: EU Force Fully Ready in 10 Years, in: EU-Observer, <http://www.euobserver.com>, 22. Januar 2002, angewählt am 18.12.2006
- Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2006. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford University Press
- Stockholm International Peace Research Institute (Hrsg.): SIPRI Yearbook 2007. Armaments, Disarmament and International Security, Oxford University Press
- Weske Simone (2006): Deutschland und Frankreich – Motor einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik?, Nomos Verlag, Baden-Baden

(Früher erschienen in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik, Nr. 53, Zürich, 2. Halbjahr 2007.)

## Naher und Mittlerer Osten

### 1. Die wichtigsten internationalen Konflikte in den kommenden Jahren

Nachdem Peak Oil offensichtlich erreicht ist, dürften die wichtigsten Konflikte der nächsten Jahre die Ressourcensicherung zum Gegenstand haben.<sup>1</sup> Für die hier zu behandelnde Region, die noch immer die größten Öl- und Gasreserven besitzt, ist die unter der Bush-Administration vorangetriebene Geopolitik mit all ihren Folgekonflikten entscheidend: Am umfassendsten wird sie charakterisiert durch das Konzept des „*Greater Middle East*“.

Der Krieg gegen den Irak, war erster gewalttätiger Ausdruck dieser Strategie.

Der Krieg gegen Afghanistan, der bereits vor 9/11 beschlossen war, sichert den unmittelbaren Zugang der USA zum Kaspischen Becken (und erklärt die Beteiligung anderer Mächte wie der BRD an diesem NATO-Krieg out of area).

Die jüngste kriegerische Auseinandersetzung in Georgien ist gleichfalls Teil dieser Strategie: Georgien ist das Nadelöhr, durch das die Pipelines vom Kaspischen zum Schwarzen Meer und in die Türkei verlaufen. Die beiden geplanten riesigen Pipelines „Southstream“ (russisch) und „Nabucco“ (EU), die beide in Österreich und der Tschechischen Republik enden sollen, führen gleichfalls durch Georgien. Die Trassenführung von „Nabucco“ vermeidet russisches und serbisches Territorium, und verhindert so, dass Russland diese Pipelines kontrollieren und aus dem Transport Renteneinkünfte erzielen kann. Für die USA wiederum ist die NATO-Mitgliedschaft Georgiens ein Faustpfand zur Kontrolle der Öl- und Gaszufuhr nach Westeuropa.

Die international verbreitete Hysterie um das iranische Atomprogramm dürfte weniger der Sorge um die Proliferation nuklearer Waffen entspringen als dem Ziel, die letzte geostrategische Lücke in der Region zu schließen und einen *Regime-Change* zu bewirken. Iran ist das einzige Land im „Greater Middle East“ zwischen Afrika und Afghanistan, das noch nicht unter US-Kontrolle ist. Auch aus diesem Grund scheint eine mögliche Militärintervention dort nicht ausgeschlossen. Die jüngste Nahostreise des US-Präsidenten galt so vielleicht weniger einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts als dem – wohl wenig geglückten – Versuch, die Golfstaaten in eine anti-iranische Koalition zu zwingen.

Schließlich ist die Schaffung eines neuen, für ganz Afrika zuständigen Oberkommandos „Africom“ im Februar 2007 Ausdruck dieser Strategie: Afrika wird

1 Nicht zufällig formuliert die National Security Strategy von 2002: “We will strengthen our own energy security and the shared prosperity of the global economy by working with our allies, trading partners, and energy producers to expand the sources and types of global energy supplied, especially in the Western Hemisphere, Africa, Central Asia, and the Caspian region.” (NSS, pdf-Version, S. 19f).

als Teil des *Greater Middle East* bezeichnet, bis 2013 wollen sie USA den Anteil Afrikas an ihren Ölimporten auf 25 % steigern.<sup>2</sup> Als Hauptgrund für die Einrichtung von Africom wird die Terrorismus-Gefahr im saharischen und Sahel-Raum genannt. So fällt die beschworene Terrorismusgefahr, die dank der US-Politik in diesem Raum zur *self fulfilling prophecy* werden könnte, zusammen mit den Ölressourcen dieses Raumes.

Diese Strategie gilt nicht nur der Sicherung der Verfügung über die Kohlenwasserstoff-Vorräte, sie gilt auch für andere energetische Ressourcen wie Uran und für knappe Edelmetalle. Als mindestens ebenso wichtig wie die Sicherung der Rohstofflagerstätten erscheinen die Rohstoffwege:

- Vom Kaspischen Meer über Afghanistan sollen Pipelines zum Indischen Ozean gebaut werden, nachdem US-Öl-Firmen gewaltige Investitionen vor allem in Kasachstan, das allein 1.125.500 Mio. US \$ Entwicklungshilfe erhält, aber auch in Turkmenistan und Usbekistan getätigt haben.<sup>3</sup>

- Vom Kaspischen Meer wird über den Balkan (Bulgarien, Makedonien, Albanien) von der Firma AMBO seit 2003 eine Pipeline nach Europa gebaut.<sup>4</sup> Dem gleichen Ziel dient die Baku-Tbilissi-Ceyhan Pipeline.<sup>5</sup>

- In diesem geostrategischen Gesamtkonzept geht es auch darum, das „Fast-Monopol“ zu brechen, das aus der Tatsache resultiert, dass der weitaus größte Teil der bisher existierenden Pipelines über russisches Territorium führt.<sup>6</sup> Ziel dieser Strategie ist nicht nur die Unabhängigkeit von Russland, sondern auch dessen gezielte Schwächung durch Verringerung der Renteneinnahmen aus dem Öl- und Gastransport.

- Schließlich zielt diese Geostrategie auch darauf, die Kontrolle jener Ressourcen zu erlangen, die für befreundete und weniger befreundete Mächte wie die EU, aber auch Indien und China, von zentraler Bedeutung sind: Die Auseinandersetzungen mit dem Sudan über Darfur sind hierfür ebenso symptomatisch wie die Militärmission im Tschad unter französischer Führung.

Relativ ausgeschlossen von dieser militärisch vorgetragenen Geostrategie scheinen bisher nur Russland und die lateinamerikanischen Erdölproduzenten.

Unmittelbar verwoben mit dieser imperial(istisch)en Geostrategie ist die politische Situation in den Staaten der Region. Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelt es sich um Rentenstaaten, deren Staatseinkünfte so gut wie ausschließlich

2 In Djibouti verfügen die USA über eine Basis mit 1.800 Soldaten. Zusammen mit „Enduring Freedom“ am Horn von Afrika, der US-Flotte im Persisch-arabischen Golf und der Basis Diego Garcia kontrollieren sie so den Indischen Ozean. Die Flottenpräsenz der USA im südlichen Atlantic („SOUTHCOM“) sichert die Küsten von Marokko bis Angola, insbesondere den Golf von Guinea, wo das barbarische Regime von Äquatorial-Guinea unter besonderem US-Schutz steht und wo die über kamerunisches Territorium geführte Pipeline aus Tschad endet.

3 CRS Issue Brief for Congress: Central Asia: Regional Developments and Implications for US Interests, Order Code IB93108, December 1, 2005.

4 [http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en\\_GB/features/setimes/features/2007/02/14/feature-03](http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/features/setimes/features/2007/02/14/feature-03)

5 Vgl. auch Präsident Bushs National Energy Policy Report vom Mai 2001.

6 CRS Issue Brief, a. a. O. S. 14.

auf den Einnahmen aus dem Kohlenwasserstoff-Export basieren. Die sozialen Antagonismen in den Ländern – nicht zuletzt gerade in Saudi-Arabien – haben sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten gewaltig verschärft. Die despotisch-autoritären Regierungen haben es vermocht, jede oppositionelle Bewegung, und sei sie auch noch so demokratisch (oder gerade deshalb?), zu unterdrücken bzw. physisch zu liquidieren. Die Despotien sind damit die einzigen verbliebenen „Partner“ des Westens und müssen daher um fast jeden Preis stabilisiert werden. Es sind die soziale Verelendung, der Ausverkauf nationaler Interessen und die Unterdrückung jeder Opposition, die die Legitimität der islamistischen Opposition bis hin zu gewaltförmigen, sich auf den Islam berufenden Gruppen fördert. Die Region ist daher charakterisiert durch

- Ein besonderes Ausmaß struktureller Gewalt, das historisch gewachsen ist und seinen Ausdruck in den extremen sozialen Ungleichheiten findet.
- Eine wachsende islamistische Opposition, die in der Kriegsführung der USA im Irak und in Afghanistan ihrerseits die Rechtfertigung für die Anwendung widerständiger Gewalt findet.
- Dennoch richtet sich diese Gewalt primär gegen die eigenen korrupten und repressiven Regime, sieht dabei jedoch die USA als die Ursache allen Übels.
- Die Regime selbst werden durch gigantische Rüstungslieferungen an die USA gebunden, die Petro-Dollars werden auf diese Weise recycelt.
- Trotz gewaltiger Aufrüstung stellen die Regime (auch für Israel) keine militärische Bedrohung dar, da das Offizierskorps korrupt und von den Herrschenden kopiert ist, die Fähigkeit der Armeen und ihrer Teilstreitkräfte zur Bedienung der hoch komplizierten Waffensysteme meist fehlt. Sinn der Aufrüstung ist mehr die Bereicherung und Korruption der Eliten als die Erringung militärischer Fähigkeiten.
- Das zentrale Problem der Region ist nach wie vor der Palästina-Konflikt, der ganz offensichtlich durch den Gipfel in Annapolis und die Nahostreise Bush's nicht einer Lösung näher gebracht worden ist.<sup>7</sup> Dieser Konflikt ist im arabisch-islamischen Raum extrem emotional besetzt und für heftige anti-amerikanische Ressentiments verantwortlich.

Der Nahe und Mittlere Osten – mittlerweile erweitert um den afrikanischen Kontinent – bleibt damit wohl die Krisenregion Nr. 1. Dies gilt umso mehr, als sich in diesem Raum auch die Rohstoffinteressen der übrigen großen Mächte begegnen und der emotionalisierte „Kernkonflikt“ „Palästina“ auch dank europäischer Untätigkeit ungelöst bleiben wird.

7 S. dazu mein Papier auf dem Nahost-Workshop des GK FuS in Berlin, 18. u. 19 Jan. 2008

## **2. Welche Möglichkeiten gibt es, diese Konflikte einzugrenzen, zu regeln bzw. zu lösen?**

Eine Eingrenzung der Konflikte scheint mehr als unwahrscheinlich. Die obige Einschätzung zeigt, dass sie eher zur Entgrenzung tendieren, da sich in diesem Raum die Großmachtinteressen überschneiden und da aufgrund der wachsenden Kraft einer transnationalen islamistischen Ideologie trotz deren realer Zersplitterung ein Identitätsgefühl entstanden ist, dem nur durch Regelungen und Lösungen begegnet werden kann, die schreiende Ungerechtigkeit auf allen Ebenen beseitigen. Hierzu gehören vor allem:

- Die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Basis der Völkerrechts. Dies setzt die Schaffung eines lebensfähigen und souveränen palästinensischen Staates voraus.
- Eine wirkliche Demokratisierung der Regime der Region, die nicht durch Waffengewalt zu bewerkstelligen ist, sondern durch konsequente Einforderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie – auch wenn dies kurz- und mittelfristig die despotischen Regime schwächt: Revolutionäre Eruptionen haben keine Chance, eine demokratische Alternative hervorzubringen, da es weder eine Zivilgesellschaft noch halbwegs existente oppositionelle Strukturen gibt.
- Die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Respekt vor inneren Entwicklungen müsste Maxime zumindest der EU-Politik werden, auch wenn dabei Bewegungen entstehen, die nicht a priori dem Wunsdenken des Westens entsprechen.
- Außenpolitische und wirtschaftliche Emanzipationsversuche von Staaten der Region dürfen nicht von Anfang an bekämpft und sabotiert werden: Dies gilt beispielsweise für das im Entstehen begriffene Projekt einer Gas-OPEC (Russland, Iran, Algerien, Golfstaaten und Venezuela).
- Die politischen Kräfte der Region – dies sind derzeit in erster Linie die Islamisten – müssen in ihrer politischen Repräsentanz ernst genommen werden. Indem sie als Verhandlungspartner akzeptiert werden, kann dazu beigetragen werden, das hysterische Feindbild des Clash of Civilizations abzubauen und Politik wieder auf die realistische Grundlage eines Interessensausgleichs zu stellen.

## **3. Was sollten die Schwerpunkte einer linken Politik sein, diesen Konflikten zu begegnen?**

Diese Schwerpunkte resultieren aus dem oben Gesagten:

- Priorität hat eine gerechte, auf dem Völkerrecht basierende Lösung des Konflikts Israel – Palästina.
- Eine völkerrechtskonforme Lösung des gesamten Konflikts, die insbesondere Syrien und Libanon einschließen muss.

- Der absolute Respekt des Völkerrechts, der Charta der VN, des Selbstbestimmungsrechts der Völker sind die einzige Grundlage, um mittel- bis langfristig zu friedlichen Verhältnissen in der Region zu kommen. Dazu gehört auch die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder – auch wenn sich kurzfristig Entwicklungen ergeben könnten, die nicht unbedingt nach dem Geschmack des Westens sind: Als Beispiele seien genannt der Respekt vor den – einzigen wirklich demokratischen – Wahlen in Palästina, deren Ergebnis wesentlich auch Resultat einer verfehlten westlichen Politik war, oder eine grundsätzlich andere Haltung gegenüber dem Iran, der – im Vergleich zum Rest der Region – um vieles demokratischer ist: Wird dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker respektiert, werden sie schneller zu wirklich demokratischen Verhältnissen finden als wenn sie permanent unter äußeren Druck gestellt werden.
- Sicherheit muss für alle Staaten der Region geschaffen werden. Diese kann nicht hergestellt werden durch eskalierende wechselseitige militärische Bedrohung. Zumindest die EU sollte ein Waffenembargo gegen alle Staaten der Region verhängen.
- Damit verbunden sein müsste die Einrichtung eines KSZE-ähnlichen Regimes, einer Art Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten.
- Die Linke müsste, so schwer ihr das fallen mag, im Sinne eines politischen und menschenrechtlichen Universalismus den Dialog mit islamistischen Kräften und Bewegungen suchen, die in manchen Ländern eine legale Basis haben. Der Grund hierfür ist eben gerade nicht die Religion sondern die Tatsache, dass diese Kräfte – allen voran die palästinensische Hamas – die Ziele der gescheiterten und korrupten säkularen nationalistischen Bewegungen übernommen haben und in den Augen ihrer Völker als diejenigen wahrgenommen werden, die gegen Korruption im Innern und Dominanz von außen Widerstand leisten.

PETER STRUTYNSKI

## **Die einzige Alternative zum Afghanistankrieg heißt: Kein Krieg**

Worum es am Hindukusch wirklich geht und warum ein Truppenabzug die erste und wichtigste Bedingung für eine friedliche Entwicklung ist.\*

Rund 67.000 ausländische Soldaten aus nahezu 40 Ländern stehen heute in Afghanistan. Damit nimmt das Land am Hindukusch unter den besetzten Ländern dieser Erde nach dem Irak den zweiten Rang ein. Wenn man nur die von den Vereinten Nationen autorisierten Interventionstruppen berücksichtigt (zur Zeit knapp 50.000 unter ISAF-Mandat), dann ist Afghanistan sogar einsamer Spitzenreiter. Was hat Afghanistan also besonderes zu bieten, dass es so begehrt ist?

### **Ökonomische und geostrategische Interessen**

Eigentlich nicht viel. Die Rohstoffvorkommen sind längst nicht so ergiebig wie in den nördlich angrenzenden zentralasiatischen Ländern: Zwar ist in den einschlägigen Länderstudien auch von Erdöl- und Erdgasvorkommen die Rede, die wirtschaftlich zu fördernden Mengen fallen aber nicht ins Gewicht, sodass sie kaum Begehrlichkeiten von außen wecken. Afghanistan zählt seit Jahren zu den allerärmsten Ländern der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 200 bis 300 US-Dollar pro Jahr (Kaufkraftparitäten PPP), die Analphabetenrate ist außergewöhnlich hoch, unter den Frauen des Landes beträgt sie rund 90 Prozent. Auch die Mütter- und Kindersterblichkeit ist weltweit am höchsten und es fehlt fast überall im Land an Zugang zu sauberem Wasser, zu Gesundheitsdiensten, zu Bildung und zu Elektrizität. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen beträgt lediglich 47 Jahre. Im Süden Afghanistans herrscht seit 2001 eine endemische Hungersnot. Hinzu kommen rund fünf Millionen Kriegsflüchtlinge, die vor allem nach Pakistan und Iran geflohen waren, zum Teil wieder zurückgeschickt wurden und in Afghanistan als Binnenflüchtlinge auf der Suche nach einer sicheren Bleibe sind.

Hinzu kommen alarmierende Berichte über die zunehmende Zerstörung der Umwelt und der Biosphäre. In den letzten 20 Jahren sind 70 Prozent der Wälder verschwunden, wodurch die Häufigkeit von Naturkatastrophen wie Überflutungen und Erdbeben steigt. Insbesondere während der Herrschaft der Taliban wurden Bäume massenhaft abgeholzt und exportiert. Neben diesem ökonomischen Aspekt gab es auch noch einen militärischen: Militäreinheiten holzten Bäume ab, um gegen die Truppen weder ein Versteck noch die Möglichkeit für einen Hinterhalt zu lassen. Einem vor kurzem vorgelegten Report (Sustainable Land Management

2007) des afghanischen Ministeriums für Landwirtschaft und Nahrung zufolge nimmt die Fruchtbarkeit des Bodens ab, während die Versalzung des Bodens zunimmt, die Grundwasserpegel sind dramatisch gesunken, die Erosion des Bodens durch Wasser und Wind nimmt zu und Wüsten breiten sich vor allem im Süden und im Südwesten aus. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNEP hatte bereits 2003 einen Bericht über die verheerenden Auswirkungen vorgelegt, welche die fast 30-jährigen bewaffneten Auseinandersetzungen und Kriege auf die mit der Umwelt zusammenhängenden Lebensumstände der Menschen hatten (Post-Conflict Environment Assessment). In Städten verfügten teilweise nur 12 Prozent der Bewohner über eine gesicherte Versorgung mit sauberem Wasser. Bei Trinkwasserproben wurden unter anderem Colibakterien gefunden, die Cholera auslösen können. Abfälle aller Art verseuchten das Grundwasser, die Verbrennung von Plastikabfall vergiftete die Luft. Müllhalden waren häufig dicht an Städten oder Brunnen gelegen. In den östlichen Provinzen hatten die lokalen Gemeinschaften die Kontrolle über ihre Ressourcen an Kriegsherren (Warlords), „Holzbarone“ und ausländische Händler abgegeben, die den illegalen und äußerst lukrativen Handel mit Nutzholz kontrollieren.

Koloniale Eroberungen in der Geschichte hatten neben der christlichen Missionierung und „Zivilisierung“ der als „Barbaren“ wahrgenommenen Naturvölker immer auch bzw. vor allem einen ökonomischen Sinn. Den Kolonialmächten ging es um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen einschließlich der billigen Arbeitskräfte, die bis ins 19. Jahrhundert hinein als Sklaven gehandelt worden waren. Im Wettlauf um attraktive Kolonien mit entsprechenden Schätzen (vom Gold in Lateinamerika bis zu den Diamanten in Afrika) spielten geostrategische Überlegungen ebenfalls eine Rolle. Die Entdeckung des Erdöls als Schmiermittel des industriellen Kapitalismus fiel in eine Zeit, in der die koloniale Epoche sich bereits ihrem Ende zuneigte und sich schließlich im ersten imperialistischen Weltkrieg entlud. Fortan waren vor allem die unabhängigen ölfreien Staaten des Nahen und Mittleren Ostens auf die alte Weise nicht mehr zu beherrschen. „Eroberungskriege“ um des Öls oder anderer Bodenschätze Willen fanden weder im Zeitalter der west-östlichen Bipolarität, noch finden sie heute statt. Das Ziel, sich bzw. den zu begünstigenden Transnationalen Ölkonzernen entsprechende Vorteile bei der Förderung bzw. Verarbeitung und dem Transport der knappen fossilen Energien zu verschaffen, wird in der Regel mit politischen Mitteln (willfährige Regierungen wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate im Nahen Osten oder die ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken im Kaspischen Raum) erreicht. In anderen Fällen müssen „gute Gründe“ gefunden werden, um militärische Zwangsmaßnahmen gegen unbotmäßige Regierungen zu rechtfertigen. Im Fall des Irak waren es die – nicht vorhandenen – Massenvernichtungswaffen, im Fall des – noch nicht vollzogenen – Angriffs auf den Iran ist es dessen Ausbau eines eigenen Atomprogramms sowie die vermeintliche physische Bedrohung, die das Regime in Teheran für die Existenz Israels darstellt.

Kein Land wird schließlich offiziell wegen seiner geostrategischen Bedeutung militärisch angegriffen. Hier müssen andere – ideologische, moralische oder politische – Begründungen für Interventionen herhalten. Bemerkenswert ist indes, dass geostrategische und ressourciale Interessen zwar nie als Interventionsgrund im konkreten Fall genannt werden, dass aber beide Aspekte in den Sicherheitsstrategien der Großmächte eine Rolle spielen und dort auch ungeschminkt artikuliert werden. Dies ist der Fall in der Nationalen Sicherheitsstrategie des US-Präsidenten, in der Europäischen Sicherheitsstrategie sowie in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung. Die dabei immer wieder auftauchenden Topoi sind der Schutz wirtschaftlich bedeutender Transportwege, der freie Zugang zu Ressourcen, die Aufrechterhaltung des freien Welthandels, die Herstellung politisch stabiler Verhältnisse im Umkreis der Europäischen Union, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus in aller Welt sowie die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln. Regimewandel, Demokratieexport und die Ausbreitung von Freiheit und Menschenrechten sind weitere Ziele, die formuliert werden, in der US-Strategie unverhohlen als Aufgabe der Außen- und Militärpolitik, in der ESS und den VPR eher als abstrakt politischer Anspruch.

Die Besetzung oder Kontrolle eines Landes wie Afghanistan, das immerhin fast doppelt so groß ist wie Deutschland, ansonsten aber nichts zu bieten hat, kostet also mehr als es abwerfen könnte. Wirtschaftliche Interessen dürften also bei der Invasion der USA und der NATO im Oktober 2001 kaum eine Rolle gespielt haben. Mittelbar aber durchaus. Afghanistan ist für den NATO- und EU-Westen als mögliches Transitland von Interesse. Die im Kaspischen Raum, nördlich von Afghanistan gelegenen Republiken Kasachstan, Aserbeidschan, Turkmenistan und Usbekistan verfügen über gigantische Erdöl- und Erdgasvorräte. Die gegenwärtig geförderte Menge soll in den nächsten 13 Jahren verdoppelt werden. Stuart Eizenstat, Staatssekretär in der Clinton-Administration, wies schon vor zehn Jahren im US-Kongress darauf hin, dass „das Kaspische Meer potentiell eine der wichtigsten neuen energieproduzierenden Regionen der Welt“ sein würde. Und die Bemühungen US-amerikanischer Ölgesellschaften (z.B. UNOCAL), mit der afghanischen Regierung wegen einer Pipeline ins Geschäft zu kommen, die das bisherige Transportmonopol Russlands brechen, d.h. nach Süden über Afghanistan und Pakistan an den Indischen Ozean führen sollte, gehen in die Zeit der Taliban-Herrschaft Ende der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück. Verwirklichen ließ sie sich erst nach deren militärisch erzwungenem Sturz. 2002 wurde ein entsprechender Vertrag über den Bau der Afghanistan-Pipeline von den Staatshäuptern Turkmenistans, Afghanistans und Pakistans unterzeichnet. Wenn bis heute das Projekt noch nicht realisiert werden konnte, dann liegt das daran, dass die Pipeline-Trasse Gebiete durchqueren soll, die immer noch bzw. wieder von den Taliban kontrolliert werden.

Hinzu kommen rein strategische Interessen. Die zentrale Bedeutung Afghanistans veranlasste den US-amerikanischen Vordenker Zbigniew K. Brzezinski schon in den 90er Jahren zu der Feststellung, das Zentrum der „eurasischen Landmasse“ sei wie ein „Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft die globale Vorherrschaft abspielen“ werde. In der Tat kann das Land am Hindukusch als eine Art terrestrischer Flugzeugträger benutzt werden mit den strategischen Zielen Pakistan/Indien im Süden, Russland im Norden und China im Osten in unmittelbarer Reichweite.

Für die Bundesrepublik spielt noch ein anderer Gesichtspunkt eine Rolle: die Bündnissolidarität. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war es für die Bundesregierung klar, sich nicht nur rhetorisch, sondern auch praktisch an die Seite der USA in deren „Krieg gegen den Terror“ zu stellen. Im Wettlauf um die Neuvermessung der Welt dürfen die wichtigsten globalen Akteure der westlichen Führungsmacht nicht von der Seite weichen. Nachdem Bundeskanzler Schröder dem US-Präsidenten seine „uneingeschränkte Solidarität“ in die Hand versprach, gab es kein Zurück mehr. Das geflügelte Wort des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck, wonach Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werde, hat das dauerhafte Engagement in Afghanistan erst recht unterstrichen. Und dabei möchte die Bundesregierung bleiben. Und dazu werden auch bei der nächsten parlamentarischen Beratung um die Verlängerung und Erweiterung des Bundeswehreininsatzes die alten Lügen von der „Stabilisierung der Demokratie“, der militärischen „Absicherung des Wiederaufbaus“ und der „Verteidigung der Menschenrechte“, insbesondere der Rechte von Frauen und Mädchen aufgetischt. Die glaubt heute aber kaum noch jemand.

Ein Anschlag auf eine von Präsident Hamid Karsai angeordnete Militärparade in Kabul am 27. April d.J. illustriert auf besonders drastische Weise die prekäre Lage seiner Regierung, seiner Armee und der zu seiner Unterstützung im Land stationierten Besatzungstruppen. Der Staatsakt fand am 8. Saur, dem Jahrestag des Sieges der Mudschaheddin 1992 statt. Dieser Jahrestag des siegreichen Dschihad und des Falls der Regierung Nadschibullah fiel zeitlich mit dem 30. Jahrestag eines anderen Ereignisses von Bedeutung für ganz Afghanistan zusammen, der Saur-Revolution von 1978. Sie brachte die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) an die Macht, deren Versuch, das Land zu modernisieren und zu säkularisieren, letztlich am Widerstand eines Bündnisses aus CIA und Mudschaheddin sowie an der fehlenden Unterstützung unter der Landbevölkerung scheiterte. Auch die zur Hilfe gerufene sowjetische Intervention konnte die Islamisierung und Kolonialisierung des Landes, zunächst durch die Mudschaheddin, später, als die Sowjets Afghanistan schon längst verlassen hatten, durch die Taliban nicht verhindern.

## Nach sechseinhalb Jahren Krieg: Die militärische Lage ist völlig offen

Mag der Anschlag vom 27. April auch sein unmittelbares Ziele, die Person Karsai, verfehlt haben; allein die Tatsache, dass feindliche Attentäter mit ihren Artilleriegeschützen bis in die Sicherheitszone Kabuls eindringen konnten (nach der „grünen Zone“ in Bagdad wohl die am – vermeintlich – besten geschützte Zone der Welt), unterstreicht die völlige Offenheit der militärischen Lage in einem Krieg, der angeblich schon vor sechseinhalb Jahren von den Interventionskräften siegreich beendet worden war. Der Anlass für die Militärparade war so symbolträchtig, dass sich wohl jeder Gegner Karsais den Anschlag auf seine Fahnen heften wollte. Die Verantwortung für den Beschuss der Militärparade in Kabul hat die Islamische Partei Afghanistans IPA von Gulbuddin Hekmatiyar auf sich genommen, nachdem zuerst gemeldet wurde, dass die Taliban dahinter steckten – nach dem üblichen Muster, alles Negative sofort den fundamentalistischen und „blutrünstigen“ Taliban in die Schuhe zu schieben. Andere Gegner Karsais werden geflissentlich verschwiegen, weil sie nicht in das Bild des Schwarz-Weiß-Schemas des Krieges passen: hier die bösen Taliban, die aus religiösem Fanatismus das Land in die Katastrophe führen, dort die gute Regierung, die mit Unterstützung des aufgeklärten Westens dem Land Fortschritt, Demokratie und Wohlstand bringen möchte.

Weder die Friedensbewegung noch die an Zahl zunehmenden selbsternannten Experten in Sachen Afghanistan können wissen, wie sich das Land am Hindukusch künftig entwickeln wird. Ob es z.B. unter anhaltender Besatzung zu einer „Befriedung“ oder wenigstens zu einer relativen Stabilisierung der Sicherheitslage kommen wird, wobei sich die nicht ganz unwichtige Frage stellt, von wessen Sicherheit hier gesprochen wird: Ist es die Sicherheit der Zivilbevölkerung, der regionalen Warlords und Stammesfürsten, der Statthalterregierung in Kabul oder der internationalen Besatzungs- und Kampftruppen unter Führung der NATO? Oder ob es bei einem erzwungenen oder freiwilligen Abzug der ausländischen Truppen erst recht zur Entfesselung eines blutigen Bürgerkriegs zwischen Taliban, Paschtunen und Nichtpaschtunen, Usbeken und anderen Ethnien, Mudschaheddin und Drogenbaronen, Warlords, Nordallianz und der eingesetzten „Zentral“regierung kommt. Wer glaubt oder vorgibt, ein Rezept für die gedeihliche und weitgehend friedliche zivile Entwicklung Afghanistans in der Tasche zu haben, macht die Rechnung ohne den Wirt (und der Wirte sind viele in und um Afghanistan) bzw. stellt eine Gleichung mit viel zu vielen Unbekannten auf.

Dass Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird, darin sind sich in der Friedensbewegung alle einig. Die Kritik an Führung und Ergebnissen des westlichen Einmarsches ist einhellig. Eine offene Frage, die viele beschäftigt, lautet dagegen: Was passiert, falls Bundeswehr und NATO tatsächlich aus Afghanistan abziehen sollten? Wird dann nicht alles noch schlimmer? Gefordert wird daher

eine „Exit-Strategie“, die den schrittweisen militärischen Abzug mit Konzepten für den Wiederaufbau verbindet.

### **Besatzungstruppen als Garanten der Sicherheit ...**

Es mangelt auch nicht an „konkreten“ Vorschlägen dazu. So hat zum Beispiel ein Bündnis aus Exil-Afghanen zusammen mit dem Autor Christoph Hörstel („Sprengsatz Afghanistan“) einen detaillierten „Friedensplan“ vorgelegt. Auch das in Bonn ansässige „Netzwerk Friedenskooperative“ hat einen „Vorschlag für eine zivile Strategie für Afghanistan“ veröffentlicht, in dem es heißt, die „alleinige Forderung nach Abzug der Bundeswehr“ sei „unzureichend“ und die afghanische Bevölkerung werde sich erst dann für Frieden engagieren, wenn sie eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen könne.

Die Autoren dieser und ähnlicher Papiere haben der Bundesregierung insofern etwas voraus, als diese keinerlei Angaben darüber macht, wann und unter welchen Bedingungen sie die deutschen Soldaten zurückholen will. Überhaupt meidet die Regierung ganz bewusst die Diskussion um den wahren Charakter und die Ziele des Afghanistanfeldzuges. Der Regierung geht es nicht um Freiheit und Demokratie in Afghanistan, sondern um Einfluss in einem strategisch bedeutsamen Teil der Erde. Afghanistan liegt im Herzen Zentralasiens. „Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen“, wie Außenminister Franz-Walter Steinmeier Anfang März vor der Willy Brandt Stiftung darlegte: „Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“ Die große Koalition hat den deutschen EU-Ratsvorsitz im vergangenen Jahr genutzt, um eine Zentralasienstrategie der EU zu verabschieden. Diese geht ausführlich auf die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten im Hinblick auf Erdöl und –gas ein, „wobei jeweils die geografische Lage, insbesondere im Verhältnis zu Afghanistan, Pakistan und Iran, berücksichtigt werden muss.“ Wenn Bundeswehrkommandeure mittlerweile von einer möglichen Verweildauer der deutschen Truppen von zehn bis zwanzig Jahren sprechen, wird klar, dass das Hauptinteresse der Besatzer ihre militärische Präsenz ist und nicht etwa der Aufbau des Landes.

Dieser langfristig angelegten Stationierung halten die Exitkonzepte, die in der Friedensbewegung kursieren, die Tür auf, wenn sie den Abzug der Bundeswehr an Bedingungen knüpfen. So argumentiert Hörstel, eine unabdingbare Grundlage seines Friedensplanes seien „keine Aktionen oder Vorbereitungen von Aktionen durch den Widerstand“. Das westliche Militär nehme während der geplanten fünfjährigen Laufzeit seines Friedensplanes „eine Polizeierolle ein“. Das Netzwerk Friedenskooperative hält einen Abzug der westlichen Armeen von vornherein für „völlig unrealistisch“. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Projekte, die einer

friedlicheren Zukunft den Weg ebnen sollen, dürfe nur mit Zustimmung der Geberländer erfolgen, Korruption sei „nicht hinnehmbar“. Die „zivile Konfliktbearbeitung“ müsse allmählich „zur gängigen Praxis“ werden.

### **... oder als Ursache für den Widerstand?**

Die ausschlaggebende Kraft des zentralen Konfliktes in Afghanistan heute sind aber gerade die Besatzungstruppen. Und so schmerzlich dies sein mag: Alle internationalen Hilfsorganisationen zahlen Schutz- und Schmiergelder, wo dies nötig ist, um Zugang zu Krisengebieten zu bekommen und Hilfe leisten zu können. Wer „gute Regierungsführung“ zu einer Vorbedingung für Entwicklungshilfe macht, verschiebt sie im Zweifelsfall auf den Sankt Nimmerleinstag.

In den meisten Überlegungen zu „Exit-Strategien“ erscheinen Militär und westliche Präsenz ausdrücklich oder implizit als Garanten der Sicherheit, ohne die sich die gut gemeinten Konzepte nicht umsetzen ließen.

Zweifelsohne verdienen die Menschen in Afghanistan jede Hilfe, die sie nach über 30 Jahren Krieg und Bürgerkrieg bekommen können. Für die Zerstörungen durch die Besatzung sind Reparationszahlungen zu leisten. Falsch ist aber die Annahme, dass die NATO-Truppen in Afghanistan für Sicherheit oder Stabilität sorgen würden.

Es sind heute NATO-Bombardements, die täglich afghanische Zivilisten töten und ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen. Das brutale Vorgehen der Besatzer bringt die Bevölkerung gegen sie auf und heizt den bewaffneten Widerstand an. Das kritisieren mittlerweile auch Kommandeure der Besatzungstruppen. An dieser Brutalität hat sich auch nichts geändert, seit die NATO Ende letzten Jahres eine neue Strategie für Afghanistan verabschiedet hat, in der es unter anderem heißt, die Kampftruppen sollten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel achten.

Deshalb nehmen die Gruppen im Land zu, die das Militär intern als „bewaffneten Widerstand“ bezeichnet, während die westliche Presse sie pauschal als „Taliban“ etikettiert. Dieser bewaffnete Widerstand erhält Zulauf von Männern und Frauen aus den wachsenden Flüchtlingslagern in Afghanistans Nachbarländern und aus den vom Krieg verwüsteten Gebieten des Landes.

Der ideologisch gehärtete Kern des Widerstands, die Taliban, ist heute unter anderem gerade deshalb militärisch stärker und genießt größere Unterstützung als zum Zeitpunkt des westlichen Angriffs, weil er sich als der am besten organisierte und kompromissloseste Widerstand gegen die Besatzung präsentieren kann. Der ehemalige afghanische Innenminister Ali Ahmad Jalali stellte zum Erstarken des Widerstandes fest: „Was die Menschen bewegt ist nicht die Ideologie, sondern eine instabile Umgebung zwischen den bestehenden Netzwerken aus Clans, Stämmen, unzufriedenen Leuten, Drogenhändlern, Opportunisten und arbeitslosen Jugendlichen.“ Invasion und Besatzung haben eine Situation geschaffen, die eine

Vielzahl von Menschen als schlimmer empfinden als unter den Taliban, berichtet die afghanische Abgeordnete Malalai Joya, die wegen ihrer engagierten Kritik mit dem Tode bedroht und verfolgt wird.

Dieselben Kriegsherren, die das Land nach dem erzwungenen Rücktritt Nadschibullahs 1992 verwüstet haben (Matin Baraki schreibt dazu: „Nach ihrem Einmarsch waren Horden plündernder Modjahedin wie Heuschreckenschwärme über Kabul hergefallen.“), bauen heute in den afghanischen Provinzen ihre Macht wieder aus und werden dabei vom Westen unterstützt und bewaffnet. Sie waren und sind Verbündete und hohe Würdenträger der auf dem Bonner Petersberg eingesetzten Kabuler Regierung unter Präsident Hamid Karsai. Ihre Einnahmen stammen weiterhin hauptsächlich aus dem Drogengeschäft und der rücksichtslosen Ausbeutung der Landbevölkerung. Aus den Landesteilen, die sie kontrollieren, werden Zwangsheiraten, Menschenhandel und andere schwere Menschenrechtsverletzungen berichtet. Als Unterstützung im Kampf gegen den bewaffneten Widerstand sind sie der NATO aber gut genug.

### **Neokolonialismus und das Recht auf Widerstand**

Das westliche Besatzungsbündnis bedient sich in Afghanistan alter kolonialer Taktiken und lässt einheimische Stellvertreter einen Teil der schmutzigen Arbeit verrichten. Und auch die Rechtfertigungen ähneln denen des klassischen Kolonialismus. Der britische Dichter Rudyard Kipling schrieb 1899 ein viel gelesenes Gedicht über die „Bürde des weißen Mannes“. Diese bestehe darin, verkündete er, „wilde Kriege für den Frieden“ zu entfesseln und den „undankbaren Heiden“ in den Kolonien Fortschritt und Demokratie notfalls mit Gewalt beizubringen. Dass die Einwohner unterworfenen Länder selbst in der Lage seien, ihre Gesellschaften zu organisieren, bestritten damals nicht nur Konservative wie Kipling, sondern leider auch der rechte Flügel der sozialdemokratischen Parteien Europas. Jede eigenständige Erhebung der „Eingeborenen“ könne ihre Lage nur verschlechtern, argumentierte 1907 etwa Karl Kautsky in seinem Aufsatz „Sozialismus und Kolonialfrage“. Es dauerte bis zum Ende zweier Weltkriege und dem Sieg der anticolonialen Befreiungskämpfe in den 1950er und 60er Jahren, bis nicht nur die – grundsätzlich internationalistisch eingestellte – Linke in den Industriestaaten, sondern auch die Vereinten Nationen – auf Druck der Staaten der Dritten Welt – diese überhebliche Haltung aufgaben. Die Legitimation des anticolonialen Befreiungskampfes beispielsweise erfolgte durch mehrere Resolutionen der UN-Vollversammlung, von denen zwei besondere Bedeutung erlangten: Resolution 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 erklärte die Fortdauer des „Kolonialismus in all seinen Formen“ zu einem „Verbrechen“ und erhob den Kampf dagegen „mit allen notwendigen Mitteln“ zu einem unveräußerlichen Recht der Kolonialvölker. Drei Jahre später wurde in Resolution 3103 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973 festge-

stellt, dass die Völker unter kolonialer oder fremder Herrschaft sowie unter „rassistischen Regimes“ legitimiert seien, für ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu kämpfen.

Heute wird in Afghanistan wieder eine Art westliches „Protektorat“ errichtet, dessen Handlungsspielraum in westlichen Hauptstädten festgelegt wird. Gegen diese gewaltsame Bevormundung wehren sich Einheimische völlig zu Recht und mit zunehmender Militanz. Andere gehören zu den Nutznießern dieses Protektorats – ob als mit den Besatzern kollaborierende Stammesfürsten und Warlords, ob als Drogenhändler, deren Geschäfte erst mit der Besatzung zu blühen begannen, ob als Bedienstete (vom Fahrer bis zum Dolmetscher) der ausländischen Interventionen. In Afghanistan sind viele Menschen, Gruppen und Organisationen aktiv, die ihrem Land einen Weg zu einem selbstbestimmten Wiederaufbau eröffnen wollen, und die nicht mit den ebenfalls vom Krieg hervorgebrachten kriminellen und terroristischen Banden in einen Topf geworfen werden dürfen. Andere wiederum leben im Exil und wagen nicht, in ihr Land zurückzukehren, solange dort Krieg herrscht. Wiederaufbau, sagen sie, lässt sich weder mit noch neben den Besatzern leisten. Bevor dieser Interventionskrieg kein Ende hat, ist an einen Frieden nicht zu denken.

### **Ziviler Wiederaufbau ohne Militär**

Ähnlich argumentieren übrigens auch Vertreter/innen ziviler Hilfsorganisationen. Organisationen wie “Caritas International”, das “Rote Kreuz”, “medico international”, „Welthungerhilfe“ oder die “Kinderhilfe Afghanistan” fordern für ihre Arbeit strikte Neutralität und Militärferne. Nur dort, wo kein ausländisches Militär sichtbar ist, könne auch zivile Aufbauarbeit gedeihen. Die von der Bundesregierung so hoch gelobte zivil-militärische Kooperation (NATO-Jargon: CIMIC - Civil-Military Cooperation) macht aus den zivilen Helfern in den Augen des afghanischen „Widerstands“ Verbündete der Besatzer und damit Gegner. Immer häufiger geraten sie ins Visier krimineller Banden, terroristischer Gruppierungen oder eines nicht genau zu definierenden “bewaffneten Widerstands” in Afghanistan. Entführungen und Geiselnahmen sind in einem solchen Umfeld zu einer lukrativen Einnahmequelle für kriminelle Banden geworden. So manche Hilfsorganisation hat bereits das Handtuch geworfen (z.B. schon vor geraumer Zeit „Ärzte ohne Grenzen“), andere Organisationen haben ihren Abzug angekündigt und sitzen auf gepackten Koffern. Damit schwindet ein wesentliches Argument der Befürworter des Militäreinsatzes: Die Hilfe, die es militärisch zu sichern gälte, zieht sich zurück. Das Militär „sichert“ am Ende nur noch sich selbst. Von den deutschen Truppen, die ihr Hauptquartier in Masar-i-Scharif haben, berichtete im August 2007 der Verteidigungsexperte Rainer Arnold (MdB-SPD), dass sie ihre Stellung gar nicht mehr verlassen.

Von 2002 bis 2006 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Und auch diese Mittel konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Hauptstadt Kabul und vernachlässigten vor allem die Paschtunengebiete. Der Gesamtbetrag für die militärische „Verteidigung“ Deutschlands am Hindukusch wird bis Ende des Jahres die Drei-Milliarden-Grenze überschreiten. Damit gibt Deutschland für einen zweifelhaften Militäreinsatz ein Vielfaches von dem aus, was in dringend notwendige zivile Hilfsprojekte geflossen ist oder noch fließen wird. Die „Kinderhilfe Afghanistan“ rechnete in einer Presseerklärung vom 8. Februar 2007 vor: „Mit weniger als der Hälfte der derzeitigen jährlichen Kosten für den ISAF- und OEF-Einsatz wäre der Bau ausreichender und qualifizierter regulärer Schulen und deren Unterhalt für 10 Jahre möglich. Allein die Kosten des Tornado-Einsatzes für 2007 würden den Bau von ca. 1000 Schulen ermöglichen.“

Und wie könnte ein positiver Beitrag unsererseits also aussehen? Machen wir folgende einfache Rechnung auf: Der Krieg in Afghanistan hat bislang schätzungsweise 150 Milliarden Dollar gekostet, das sind rund 5.000 Dollar pro Einwohner. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans liegt bei 355 Dollar pro Einwohner. Hätte man diese gewaltige Summe zivil ausgegeben, wäre bei den Menschen in Afghanistan ein kleines Vermögen angekommen. Hunger-, Kälte- und Bombentote, wie sie Afghanistan jetzt zu Tausenden zu beklagen hat, ließen sich allein durch Umschichtung der Mittel vom Militär zur zivilen Hilfe vermeiden. Diese Feststellung gilt selbst für den Fall, dass ein Teil der Hilfslieferungen und -gelder nicht bei den Hauptbetroffenen landen, sondern in die Taschen von Kriegsprofiteuren, ausländischen und inländischen NGOs und professionellen Groß- oder Kleinkriminellen fließen – was zur Zeit ja auch schon Gang und Gäbe ist.

Demokratie heißt wörtlich Volksherrschaft. Ohne Selbstbestimmung ist sie keine Demokratie. Es ist nicht Aufgabe noch so Gutmeinender hier, der afghanischen Bevölkerung Blaupausen für ihre Gesellschaftsordnung vorzulegen – und sie militärisch so lange besetzt zu halten, bis sie diese umgesetzt haben. Der erste notwendige Schritt zur Selbstbestimmung heißt stattdessen: Schluss mit Krieg und Besatzung und Abzug der ausländischen Truppen.

### **Abzug statt „Exit“**

Nun behaupten wir nicht, dass sich mit dem Abzug der Besatzer alles zum Guten für die afghanische Bevölkerung wendet. Wir stimmen aber auch nicht in den Chor der Hörstels, der Grünen und der Koalitionäre ein, die für den Fall eines „überstürzten“ Abzugs schreckliche Bürgerkriegs- und Völkermord-Szenarien an die Wand malen. Gestorben wird in Afghanistan heute schon. Und die Militärstrategen des Westens bereiten sich heute auf ein weit ungemütlicheres Sicher-

heitsumfeld vor – trotz Fortsetzung der militärischen „Stabilisierungs“-aktionen. Verteidigungsminister Franz-Josef Jung hat dies auf der Kommandeurtagung im März d.J. auf den Punkt gebracht: „Neben den Schwerpunkten der Stabilisierung und militärischen Absicherung von Wiederaufbaumaßnahmen werden künftig mit der Aufgabe ‚Herstellen von Sicherheit‘ robustere Maßnahmen ins Zentrum rücken. Gerade in Afghanistan müssen wir uns auf ein schwieriges Umfeld einstellen.“ Aus diesem Grund beschloss die Bundesregierung die Entsendung einer zusätzlichen Kampfkomponente, der „Schnellen Eingreiftruppe“, und es pfeifen die Spatzen von den Dächern (assistiert vom Generalinspekteur der Bundeswehr, General Schneiderhahn, und vom Vorsitzenden des Bundeswehrverbands, Oberst Gertz), dass das nächste Mandat des Bundestages im Herbst 2008 eine weitere Aufstockung des Kontingents beinhalten wird.

Sowohl der Anfang Juni 2008 stattfindende Internationale Afghanistan-Kongress als auch die gemeinsame Kampagne der Friedensbewegung, die beide unter dem Motto stehen „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“, bilden eine geeignete Plattform für die weitere Diskussion der in diesem Beitrag aufgeworfenen Fragen. Insgesamt sollte sich die Friedensbewegung nicht ins Bockshorn jagen lassen durch Einflüsterungen falscher Experten aus Regierung und kriegsbefürwortender Opposition. Wer sich auf eine Exitstrategie einlässt, akzeptiert – ob er das will oder nicht – im nachhinein den Krieg und die fortwährende illegale Besatzung, so wie das der UN-Sicherheitsrat im Falle des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien 1999, des Afghanistankrieges im Dezember 2001 (Inthronisation von Hamid Karsai als Präsident und ISAF-Mandat) und des völkerrechtswidrigen Irakkrieges 2003 (Resolution 1483 vom 22. Mai 2003 mit der formellen Anerkennung des US-Besatzungsregimes als legitimer „Verwaltung“ des Landes) faktisch getan hat. Zudem überlässt man den Besatzern die Entscheidungsfreiheit über Zeitpunkt und Umfang jeweiliger Exit-Schritte. Dabei ist die Alternative zu Krieg und Besatzung für die Friedensbewegung ebenso klar wie einfach zu bestimmen: Werden die beiden Mandate für den Bundeswehreininsatz (OEF und ISAF) im Herbst nicht verlängert – so unsere Forderung – muss Deutschland seine Truppen abziehen. Dies müsste auch nicht Hals über Kopf geschehen, sondern in einem ähnlichen Zeitraum, in dem die Truppen seiner Zeit nach Afghanistan gebracht wurden, also etwa vier bis fünf Monate.

*\* Diesem Beitrag liegen zwei Artikel zugrunde: Ein Aufsatz, der für die Sommerakademie der ÖSFK 2007 in Schlaining verfasst wurde, und ein Artikel, den der Autor zusammen mit Christine Buchholz zur Vorbereitung des Internationalen Afghanistan-Kongresses im Juni 2008 in Hannover geschrieben hat.*

## **Lateinamerika in der internationalen Politik zu Beginn des XXI. Jahrhunderts**

Die Politik des Neoliberalismus als neue Form der Dominanz, wachsender Widerstand gegen diese Politik

Lateinamerika wurde in den 90-er Jahren zum Experimentierfeld neoliberaler Politik. Nach Noam Chomski wurde an die Stelle der Militärherrschaft die Diktatur des Marktes gesetzt. Besonders die Regierungen Menem in Argentinien, Fernando Henrique Cardoso in Brasilien, Fujimori in Peru, aber auch die PRI-Regierungen in Mexiko wurden zu Trägern des Konsenses von Washington und setzten neoliberale Politik in großem Maßstabe durch. Unter dem Militärregime Pinochets verwandelte sich Chile in einen Musterschüler der Politik der „there isn't alternative“. Mit der Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) erlangten die US-amerikanischen Unternehmen ungehinderten Zugang zum mexikanischen Markt. In Argentinien und Brasilien wurden umfassende Privatisierungen von Staatsunternehmen im Energie-, Rohstoff-, Kommunikationssektor und Banken zum Markenzeichen der Liberalisierungspolitik.

Angesichts des in den letzten Jahrzehnten erfolgten Bevölkerungswachstums (z.B. Brasilien von 80 Mio. Menschen 1970 auf 180 Mio. 2006) sind die Folgen neoliberaler Politik besonders gravierend. Mindestens 36 Prozent der Gesamtbevölkerung Lateinamerikas leben unter dem Existenzminimum. Als Folge neoliberaler Politik ist die Zunahme der sozialen Differenzierung bes. deutlich. Waren es 1980 136 Mio. so werden von der CEPAL im Jahre 2006 194 Mio. Menschen als unter dem Existenzminimum lebend eingeschätzt. Dagegen verfügen dreißig Multimillionäre über ca. 120 Mrd. US-\$. Das entspricht dem Einkommen von ca. 200 Mio. Menschen.

Lateinamerikaweit formiert sich gegen diese Politik der Widerstand von unten. 1994 erheben sich in Chiapas (Mexiko) die Zapatisten. Ein Jahr später geht von ihnen die Losung „Eine andere Welt ist möglich“ aus, die vom ersten Weltsozialforum im Jahre 2000 in Porto Alegre, Brasilien, aufgegriffen wird und den Beginn des sich weltweit vernetzenden Widerstandes symbolisiert.

Kennzeichnend für die Zeit des wachsenden Widerstandes ist das Erstarken sozialer Bewegungen, die mit dem Weltsozialforum beginnen, sich einen Raum des gemeinsamen Kampfes zu schaffen. Mit den sozialen Bewegungen betreten neue soziale Akteure die politische Bühne. Charakteristisch für diese Bewegungen ist ihre sehr unterschiedliche soziale Gliederung. Sie sind basisdemokratisch organisiert, verfolgen in der Regel ein bestimmtes Ziel (z.B. gegen die Wasserprivatisierung in Cochabamba, Bolivien) und verstehen sich als autonome soziale politi-

sche Kräfte, die zwar mit politischen Parteien zusammenarbeiten, sich aber nicht als parteipolitisch bestimmt, betrachten. Die Palette der in der Auseinandersetzung mit den Militärdiktaturen und dem Neoliberalismus entstandenen Bewegungen ist beachtlich. Neue Gewerkschaften entstehen in Brasilien, Chile und Argentinien. Der Kampf der landlosen Bauern in Brasilien mündet in der Gründung der Landlosenbewegung MST, die sich später als Via Campesina auf dem lateinamerikanischen Kontinent konstituiert. Im Widerstand gegen die Schaffung der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA entsteht die Alianza Social Continental, deren Widerstand gemeinsam mit anderen Kräften, einschließlich Regierungen, im Jahre 2006 die USA zwingt, diese Pläne aufzugeben, bzw. zu modifizieren.

Bedeutsam ist der Widerstand, der vorwiegend in den letzten Jahren von den indigenen Völkern ausgeht. Nach mehr als 500 Jahren kolonialer Unterdrückung erheben sich diese Völker gegen ihre Ausgrenzung und Ausmerzungen. Den Zapatisten in Mexiko folgen indigene Bewegungen in Bolivien, Ecuador und Perú. Ihr Widerstand gegen neoliberale Politik und korrupte Regime zwingt eine Reihe Regierungen in Bolivien und Ecuador zum Rücktritt und mündet auf dem Wege demokratischer Wahlen in der Regierungsübernahme volksnaher Regierungen in Bolivien (Evo Morales) und Ecuador (Rafael Correa).

In Venezuela wird in demokratischer Wahl 1998 Oberst Hugo Chávez Präsident. Die von ihm proklamierte bolivarianische Revolution findet Unterstützung durch die in Venezuela erstarkenden sozialen Bewegungen.

Die im Kampf gegen die Militärdiktaturen entstandenen Bewegungen in Brasilien, einschließlich der Partei der Werktätigen (PT), beseitigen die neoliberale, korrupte Regierung Collor und sichern schließlich im Jahre 2002 Luíz Ignacio Lula da Silva, der 1980 zu den Mitbegründern der linksorientierten PT gehörte, den Wahlsieg.

In Uruguay führen die Frente Amplio (ein Zusammenschluss von siebzehn linksgerichteten Parteien) und die sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Wohnkooperativen, Stadtteilbewegungen) einen harten Kampf gegen die Privatisierung staatlicher Energie-, Erdöl- und Wasserunternehmen und setzen sich 2004 im Wahlkampf gegen den neoliberalen Flügel durch. Der Repräsentant der Frente Amplio, Távarés Vázquez, wurde als Präsident gewählt.

Scharfe soziale Kämpfe während der tiefen Wirtschaftskrise in Argentinien führen zum Sturz der Regierung de la Rúa und enden in der Wahl des dem linken Flügel der Peronisten angehörenden Nestor Kirchner.

In Mexiko wird im Jahr 2000 nach mehr als siebenzig Jahren Herrschaft die Partei der Institutionellen Revolution (PRI) abgewählt, was auf tiefgreifende Veränderungen im Lande schließen lässt.

Dieser „Linksruck“ in Lateinamerika ist Ergebnis eines höheren Grades des Widerstandes neuer und alter Akteure gegen die Politik des Neoliberalismus. Es beginnt eine Periode der Suche nach Alternativen zu den existierenden Herrschaftsformen und der Einleitung grundlegender politischer und wirtschaftlicher

Reformen (verfassungsgebende Versammlungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador).

Gleichzeitig existieren in Lateinamerika aber auch gefährliche Konfliktherde wie der kolumbianische. Der dort geführte Bürgerkrieg stürzte nicht nur das Land in eine tiefe politische und soziale Krise, sondern droht auch auf Nachbarländer überzugreifen. Eine Beendigung des Konfliktes durch Friedensverhandlungen ist nicht abzusehen.

Soziale Konflikte und scharfe politische Auseinandersetzungen bewog die UNO 2004 die von ihr geleitete Mission MINUSTAH durch die Endsendung von ca. 10.000 Soldaten und Polizeikräfte weiterzuführen.

Soziale Konflikte und politisch instabile Verhältnisse kennzeichnen die Situation ebenfalls in anderen Ländern. Der Ausbruch sozialer Gegensätze in Oaxaca (Mexiko) und die Militarisierung solcher Konflikte durch die herrschenden Klassen kennzeichnet die Instabilität der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse.

Ungelöst ist der Konflikt zwischen Chile und Bolivien, das einen Zugang zum Pazifik anstrebt. Nach wie vor besteht Argentinien gegenüber dem Vereinigten Königreich auf der Rückgabe der strategisch wichtigen Falkland-Inseln (Malvinen).

Lateinamerikas Platz in der Weltwirtschaft ist bedeutend. Der Kontinent ist in den Prozess der neoliberalen Globalisierung voll einbezogen, nimmt aber immer noch die Rolle des Rohstofflieferanten ein. Der Kontinent verfügt über 18% der Welterdölreserven und hat einen bedeutenden Anteil an Mineralressourcen. Über den Rohstoff Wasser verfügt es mit 31 Prozent aller Weltsüßwasservorräte. Mit 23% besitzt Lateinamerika einen hohen Anteil an Waldreserven.

Die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen um 8 Prozent im Jahre 2004 verdeutlicht, dass es eine beliebte Anlagensphäre für ausländisches Kapital darstellt. In den Hauptländern Brasilien, Argentinien und Mexiko waren es 2004 66 Mrd. US-\$ Direktinvestitionen.

## **Politische und strategische Veränderungen in Lateinamerika**

Die Periode der neoliberalen Politik zeigt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die sozialen und politischen Probleme Lateinamerikas zu lösen. Der Kontinent ist zum Beginn des XXI. Jahrhunderts an einem kritischen Punkt seiner Entwicklung angelangt. Nach der mexikanischen Soziologin Ana Esther Cecena sind in Lateinamerika „weitere Episoden offener Gewalt mit zunehmender Brutalität zu erwarten, gleichzeitig jedoch ergeben sich neue innovative Momente, die Wege zu alternativen Lösungen eröffnen.“ Ana Esther spricht vom Vorhandensein simultaner Prozesse, „die in ihrer Gesamtheit den Weg für eine Reihe zivilisatorischer Veränderungen eröffnen.“ Darunter wird verstanden, dass es den Volksbewegungen und emanzipatorischen Kräften gelungen ist, den Neoliberalismus zu delegitimieren, ohne ihn im Kampf überwinden zu können. Die Stärke der US-Hegemonie ergibt sich eben auch aus der relativen Schwäche der Gegenhegemonie.

Faktisch führen die USA in Lateinamerika einen asymmetrischen Krieg, der in seiner neoliberalen Phase dazu führte, dass große Teile der Bevölkerung bis an den Rand ihrer physischen Existenz zurückgedrängt. Ihre Territorien erobert, die Bodenschätze geplündert, ihre Kulturen verdrängt oder vernichtet wurden und sie in ihrer sozialen Existenz radikal bedroht sind.

Das Lager des Widerstandes hat jedoch an Kraft gewonnen, da sich – auch im Ergebnis der Weltsozialforen als Raum der Suche nach Alternativen – die Bewegungen gegen den Neoliberalismus und die unilaterale Hegemonie gefestigt haben. Dazu einige Beispiele:

- Scheitern des Planes zur Durchsetzung der ALCA, dagegen Festigung des Mercosur (südamerikanische Freihandelszone),
- Beginn eines alternativen Integrationsprojektes, der „Bolivarianischen Alternative Amerikas“ (ALBA), das von Venezuela vorgeschlagen wird,
- Ablehnung des US-Planes zur Schaffung einheitlicher lateinamerikanischer Polizeikräfte zur Terrorbekämpfung (Tagung der Verteidigungsminister 2004 in Lima),
- Nichtbeteiligung am Interventionskrieg der USA im Irak,
- reguläre Rückzahlung, bzw. stornierte Rückzahlung von Auslandsschulden an den IWF durch Brasilien und Argentinien, dadurch Schwächung der Position des IWF,
- wachsender Widerstand gegen eine Okkupation nationalen Territoriums (Amazonasgebiet).
- In elf Präsidentenwahlen, die zwischen November 2005 und Dezember 2006 in Lateinamerika durchgeführt wurden, setzten sich in einigen bedeutenden Ländern liberale und linksgerichtete Kandidaten durch.

Das Gesicht Lateinamerikas hat sich verändert. Nicht nur, dass sich zwischen den lateinamerikanischen Ländern andere Beziehungen entwickeln. Diese ergeben sich auch in ihren Beziehungen zu den USA, zur EU und anderen außerlateinamerikanischen Mächten. Es hat sich ein neues Kräfteverhältnis in Lateinamerika herausgebildet, das sich im Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Ablehnung ausländischer Dominanz äußert.

Gegenwärtig scheint es, als ob von drei Staatengruppen ausgegangen werden kann:

- Brasilien und Argentinien, die sich stärker auf ihre eigene Entwicklung konzentrieren (dazu wären auch Chile und Uruguay – allerdings mit Abstrichen – zu zählen).
- Venezuela, Bolivien und Ecuador, die eine Neufassung ihres Staatswesens, bes. durch verfassungsgebende Prozesse, anstreben.
- Gefolgsstaaten der USA wie Kolumbien, Mexiko und eine Reihe mittelamerikanischer Staaten.

Diese Entwicklung wurde bes. im Ergebnis des Gipfeltreffens amerikanischer Staaten November 2005 in Mar del Plata (Argentinien) deutlich.

Die gegenwärtigen Prozesse verdeutlichen, dass die lateinamerikanischen Eliten, die sich bisher in den Beziehungen Staat – Gesellschaft der US-Hegemonie unterordneten, die sich in der Zeit der Systemkonfrontation auf antikommunistisch ausgerichtete Regime stützte, ihre Hoffnung auf eine für sie fruchtbarere Partizipation an den Prozessen der Globalisierung nicht erfüllt sehen. Sie werden im Gegenteil mit geopolitischen Modellen konfrontiert, die auf Kampf um Territorien und um Ressourcen ausgerichtet sind.

Gleichzeitig machen die lateinamerikanischen Gesellschaften einen umfassenden Transformationsprozess durch. Lateinamerikanische Soziologen sprechen von einem Paradigmenwechsel: Entgegen der früher von oben nach unten organisierten Gesellschaft wird ein gegenläufiger Prozess beobachtet. Diese Tendenz manifestiert sich in Bestrebungen, die Gesellschaft von unten nach oben zu gestalten. Es besteht die grundsätzliche Notwendigkeit, den Staat grundlegend zu reformieren. Ansätze für die Gestaltung basisdemokratischer Modelle haben sich in verschiedenster Form in Ländern Lateinamerikas etabliert (partizipativer Haushalt z.B. in Brasilien, in El Salvador, verfassungsgebende Versammlungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador). Grundsätzliche Veränderungen werden sichtbar, wenn frühere Regime von Militärdiktaturen (ab den 70-er Jahren in Brasilien, später in Argentinien, Uruguay und vor allem Chile) mit heutigen Verhältnissen verglichen werden: Politische Entscheidungen werden in demokratischen Wahlen herbeigeführt, wobei diese – wie jüngst in Venezuela – unter den Bedingungen schärfster politischer Auseinandersetzungen, aber mit vorwiegend mit friedlichen Mitteln geführt werden. Dieser den bisherigen Gegebenheiten entgegengesetzte Prozess demokratischer Willensbildung ist nicht mehr dem Staat untergeordnet. Die herrschenden Eliten werden gezwungen, sich im Rahmen demokratischer Verhältnisse zu bewegen. Der Prozess der Neufindung des Staates/der Nation wie in Bolivien und Ecuador, wo es um die Sicherung der Rechte der großen Mehrheit der indigenen Bevölkerung geht, ist das Streben nach einer erneuerten Identität.

Keineswegs sind diese Entwicklungen durchgehend in Lateinamerika zu beobachten. Politische Reformprozesse werden z.B. in Brasilien bewusst von den herrschenden Eliten gebremst oder verhindert. Ihr Streben ist vor allem auf den Ausbau ihrer eigenen wirtschaftlichen und politischen Positionen ausgerichtet. Die „nationale Bourgeoisie“ solcher Länder wie Brasilien, Argentinien, Mexiko will am Globalisierungsprozess partizipieren. Die Weltkonjunkturlage begünstigt gegenwärtig diese Bestrebungen und sichert ihr hohe Gewinne und Einflussmöglichkeiten. Das schafft neue politische und soziale Spannungen in der Gesellschaft, da der Staat mit seinen Konflikten nicht verschwunden ist. Gleichzeitig entstehen in einem bisher nicht bekannten Maße Konflikte zwischen den Staaten.

## **Entwicklung des Kräfteverhältnisses in Lateinamerika**

Wie bereits festgestellt, haben unterschiedliche Entwicklungswege zu politischen Differenzierungsprozessen geführt, die sich auf die Beziehungen einzelner Länder untereinander auswirken. Neben Tendenzen einer verstärkten Zusammenarbeit in Integrationsprojekten haben sich Konfliktlinien herausgebildet, die sich in zunehmenden Rivalitäten und gegensätzlichen politischen Positionen niederschlagen.

### *Brasilien*

Brasilien ist weltweit der fünftgrößte Flächenstaat. Es erbringt 1/3 der Wirtschaftsleistung Lateinamerikas und nimmt den 11. Platz in der Welt ein. Es ist eine Regionalmacht, die in Lateinamerika der eigentliche Rivale der USA ist.

Brasilien hat nach Beendigung der Militärdiktatur außenpolitisch den Weg des Dialoges und der Kooperation beschritten, spielt eine Vermittlerrolle in Lateinamerika und hat sich unter der Regierung Lula einer verstärkten Süd-Südkooperation zugewandt (insbesondere zu den BRIC - Staaten). Brasilien trat auf der WTO – Tagung in Cancun als Wortführer der Gruppe der 20 auf und fordert den Abbau von Agrarsubventionen seitens der Industrieländer. Das Land setzt sich für eine Politik des Multilateralismus ein und strebt einen Sitz im UN - Sicherheitsrat an.

Brasilien verfügt im Ort Rezende ( Bundesstaat Rio de Janeiro) über eine Uranwiederaufbereitungsanlage. In den siebziger Jahren wurden mit Unterstützung der deutschen Firmen Siemens und KWU in Angra dos Reis (Bundesstaat Rio de Janeiro) zwei Kernkraftwerke errichtet (gegenwärtig laufen Verhandlungen über den Bau von Angra 3). Es wird ein Ausbau der Nuklearindustrie angestrebt. Brasilien kann als potentielle Atommacht angesehen werden.

Brasilien verfügt über eine relativ gut entwickelte Rüstungsindustrie. Es besteht eine 300.000 Mann Armee, die nach Meinung von Experten allerdings nur über veraltetes Kriegsmaterial verfügt. Im Oktober 2007 wurde eine Erhöhung des Rüstungsbudgets auf 10 Mrd. US-\$ verkündet. Angestrebt wird eine Modernisierung der Armee, wofür Waffenkäufe in Russland und der Kauf von 36 Jagdflugzeugen vorgesehen sind. Dazu der Verteidigungsminister: „ Es soll gesichert werden, dass niemand es wagt, in unser Territorium weder in der Luft, noch zu Wasser oder am Boden einzudringen.“

Besondere Aufmerksamkeit wird dem Schutz des brasilianischen Amazonasbeckens gewidmet. Die Armeeführung lehnt eine Übergabe der Militärbasis Alcantara an die USA ab (Verhandlungen der Regierung Fernando Henrique Cardoso darüber wurden gestoppt).

Seit einigen Jahren hat sich Brasilien der Entwicklung der Bioenergie gewidmet, worüber gegenwärtig im Lande heftige Auseinandersetzungen geführt werden. Von dieser Entwicklung profitiert vor allem der sog. Agrobusiness. Vorrangiger Abnehmer des Biodiesels wollen die USA sein. Daneben hat Brasilien Partner in Mittelamerika und Afrika eingebunden.

Neue Erdölfunde im Amazonasgebiet (bis neun Mio. Fass werden geschätzt) machen das Land unabhängiger von Erdölimporten. Nach neuesten Angaben (November 2007) hat Brasilien seine Auslandsinvestitionen um 147 Prozent gesteigert, das sind insgesamt 265 Mio. US\$. Diese wurden v.a. in Öl- und Gasprojekte in Bolivien, Argentinien, Ecuador investiert. Die PETROBRAS ist einer der führenden Erdölkonzerne auf dem Kontinent.

Brasilien setzt vor allem auf die Realisierung des sog. IIRSA-Projektes (Regionale Infrastrukturintegration) mit den Nachbarländern, für das 2,3 Mrd. US\$ Investitionen in den nächsten fünf Jahren vorgesehen sind. Es umfasst ein Transportintegrationsprogramm, das Zugang zu den Märkten und Ressourcen der Nachbarländer schaffen soll (Bekannt wurde gerade eine Vereinbarung mit Chile und Bolivien, eine transkontinentale Trasse vom Atlantik bis zum Pazifik zu bauen).

### *Venezuela*

Die in Venezuela vor sich gehenden Veränderungen wurden auf demokratischem Weg eingeleitet. Präsident Chávez setzte sich sowohl in den Präsidentschaftswahlen wie auch im Referendum mit der Unterstützung der Mehrheit der Wähler durch. Die bolivarianische Revolution, die mit friedlichen Mitteln eingeleitet und durchgeführt wird, hat direkte Auswirkungen auf die Entwicklung in Lateinamerika. Sie ist Bestandteil der ebenfalls auch in anderen Ländern des Kontinents sich vollziehenden Transformationsprozesse.

Im Mittelpunkt der Veränderungen steht die Bekämpfung der Armut, die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und des Gesundheitswesens. Erste Ergebnisse auf diesem Wege wurden erzielt: Der Anteil der armen Bevölkerung wurde von 40 auf ca. 30% verringert. Ebenfalls ist die Arbeitslosenquote auf 15% gefallen. Eingeleitet wurde ein solides Wirtschaftswachstum, das allerdings noch nicht wesentlich zur Senkung der Inflationsrate führte. Es gelang auch noch nicht, die Versorgungslage der Bevölkerung wesentlich zu verbessern.

Die durch den Streik im Jahre 2004 stark beeinträchtigte Erdölförderung konnte noch nicht wieder auf normale Fördermengen zurückgeführt werden. Trotzdem erarbeitete das Land beachtliche Devisenreserven, die in bestimmtem Umfange in die Förderung des Bildungs- und Gesundheitswesens investiert werden.

Außenpolitisch engagiert sich Venezuela in verstärktem Maße auf die Entwicklung der Beziehungen zu den lateinamerikanischen Nachbarn und baut seine Kontakte vor allem zu wesentlichen Schwellenländern (China, Russland) und den Mitgliedstaaten der OPEC (einschließlich Iran) aus. Von Venezuela geht die „Bolivarianische Alternative Amerikas“ (ALBA) aus. Sie stellt ein alternatives Integrationsprojekt zur US-amerikanischen Freihandelszone ALCA dar. Bislang ist jedoch noch kein ausgearbeitetes Projekt zu erkennen, wie diese Initiative langfristig verwirklicht werden soll. Im Mittelpunkt stehen Werte wie Komplementarität, Kooperation und Solidarität. Ihr gehören Venezuela, Kuba, Bolivien

und Nicaragua an. Erkennbar sind konkrete Schritte, die gegangen werden: Geschaffen wurde die Petrocaribe, der 13 Länder angehören, Petroandina und Petrosur, wobei vorgesehen ist, diese Unternehmen in einem Petroamerica zusammenzuführen. Realisiert werden über diese Unternehmen gemeinsame Projekte, vergeben werden günstige Kredite und verkauft werden Erdölprodukte zu günstigen Preisen und Bedingungen. Im Rahmen der ALBA strebt Venezuela die Zusammenarbeit seines Staatsunternehmens PVDSA mit denen Brasiliens und Argentiniens an.

Das Staatsunternehmen PVDSA ist mit 51 Prozent im nationalen Besitz und bildet mit ausländischen Unternehmen wie Exxon, British Petrol u.a. gemischte Unternehmen.

### *Kuba*

Das Land befindet sich im Zustand eines Transformationsprozesses, in dessen Verlaufe sowohl die Auswirkungen des langjährigen US-Embargos überwunden wie auch die inneren Strukturen verändert werden. Die Debatte über den kubanischen Entwicklungsweg ist eröffnet. Die kubanischen Erfahrungen werden in die Diskussion über den „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ mit einfließen. Es ist offensichtlich, dass die Veränderungen in Lateinamerika keinen geringen Einfluss auf die Entwicklungsprozesse in Kuba haben. Venezuela unterstützt Kuba mit Erdöllieferungen, womit die Energiekrise des Landes überwunden werden kann. Die außenpolitische Isolierung Kubas in Lateinamerika ist weitgehend aufgehoben. Kuba spielt in den lateinamerikanischen Beziehungen nach wie vor eine bedeutende Rolle. Kubanische Ärzte und Lehrer sind in einigen Ländern Lateinamerikas solidarisch tätig. Eine Reihe außeramerikanischer Staaten beginnen, ihre Beziehungen zu Kuba neu zu gestalten. Die inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden sukzessive überwunden. Wesentliche äußere Partner für den Prozess der wirtschaftlichen Stabilisierung sind Venezuela und China.

### *Argentinien*

Argentiniens natürliche Einflusszone sind seine Nachbarstaaten Chile, Bolivien, Paraguay und Uruguay, mit dem es wegen des Baus einer Zellulosefabrik im heftigen Streit liegt. Argentinien hat die Wirtschaftskrise Anfang des Jahrtausends weitgehend überwunden. Gegenwärtig erreicht das Land beachtliche wirtschaftliche Zuwachsraten. Argentinien erhebt Anspruch auf einen Teil der Antarktis und fordert die Rückgabe der Falklandinseln. Eine gewisse Rivalität baut sich mit Chile auf, das sich mit einer zunehmend größer werdenden Armee stark macht.

### *Chile*

Nach Beendigung der Militärdiktatur wurde von den Regierungen der „concertación“, einschließlich der von Sozialisten geleiteten, der neoliberale Wirtschaftskurs verstärkt fortgesetzt. Der Ausverkauf der nationalen Bodenschätze erreichte

bisher nicht da gewesene Ausmaße: Die chilenische Kupferproduktion wird fast ausschließlich von transnationalen Unternehmen beherrscht. Obwohl die chilenische Wirtschaft wesentliche Wachstumsraten aufweist, wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Chile beherrscht mit seiner Kriegsflotte faktisch die Pazifikküste, von der das Land über die 3.000 km besitzt. Das chilenische Militär ist voll auf die USA orientiert. Die Aufarbeitung der Diktaturzeit und die Verfolgung der Täter gehen nur schleppend voran. Nach wie vor garantiert die nach Beendigung der Militärdiktatur angenommene Verfassung den Militärs Sonderrechte.

### *Mexiko*

Mit einer fast 2000 km langen Landgrenze steht das Land in engster Beziehung zu den USA. Seit Inkrafttreten (1994) der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) wird Mexiko vor allem wirtschaftlich von den USA dominiert. Gemeinsam mit den USA realisiert Mexiko den Plan Puebla – Panama, mit dem es seinen Einfluss in Mittelamerika ausdehnt, was es als sein Einflussgebiet betrachtet.

Diese Darstellung gestattet eine Übersicht über die Beziehung der lateinamerikanischen Staaten untereinander. Das Maß ihrer Einordnung sind zweifellos zwei Kriterien:

Erstens das Verhältnis zu den USA und zweitens der von einzelnen Ländern gegenwärtig eingeschlagene Entwicklungsweg:

In Bezug auf Kriterium Nummer eins muss festgestellt werden, dass sich Lateinamerika in zwei Lager gespalten hat. Das zeigte sich nach dem Gipfeltreffen der Präsidenten 2006 in Mar del Plata, auf dem durch die Ablehnung der ALCA seitens Brasilien, Argentinien, Venezuela diese Spaltung deutlich sichtbar wurde. Die drei Länder erwirtschafteten zusammen ca. 2/3 des BSP Lateinamerikas. Das Lager der Befürworter der ALCA, einschließlich Mexiko und Kolumbien, hat deutlich weniger Gewicht. Die Bush – Administration erlitt beim Versuch der Durchsetzung der ALCA eine eindeutige Niederlage.

Die Bedeutung der Länder, in denen stärker nationale Ziele verfolgt werden, hat zugenommen.

Kriterium zwei: Die durch den Widerstand gegen neoliberale Politik erreichten Veränderungen bewirken Differenzierungen zwischen einzelnen Ländern. Obwohl in Brasilien und Uruguay, z.B., linksgerichtete Regierungen gewählt wurden, setzen sie im Wesentlichen neoliberale Politik fort. Die Veränderungen, die in Venezuela, Bolivien und Ecuador vor sich gehen, tragen dagegen antineoliberale Charakter. Von Venezuela vorgeschlagene Projekte finden nicht in jedem Falle die Unterstützung der südlichen Nachbarn. Die Eliten dieser Länder sind bestrebt, selbst an den Prozessen der Globalisierung in geeigneter Weise zu partizipieren. Sie sind in solcher Weise erstarkt, dass sie als Konkurrenten bisheriger Nutznießer auftreten und von der für sie günstigen Weltwirtschaftslage profitie-

ren. Brasilianische Unternehmen, z.B., haben ihre Wirkungsbereiche sowohl in Lateinamerika wie auch in Afrika und Asien stark ausgeweitet. Diese Entwicklung mindert kaum die im Inneren vorhandenen sozialen Konflikte, noch trägt sie dazu bei, zwischen den lateinamerikanischen Ländern ausgeglichene Verhältnisse zu schaffen, bzw. Disparitäten abzubauen. Das schafft Rivalitäten, die in dieser Art für Lateinamerika neu sind. Zweifellos versucht Brasilien, einen bestimmten Führungsanspruch in Lateinamerika zu verwirklichen, begegnet dabei aber den Bestrebungen Venezuelas, seinen Einfluss auszuweiten.

Angestrebte Integrationsprozesse werden dadurch durch unterschiedliche Interessen bestimmt. Brasilien sucht Absatzmärkte, stärkt seinen Einfluss im Mercosur und orientiert sich auf Sicherung seiner Energieversorgung. Dagegen verhält es sich zurückhaltend, wenn es um das Integrationsprojekt ALBA geht, dem es bisher noch nicht beigetreten ist. Nach wie blockieren andererseits rechte Kräfte im brasilianischen Senat die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur.

Die Schaffung der gemeinsamen Banco del Sur zeigt aber, dass Brasilien sich in nicht nur auf den Mercosur konzentriert, sondern sich auch punktuell am ALBA – Projekt beteiligt. Schwerpunkt für Brasilien bleibt aber die Suche nach eigenen Lösungen, die es ihm gestatten, sich gleichberechtigt mit den Industrieländern zu bewegen. Brasilien hat nach der Energiekrise 1973/74 auf die Entwicklung der Biokraftstoffe gesetzt, Erfahrungen gesammelt und setzt sie gegenwärtig gezielt zur Schaffung einer Alternative zum Erdöl ein.

Wachsendes nationales Selbstbewusstsein bestimmen nicht nur das Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten untereinander neu, sondern verändern auch ihr Verhältnis zu den USA und außerlateinamerikanischen Mächten. Einige Länder Lateinamerikas verweigern den USA ihre Gefolgschaft, entwickeln eigene Projekte und lehnten mit breiter Unterstützung der sozialen Bewegungen – wie oben gezeigt - die ALCA ab. In Venezuela wurde der Putschversuch gegen Präsident Chávez, der mit aktiver Unterstützung der USA erfolgte, verhindert. Geschwächt wurde die Position der USA durch das einseitig von Präsident Kirchner (Argentinien) 2002 erklärte Moratorium. Versuche der USA, die Streitkräfte einzelner Länder in Polizeieinheiten umzuwandeln, um sie unter US-Führung in den sog. Terrorkampf einzubeziehen, wurden von der Mehrheit abgelehnt.

Neue Konstellationen ergeben sich durch die verstärkten Aktivitäten Chinas in Lateinamerika und die wachsende Zusammenarbeit mit aufstrebenden Mächten wie China und Indien. Im Rahmen der Gruppe der 20 vertreten diese Länder gemeinsame Auffassungen im Rahmen der WTO und der Doha- Runde.

Die Lage auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu Beginn des XXI. Jahrhunderts hat sich verändert.

## Die Beziehungen Lateinamerikas zu den USA

Seit Mitte der 90-er Jahre verfolgen die USA eine Strategie der „Beherrschung des gesamten Spektrums“, d.h. Prävention von möglichen Krisen und Unruhen, Politik der Abschreckung, Verfolgung von progressiven Kräften und Kontrolle sozialer Bewegungen und, wenn erforderlich, ihre Beseitigung. Nach Brzezinski streben die USA die Beherrschung des gesamten Planeten an, weil „die geographische Situation der Ausgangspunkt für die Bestimmung aller äußeren Prioritäten ist.“ Es ist eine Strategie des Strebens nach der Weltherrschaft, das nicht ausschließlich nur auf die militärische Variante setzt. Die Neubestimmung der USA-Position schließt auch Lateinamerika ein.

### **Lateinamerika als spezielle Interessenzone**

Wurde Lateinamerika schon seit jeher als Hinterhof der USA betrachtet, so kann festgestellt werden, dass es in seiner Bedeutung für die USA keineswegs hinten angestellt wird.

In der März 2006 veröffentlichten „Nationalen Sicherheitsstrategie der USA“ wird der Platz der „westlichen Hemisphäre“ eindeutig bestimmt: Sie stellt die Hauptlinie in der „Verteidigung der nationalen Sicherheit“ der USA dar.

Erkennbar wird die neoliberale Orientierung, wenn „die Schaffung offener Märkte, Finanzstabilität und die weitere Einbeziehung des Kontinents in die Weltwirtschaft“ postuliert werden. „Unsere Strategie zielt auf die Vertiefung der Beziehungen zu Kanada und Mexiko, die Durchsetzung gleicher Werte und einer kooperativen Politik, die auf die gesamte Region ausgedehnt werden kann.“ „In unserer Hemisphäre wollen wir die Vision einer amerikanischen Freihandelszone durchsetzen“, wie sie schon in der Gestalt der Nordamerikanischen (NAFTA) und der Mittelamerikanischen (CAFTA) existiert. Weiter geht es um die Vertiefung der Zusammenarbeit „mit regionalen Führungsmächten“, um ihr Engagement für Demokratie zu stärken. Und faktisch drittens und deutlich: „Wir wollen versuchen Einfluss auf Überlegungen zu nehmen, auf Grund derer sie ihre Entscheidungen treffen. Wir müssen entsprechend reagieren, wenn Staaten unkluge Entscheidungen treffen.“

Im eigentlichen Sinne ist das die Neuauflage der Monroe-Doktrin für das XXI. Jahrhundert und bedeutet, dass die USA den gesamten Kontinent zu ihrem Einflussgebiet erklären. Veränderte Kräfteverhältnisse in der Welt und größere Eigenständigkeit der Staaten Lateinamerikas bedrängen diese Politik und beschwören Gefahren herauf, die den Einfluss der USA auf dem Kontinent einschränken. Die historisch entstandene vor allem wirtschaftliche Abhängigkeit hat zu einer engen Verflechtung der Volkswirtschaften mit den USA geführt.

Lateinamerika ist nach den arabischen Staaten die Bezugsquelle für Erdöl. Aus Mexiko und Venezuelas beziehen sie täglich ca. 4 Mio. Fass Erdöl., das ist ein Drittel des gesamten Imports, Lateinamerika verfügt über enorme Wasserressourcen (Amazonasbecken, Wasserreservoir Guarani mit ca. 50 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser und einer Ausdehnung von 1,2 Mio. km<sup>2</sup>. Strategisch wichtig sind ebenfalls die genetischen Reserven des Kontinents mit der großen Biodiversität. In Lateinamerika ist ein erheblicher Teil der Auslandsinvestitionen konzentriert. US-amerikanische transnationale Unternehmen erzielten seit Öffnung des mexikanischen Marktes 17,2 Mrd. US\$ (1997) Gewinne (1980 waren es 180 Mio. US\$). Ein großer Anteil des Außenhandels wird mit den südlichen Nachbarn realisiert.

Nach der Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) nahmen die USA schon unter der Clinton – Administration Kurs auf die Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA. Mit dem Scheitern dieser Politik liegt der Schwerpunkt auf dem Abschluss von Handelsverträgen mit einzelnen Ländern u.a. mit Chile, Kolumbien, Peru u.a. Diese Verträge sind auf die Öffnung der Märkte dieser Länder für Waren und Kapital der USA ausgerichtet und verfolgen das Ziel, Lateinamerika der US-Wirtschaftskontrolle unterzuordnen. Pläne wie der Plan Colombia, Plan Puebla – Panama (PPP), Plan Andino verfolgen neben der Ausweitung der militärischen Kontrolle den Ausbau der Infrastruktur zu Gunsten transnationaler US-Unternehmen, den Bau von Staudämmen, der Kontrolle der Kommunikationswege und der Sicherung von Rohstoffvorkommen.

Die mexikanische Soziologin Ana Esther Cecena kommt nach detaillierten Untersuchungen zum Schluss, dass besonders dort, wo sich Widerstand gegen die Einschränkung des Lebensraumes indigener Völker und ihrer Vertreibung entwickelt, wo Energieressourcen und Wasserreserven vorhanden sind, Militärbasen entstehen, eine striktere Kontrolle ausgeübt und der Widerstand bekämpft wird. Die sichtbar werdende enge Verknüpfung von geopolitischen Interessen und der Sicherung der Märkte und Naturressourcen ist eng mit einer zunehmenden Militarisierung des Kontinents verbunden.

Die zentrale Zone der US-Interessen umfasst das Gebiet der Karibik und des Amazonasbeckens in seiner ganzen Ausdehnung. Zu verfolgen ist das am Ausbau US-amerikanischer Militärbasen von Guantánamo bis Feuerland.

Das Epizentrum dieser kritischen Zone ist Kolumbien. Nach dem Ausbleiben von Erfolgen einer Strategie „mit niedrigen Kosten“ wurde mit dem Plan Colombia 2000 ein Strategiewechsel eingeleitet, der das Schwergewicht auf die Kombination politischer und militärischer Mittel legt. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Drogenhandel wird ein Antiterrorismuskampf geführt. Der Plan Colombia II weitet diese Strategie auf den gesamten Andenraum aus. (Schaffung der Basis Manta, Ecuador, kolumbianisch-ecuadorianische Grenze San Miguel – Putumayo am Amazonas). Der Aufbau der Militärbasis Arauca mit Nähe zu Venezuela verdeutlicht den Versuch, eine Destabilisierung Venezuelas einzu-

leiten. Begleitet werden diese Maßnahmen mit einer verstärkten militärischen Aufrüstung Kolumbiens, das damit auch zukünftig das instabile Zentrum der Zone des Nordens des Kontinents und der Karibik bleibt.

Plan Columbia II zielt aber auch auf den Ausbau der militärischen Präsenz im Raum Paraguay. Die US- Strategie betrachtet Paraguay als Schlüsselposition im Südkegel des Subkontinents. Strategisch wichtig, weil im Länderdreieck Brasilien, Argentinien, Paraguay der Zugang sowohl zu den Andenländern (Bolivien, Ecuador) wie auch der Zugang zu Südbrasilien und dem Amazonasbecken gegeben ist. In Paraguay wird seit Januar 2006 die Basis Santa Cruz de la Sierra ausgebaut. Nach der erzwungenen Aufgabe des Panamakanals haben die USA somit neue Basen in El Salvador, Ecuador, Aruba-Curacao, Haiti geschaffen und über den gesamten Kontinent Radar- und Beobachtungsstationen verteilt. Dazu gehört auch ein Vertrag über den Bau einer Basis in Feuerland. Der Griff nach der brasilianischen Militärbasis in Alcántara scheiterte, weil Regierung und Militär den Abschluss eines Vertrages verhinderten (Alcántara ist die Raketenversuchsbasis Brasiliens).

Die von der Bush-Administration eingeleiteten politischen Initiativen, sich stärker den lateinamerikanischen Ländern zuzuwenden, blieben Einzelaktionen. Die Lateinamerikareise Bush's (März 2007) stellte einen späten Versuch dar, Einfluss auszuüben. Bezwecken sollte die Reise vor allem, Venezuela zu isolieren. Im State Department unterscheidet man gegenwärtig nach „guten“ und „schlechten“ Verbündeten und versucht, mit den „guten“ eine neue Allianz aufzubauen, die vor allem mit Kolumbien und Mexiko gebildet wird. Es wurde ein Medizinschiff entsandt, das Hilfe für Arme in Belize, Guatemala und Panama brachte und ca. 85.000 Patienten versorgte. Weiterhin wurden 75 Mio.\$ für die Ausbildung von Jugendlichen, 385 Mio.\$ für Eigenheimbauten zur Verfügung gestellt.

In die gleiche Richtung zielte die Reise Bush's 2007 nach Brasilien, wo Einzelverträge über die Lieferung von Bioalkohol abgeschlossen wurden. Der angestrebte Abschluss von Freihandelsverträgen mit Kolumbien, Peru und Chile ist der Versuch, die Ablehnung der ALCA auf dem Wege bilateraler Abkommen zu umgehen.

In der nach 1990 neuen strategischen Situation nahmen die USA Kurs auf die Neuordnung ihrer Beziehungen zu Lateinamerika. Seine Bedeutung ist in keiner Weise geringer geworden. Es stellt im Gegenteil im Hinblick auf die neuen Entwicklungen auf dem Kontinent eine Bedrohung der USA – Interessen dar. Das selbstbewusstere Auftreten Brasiliens, Argentinien, die progressiven Entwicklungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador beunruhigen die US – Politik. Allerdings verzichteten die USA auf Einmischungsversuche, wie sie vormalig aktuell waren. Möglicherweise bedingt durch die in Afghanistan und im Irak geführten Kriege, ist die USA-Politik als zurückhaltend zu beurteilen. Stärker als je zuvor sind die USA mit einer gewachsenen internationalen Konkurrenz in Gestalt der EU und auch Chinas in Lateinamerika konfrontiert.

## Die Beziehungen Lateinamerikas mit der Europäischen Union

Im „Medienhandbuch der Entwicklungspolitik 2006/2007“ des BMZ wird ausgeführt: „Wir können in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika an die kulturelle Nähe und die gemeinsamen Werte anknüpfen.“ Die Realität relativiert diese Aussage: Zwischen Europa und Lateinamerika existieren erhebliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterschiede. Die wirtschaftliche Situation ist durch eine tiefe Asymmetrie geprägt. Die gravierende Armut in den Ländern Lateinamerikas verbietet es, von „gemeinsamen Werten“ zu sprechen. Diese Aussage verwischt die real existierenden Unterschiede und ist Ausdruck eines unhinterfragten Eurozentrismus.

Im Januar 1999 fand das erste Gipfeltreffen der Staatschefs der EU und Lateinamerikas in Rio de Janeiro statt. Verkündet wurde die Orientierung auf eine „strategische Partnerschaft“.

### **Ausgestaltung der Beziehungen Europäische Union - Lateinamerika**

Auf der politischen Ebene stehen die Wahrung der Menschenrechte, die Durchsetzung demokratischer Grundsätze und die Führung einer Politik des Multilateralismus im Mittelpunkt. Die erweiterte EU ist ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner für Lateinamerika und die Karibik: Sie ist führend im Bereich der Entwicklungshilfe und der Auslandsinvestitionen und ist für manche lateinamerikanischen Länder der wichtigste Handelspartner.

Die Politik der EU gegenüber Lateinamerika konzentriert sich auf spezialisierte Dialoge. Im Rahmen dieser breiten Partnerschaft finden zwischen der EU und spezifischen Subregionen (Andengemeinschaft, CARIFORUM, MERCOSUR, Zentralamerika) beziehungsweise der EU und einzelnen Ländern (Chile und Mexiko) Verhandlungen statt. Es wurden inzwischen eine Reihe Handelsverträge (Mexiko, Chile) abgeschlossen. Es existieren auf verschiedenen Ebenen eine Vielzahl von Kooperationsabkommen zwischen Ländern und Ländergruppen Lateinamerikas. Auf dieser breit angelegten Grundlage gibt ein institutionalisierter politischer Dialog zwischen der EU und Lateinamerika die strategische Richtung vor. Die EU-Kommission beschrieb etwa den Abschluss des dritten Gipfeltreffens in Guadalajara (Mexiko) im Mai 2004 und Wien Mai 2006 als große Erfolge und wichtige Schritte zur Armutsbekämpfung.

Die EU hat jedoch mit der Lissabon-Strategie nicht Armutsbekämpfung und Verbesserung der Sozialstandards als ihr oberstes Ziel definiert, sondern die globale Wettbewerbsfähigkeit. Vorrang hat der Kampf um die Vormachtstellung im lateinamerikanischen Raum, die angesichts der Bestrebungen der USA Freihandelsverträge abzuschließen und dem US-Kapital freie Märkte zu schaffen, in

Frage gestellt wird. In den Verhandlungen zum Abschluss von Freihandelsabkommen bietet die EU 90 Prozent Zollfreiheit auf einige Produkte, ausgeschlossen allerdings eine Reihe wichtiger Agrarprodukte.

Hier stoßen die lateinamerikanischen Länder auf die Grenzen der europäischen Agrarsubventionspolitik Europas.

Das besondere Interesse der EU gilt den Verhandlungen mit der südamerikanischen Handels- und Zollvereinigung Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Venezuela, mit assoziierten Mitgliedern Bolivien, Ecuador, Chile, Perú). Er ist der viertgrößte Wirtschaftsblock der Welt, erbringt ca. 75 Prozent des BSP Lateinamerikas und hat eine Bevölkerung von 235 Mio. Menschen. Mercosur ist weltweit der größte Lebensmittelproduzent. Seine Mitglieder verfügen über reiche Rohstoffvorkommen. 26 Prozent seines Außenhandels werden mit der EU (USA – 20 Prozent) realisiert. Darin sind enthalten ca. neun Mrd. Euro Agrarprodukte (das sind 17,9 Prozent der gesamten Agrarimporte der EU) jährlich. Davon werden nur 60 Prozent zollfrei in Europa eingeführt. Neben Agrarprodukten nimmt der Rohstoffimport den größten Umfang ein. Im Gegenzug umfassen die Exporte der EU in die Länder des Mercosur nur 1,85 Prozent.

Das Interesse der wichtigsten Mitglieder am Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Mercosur wird bestimmt durch die starke Präsenz ihrer transnationalen Unternehmen. Ca. 2000 deutsche Unternehmen sind in Lateinamerika tätig, die mit 42 Mrd.\$ Direktinvestitionen einen führenden Platz unter den EU-Staaten einnehmen. Mit 65 Mrd.\$ Produktionsvolumen dieser Unternehmen liegt es viermal höher als die Exporte der BRD nach Lateinamerika. Im Zuge der Privatisierung staatlicher Unternehmen der lateinamerikanischen Länder waren spanische, französische und niederländische Unternehmen aktiv und erfolgreich. Diese Unternehmen haben ein besonderes Interesse am Abschluss des Freihandelsabkommens mit dem Mercosur, da den in den Mercosur - Ländern tätigen Ablegern große Vorteile daraus erwachsen.

Auf dem Gipfeltreffen 2006 in Wien wurde allerdings deutlich, dass es kaum Fortschritte in den Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommens gab. Die Länder des Mercosur lehnen die Forderungen der EU nach kompletter Öffnung ihrer Märkte für den freien Kapitalfluss, nach Fischerei-, Produktions- und Handelsrechte, bes. in der 200 – Meilenzone, ab. Besonderer Streitpunkt sind die Beschränkungen im Agrarexport und die von den EU realisierte Agrarsubventionspolitik. Forderungen der Mercosur – Länder nach Schutzmaßnahmen für ihre nationale Industrie stoßen auf Widerstand der europäischen Verhandlungspartner. Gleichfalls sind die Verhandlungen über die Auslandsschulden ins Stocken geraten. Die angestrebte Zusammenarbeit der Parlamente und auch der zwischen ihnen geführte politische Dialog sind schwach entwickelt. Störend wirkt sich ebenfalls noch die Zurückhaltung der EU in der Entwicklung ihrer Beziehungen zu Kuba aus.

Obwohl es beiderseits Interesse am Ausbau der Beziehungen gibt, sind die gegensätzlichen Verhandlungspositionen das Haupthindernis. Illusionen, die auf la-

teinamerikanischer Seite hinsichtlich des „guten Partners“ EU existieren, wurden durch die Realität des Vorgehens der EU abgebaut. Deren dezidiertes Interesse an regionaler Integration in Lateinamerika erweist sich mehr und mehr als ein Versuch, mit moderateren Mitteln als die USA die Vormachtstellung im lateinamerikanischen Raum zu erobern. Ein Assoziationsabkommen EU – Mercosur soll helfen, die subalterne Einbindung in die internationale Arbeitsteilung abzusichern. Das bedeutet: Fortführung des ungleichen Handelsaustausches, Sicherung der Direktinvestitionen und des Kapitalexportes, des Importes der im Handel überwiegenden Rohstoffe und Export von Technologie und moderner Technik. Die EU ist bestrebt, ihre führende Stellung im Außenhandel, im Kapitalexport und der Entwicklungshilfe beizubehalten und ist ein direkter Konkurrent US-amerikanischer Wirtschafts- und Kapitalinteressen.

Politisch folgen die EU-Staaten aber im Wesentlichen den Vorgaben der nordamerikanischen Politik (Beispiel: Isolationspolitik gegenüber Kuba), bestimmt durch die Interessen des Nordatlantischen Bündnisses, weniger durch eine Politik gleichberechtigter auf gegenseitigem Vorteil beruhender Beziehungen. Die Entwicklungen in Venezuela, Bolivien und auch in Ecuador werden mit Argwohn verfolgt. Versucht wird, zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu differenzieren, wobei Brasilien die Rolle eines ausgleichenden Faktors spielen soll.

Die Entwicklung in Lateinamerika, bes. in Südamerika, stellt sich für EU (auch für die Bundesrepublik) zunehmend komplizierter dar:

1. Seit Beginn der Verhandlungen 1999 wurden keine Fortschritte im Abschluss eines Assoziierungsabkommen mit Mercosur erreicht,
2. Die USA sind mit der Durchsetzung des Planes ALCA gescheitert,
3. Die Veränderungen in Brasilien und Argentinien in ihrer Haltung zum Mercosur bedeuten, dass Südamerika stärker auf die Entwicklung des Mercosur setzt und sich dem Abschluss von Freihandelsverträgen mit den USA widersetzt,
4. Mit den Veränderungen in Venezuela, Bolivien und auch Ecuador steht jetzt ein eigenes Integrationsprojekt mit die „Bolivarianische Alternative Lateinamerikas“ (ALBA) auf der Tagesordnung, was auf die Verstärkung der Kooperation zwischen lateinamerikanischen Ländern und eigene Anstrengungen setzt und erst dann Assoziierungen anstrebt.

Nach Einschätzungen in der Region bildet sich im südlichen Teil des Doppelkontinents ein Gegengewicht zum nordamerikanischen Hegemon heraus.

Die EU muss ihre bisherige Politik gegenüber Lateinamerika überdenken, denn neue Akteure und Tendenzen sind auf der politischen Ebene hervorgetreten, die im Rahmen ihrer Zivilgesellschaften, besonders auch der sozialen Bewegungen,

mehr Transparenz und soziale Forderungen stellen, die von den Regierungen nicht mehr umgangen werden können.

### **Chinas Position in Lateinamerika**

Schon 1988 unternahm Deng Xiaoping eine Lateinamerikareise, die er zum Beginn des „Pazifischen Jahrhunderts“ erklärte und mit der eine neue Etappe der Süd-Südbeziehungen eingeläutet werden sollte. Realisierte China 1990 mit Lateinamerika einen Handelsaustausch in Höhe von drei Mrd.\$, so waren es 2005 ca. 50 Milliarden US\$ im Im- und Export. Gleichzeitig steigerte China seine Kapitaldirektinvestitionen auf ca. fünf Milliarden US\$. Ebenfalls steigerte Lateinamerika seine Exporte auf 56 Mrd. US\$ (2004). Davon sind 80% Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Brasilien (Soja), Peru, Chile und Argentinien. Zustande gekommen sind eine Reihe gemeinsamer Projekte in Form von joint-ventures. Diese bestehen vor allem in der gemeinsamen Ausbeutung von Rohstoffen, z.B. Kupfer mit Chile und Peru, Eisen mit Peru, Eisen und Stahl mit Brasilien, Nickel mit Kuba oder Aluminium mit Jamaika. Inzwischen hat sich eine Zusammenarbeit auf technologischen Gebieten mit Brasilien entwickelt, die sich auf die Luftfahrt, die Raumtechnik und den gemeinsamen Bau von Satelliten konzentriert.

Nach den Besuchen hochrangiger Vertreter der chinesischen Seite besuchten sowohl Lula da Silva als auch Hugo Chavéz die Volksrepublik China. Mit dem Präsidenten Brasiliens wurden der Abschluss eines Freihandelsabkommens eingeleitet und Schritte zum Abschluss eines Vertrages mit dem Mercosur unternommen. Vereinbart wurde mit Brasilien ein 10 Mrd.-Investitionsabkommen in Energie- und Infrastrukturprojekte. Mit Chavéz wurden chinesische Investitionen von 350 Mio. US\$ in den Aufschluss von Erdölfeldern und 60 Mio. in die Gasförderung vereinbart. China importiert täglich 100.000 Fass Erdöl, drei Millionen Tonnen Benzin und 1,8 Mio. Tonnen Ölemulsionen. Chinas Führung erklärte, dass sie bereit ist, in den nächsten Jahren 100 Mrd. US\$ in Projekte in Lateinamerika zu investieren.

China tritt in Lateinamerika immer stärker als direkter Partner auf und setzt auf die Sicherung seiner Rohstoffinteressen und den Export seiner Billigwaren, d.h. Textilien, Elektronik und Haushaltswaren. Realisiert wird diese Politik mit der direkten Investition von Kapital.

Im politischen Bereich haben beide Seiten oft identische Interessen und Standpunkte. China unterstützte die Errichtung der 200-Meilen-Zone, setzte sich für die Souveränität des Panamakanals ein (dort nimmt China inzwischen einen bedeutenden Platz bei Investitionen und dort tätigen chinesischen Unternehmen ein), vertritt gemeinsam mit den lateinamerikanischen Ländern das Prinzip der Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten. China unterhält zu 24 Staaten diplomati-

sche Beziehungen und dringt auf Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Taiwan. Konzentriert hat sich China zuerst auf die Länder der Karibik und Mittelamerikas, da diese mit Präferenzabkommen Zugang zum US-amerikanischen Markt bieten.

In der Entwicklung der Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern stellt China keine politischen Bedingungen. Es tritt ein für Multilateralismus und Anerkennung gleichberechtigter Handelsbeziehungen. Mit der Annäherung an Venezuela steht ein Land im Mittelpunkt, dessen antiimperialistische Haltung bekannt ist. Mit der Entwicklung der Beziehungen zu China schafft sich Lateinamerika ein Gegengewicht, das zur Minderung der Abhängigkeit vom den USA und der EU beitragen soll. Im Falle Mexikos ist China dabei, mit Erdölderivaten und Textilien amerikanische Firmen vom Markt zu verdrängen. China ist zum echten Konkurrenten anderer Mächte auf dem lateinamerikanischen Kontinent herangewachsen. Die Befürchtungen in den USA über die wachsenden Anteile chinesischer Unternehmen und des politischen Einflusses wachsen.

## Einige Schlussbemerkungen

Die deutlich hervortretenden Veränderungen in Lateinamerika haben das Erscheinungsbild des Kontinents gewandelt. Lateinamerika ist dabei, sich aus historischer Abhängigkeit zu lösen und setzt neue Maßstäbe für eine Entwicklung im Zeitalter vertiefter kapitalistischer Globalisierung. Es hat den Anschein, dass sich zwei Prozesse parallel zu einander abspielen. Einerseits eine vertiefte kapitalistische Entwicklung in den Hauptländern, die den jeweiligen Eliten Möglichkeiten erschließt, sich selbstständiger in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Weltvorgänge einzuschalten. Entwicklungsmodelle in Brasilien und Argentinien, auch Chile, sind nicht in jeder Weise nachholende kapitalistische Entwicklung. Sie weisen Besonderheiten auf, die sowohl die Zufriedenheit der neuen und alten Eliten mit den Regierungen widerspiegeln als auch Versuche kennzeichnen, einen „humaneren Kapitalismus“ (z.B. Argentinien) oder „sozialeren Kapitalismus“ (Brasilien) zu gestalten.

Andererseits sind die Linksentwicklungen Ausdruck des wachsenden Widerstandes breiter Volksmassen und ihrer Unzufriedenheit mit den neoliberalen Verhältnissen und stellen einen neuen Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Modelle (u.a. Debatte „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“) dar. Sowohl die Wahlerfolge linksgerichteter Parteien wie der PT in Brasilien und der Frente Amplio in Uruguay wie auch die tiefer gehenden Entwicklungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador sind Ausdruck einer neuen politischen Situation. Hegemonieverhältnisse scheinen sich umzukehren. Die verfassungsgebenden Prozesse in diesen Ländern sind eine Hinwendung zu einer Demokratie von unten, in der nicht

mehr die alten herrschenden Kräfte den Ton angeben, sondern soziale Bewegungen (indigene, demokratische, Volkskräfte) sich als hegemoniale Akteure bewegen. Das geschieht in heftiger Auseinandersetzung mit alten Strukturen und Kräften. Insofern sind diese Prozesse nach vorne hin offen und reversibel. Dauerhaftigkeit und Überlebenschancen hängen von der Fähigkeit der neuen Akteure ab, sich in dieser Auseinandersetzung zu behaupten.

Die neue Situation in Lateinamerika wird aber ebenfalls von zunehmender politischer „Konkurrenz“ gekennzeichnet. Kuba ist nicht mehr alleiniger Bezugspunkt politischer Veränderungen. Präsident Hugo Chavéz diktiert mit seinen Ideen und Maßnahmen das politische Bild und die Tagesordnung Lateinamerikas. (s. Vermittlerrolle Chavéz in Kolumbien). Die Reaktion anderer Staaten darauf ist zögerlich und zurückhaltend wie das Beispiel Brasiliens zeigt (u.a. kein Beitritt zur ALBA). Gleichzeitig agiert Brasilien gemeinsam mit Venezuela auf internationaler politischer Ebene vorwiegend im Gleichklang, was die Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen betrifft. Brasilien als regionale Macht wird im Verbund mit anderen Ländern Lateinamerikas zu einem „global player“, der sich selbstbewusst und zielstrebig der Entwicklung auf dem Kontinent und außerkontinentaler Beziehungen widmet (BRIC, WTO) und eigene Ziele in diesem Rahmen verfolgt. Genutzt wird die gegenwärtige Konjunktur der Nachfrage nach Rohstoffen, die den Ländern Spielräume für wirtschaftliche Entwicklung eröffnet. Nicht wenige Gegensätze existieren im Rahmen der WTO und Doha-Runde mit den Interessen der Industrieländer.

Die Beziehungen der USA zu einem Teil der Länder Lateinamerikas sind in eine Krise geraten. Sie haben ihre Beziehungen zu Lateinamerika in die generelle Zielstellung des Ausbaus ihrer Vormachtsstellung eingebaut und versuchen, ihre politischen Vorstellungen den Ländern aufzuzwingen. Dagegen entwickelte sich sowohl moderater wie auch radikaler Widerstand. Sie sind nicht mehr in der Lage, mit alten Methoden zu herrschen. Sie reagieren mit einem breitem Arsenal von Herrschaftsmethoden.

Die von der EU offerierte „Alternative“ stellt eine abgeschwächte Variante der amerikanischen Freihandelszone dar, was durch die in den Verhandlungen auftretenden Schwierigkeiten von einem Teil der lateinamerikanischen Länder mehr und mehr erkannt wurde. Die EU als politischer Akteur wirkt vor allem über die existierenden Wirtschaftsbeziehungen und versucht, ihre Position über bilaterale Abkommen und Verträge auszubauen.

Andere, außereuropäische Kräfte wurden in Lateinamerika tätig, die nicht nur wirtschaftlich Alternativen bieten, sondern auch in einigen politischen Fragen der Süd-Süd-Kooperation mit lateinamerikanischen Positionen übereinstimmen. Die geopolitische Situation Lateinamerikas hat sich zu Beginn des XXI. Jahrhunderts grundlegend verändert. Es beginnt, weltweit eine aktivere, unabhängigere Rolle zu spielen.

## **Autorin und Autoren:**

ERHARD CROME

Dr. habil., Politikwissenschaftler, Referent für Friedens- und Europapolitik,  
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,

WOLFGANG GRABOWSKI

Politikwissenschaftler, Botschafter a.D., früherer Leiter des Büros der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, Berlin,

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

Prof. em. Dr., Soziologe und Friedensforscher, Universität Münster,

JULIJ A. KWIZINSKIJ

Ehemaliger sowjetischer Botschafter in der BRD und stellvertretender  
Außenminister der UdSSR; Abgeordneter der Staatsduma Russlands, Moskau,

MARLIES LINKE

Regionalreferentin für Ost- und Südostasien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,

PETER LINKE

Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Moskau,

CLAUS MONTAG

Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Redaktion der außenpolitischen Zeitschrift  
WeltTrends, Potsdam,

JOHN P. NEELSEN

Prof. Dr., Soziologe und Friedensforscher, Universität Tübingen,

JÜRGEN NIETH

Journalist, Mainz,

RAINER RILLING

Prof. Dr., Soziologe, Referent für Kapitalismusanalyse und internationale  
Beziehungen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,

THOMAS ROITHNER

Mag. Dr. Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, Österreichisches Studienzentrum  
für Frieden und Konfliktlösung, Burg Schlaining /Wien,

WERNER RUF

Prof. em. Dr., Politologe und Friedensforscher, Universität Kassel,

JOCHEN SCHOLZ

Oberstleutnant a.D., Berlin,

PETER STRUTYNSKI

Dr., Politikwissenschaftler und Friedensforscher, Universität Kassel und  
Bundesausschuss Friedensratschlag,

JOACHIM WAHL

Politikwissenschaftler, früherer Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
in Sao Paulo, Berlin.

